Biogr. 102 tvv (2

Xerokopieren aus konservatorischen Gründen nicht erlaubt.
Nur im Lesesaal benützbar.
20. DEZ. 2012

<366030957200 15

<366030957200 15

Bayer. Staatsbibliothek

Biogr. 102 (n)

Mein Leben

und

ein Stück Zeitgeschichte.

Von

Karl Biedermann,

ordentlicher Honorar-Professor an der Universität in Leipzig.

Eine Ergänzung zu des Verfassers „Dreißig Jahre deutscher Geschichte".

Zweiter Band. 1849—1886.

Mit einem Portrait (Radirung) des Verfassers.

Breslau und Leipzig.

Druck und Verlag von S. Schottlaender.

1887.

2

1887 g

K. - bran

Karl Biedermann.

Mein Leben

und

ein Stück Zeitgeschichte.

Von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität in Leipzig.

Eine Ergänzung zu des Verfassers „Dreißig Jahren deutscher Geschichte“.

Zweiter Band. 1849—1886.

Mit einem Portrait (Radirung) des Verfassers.

Breslau.

Druck und Verlag von S. Schottlaender.

1886.

erklärt hatten, hielten sich, so lange dieses noch beisammen war und somit eine Ausgleichung nicht gänzlich unmöglich schien, an ihr Wort gebunden.

Aber auch die baierische Regierung nahm an den Verhandlungen, die am 27. Mai in Berlin eröffnet wurden, nur ganz im Anfange Theil und erklärte bald, auf die Absicht Preußens, einen Bundesstaat mit einheitlicher Spitze zu begründen, nicht eingehen zu können.

So kam es vor der Hand nur zu dem sogenannten „Dreikönigsbündniß". Die drei Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover legten den übrigen Regierungen und der Nation den Entwurf einer Verfassung für den zu bildenden deutschen Bundesstaat vor, luden jene zum Anschluß an ihr Bündniß ein und stellten dieser einen wirksamen Antheil an der Feststellung der Verfassung durch Wahlen zu einem Reichstag, auf welchem dieselbe endgiltig vereinbart werden sollte, in Aussicht.

Der Entwurf war in den meisten Stücken der Frankfurter Reichsverfassung nachgebildet. Gleich dieser enthielt er ein erbliches Oberhaupt des Bundesstaates in der Person des jeweiligen Königs von Preußen, ein Staaten- und Volkshaus mit allen constitutionellen Rechten, doch ohne das suspensive Veto, ausgedehnte Befugnisse der Reichsgewalt in Bezug auf Krieg, Auswärtiges, Verkehrswesen u. s. w. Das Ausscheiden Oesterreichs, welches dort nur als unzweifelhaft vorausgesetzt war, wurde hier direct ausgesprochen; zwischen dem außerhalb des Bundesstaates stehenden Oesterreich und diesem selbst sollte ein möglichst enges Bündniß (eine „Union") hergestellt werden. Worin der Entwurf von der Frankfurter Ver-

fassung abwich, waren theils solche Bestimmungen, in denen er der Selbständigkeit der Einzelstaaten mehr Spielraum gewährte als jene, theils gewisse Beschränkungen der dort ziemlich weitgegriffenen Freiheitsrechte des Volkes, insbesondere aber das Wahlgesetz zum Reichstage, welches letztere dem in Preußen eingeführten sogenannten Dreiklassensystem sich anschloß, also das Wahlrecht bedeutend enger begrenzte, als das in Frankfurt beschlossene Wahlgesetz.

Das war der Reformplan, zu dem wir Stellung nehmen sollten. Daß wir dies thun müßten — in einem oder dem anderen Sinne —, schien zweifellos. Wir, die gesetzlichen Vertreter unserer Partei im Frankfurter Parlamente, wurden von letzterer auch jetzt noch als deren natürliche Führer und Vorkämpfer betrachtet. Unserem Beispiele folgend, würden aller Wahrscheinlichkeit nach unsere Parteigenossen in den verschiedenen deutschen Ländern, wenn erst zu Wahlen für den constituirenden Reichstag verschritten würde, an diesen Wahlen entweder sich betheiligen, oder sich nicht betheiligen, der ganzen neuen Ordnung der Dinge, wenn sie zu Stande käme, entweder freundlich oder feindlich gegenüberstehen.

Ja, auch die fernere Haltung derjenigen Regierungen, welche damals sich der Frankfurter Mehrheit angeschlossen hatten, hing wahrscheinlich von unserem Votum ab. An der Spitze jener Regierungen standen zur Zeit noch überall Männer unserer Partei. Nachdem dieselben die Reichsverfassung angenommen und als rechtsgiltig in ihren Ländern verkündigt hatten, war es für sie schwierig, sich davon loszusagen und zu der neuen Combination über-

zugehen. Denn leicht mochte man ihnen dies als eine falsche Nachgiebigkeit gegen die Wünsche ihrer Monarchen oder gegen eine im Hintergrunde lauernde Reactionspartei auslegen. Anders stand für sie die Sache, sobald eben jene Frankfurter Mehrheit, welcher seinerzeit sie gefolgt waren, sobald namentlich deren Wortführer und tonangebende Mitglieder durch ihr Vorangehen ihnen gleichsam den Weg bahnten, die Verantwortung für einen solchen Schritt von ihnen hinweg- und auf sich selbst nahmen. Der Beitritt oder Nichtbeitritt dieser 28 Regierungen erschien aber wiederum als bedingend für das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen des preußischen Planes. Ein Bündniß von nur drei Staaten, wenn es dabei bewenden sollte, war ein Unding, wogegen ein solches von einigen dreißig Staaten — selbst beim vorläufigen Fernbleiben der beiden süddeutschen Königreiche — immerhin als der aussichtsvolle Kern eines wirklichen deutschen Bundesstaates angesehen werden konnte.

So lag die Sache, und darum erschien eine Verständigung unter uns über das, was wir thun sollten, als durchaus nothwendig und unabweisbar, der von uns zu fassende Entschluß als im hohen Grade wichtig wegen seiner muthmaßlichen Wirkungen nach der einen oder der anderen Richtung hin.

Diese Wichtigkeit der von uns zu treffenden Entscheidung hatte denn auch veranlaßt, daß von den etwa 250 Mitgliedern der sogenannten „Erbkaiserpartei“ nicht weniger als 150, also zwei Dritttheile, persönlich erschienen waren. Andere, die nicht hatten kommen können, hatten wenigstens schriftlich ihre Ansichten kundgegeben. Einer

der originellsten unserer ehemaligen Parteigenossen, der „alte Herzog", der, wie er schrieb, soeben „sein frankfurt-müdes Herz durch Herumsteigen auf den Tyroler Bergen erfrischte", gab seine Meinung über das, was wir zu thun hätten, in seiner drastischen Weise folgendermaßen ab:

Einheit Deutschlands um jeden Preis — auch vorläufig um den der Freiheit — das ist meine Meinung. Sie nicht aus Fürsten-händen nehmen zu wollen, wäre noch alberner, als daß ein König sie nicht aus Volkes Hand nehmen sollte. Dummes Zeug! Zottige Füllen wachsen sich oft am schönsten aus — aus rotzigen Buben werden gewöhnlich die schönsten — Zeit bringt Rosen — Gut Ding will Weile haben u. s. w. Wenn man keinen anderen Trost hat, so thun's auch Sprüchwörter.

Auch Paul Pfizer erklärte sich in einem Schreiben an Gagern für Annahme der Verfassung. Unter den persönlich Erschienenen waren die besten Namen der Partei: Gagern, Simson, Dahlmann, R. Mohl, Vincke, Jacob Grimm, Beckerath, G. Beseler, Duncker, Hergenhahn, Mathy, Rießer, Graf Giech, Reh u. A. m. „Ich würde mir's in meiner Sterbestunde nicht verziehen haben, wenn ich hier gefehlt hätte," sagte Simson.

Es war ein wehmüthiges und doch auch wohlthuendes Gefühl, mit so vielen wackeren und bedeutenden Strebens- und Leidensgenossen hier so bald schon wieder zusammen-zutreffen, nachdem man sich erst vor Kurzem getrennt hatte, ohne zu wissen, ob und wann man sich wieder-sehen würde.

Durch ein Unwohlsein zurückgehalten, kam ich erst am zweiten Tage mitten in die bereits vollzählige Ver-sammlung hinein und sah mich von allen Seiten auf's Herzlichste begrüßt. Man hatte am ersten Tage eine

Commission niedergesetzt, welche der Versammlung den formulirten Entwurf einer öffentlichen Erklärung vorlegen sollte. Die Erklärung, die ziemlich lang war, besagte im Wesentlichen Folgendes:

Obschon festhaltend an der Ueberzeugung, daß die Nationalversammlung bei Verkündigung der Reichsverfassung vom 28. März derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies, dürfen wir doch die Augen nicht verschließen vor der Thatsache, daß die Durchführung jener Verfassung zur Unmöglichkeit geworden ist.

Nun aber bietet sich in der von den drei Regierungen dargebotenen Verfassung ein neuer Weg, auf welchem der verlorene Einigungspunkt möglicherweise sich wiederfinden dürfte. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von äußeren und inneren Feinden schwer bedrohte, vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland. Der Verfassungsentwurf, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, enthält doch die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Regenten des mächtigsten rein deutschen Staates, ein Staaten- und ein Volkshaus, somit den Kern der Reichsverfassung. Wir betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zusage.

Auf Grund dieser Erwägungen wurden dann die bisher dem Dreikönigsbündniß fern gebliebenen Regierungen zum Anschluß an dasselbe, die Bevölkerungen zur Betheiligung an den Wahlen für den, möglichst bald einzuberufenden, Reichstag ermahnt. Betreffs dieser Wahlen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß solche entweder nach den Landeswahlgesetzen der einzelnen Staaten vorgenommen werden dürften, oder daß doch den Regierungen bei Handhabung des Reichstags-Wahlgesetzes möglichst freie Hand gelassen werde.

Doch glaubte man es nicht verantworten zu können, an den Bedenken gegen das Wahlgesetz das ganze Werk scheitern zu lassen.

Zwei Tage lang, am 27. und 28. Juni, wurde über diese Erklärung lebhaft hin= und hergestritten. Und in der That war es nichts Leichtes, wozu wir uns entschließen sollten. Zwar, daß die preußische Regierung uns, die wir im Parlamente nach harten Kämpfen die Feststellung einer monarchischen Verfassung Deutschlands und die Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser durchgesetzt, so schnöde behandelt, so schroff von sich gestoßen hatte, durfte jetzt nicht in Betracht kommen: angesichts des großen allgemeinen Interesses, das hier in Frage stand, mußte jede persönliche Empfindlichkeit schweigen. Allein die preußischen Staatsmänner und der König selbst hatten sich in dieser ganzen Angelegenheit so schwankend, so wechselvoll, so unberechenbar in ihren Entschließungen gezeigt, daß die Besorgniß wohlberechtigt war, ob sie es bei dem jetzt begonnenen Unternehmen anders machen würden. Auch enthielten Verfassung und Wahlgesetz so Manches, was nicht blos den mehr links stehenden Mitgliedern der großen Erbkaiserpartei, sondern auch uns vom Augsburger Hofe nicht recht munden wollte. Dies Alles macht es begreiflich, daß sich viele und heftige Stimmen gegen die vorgeschlagene Erklärung erhoben, daß insbesondere dem Mißtrauen gegen die preußischen Staatsmänner theilweise sehr starker Aus=druck gegeben wurde, von Keinem mehr als von Vincke.

Auf der anderen Seite freilich sprachen gewichtige Gründe gegen die Ablehnung des von Preußen Gebotenen. An eine Durchführung der Frankfurter Reichsverfassung

war — nach der Auflösung des Parlamentes und nach den blutigen Aufständen in Sachsen, Baden, der Pfalz, welche den ruhigeren Theil der Nation massenweise in's Lager der Reaction getrieben hatten — nicht entfernt zu denken. Oesterreich und seine Anhänger arbeiteten eifrigst an der Herstellung des alten Bundestages und damit aller der vormärzlichen Zustände in Deutschland. Wenn der von Preußen projectirte Bundesstaat mit parlamentarischen Einrichtungen zu Stande kam, so war doch wenigstens der Kern der Reichsverfassung, und ein entwickelungsfähiger Kern, gerettet, eine starke Centralgewalt und eine mit vielen Rechten ausgestattete Vertretung des Volkes. Durch unser Eintreten auf den von der preußischen Regierung beschrittenen Weg konnte diese Regierung zu einer beharrlichen Verfolgung desselben ermuthigt werden, ja, wurde sie gewissermaßen moralisch dazu verpflichtet, wogegen, wenn wir ihr unseren Beistand versagten, die preußischen Staatsmänner, wofern es ihnen um die Sache nicht ernst war, mit gutem Recht sagen würden: „Wir haben das Unsrige gethan, aber die Nation hat uns im Stiche gelassen."

Dies waren die Gründe und Gegengründe, die in der zweitägigen Debatte hin und her erwogen und wieder erwogen wurden. Für den Anschluß an Preußen sprachen am entschiedensten und am wärmsten Beckerath, Gagern, Simson, dagegen am heftigsten Grumbrecht aus Hannover, Schwarzenberg aus Cassel, während die Mitglieder des Augsburger Hofes Stahl, Wurm, R. Mohl, wenn auch mit schwerem Herzen, doch nach Lage der Sache es als eine patriotische Verpflichtung erkannten, diese letzte Möglichkeit einer monarchisch-constitutionellen Einigung des nicht-

österreichischen Deutschland nicht zurückzuweisen. In diesem Sinne äußerte auch ich mich.

Zuletzt wurde die Erklärung von allen Anwesenden bis auf 17 angenommen und mit den Namen der Zustimmenden (denen sich nachträglich noch mehrere schriftlich anschlossen, wie E. M. Arndt, Droysen, Lette, Thöl u. A.) veröffentlicht.

Die Männer von Gotha sind wegen dieser Erklärung viel und heftig angefeindet worden. Der Name „Gothaner" hat in der demokratischen Presse lange Zeit als gleichbedeutend mit schwächlich, nachgiebig, charakterlos figurirt — ziemlich so lange, bis diese Ehrentitel auf die Nachfolger und Erben der Gothaner, die heutigen National-Liberalen, übergegangen sind. Ich meinerseits habe das damals Gethane niemals bereut, ebensowenig wie ich mich jemals des Namens „National-Liberaler" geschämt habe. Ich habe es selbst dann nicht bereut, als wirklich eintrat, was Viele und ich selbst schon damals befürchteten, als die preußische Regierung ihr eigenes Werk schnöde im Stiche ließ und verleugnete. Wir wenigstens hatten unsere Pflicht gegen das Vaterland und die Nation gethan, nicht achtend die Verunglimpfungen, von denen wir recht wohl voraus-wußten, daß sie uns treffen würden.

Auch der Vorwurf hat mich sehr ruhig gelassen, der von demokratischer Seite uns gemacht worden ist: „wir seien wortbrüchig geworden, da wir in Frankfurt uns verpflichtet hätten, an der einmal beschlossenen Verfassung nichts ändern zu lassen, und nun doch zu einer anderen Verfassung übergetreten wären." Ich will dahingestellt sein lassen, ob dieser Vorwurf nicht mit viel besserem

Rechte sich auf die Frankfurter Linke zurückwenden ließe, welche auch (in der Sitzung des Parlaments vom 11. April 1849) erklärt hatte, „an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung ‚unwandelbar' festhalten zu wollen," und deren Wortführer, Carl Vogt und Ludwig Simon, gleichwohl schon in der Sitzung vom 28. April ganz offen aussprachen, daß die Reichsverfassung für sie nur „die erste Sprosse auf der Leiter zur Republik" sei und daß sie nur darum für dieselbe einträten, weil sie hofften, „die gemäßigten Elemente mit sich in die von ihnen erstrebte Richtung (die Revolution) fortzuziehen". Allein in Gotha handelte es sich ja gar nicht darum, ob man die in Frankfurt beschlossene Verfassung nach dieser oder jener Richtung, nach vorwärts oder nach rückwärts, abändern oder nicht abändern wolle, sondern darum, was geschehen könne und solle, nachdem die Durchführung jener Verfassung (wie sie das Parlament noch versucht hatte) mit der Auflösung des Parlaments selbst schlechterdings zur Unmöglichkeit geworden war. Das bloße theoretische „Festhalten an der Frankfurter Reichsverfassung", wie es die Demokratie als eine Art von Erkennungs- und Unterscheidungszeichen für sich proclamirt hat, ist praktisch völlig werthlos, kann aber unter Umständen sehr gefährlich werden, wenn es nämlich eine ganze Partei abhält, einen Weg zu betreten, der, wenn auch nicht gerade zu demselben Ziele wie jene Verfassung, doch zu einem ähnlichen und einem wirklich erreichbaren hätte führen können. Einen Fall, wo dieses Letztere wirklich eintrat, werde ich schon im nächsten Capitel, bei Besprechung der Verhandlungen im sächsischen Landtage wegen des Beharrens

Sachsens beim Drei=Königsbündniß, zu erwähnen haben. In einem zweiten Fall, wo das doctrinäre „Festhalten an der Reichsverfassung“ noch weit mehr Schaden hätte stiften können, nämlich bei den Berathungen über die Verfassung des Norddeutschen Bundes, war die Gefahr dadurch abgewendet, daß die Partei, welche sich darauf steifte und deshalb gegen die Verfassung stimmte, in der Minderheit war (was sie auch recht gut wußte) und sich deshalb jenen Luxus erlauben konnte, ohne damit jemand Anderen als sich selbst und ihrem politischen Renommée wehe zu thun.

Nach meiner Rückkehr von Gotha (nachdem ich noch von dort aus mit einigen näheren Bekannten einen Ausflug nach dem Inselsberg gemacht hatte) beschäftigte mich während des übrigen Theils des Sommers 1849 die Abfassung meiner „Erinnerungen aus der Paulskirche“. Sie erschienen noch in demselben Jahre.*) Ich gab darin ein Bild der verschiedenen Parteien des Parlaments, ihres Verhältnisses zu einander und zu dem Verfassungswerke. Ich besprach eingehend den Verlauf und Ausgang der beiden wichtigsten Verhandlungen des Parlaments, derjenigen über die österreichische und derjenigen über die Oberhauptsfrage. Ich schilderte zwei interessante äußere Vorgänge aus der Frankfurter Zeit, denen ich selbst beigewohnt hatte, das Zusammentreffen einer Anzahl von Mitgliedern des Parlaments mit König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen beim Kölner Domfeste und die sogenannte

*) Leipzig, bei Gustav Mayer (später, nach dessen Tode, sind sie in den Verlag von Diekmann in Dresden übergegangen).

„Kaiserdeputation“ nach Berlin. Und endlich verweilte ich noch bei den letzten, trostlosen Wochen der Versammlung bis zur Uebersiedelung des kleinen Restes derselben nach Stuttgart.

Es war ein halb wohlthuendes, halb schmerzliches Gefühl, dem ich mich dahingab, wohlthuend, indem ich mir noch einmal die gehobene Stimmung vergegenwärtigte, in der wir an unserem großen Werke, trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse, gearbeitet, indem ich mich der vielen ausgezeichneten Männer erinnerte, mit denen ein volles Jahr lang zusammen zu leben und zu wirken mir vergönnt gewesen; schmerzlich, da ich mir sagen mußte, daß von all den Mühen und Anstrengungen, von all dem guten Willen und all der redlichen Gesinnung dieser Männer das schließliche Resultat — für den Augenblick wenigstens — ein nur negatives sei. Was allein mich tröstete, war der Gedanke, daß, was dort berathen, geplant und festgestellt worden, wenn auch für jetzt, doch nicht für alle Zeit unserem Volke verloren sein werde.

Zweites Capitel.

Der sächsische Landtag von 1849/50 und der Staatsstreich vom 3. Juni 1850.

Für den Spätherbst 1849 stand ein neuer Landtag in Sachsen bevor. Der sogenannte „Unverstandslandtag" war Ende April aufgelöst worden; nach der Verfassung mußten binnen sechs Monaten Neuwahlen stattfinden.

Am 30. Mai 1849 hatte das neue Ministerium (welches aus den beiden auf ihren Posten verbliebenen Ministern von Beust und Rabenhorst und den neuerdings ernannten Zschinsky, Behr und von Friesen bestand) eine vom König und sämmtlichen Ministern unterzeichnete Proclamation erlassen, worin das Dreikönigsbündniß und der von diesem ausgehende Verfassungsentwurf als „der allein noch übrig gebliebene Weg" zu einer zeitgemäßen Neugestaltung Deutschlands bezeichnet und das sächsische Volk feierlich aufgefordert wurde, der Regierung auf diesem Wege zu folgen. Der Versammlung von Gotha hatte der Minister des Auswärtigen von Beust ein sichtbares Interesse zugewendet. Die officiöse Leipziger Zeitung hatte Artikeln im Sinne der Beschlüsse jener Versammlung, die ich ihr sandte, ihre Spalten geöffnet.

Allein schon gegen Ende des Sommers 1849 gingen dunkle Gerüchte von einer Schwenkung der sächsischen Regierung von Preußen ab zu Oesterreich. Diese Gerüchte gewannen in meinen Augen eine mir sehr unerwünschte Bestätigung durch den Umstand, daß der Redacteur der Leipziger Zeitung, Professor Marbach, mir plötzlich erklärte: „neuere Instructionen aus Dresden machten es ihm unmöglich, noch ferner Artikel von mir in der bisherigen Richtung aufzunehmen."

Mein Wunsch, in den bevorstehenden Landtag einzutreten, ward durch diese veränderte Sachlage nur verstärkt. Galt es doch, die Regierung womöglich auf dem soeben erst von ihr selbst so warm empfohlenen Wege festzuhalten, ihren Abfall vom Dreikönigsbündniß und damit die Gefährdung dieses letzteren und seines Zieles zu verhüten.

Meine Hoffnung freilich, diesen Wunsch erfüllt zu sehen, war nicht groß. Der Wind der öffentlichen Meinung hatte sich seit dem Vorjahre stark gedreht. Von den gemäßigt Liberalen waren viele in's conservative, wo nicht in's reactionäre Lager übergegangen. Die „Deutschen Vereine" waren so gut wie aufgelöst. Die Demokratie hatte zwar durch den Maiaufstand eine, wie man hätte glauben sollen, vernichtende Niederlage erlitten; dennoch erschien sie wieder auf dem Kampfplatze, und es fehlte ihr auch jetzt nicht an Anhängern. Von ihr aber hatte ich, wo immer ich als Candidat auftreten würde, eine schroffe Opposition zu gewärtigen, während ich, als einer der bösen „Frankfurter", den Conservativen ebenfalls nicht genehm war. Und so mochte es leicht geschehen, daß ich, den ein Jahr vorher wohl ein halbes Dutzend Wahlkreise wetteifernd in's

Parlament hatten entsenden wollen, mich jetzt vergeblich nach einem einzigen Wahlkreis für die sächsische Kammer umsehen müßte.

Da, noch in der letzten Stunde, kam mir unerwartete Hilfe. Ein Frankfurter College und Parteigenosse, der Finanzprocurator Dr. Hallbauer in Meißen, dessen Wahl in dem dortigen Wahlkreise bei seiner großen persönlichen Beliebtheit für zweifellos galt, hatte die seltene Selbstverleugnung, aus völlig freiem Antriebe, ohne jegliche Anregung von meiner Seite, zu meinen Gunsten zurückzutreten und Alles aufzubieten, um die ihm zugedachten Stimmen mir zuzuwenden. Und wirklich gelang es ihm im Verein mit anderen dortigen Freunden, meine Wahl zur Zweiten Kammer, wenn auch nur mit schwacher Mehrheit, gegenüber einem conservativen und einem demokratischen Mitbewerber durchzusetzen.

Die Physiognomie des Landtags von 1849/50 war eine von der seines Vorgängers wesentlich verschiedene. Hatte dort die „Gesinnungstüchtigkeit" als Feigenblatt für die vielen Blößen politischer Reife dienen müssen, so enthielten diesmal die Kammern eine ganze Anzahl hochgebildeter Männer aus den verschiedensten Lebens- und Berufskreisen, darunter fünf ehemalige Minister, einen vormärzlichen, Herrn von Carlowitz, zwei Märzminister, Braun und Georgi, und zwei der im Mai zurückgetretenen, Weinlig und Held.

Der politischen Parteigruppirung nach zerfiel die Zweite Kammer in eine Rechte und eine Linke von annähernd gleicher Stärke. Die Rechte (zu der ich gehörte) war um ein paar Stimmen stärker als die Linke. Eigent-

lich Conservative im strengen Sinne gab es auch auf dieser Seite nur etwa drei bis vier; alle Anderen waren gemäßigt liberal. Später zweigte sich von der Rechten ein Centrum ab (unter Führung meines ehemaligen Schulkameraden Funkhänel, jetzt gräflich Schönburg'schen Kanzleirathes), das in Freiheitsfragen bisweilen etwas mehr links neigte, im Ganzen aber, und namentlich in der deutschen Frage, zu uns hielt. Aber auch die Linke war eine wesentlich andere als die des vorigen Landtages. Mochte immerhin ein großer Theil ihrer Mitglieder nach wie vor an gewissen hergebrachten Dogmen der Demokratie festhalten, so war doch die Partei als Ganzes in ihrem Auftreten ungleich gemäßigter als ihre Vorgängerin. Sie hatte zu Wortführern verständige Männer (die beiden Müller von Dresden und Neusalza, Ziesler u. A.), mit denen sich reden ließ und welche die etwa zu weit ausgreifenden Elemente der Partei im Zügel zu halten wußten. Daher war denn auch das Verhalten der Linken gegen uns ein im Ganzen rücksichtsvolles, immer in streng parlamentarischen Formen sich bewegendes, himmelweit verschieden von dem gehässigen und bisweilen fast an Rohheit grenzenden, welches die Linke des „Unverstandslandtages" nicht selten gegen die wenigen gemäßigten Elemente der Kammer eingeschlagen hatte.

Gegen mich persönlich zeigte die Partei anfangs noch etwas von jener Feindseligkeit, welche nun einmal in den Kreisen der sächsischen Demokratie gewissermaßen traditionell geworden war. Sie hatte nicht übel Lust, mittelst Anfechtung der Giltigkeit meiner Wahl mich wieder aus der Kammer zu entfernen, und beinahe wäre ihr dies geglückt,

denn ich hatte nur 10 Stimmen Majorität gehabt und in einem Wahlbezirk war ein Formfehler vorgekommen. Indeß wurde doch meine Wahl für giltig erkannt. Auch die Linke, da sie wahrnahm, wie ich in meinen Ansichten zwar die Grenze nach links streng innehielt, aber ebenso entschieden die nach rechts, ließ von ihrem Mißtrauen gegen mich allmälig ab; ja es entspann sich zwischen mehreren ihrer Wortführer und mir ein höchst friedlicher und sogar geselliger Verkehr.

Viel weniger günstig gestaltete sich das Verhältniß der ganzen Kammer, auch die Rechte nicht ausgenommen, zu dem Ministerium. Dieses letztere schlug alsbald gegen uns einen ziemlich hohen, bisweilen fast verletzenden Ton an. Es stellte sich auf einen Standpunkt der Unfehlbarkeit, von dem aus es jeden ihm nicht genehmen Beschluß der Kammer wie einen unberechtigten und unbeachtbaren Ausfluß einseitiger Parteiansichten behandelte. Besonders der Ministerpräsident Dr. Zschinsky und der Kriegsminister Rabenhorst traten uns bei Meinungsverschiedenheiten in Fragen der inneren Politik öfters in dieser schroffen Weise entgegen, während der Finanzminister Behr und der Minister des Innern von Friesen in der Regel eine friedlichere Haltung beobachteten. Es wollte fast scheinen, als verträten diese Beiden eine gemäßigtere Richtung, die aber im Ministerium in der Minderheit sei.

Wir von der Rechten hatten gehofft, mit der Regierung wenigstens in den inneren Fragen Hand in Hand gehen zu können, indem wir gegen etwaige zu weit gehende Forderungen der Linken ihr unseren Beistand liehen (was wir auch redlich thaten), dagegen aber auch

mit ihr gemeinsam wichtige und dringende Reformen durchführten. Die Regierung selbst hatte bei der Eröffnung des Landtages eine ganze Reihe solcher Reformen in der Form von Gesetzentwürfen aus dem Gebiete des Gemeindewesens, der Rechtspflege und Verwaltung, des Kirchen- und Schulwesens u. s. w. angekündigt. Allein diese Entwürfe ließen von Monat zu Monat auf sich warten; was an uns gelangte, waren beinahe ausschließlich solche Vorlagen, welche entweder auf eine Stärkung der Regierungsgewalt (wie das Tumultmandat) oder auf Beschränkung der freiheitlichen Bewegung im Volke (wie das Vereinsgesetz) abzielten. Das ganze Vorgehen des Ministeriums machte den Eindruck, als ob dasselbe nur Derartiges mit unserer Hilfe zu Stande bringen, dann aber so bald als möglich sich unser entledigen möchte — in der Hoffnung, mittelst des neuen, das Wahlrecht wesentlich beschränkenden Wahlgesetzes, welches uns ebenfalls vorgelegt war, einen Landtag, der mehr nach seinem Sinne wäre, zu erhalten. Ebendarauf deuteten sehr unverblümt die Stimmen reactionärer Blätter (wie der „Freimüthigen Sachsenzeitung"), welche nicht müde wurden, eine Auflösung des Landtages als etwas Zweifelloses und beinahe Selbstverständliches hinzustellen.

Auch die Preßorgane der Regierung gingen offenbar darauf aus, uns in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und so für eine Beseitigung dieser Kammern Stimmung im Volke zu machen. Ein anerkannt officielles Blatt, das „Dresdner Journal", brachte eine Correspondenz aus der Provinz, worin den Kammern der Vorwurf absichtlicher Verschleppung der Gesetzgebungsarbeiten gemacht und u. A. beklagt wurde, daß auf diese Weise dem Volke die längst

ersehnte neue Kirchen- und Schulordnung wiederum vorenthalten bleiben werde. Daß diese Kirchen- und Schulordnung den Kammern von der Regierung noch gar nicht vorgelegt war, verschwieg das officielle Blatt wohlweislich! Durch diese Sachlage fand ich mich gedrungen, am 17. Mai 1850 — nach beinahe sechsmonatlichem Beisammensein der Kammern! — folgenden Antrag einzubringen:

Die Kammer möge in einer an den König zu richtenden Adresse erklären: „wie sie aufrichtig entschlossen sei, die Staatsregierung auf dem von Sr. Majestät in der Thronrede bezeichneten Wege zur Befestigung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, in der ‚festen Handhabung der Gesetze' und der ‚Anbahnung heilsamer, unseren Zuständen entsprechender Reformen'*) mit allen Kräften zu unterstützen, wie sie dagegen ein gedeihliches und vertrauensvolles Zusammenwirken der Volksvertretung mit dem Ministerium nur dann für möglich erachte, wenn letzteres durch die That beweise, daß es auch seinerseits zur entschiedenen und rückhaltlosen Betretung dieses Weges der Reformen entschlossen sei."

In den Motiven zu diesem Antrage sagte ich:

In Folge der Vorenthaltung dieser in Aussicht gestellten Vorlagen sieht die Volksvertretung sich an der Entwickelung derjenigen organisatorischen und reformatorischen Thätigkeit behindert, welche zur Befestigung einer dauernden Ruhe und Zufriedenheit im Lande — neben der, unstreitig ebenso nothwendigen, ‚festen Handhabung der Gesetze' — dringend geboten erscheint; sieht sie das Land um den Genuß der Früchte verkürzt, welche dasselbe mit Recht von dem jetzt versammelten Landtage erwartet; sieht sie die namhaften Kosten, welche der Landtag verursacht, ohne die entsprechenden Vortheile verwend , sieht sie endlich sich selbst dem Mißmuth und den Vorwürfen des in seinen Erwartungen getäuschten Volkes ausgesetzt und muß mit Schmerz erfahren, wie das öffentliche Vertrauen nicht blos zu der gegenwärtigen Volksvertretung, sondern zu dem constitutionellen

*) Es waren dies die Worte der Thronrede.

System überhaupt täglich abnimmt, die politische Gleichgiltigkeit täglich wächst — eine Beobachtung, welche zwar die extremen Parteien der Reaction und der Anarchie mit Freude, alle Freunde einer vernünftigen Staatsordnung dagegen, und insbesondere alle aufrichtig Constitutionellen, nur mit der tiefsten Trauer und Besorgniß erfüllen kann.

Mein Antrag erhielt die Unterschriften hervorragender Mitglieder ebensowohl der Linken als der Rechten und des Centrums, so daß er als der vollgiltigste Meinungsausdruck der allergrößten Mehrheit der Kammer gelten konnte. Zur Verhandlung in der Kammer gelangte er nicht mehr, da bald darauf der unheilbare Bruch zwischen Kammer und Regierung auf einem andern Gebiete, dem der deutschen Frage, erfolgte.

Der Abfall Sachsens vom Dreikönigsbündniß war längst eine offenkundige Thatsache geworden. Gleichwohl zögerte und zögerte das Ministerium, diesen Schritt den Kammern mitzutheilen und sich wegen desselben vor ihnen zu rechtfertigen.

Da ergriff in der Ersten Kammer Herr von Carlowitz die Initiative, indem er das Ministerium wegen seines Verhaltens in der deutschen Frage interpellirte. In einer glänzenden und tief einschneidenden Rede sagte er dem Minister von Beust die bittersten Wahrheiten wegen seines Wankelmuths und seiner — wie er geradezu aussprach — „undeutschen" Gesinnung. Allein trotz seiner Beredtsamkeit gelang es ihm nicht, die Kammer zu einer bestimmten Kundgebung zu bewegen. So groß war daselbst die Zerfahrenheit der Ansichten und der Parteien in der deutschen Frage, daß keiner der gestellten Anträge eine Mehrheit erhielt, somit gar nichts beschlossen wurde.

Nun endlich ließ sich das Ministerium herbei, den Kammern, und zwar der Zweiten Kammer zuerst, eine ausführliche Denkschrift vorzulegen, worin es sowohl seinen früheren Anschluß an das preußische Verfassungsproject als seinen späteren Rücktritt davon zu begründen versuchte. Zur Begutachtung dieser Denkschrift wurde von der Kammer ein besonderer „Deutscher Ausschuß" niedergesetzt, und dieser wählte mich zum Berichterstatter. Mein Bericht füllte nahezu acht Druckbogen. Die Debatte darüber in der Kammer selbst dauerte drei Tage, meine Schlußrede am letzten Tage allein fast zwei Stunden. Gegen das Ministerium trat eine ganze Reihe von Rednern von der Rechten und vom Centrum auf, u. A. die beiden ehemaligen Staatsminister Braun und Held, für dasselbe nur zwei von der äußersten Rechten, ein Geheimer Finanzrath von Pohlentz und ein Ceremonienmeister von Friesen. Letzterer war noch im Frühsommer 1849 ein anscheinend eifriges Mitglied des „Deutschen Vereins" gewesen.

Eine eigenthümliche Stellung nahm die Linke ein. Sie erkannte offenbar selbst, daß mit dem „Festhalten an der Frankfurter Reichsverfassung" nichts gethan, vielmehr das einzig Praktische das sei, was wir erstrebten, die Durchführung wenigstens der Dreikönigsverfassung; allein sie fühlte sich in ihrem demokratischen Gewissen gebunden, weil seiner Zeit die Linke in Frankfurt ein solches Schlagwort ausgegeben und weil die demokratische Presse seitdem wieder eben dieses „Festhalten" als Unterscheidungszeichen aller wahrhaft „Gesinnungstüchtigen" von den „gesinnungslosen Gothanern" proclamirt hatte. Indessen war die Dresdener Linke doch verständig genug, um den Gothanern

im Herzen Recht zu geben, und so kam es, daß ihre meisten Redner, auch wenn sie gegen uns sprachen, dies doch mit großer Zurückhaltung und durchweg in einem achtungsvollen Tone thaten, während sie die volle Schärfe ihrer Angriffe wider das Ministerium richteten. Ja, bei der Abstimmung über die von uns gestellten Anträge (die einen Wiederanschluß Sachsens an Preußen bezweckten) suchten die Führer der Linken absichtlich und ausgesprochenermaßen uns den Sieg zu verschaffen, was indeß (in Folge eines Irrthums eines der Ihrigen) nur theilweise gelang*). So kam es, daß zwar unser Hauptantrag eine, freilich ganz schwache, Mehrheit erlangte, die weiteren, denselben ergänzenden Anträge dagegen durchfielen.

Hätte die Linke sich überwinden können, mit uns zu stimmen und so unseren Anträgen eine an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit (gegen 3—4 Stimmen der äußersten Rechten) zu verschaffen, so wäre der Eindruck eines solchen Votums der Kammer wohl ein ganz anderer gewesen; wie jetzt die Sache in beiden Kammern verlaufen war, glaubte Herr von Beust unbeirrt auf seinem Wege vorwärts gehen zu können.

Schon während der Verhandlungen über unsere Anträge hatte derselbe durchblicken lassen: möglicherweise könne es auf eine ganz andere Gestaltung der Bundesverfassung hinauskommen, als auf einen Bundesstaat mit parlamentarischen Einrichtungen, und er selbst würde sich für

*) Ich habe über die ganz merkwürdige Scene, die sich dabei abspielte, das Nähere in meinen „Dreißig Jahren“ (II. Band, S. 28) mitgetheilt.

befugt halten, den Beitritt Sachsens auch zu einer solchen Combination zu erklären. Davon nahm ich Veranlassung, noch während dieser Verhandlungen den Antrag zu stellen:

Die Kammer möge ihr Recht der Zustimmung zu jeder Feststellung einer deutschen Verfassung, die von allen oder einzelnen deutschen Regierungen ausgehe und woran die sächsische Regierung sich betheiligen möchte, wahren.

Dieser Antrag ward am 7. März einstimmig angenommen (auch die äußerste Rechte stimmte dafür), ebenso gegen nur drei Stimmen (sonderbarerweise von der Linken) ein zweiter Antrag von mir, der so lautete:

Die Kammer wolle für strenge Aufrechthaltung dieses Rechtes die Rathgeber der Krone ausdrücklich verantwortlich machen.

Hatte seiner Zeit das Märzministerium die Zustimmung der Kammern gegenüber einer von der Gesammtvertretung der deutschen Nation festzustellenden Verfassung vorbehalten, so waren wir gewiß im vollsten Rechte, wenn wir das Gleiche in Bezug auf eine von den Regierungen ohne Mitwirkung der Nation ausgehende Verfassung beanspruchten.

Nicht lange darauf verlautete von einem in München geschlossenen Bündniß der Königreiche Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover mit Anlehnung an Oesterreich. Eine von mir deshalb am 21. März an das Ministerium gerichtete Anfrage ward ungenügend beantwortet. Inzwischen mehrten sich die Anzeichen, daß Oesterreich und die ihm anhängenden Staaten, darunter Sachsen, einfach einer Wiederherstellung des alten Bundestages zustrebten. Ich brachte daher am 24. April den Antrag ein:

Die Kammer wolle — zur Wirksammachung ihres Beschlusses vom 7. März — ihren Ausschuß für die deutsche Frage beauftragen, ungesäumt Erörterungen anzustellen, ob nicht der Zeitpunkt eingetreten sei, wo die Kammer ihr verfassungsmäßiges Recht der Zustimmung zur Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit geltend zu machen habe, bejahenden Falles aber der Kammer darüber, wie dies zu bewerkstelligen, Vorschläge zu machen.

Bei den Verhandlungen über diesen Antrag im Deutschen Ausschuß war es, wo Herr von Beust die Erklärung abgab:

Unter Umständen könne allerdings der Bundesvertrag in seiner ganzen Ausdehnung wieder aufleben, und es falle bedenklich, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob zu den Beschlüssen des dann wieder erstehenden Bundestages die Zustimmung der Stände nothwendig sei.

Diese Erklärung rief unter allen Parteien die größte Aufregung hervor. Wie? die ganze so hoffnungsreiche Bewegung des Jahres 1848 sollte damit enden, daß wir wieder dahin zurückgeworfen würden, wo wir vor dem März jenes Jahres gestanden? Um dies zu verhüten, mußte das Aeußerste gewagt werden. Ich brachte im Deutschen Ausschuß den Antrag auf eine Adresse an den König ein, worin Se. Majestät dringend gebeten werden sollte, der von seinem Ministerium in der deutschen Frage eingeschlagenen Politik Halt zu gebieten. Der dem Antrage beigefügte Adreßentwurf enthielt zunächst folgende Bitte an den König:

Se. Majestät möge sofort Anordnungen treffen, daß nicht allein die Zustimmung Sachsens zur Wiederherstellung des alten Bundestages in keinem Falle gegeben werde, sondern daß auch Sachsen sich von allen Verhandlungen über eine solche fernhalte,

eventuell dagegen protestire, daß ferner zu jeder Aufrichtung einer neuen Verfassung für Deutschland seitens der Regierung die Zustimmung der Kammern vorbehalten werde.

Sodann fuhr der Entwurf fort:

Allerdurchlauchtigster! Mit sehnsuchtsvoller Erwartung sieht die Volksvertretung einer beruhigenden Zusicherung aus Ew. Majestät Munde in dieser hochwichtigen Angelegenheit entgegen. Diese Beruhigung erscheint um so dringender in einem Augenblicke, wo von der Volksvertretung die Bewilligung bedeutender Geldmittel für Zwecke der Staatsverwaltung verlangt wird.*) Die Verpflichtung, welche die Verfassungsurkunde den Abgeordneten des Volks auferlegt, für Aufbringung des ordentlichen und außerordentlichen Staatsbedarfs zu sorgen, kann mit völlig ruhiger und gewissenhafter Ueberzeugung nur dann erfüllt werden, wenn die derselben gegenüberstehende und von ihr unzertrennliche Berechtigung der Volksvertretung, die Verwendung der bewilligten Gelder genau zu überwachen und überhaupt auf die Verwaltung und Gesetzgebung denjenigen Einfluß zu üben, der dem Volke sichere Gewähr giebt für eine seinen wahren Bedürfnissen entsprechende Gebahrung mit den Kräften und Mitteln des Landes, nicht durch eine gänzlich außerhalb der Verfassung stehende Macht, dergleichen der wiederhergestellte Bundestag sein würde, bedroht erscheint. Allerdurchlauchtigster! Zeither schon hat sich die Volksvertretung in ihrem Gewissen gedrungen gefühlt, in wichtigen Fragen der inneren Politik und Gesetzgebung dem von den gegenwärtigen Räthen der Krone befolgten Regierungssysteme zu widersprechen — trotz des ernsten, wiederholt bethätigten Willens, in bedenklicher Zeit der Regierung die Unterstützung nicht zu versagen, welche das Wohl des Landes erheischt. Jetzt ist sie es Ew. Majestät, ist sie es dem Lande und sich selbst schuldig, frei und offen zu bekennen, daß sie zu ihrem tiefen Leid befürchten muß, dem festen Verharren des Ministeriums auf dem bezeichneten Standpunkte in der deutschen Frage gegenüber an der Grenze zu stehen,

*) Es war eine Anleihe von 36 Millionen Mark für Eisenbahnbauten von der Regierung gefordert worden.

über welche hinaus ein aufrichtiges und segensreiches Zusammenwirken der gesetzgebenden Gewalten nicht mehr möglich erscheint. Sie vertraut aber, daß es der Weisheit und Fürsorge Ew. Majestät gelingen werde, dieses Unheil abzuwenden.

Als die Kammer am 1. Juni Vormittags zusammentrat, lag mein Antrag sammt dem Adreßentwurf (beides vom Ausschuß genehmigt) gedruckt auf den Pulten der Abgeordneten. Allein gleichzeitig circulirte das mehrfach beglaubigte Gerücht, daß vor der Berathung darüber die Auflösung der Kammer erfolgen werde.

Es fehlte nicht an Solchen (sogar auf der Linken), welche betreten dreinschauten und der Meinung zu sein schienen, wir hätten so weit nicht gehen sollen; Einzelne machten mir Vorwürfe, daß ich es dahin getrieben hätte, Vorwürfe, die ich in dem Bewußtsein, nur meine Pflicht als gewissenhafter Volksvertreter erfüllt zu haben, ruhig hinnahm.

Das Gerücht hatte nicht gelogen. Der Vorsitzende des Ministeriums, Dr. Zschinsky, verlas ein königliches Decret, welches die Auflösung der Kammern (nach dem Verfassungsgesetz von 1848 unterlag auch die Erste Kammer einer solchen) aussprach. Am 3. Juni erschien sodann ein weiteres Decret, welches die Wiedereinberufung der alten, im Jahre 1848 in allen verfassungsmäßigen Formen aufgehobenen Stände verfügte. Als zuerst von dieser Maßregel verlautete, erschien dieselbe so unglaublich, daß ein Bekannter von mir, Rath in einem der Ministerien, bei Erwähnung derselben als einer angeblich bevorstehenden erwiderte: „Das sei wohl ein schlechter Witz!“ Leider war es mehr!

Dem streng gewissenhaften König Friedrich August II. hatte man — wie es heißt, unter Mithilfe einer namhaften juristischen Autorität Sachsens — vermittelst einer spitzfindigen Deutung des Ausdruckes „provisorisches Gesetz“ (wie das Verfassungsgesetz von 1848 aus ganz anderen Gründen bezeichnet worden war) die Sache so dargestellt, als sei es kein Staatsstreich. In officiellen und officiösen Artikeln suchte das Ministerium das Geschehene zu rechtfertigen und alle Schuld auf die Kammern zu wälzen, mit welchen schlechterdings nicht auszukommen gewesen sei. Sie hätten, hieß es darin, unausgesetzt die wichtigsten Gesetzgebungsgegenstände verschleppt, gegen jede nothwendige Maßregel einen hartnäckigen Widerstand erhoben und so das Regieren mit ihnen unmöglich gemacht.

Zur Vertheidigung gegen diese ebenso maßlosen als durch nichts begründeten Vorwürfe verfaßte ich ein Schriftchen: „Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachsen aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Politik; zugleich eine Rechtfertigung der Kammern von 1849—50.“*). Darin wies ich, gestützt auf streng actenmäßiges Material, die Haltlosigkeit, ja Leichtfertigkeit aller gegen die Kammern erhobenen Anklagen nach, indem ich zugleich constatirte, wie nicht irgend ein Conflict in der inneren Politik, vielmehr nur die deutsche Frage es gewesen sei, welche den Bruch herbeigeführt habe. Das wollte man damals und noch lange Zeit später nicht eingestehen, weil man wohl einsah, daß gerade in der deutschen Frage der Widerstand der Kammern gegen die Beust'sche

*) Leipzig, bei Otto Wigand, 1850.

Politik ein sehr wohlberechtigter gewesen sei; zuletzt hat aber doch Herr v. Beust in offener Kammersitzung bekennen müssen, daß nur jener Widerstand gegen seine Politik in der deutschen Frage die Auflösung der Kammern herbeigeführt habe.

Heut, wo man diese, nun so weit hinter uns liegenden Dinge mit größerer Unbefangenheit betrachtet, als im Augenblicke des Geschehens, dürfte unter allen nur halbwegs Gebildeten wohl kaum noch eine Meinungsverschiedenheit herrschen sowohl über die Rechtlosigkeit jenes Beust'schen Staatsstreichs, als über die Nichtigkeit der Vorwürfe, durch welche man denselben zu beschönigen versucht hat. Ich komme daher auf den Inhalt jenes meines Schriftchens und die darin enthaltenen Beweisführungen hier nicht zurück. Damals freilich war von einem kräftigen Widerspruche der öffentlichen Meinung, geschweige denn von einem gesetzlichen Widerstande gegen eine so zweifellose Verfassungswidrigkeit nicht die Rede. Die wenigen Stimmen in der Tagespresse, welche sich dawider zu erheben wagten, wurden durch terroristische Maßregeln zum Schweigen gebracht.

Meine Schrift blieb merkwürdigerweise unbeschlagnahmt und unverfolgt; man scheute sich doch wohl, mit polizeilichen Maßregeln Beweisführungen todtzuschlagen, welche durchweg mit actenmäßigen Thatsachen belegt waren.

Aehnliche gesetzliche Handhaben zur wirksamen Bekämpfung eines derartigen Gewaltstreichs, wie deren die kurhessische Verfassung von 1831 so viele enthielt, gab es leider in Sachsen nicht. Auch ließ sich bedauerlicher Weise im sächsischen Volke jener strenge und unbeugsame Rechts-

sinn vermissen, den das kurhessische Volk in seinem Kampfe mit der Hassenpflug'schen Staatsstreichpolitik bewährte. Das Allergeringste, was man in Sachsen hätte erwarten dürfen, wäre das gewesen, daß, wo nicht alle, doch der größte Theil der Mitglieder der alten Ständeversammlung, die man jetzt wieder einberief, dieser Berufung, als einer schlechterdings ungesetzlichen und verfassungswidrigen Maßregel, nicht Folge leisten würden. Aber auch das geschah nicht! Nur ein ganz kleiner Bruchtheil, kaum mehr als ein halbes Dutzend, hatten so viel klares Rechtsbewußtsein und so viel Charakterfestigkeit, um ihre Mitwirkung zu dem Beust'schen Staatsstreiche zu versagen, allen gegen sie gerichteten Drohungen tapfer Stand zu halten und es ruhig geschehen zu lassen, daß ihnen, als „Renitenten" (Ungehorsamen), von den verfassungswidrigen Kammern die active und passive Wahlfähigkeit entzogen wurde. In dieser kleinen Zahl befanden sich vier Leipziger, insgesammt Männer von anerkannt loyaler, ja conservativer Gesinnung: Gustav Harkort, Heinrich Brockhaus, Friedrich Fleischer und Wilhelm Seyfferth.

Auch der Senat der Universität Leipzig, die höchste wissenschaftliche Autorität im Lande, gab ein rühmliches Beispiel verfassungstreuer Gesinnung. Nach der alten, aber 1848 abgeänderten Verfassung hatte er das Recht und die Pflicht, zur Ersten Kammer einen Vertreter der Universität zu wählen. Er verweigerte jetzt diese Wahl, weil er die Wiederberufung der alten Stände als verfassungswidrig ansah. Aber auch dafür wußte Herr von Beust Rath: er erklärte, daß diejenigen Senatsmitglieder, welche nicht wählten, als nicht mitzählend zu

betrachten seien, und so brachte er glücklich eine Minoritätswahl zu Stande. Dann vollzog er noch einen neuen Staatsstreich, indem er das Statut der Universität eigenmächtig änderte, die Wahl des Universitätsdeputirten zur Ersten Kammer und die des Rectors von dem Senat (der Versammlung der ordentlichen Professoren) auf die Gesammtheit aller Professoren, auch der außerordentlichen, übertrug, wobei er wohl davon ausging, daß letztere, welche vom Ministerium noch mehr zu hoffen hätten, als die ordentlichen, demselben leichter zu Willen sein würden.

Daß der Verfassungsbruch von 1850 auf so wenig Widerstand im Lande stieß, ja sogar vielfach Billigung fand, erklärt sich zumeist aus den Nachwirkungen des unseligen Maiaufstandes 1849, welche machten, daß ein sehr großer Theil der Geschäftsleute und Besitzenden vor jedem Gedanken an irgend eine neue politische Bewegung ängstlich zurückscheute. Eine ehrenwerthe Ausnahme machte ein hochconservativer Graf Hohenthal-Püchau, der einen scharfen Protest gegen den Staatsstreich veröffentlichte, zugleich, wie auch Herr v. Carlowitz, aus Sachsen für immer fortging.

Es bestätigte sich hier auf's Neue die auch sonst schon öfter gemachte Erfahrung, daß, wie ein Uebermaß von Reaction schließlich leicht Bewegungen von unten hervorruft, und das Bewußtsein, zu weit gegangen zu sein, dann gewöhnlich den Widerstand der Regierenden gegen diese Bewegungen lähmt, so ein Mißbrauch der Freiheit eben so leicht zu Gewaltstreichen von oben ermuthigt und das Volk zum passiven Geschehenlassen solcher geneigt macht.

Drittes Capitel.

Publiciſtiſche Thätigkeit in Sachen Schleswig-Holſteins und Kurheſſens. — Die Sammelſchrift „Germania“ (1851 und 1852).

Meine Thätigkeit im ſächſiſchen Landtage hatte mich nicht verhindert, die allgemeinen deutſchen Angelegenheiten fortwährend im Auge zu behalten. Während des Landtages ſelbſt hatte ich theils ſchriftliche, theils perſönliche Beziehungen unterhalten ſowohl mit preußiſchen als mit hannoverſchen Geſinnungsgenoſſen, von denen letztere in der gleichen Lage wie wir in Sachſen ſich befanden. Denn auch Hannover war von der „Union“ abgefallen*). Ein hannoverſcher Abgeordneter unſerer Partei ſchrieb mir:

> Da Sie zum Berichterſtatter in der deutſchen Frage gewählt ſind, ſo lege ich Ihnen unſeren traurigen Beſchluß in authentiſcher Form bei. Ob Sie mehr erreichen, als wir, wer weiß es? Berlin operirt ſo verkehrt, daß hier ſelbſt die entſchiedenſten Gothaner in's Schwanken gerathen. Ich fürchte, auch Ihre Hoff-

*) „Union“ ſollte urſprünglich das nach dem Wunſche der preußiſchen Regierung mit Oeſterreich zu errichtende Bündniß heißen; der Name ward aber auf das zwiſchen Preußen und den kleineren Staaten zu Stande gekommene Bündniß übertragen.

nungen auf Erfurt dürften von Tag zu Tag kleiner werden. Es weht ein eisiger Nordwind durch unser armes Vaterland, der selbst tüchtige Leute schwach macht und sie ihre Vergangenheit mit Füßen treten läßt. Unsere Kammern sind in ihren Mehrheiten so schwachmüthig, wie es nur je vor dem März der Fall sein konnte; dabei haben diese Leute eine solche Angst vor einem Ministerwechsel, daß Alles, was Stüve will, ihnen wie ein Befehl gilt. Vorläufig sind wir bis zum 28. Februar vertagt, um den, fast aus lauter „Stüvianern" zusammengesetzten Ausschüssen Zeit zum Arbeiten zu geben. Möge es Ihnen in Dresden besser gehen, obgleich die öffentlichen Nachrichten nicht sonderlich lauten!

Von den Mitgliedern des Unions-Parlaments suchten mich zwei, Max Duncker und Graf Dyrhn, in meinem Tusculum auf dem Kuhthurm bei Leipzig auf. Ich erwiderte diesen Besuch während unserer Kammerferien zu Ostern und verweilte einige Tage in Erfurt, wo ich viele der alten Parteifreunde aus Frankfurt (Gagern, Simson, Rießer, Böcking, Hergenhahn, Rüder u. A.) wiederfand und neue — besonders aus Preußen — hinzugewann. Auch Herrn von Carlowitz traf ich dort, der mitten aus seiner parlamentarischen Thätigkeit in Dresden heraus vom König von Preußen zum Commissar beim Unions-Parlament ernannt worden war. (Herr von Carlowitz hatte sich inzwischen in Preußen angekauft.) Ich saß an der table d'hôte neben ihm; er begrüßte mich freundlich, verhielt sich aber während der ganzen Tischzeit schweigend; offenbar war er bedrückt durch die unerquickliche Rolle, die ihm — bei der zweideutigen Haltung der preußischen Regierung gegenüber dem Parlament — zugefallen war. Er hat sich später gegen einen Vertrauten bitter darüber beklagt. „Er habe," hat er gesagt, „das Commissariat erst dann angenommen, als König Friedrich Wilhelm IV.

ihm persönlich die feste Versicherung gegeben, daß es seiner Regierung mit dem Zustandebringen der Union voller Ernst sei.“ Herr v. Radowitz, der andere Commissar, nahm die Sache leichter. Er half sich damit, den Mangel entscheidender Thaten, der auf Seiten der preußischen Regierung immer mehr hervortrat, durch um so schöner klingende Redensarten zu verdecken. Gerade damals, als ich nach Erfurt kam, hatte er im Ausschusse des Volkshauses eine seiner hochtönenden Reden gehalten. In jenem orakelhaften Tone, den man an ihm kannte, hatte er gesagt: „es gebe viele Wege, auf denen das junge Unionswerk zerstört, vielleicht kaum einen, auf dem es sicher an's Ziel geführt werden könne.“ Und dann hatte er mit jener eisernen Ruhe, die von Vielen als das Zeichen einer unfehlbaren Ueberzeugung betrachtet ward, dem Ausschuß auseinandergesetzt, daß, wenn das Parlament die Sache der Union fördern wolle, es den von den Regierungen ihm vorgelegten Verfassungsentwurf nicht etwa einfach annehmen dürfe, sondern abschwächen (also verschlechtern) müsse.

Die Männer unserer Partei waren über eine solche in der That unerhörte und wohl noch nie dagewesene Zumuthung im höchsten Grade entrüstet. Besonders mein Freund Rießer, in dessen Charakter strengste Wahrhaftigkeit den Grundzug bildete, konnte sich gar nicht darüber zufrieden geben.

Aus diesen mysteriösen Andeutungen ging jedenfalls so viel hervor, daß die preußische Regierung und der König schon entweder den Muth oder die Lust verloren hatten, das von ihnen begonnene Werk unbeirrt durchzuführen, daß sie

entweder vor Oesterreich und dem hinter diesem stehenden Rußland zurückwichen, oder daß sie sich jener specifisch preußisch und nebenbei absolutistisch gesinnten Partei zuneigten, die im Erfurter Parlament durch mehrere sehr entschiedene und talentvolle Redner, wie Stahl, vertreten war und die in dem parlamentarischen Bundesstaate eine Gefahr für Preußen erblickte. Schon munkelte man auch von einem bevorstehenden Abfall Kurhessens, also der Herausbrechung eines neuen Steines aus dem Bau der Union, durch österreichische Intriguen. Kein Wunder, wenn die Stimmung unter unseren Freunden in Erfurt eine äußerst gedrückte war und ich von dort eben so wenig einen ermuthigenden Eindruck mit mir nehmen konnte, als ich einen solchen dahin gebracht hatte.

Nach meiner Rückkehr vom Landtage wendete ich meine Thätigkeit (abgesehen von dem Schriftchen gegen den Beust'schen Staatsstreich) ausschließlich den allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu. In erster Linie dieser stand damals das unglückliche Schicksal der Schleswig-Holsteiner. Dieselben waren von Preußen aufgegeben, das seinen Frieden mit Dänemark gemacht hatte. Wollten sie nicht ihren Erbfeinden, den Dänen, sich widerstandslos unterwerfen, so mußten sie mit ihren alleinigen Kräften den Kampf gegen diese bestehen. Der entschiedene Entschluß, den sie faßten, dies zu thun, und das opferwillige Eintreten dieses wackeren Stammes für sein Recht und seine deutsche Nationalität fachte auch im übrigen Deutschland noch einmal einen Funken der Begeisterung aus der Asche der tief niedergebrannten nationalen Hoffnungen an. Freiwillige eilten unter die Fahnen Schleswig-Holsteins, darunter als

einer der Ersten der ehemalige Präsident des Parlaments und des Reichsministeriums, Heinrich von Gagern.

Früher schon war ein jüngerer Abgeordneter zum Parlament, Hans von Raumer, ebendahin abgegangen. Er war schon in Gotha in der Uniform eines schleswig-holsteinischen Jägers erschienen. Bekanntlich ward dem ehrenvollen, wenn auch nicht glücklichen Kampfe der Schleswig-Holsteiner gegen die Dänen dadurch ein Ziel gesetzt, daß ein österreichischer und ein preußischer Commissar an der Spitze einer Abtheilung österreichischer Truppen im Namen des wiederhergestellten Bundestages dieselben zwangen, die Waffen niederzulegen und sich auf's Neue dem dänischen Joche zu beugen.

Hans von Raumer, dieser prächtige Mensch, kehrte zwar unverwundet, aber mit dem Keime eines tödtlichen Nervenfiebers zurück (wohl wesentlich mit eine Folge der tiefen seelischen Erschütterung über das so schmachvolle Gebahren Deutscher gegen Deutsche) und starb nicht lange darauf. Bald nach seiner Heimkehr (am 24. Januar 1851) hatte er mir Folgendes geschrieben:

Sie werden sich kaum darüber wundern, daß Sie einen aus Baiern datirten Brief von mir erhalten; für einen Menschen, der blos aus dem Grunde nach Schleswig-Holstein gegangen war, um beim letzten Kampf für des Vaterlandes Recht und Ehre nicht zu fehlen, war nichts mehr daselbst zu suchen, nachdem die Macht der Verhältnisse den Verzicht auf den Kampf nothwendig gemacht und die Regulirung der Rechtsfrage einer Diplomatie in die Hände geliefert hat, die das wackere, vielgeprüfte Volk von einer Entwürdigung zur anderen nöthigen wird. Dies Trauerspiel kann ich ebensogut aus meiner trostlosen baierischen Heimath mitansehen.

Auch ein ehemaliger Mitarbeiter meiner „Monats-

schrift", von dem ich lange nichts gehört, Alexander v. Rüstow, hatte für Schleswig-Holstein so lange mitgekämpft, bis den tapferen Streitern von den eigenen Landsleuten die Waffen aus den Händen gerissen wurden. Er schrieb an mich aus Brandenburg am 5. December 1851:

Gedrängt von meiner Neigung, trat ich im Frühjahr 1850 in die schleswig-holsteinsche Armee, diente hier im Generalstabe und als Batteriechef, focht als solcher glücklich bei Missunde, verblieb nach Auflösung der alten Armee im Contingent und bin seit der vor Kurzem erfolgten Ueberlieferung der Letzteren an die Dänen außer aller Thätigkeit.

Eingedenk der gütigen Theilnahme, die Sie, hochgeehrter Herr, meinen ersten literarischen Arbeiten geschenkt, wende ich mich vertrauensvoll mit der Bitte an Sie, mir zur Wiederanknüpfung literarischer Verbindungen behilflich sein zu wollen. Wenn meine Neigung und die reichen Erfahrungen der letzten Jahre, die mich in die verschiedensten Stellungen führten, zur Bearbeitung militärischer Themata mich vorzugsweise befähigen würden, so glaube ich doch durch Uebung und vermehrte, weil bestimmten Zwecken geltende Aufmerksamkeit auch für die Besprechung allgemeiner politischer Tagesfragen Stoff und Geschick erwerben zu können.

Dem wackeren Manne war Besseres, als eine solche journalistische Thätigkeit, beschieden. Es glückte ihm, 1852 in die preußische Armee wieder einzutreten und mit dieser, 1864 gut machen zu helfen, was Preußen 1850 an Schleswig-Holstein gesündigt. Als Führer einer Artillerieabtheilung bestand er erst ein rühmliches Gefecht bei Ravenskoppel und wirkte dann durch Beschießung der dänischen Kriegsschiffe vom Flensburger Hafen aus zu dem glorreichen Uebergange nach Alsen mit. Im Kriege von 1866 hatte er einen nicht unrühmlichen Antheil an

dem Siege von Gitschin und an der standhaften Zurückweisung der österreichischen Angriffe von den Höhen bei Chlum, dann wieder an der Entscheidungsschlacht von Königgrätz. In dieser ward er schwer verwundet und starb im Hospital zu Horzitz an der Cholera, jedenfalls völlig ausgesöhnt mit seinem preußischen Vaterlande, dessen unbefriedigende politische Verhältnisse einst ihn und seinen Bruder Wilhelm aus den Reihen der preußischen Armee vertrieben hatten.

Zur Unterstützung der braven Schleswig-Holsteiner mit Geldmitteln wurden damals allerwärts in Deutschland Sammlungen veranstaltet. In manchen Staaten jedoch, auch in Sachsen, stießen solche auf polizeiliche Hindernisse. Ich hatte mich an ein paar Gesinnungsgenossen vom Landtage her, den Pfarrer Kalb und meinen Freund Funkhänel, mit der Bitte gewendet, in ihren Kreisen dergleichen Sammlungen einzuleiten. Darauf antwortete mir Kalb am 31. Juli 1850:

> Ich habe um die Erlaubniß nachgesucht, wenigstens für „die verwundeten Krieger der schleswig-holsteinschen Armee" eine öffentliche Sammlung zu veranstalten; aber auch dieses, rein auf humane Motive begründete Gesuch ist mir vom Ministerium des Innern durch die Rochlitzer Amtshauptmannschaft abgeschlagen worden mit dem überflüssigen Hinweis darauf, daß es mir unverwehrt sei, von selbst eingehende Gaben anzunehmen. Aber solche fließen hier spärlich ohne vorausgegangene öffentliche Aufforderung. So führt der Mangel an nationalem Patriotismus bis zur Unmenschlichkeit! Doch will ich versuchen, was sich indirect thun läßt.

Kalb kam bei dieser Gelegenheit auch auf unsere gemeinsame Thätigkeit im Landtage zurück. Er war dort ein hervorragendes Mitglied des Centrums gewesen. Nun schrieb er:

Vor Kurzem hatte ich den Besuch einiger Mitglieder unserer Centrumspartei. Keiner von uns bereut seine Wirksamkeit auf dem letzten Landtage; ich selbst freue mich sogar manches scharfen Wortes; es war prophetisch.

Dann fügte er hinzu:

Sie glauben kaum, wie das Verfahren von oben das Volk demoralisirt und die, leider geringe, Zahl gebildeter, selbständiger Männer indignirt. Ueberall wird das materielle Wohl, das sinnliche, egoistische Interesse der Gott Moloch, der jeden idealen, moralischen Aufschwung vernichtet. Wir aber bleiben fest bei dem, was wir wollten und wie wir es erstrebten!

Funkhänel hatte mir schon am 15. Juli geschrieben:

Auch ich bin für Hilfsvereine der von Dir vorgeschlagenen Art, jedoch auch mit Dir für das Abwarten dazu passender Vorgänge in Schleswig-Holstein. Vielleicht wird die schaudererregende Apathie unserer kalten Hundstage durch die Sympathien für die Leiden und die Opferfreudigkeit Jener, die sich bald schämen möchten, daß wir mit ihnen gemeinsam den deutschen Namen tragen, auf kurze Zeit besiegt. Ich werde dafür ebenso gern thätig sein, wie auch Kalb, obgleich ich mich für jetzt trostlos vergebens nach Männern umsehe, welche nebst uns dazu bereit sein werden.

Da es mit Sammlungen so wenig tröstlich aussah, griff ich zu einem andern Mittel, um wenigstens einiges Geld für die schleswig-holsteinische Sache zusammenzubringen. Ich schrieb ein Flugblatt von etwa Einem Bogen, worin ich das Recht Schleswig-Holsteins und die Pflicht Deutschlands, ihm zu helfen, nachdrücklich betonte. Der mir befreundete Buchdruckereibesitzer R. Härtel druckte dasselbe umsonst (die unentgeltliche Ueberlassung des dazu nöthigen Papiers, um die ich eine der angesehensten Leipziger Papierhandlungen anging, ward mir verweigert); ich versandte es massenweise an Gesinnungsgenossen im ganzen Lande (zum Preise von 20 oder 25 Pf. das Exemplar) und

brachte auf diese Weise doch über 1200 Mark zusammen, die ich an das Hamburger Comité für Schleswig-Holstein einsendete.

Das war leider Alles, was ich in dieser Sache thun konnte. Der Aufforderung, selbst nach Kiel zu kommen und als Publicist von dort aus die öffentliche Meinung in Deutschland für Schleswig-Holstein erwärmen zu helfen, welche ein mir befreundeter ehemaliger Frankfurter an mich richtete, der selbst in solcher Stellung sich äußerst thätig erwies, vermochte ich zu meinem aufrichtigen Bedauern, meinen ganzen Verhältnissen nach, nicht zu entsprechen.

Nächst der schleswig-holsteinischen Frage war es die kurhessische Angelegenheit, welche mich am lebhaftesten beschäftigte. Nicht lange nach dem Staatsstreich vom 3. Juni, der uns in Sachsen betroffen hatte, weil wir der alt-bundestäglichen Politik Beust's beharrlichen Widerstand geleistet (der Volksmund taufte deshalb den Landtag von 1849—50 den „Widerstandslandtag"), versuchte das Gleiche in Kurhessen der Minister Hassenpflug. Das dortige Märzministerium Eberhard-Wippermann, welches treu zur Union hielt, mußte beseitigt werden, und an seine Stelle mußte ein Hassenpflug treten („der Hessen Fluch", wie er schon bei seiner früheren ministeriellen Wirksamkeit daselbst genannt worden war) — Alles nur, damit Kurhessen gleich Sachsen und Hannover von der Union abgelöst und diese vollends gesprengt werde. Das Hinderniß, welches für diesen Schritt die kurhessische Kammer bot, die ebenfalls nichts vom alten Bundestag wissen wollte, beseitigte Hassenpflug in derselben Weise, wie es in Sachsen Herr von Beust gethan. Nur ging er etwas plumper

zu Werke, indem er rein absolutistisch — mit Ukasen — zu regieren versuchte. Dem setzte das wackere hessische Volk, einschließlich der Behörden, der Gerichte, ja der Offiziere, einen zwar streng gesetzlichen, aber dergestalt zähen Widerstand entgegen, daß Hassenpflug mitsammt seinem Herrn, dem Kurfürsten, aus dem Lande fliehen und die Hilfe des damals bereits von Oesterreich inscenirten Rumpfbundestages anrufen mußte.

Es kam nun Alles darauf an, ob Preußen seine Pflicht thun und das verfassungstreue kurhessische Volk gegen die Vergewaltigung durch jene vollkommen rechtlose Frankfurter Versammlung, welche sich Bundestag nannte, schützen werde. Darauf mit allen Mitteln der Presse hinzuarbeiten, erschien als eine gebieterische, wenn auch schwerlich erfolgreiche Aufgabe. Ich habe mich dieser Danaidenarbeit damals nach besten Kräften unterzogen. Da die „Deutsche Zeitung“ eingegangen war, so schrieb ich Artikel in diesem Sinne für die in Braunschweig bei Vieweg (unter Baumgartens tüchtiger Leitung) erscheinende „Deutsche Reichszeitung“.

Auch diese so gerechte Sache ging — Dank dem Ministerium Manteuffel! — hoffnungslos verloren!

Ich hatte, nachdem der Staatsstreich schon vollzogen, die Hoffnung auf ein Einschreiten Preußens zu Gunsten der verfassungstreuen Kurhessen aber noch nicht geschwunden war, auf das Gerücht hin von einer günstigen Wendung dort und einem möglichen Wiedereintritt des Ministeriums Eberhard=Wippermann, an den Letztgenannten, dem ich in Frankfurt näher getreten war, Glückwünsche geschrieben. Darauf antwortete mir dieser unterm 25. October 1850

(also noch vor dem Tage von Olmütz) in wenig hoffnungsvoller Stimmung Folgendes:

Verehrtester Herr! Für die Theilnahme an dem Verlaufe unserer öffentlichen Angelegenheiten bin ich Ihnen sehr dankbar. Man findet doch immer Beruhigung darin, wenn man sieht, daß man in so schweren Dingen nicht von Männern gemißbilligt wird, auf deren Urtheil man mit Recht einen Werth legen darf. Das Schwerste scheint uns noch bevorzustehen; von einem Ministerwechsel (einer Wiederbeseitigung Hassenpflugs) sind wir sehr fern. Was darüber gesagt wurde, ist in Beziehung auf mich wenigstens nur ein Gerücht gewesen.

Cassel, 25. October 1850.

Ihr
ergebenster
Wippermann.

So war denn unsere Partei aus allen ihren Positionen herausgeschlagen! Die Union, dieser letzte, wenn auch schwache Rest der Frankfurter Reichsverfassung, Schleswig-Holstein, Kurhessen, Alles war hingeopfert an Oesterreich und seine Bundesgenossen! Unser einziger Trost — freilich selbst ein sehr schmerzlicher! — war der, daß es nicht unsere besondere Parteisache, sondern die Sache der ganzen Nation war, für die wir gekämpft hatten und mit der zugleich wir jetzt unterlagen.

Für den Augenblick war nichts mehr zu machen. Eine direct politische, d. h. parlamentarische Thätigkeit, auch wenn ich zu einer solchen unter so trostlosen Umständen mich hätte entschließen mögen, war mir versagt, denn in den „alten Ständen“ gab es für mich keinen Platz. Aber auch eine Wirksamkeit in der Tagespresse war dem Sachsen außerordentlich erschwert durch die drakonischen Preßordonnanzen des Ministeriums, welche die Zeitungen vollständig in die Gewalt der Regierung gaben. Unter

diesen Umständen kam mir ein Anerbieten ganz gelegen, welches von der Leipziger Verlagsbuchhandlung Avenarius und Mendelssohn um diese Zeit an mich gelangte. Dieselbe ging damit um, eine Sammelschrift zu begründen, welche in größeren wissenschaftlich gehaltenen Artikeln theils wichtige Partien aus der deutschen Vergangenheit, theils Fragen von allgemeinem Interesse aus der Gegenwart behandeln sollte, um das Interesse der Nation an ihren allgemeinen Angelegenheiten möglichst wach zu erhalten und sie vor dem Versinken in Apathie zu bewahren. Deren Leitung hatten sie mir zugedacht. Bei den so trostlosen öffentlichen Zuständen, der weit verbreiteten Abspannung im Volke, dem Ekel selbst vieler der Höhergebildeten an jeder auch nur an's Politische streifenden Thätigkeit erschien freilich ein solches Unternehmen ebenso schwierig in seiner Durchführung als nicht eben sehr aussichtsvoll in seinen Erfolgen. Indessen es mußte gewagt werden.

Mein erstes Geschäft war, mich nach tüchtigen Mitarbeitern umzuthun, und natürlich dachte ich dabei zunächst an die vielen namhaften Gelehrten unter meinen ehemaligen Frankfurter Collegen und Gesinnungsgenossen, und wandte mich an eine Anzahl solcher mit der Bitte um Unterstützung. Um ferner das Unternehmen unter den Schutz eines möglichst populären Namens zu stellen, ersuchte ich den ehrwürdigen E. M. Arndt, mit dem ich in der Paulskirche bekannt geworden war, eine Art von Protectorat desselben zu übernehmen. Und der liebenswürdige Greis sagte bereitwillig zu.

Die Schrift erschien unter dem Titel: „Germania, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutschen

Nation, herausgegeben von einem Verein von Freunden des Volkes und Vaterlandes, eingeführt durch Ernst Moritz Arndt." (Leipzig, bei Avenarius und Mendelssohn, 1851, 1852).

Der treffliche Mann zeigte sowohl in seinen Briefen an mich, wie in den Worten, womit er das Unternehmen einleitete und gleichsam einweihte, die ganze unverwüstliche Frische seines Geistes und jenen unzerstörbaren Glauben an „die Ewigkeit seines Volkes", dem er einst in der Paulskirche so warmen und begeisternden Ausdruck gegeben hatte. Hier die Hauptstellen aus seinen Briefen!

Bonn, den 25. des Erntemonds 1850.

Dank für Ihr Andenken, lieber Freund, und für die willkommenen Sendungen! Ihre Erinnerung ist bei mir im Herzen und im Munde wohlbewahrt. Was die beiden Sendungen betrifft, so ist die letzte an die Thoren, die Friedenspropheten Burritt und Richards, die mich hier ein paar Mal persönlich angelaufen haben, fast zu glimpflich und zu deutschbescheiden abgefaßt*). Auf die erste Sendung und ihren Inhalt hätte ich Ihnen schon früher geantwortet, wenn ich nicht mehrere Tage leider an Leib und Seele unwohl gewesen wäre. Dem Leibe ist für den Augenblick wenigstens wieder wohler; an der Seele müssen, wie die Dinge eben in schändlicher Feigheit und Lügenhaftigkeit vor uns hinlaufen, wohl alle ehrliche Deutsche krank sein. Ich sende Ihnen hiebei, was Sie und Ihre Freunde verlangt haben. Ich konnte und durfte in meinem Sinn und aus meiner Art nicht anders sprechen. Möge

*) Es bezieht sich dies auf einen „Offenen Brief an die Versammlung der Friedensfreunde zu Frankfurt", den ich hatte drucken lassen. Ich erwiderte darin auf deren Einladung: „Jetzt sei für das, in seinem höchsten Recht (auf Schleswig-Holstein) angegriffene Deutschland nicht die Zeit zu solchen Friedensdemonstrationen. Sie möchten sich an Dänemark adressiren."

es Ihnen gefallen! Möge es in Ihrer Schaffenslaune geschrieben sein! Können Sie, wie es ist, es für Ihren Zweck nicht gebrauchen (d. h. es ganz und unverändert abdrucken lassen), so bitte ich, es mir baldigst zurückzusenden. Was künftige Mitwirkung und Mitarbeit an Ihrem Neuen angeht, so kann der überalte Greis da nicht viel mehr versprechen: er fühlt doch, daß er im 81. Jahre des irdischen Lebens pilgert, er kann nur sagen: Verremos. So viel in aller Kürze; ich habe mich heute schon heruntergeschrieben. Gruß und Freundschaft!

In deutscher Treue E. M. Arndt.

Bonn, den 26. November 1850.

Kürzest, theurer Freund, ein paar kurze Worte, wie die Zustände meiner ältesten Tage und die Unruhen, die sie und die geschwind wirbelnde und umrollende Zeit geben und erlauben:

a) Jene bekannten Einleitungsworte überlasse ich Ihnen, ob Sie dieselben mit abdrucken lassen wollen oder nicht. Sie scheinen mir noch zu passen — gleichsam eine zweite, andere zu schreiben, wüßte ich im jüngsten Gange der Dinge keine Veranlassung. b) Es geht dem Alten, der bald von seinem 81. Lebensjahre eingeholt ist, weder aus dem Gehirn noch mit der Hand nicht mehr geschwind. Wenn ich Ruhe gewinnen kann, werde ich sehen, ob ich vielleicht in einigen Monaten der Zeitschrift auch etwas liefern kann aus lebendiger Anschauung heraus, deren ich viel über die Völker zu ihrer Zeit gehabt habe, z. B. über ihre ethische, geistige, politische Stellung zu uns. c) Ihre Hoffnungen, daß Preußen sich doch noch ermannen und gutes Leben in die deutsche Bewegung bringen könne, möchte ich sie doch theilen können! Selbst einen Krieg könnt' ich wünschen, wenn als Grund und Ziel desselben das Edle, Freie und Deutsche vorangestellt und in solchem Sinn wirklich gekämpft würde. Aber ich sehe den Mann und die Männer nicht, die Solches wollen und führen könnten. Gebe Gott, daß uns der preußische Reichstag irgend ein Belebendes, Erquickendes, die Halbheit und die Feigheit Entblößendes und Zermalmendes bringe! Welches Herz ist nicht zerrissen von Hessens und Holsteins Lage, und was man Oesterreich und seinen Trabanten

gegen sie erlaubt*)? Andere Unruhe, welche eben Herz, Haus und Geldbeutel in diesen Wochen anstößt, werden Sie begreiflich finden, wenn ich Ihnen erzähle, daß nun vier meiner Söhne mit preußischen Landwehren ausziehen, von welchen der jüngste noch in Holstein bei den Jägern steht. — Alles dies gern, wenn's nicht bloßem Schein, sondern Vaterland und Recht und Freiheit gelten soll; aber Menschenherz bleibt doch Menschenherz, wenn das meinige auch nicht aus weichlichem Teige geformt ist. Ade! In deutscher Treue Ihr E. M. Arndt.

Bonn, den 10. des Wintermonds 1851.

Spät, theurer Freund, zu spät antworte ich Ihnen auf Ihre letzte Sendung vom 13. December, die richtig in meine Hände gekommen und wovon das Päckchen an Dahlmann abgeliefert worden. Diese Verspätung liegt nicht in meiner Art, sondern in einem, wie Gott es uns zuweilen zusammenwirft, Zusammenstoßen so verschiedener plagender Menschen, Geschäfte und Verdrießlichkeiten, die den alten Mann die letzten Wochen auseinandergerissen und fast zerrissen haben, wozu Sie sich noch das andere Mitniederreißende, woran alle Guten jetzt wohl kranken, weiter denken können. Kurz, ich bin so gehetzt gewesen und auch mitunter unbaß, daß ich die Aufsätze in der „Germania" kaum nur im Ganzen habe durchlaufen, aber nicht durchlesen gekonnt. Es ist auch sonst hier in der Stadt und selbst in meinem Hause durch fortwährende Einquartierungen, Ausrüstungen und Hin- und Hermärsche mehrerer meiner Söhne und durch andere Plagen, welche die nichtigen Manteufeleien herbeiführen, fortwährende Unruhe gewesen, wodurch der stille Musensitz im Gehirn begreiflich keine wärmenden und zündenden Bestrahlungen des geistigen Sonnenscheins empfangen kann. Ob ich dazu kommen werde, auch einige Bogen für die „Germania" zu liefern, steht noch dahin. Die Lust ist freilich da, und einige Embryonen scheinen sich zuweilen schon

*) Damals war es auch, wo Arndt die Verse schrieb:

„Wohl Vieles wird vergeben und vergessen,
Doch nimmer Schleswig-Holstein, nimmer Hessen!"

in mir herumzustoßen; aber das Alter, das Alter — solche Hemmschuhe des frisch fortlaufenden Lebenswagens kennt Ihr Jüngeren nicht. Ade! Möge der schändliche, schmutzig rauhe Alp der Gegenwart nicht zu schwer auf Ihnen lasten! Besseren Neujahrswunsch weiß ich heut kaum. In deutscher Treue Ihr E. M. Arndt.

In dem Einleitungswort, durch welches Arndt die „Germania" einführte, sagte er:

Für die Zukunft vertraue ich dem deutschen Geist und der deutschen Wissenschaft, den deutschen Gedanken, welche durch die politischen und diplomatischen Zettelungen und Hetzereien doch nicht ausgelöscht werden können. Denn wem dürfte ich vertrauen, dürfte ich Gott und seinem Evangelium noch vertrauen, wenn ich diesen höchsten Evangelisten der Menschheit nicht glauben wollte? Darum rufe ich aus mit den alten Heiden: Fata viam invenient! das übersetze ich mir in aller Kürze: „Gott verläßt keinen Deutschen, wenn er sich nicht selbst verläßt". Geist und Gedanke werden endlich das Vaterland finden und schaffen, welches in diesen jüngsten Jahren wieder vergeblich gesucht worden ist. Wir sind in dem letzten Jahrhundert, wir sind in den letzten fünf Jahren durch ihn weiter gekommen; wir werden ferner durch ihn weiter kommen. Es heißt hier: „Deutschlands Männer, haltet fest! Und es wird Euch endlich doch ein Vaterland werden, und an Eurem Evangelium deutscher Einheit und Gemeinsamkeit werden die spitzesten und feinsten Ränke der Diplomaten und die alleinherrischen Gelüste der Hinterlist und Habsucht zerschellen."

Von Denen, die ich zur Mitarbeiterschaft aufgefordert, erhielt ich manch' freundliche und ermunternde, nur leider wenige entschieden zusagende Antworten. Der meisten ehemaligen Strebegenossen hatte sich ein tiefer Unmuth, der ihre Thätigkeit lähmte, einzelner eine schier pessimistische Stimmung bemächtigt. Ich theile aus diesen Briefen Dasjenige mit, was zur Kennzeichnung der damals theils in diesen Kreisen selbst vorherrschenden, theils von den

Briefschreibern in ihren Umgebungen wahrgenommenen Stimmungen dienen kann.

Dahlmann schrieb:

Bonn, 18. Semptember 1850.

Lassen Sie es mich nur geradezu gestehen, lieber Herr College und Mitkämpfer, daß ich den Muth bewundere, der Sie in der gegenwärtigen — nicht Lage, sondern Niederlage unserer vaterländischen Angelegenheiten an ein umfassendes literarisches Unternehmen für die deutsche Nation denken läßt. Ich versichere Sie, daß ich für den Augenblick nicht einmal für einen Zeitungsartikel festen Boden finden kann, und gleichwohl zähle ich mich keineswegs zu der Partei der Verzweiflung.

Soll ich nun ganz ehrlich Antwort geben, so ist es diese: Liegt Ihnen an meiner Zusage etwas, und wollen Sie vor der Hand, da ich mich in den stillen Stubenfleiß wieder einzuleben und den schlimmen Stoß, den meine Gesundheit erlitten, noch mannigfach wieder gut zu machen habe, das Wort für die That nehmen, so sehen Sie mich als beigetreten an! Wollte ich aber, wie es dermalen mit mir steht, thätige Mitwirkung versprechen, so würde das eine leere Täuschung sein, die ich weder gegen Sie, noch gegen mich selbst verschulden darf. Die Hinopferung von Schleswig-Holstein ist herzzerreißend, und man wird beflissen sein, das gleiche Schicksal den braven Hessen zu bereiten. Und dennoch ist mir so zu Sinne, als werde auf diesen Schlachtfeldern der Weg zur Einheit Deutschlands gebahnt. Ihrer Unternehmung gutes Gelingen wünschend

Dahlmann.

Von Berthold Auerbach erhielt ich folgende zwei Schreiben:

Dresden, 15. September 1850.

Ich habe Dir schon oft gesagt, daß ich mich nur lebensfreudig zu erhalten vermag, wenn ich in einem mir poetisch entsprechenden Gebiete poetisch producire: das läßt über der zu schaffenden Welt die traurige Corruption der täglichen Wirklichkeit wenigstens auf Zeiten vergessen. Ich bin gerade jetzt so voll von mancherlei zum Theil gut aussehenden Plänen, daß ich zu nichts

Anderem es bringen könnte. Darum, lieber Freund, Du ergänzest Dir schon all das flüchtig hier Hingeworfene, fasse Alles zusammen und Du wirst mir's gewiß nicht verargen, daß ich mich jetzt zu einer so abziehenden Arbeit nicht verbinden kann. Ich finde den Plan des Werkes so, daß ich nichts mehr hinzuzusetzen wüßte. Ich reiste durch Baden und Württemberg: wie gräßlich ist das herrliche Baden verwüstet, und die Jesuiten sind jetzt dort in voller Thätigkeit, während überall sich die schauderhafteste Corruption aufthut, indem das Denuncianten- und Spionirwesen in höchster Blüthe steht. Wer eine Privatrache auszuüben hat, denuncirt frischweg und ist des Erfolges gewiß. In Württemberg hat man die Menschen politisch zerklüftet. Dennoch ist dort mehr politisches und nationales Bewußtsein (wie im Süden überhaupt), als hier. Wir suchen bei der allgemeinen Stumpfheit hier für Schleswig-Holstein zu thun, was möglich ist.

Dresden, den 28. September 1850.

Du hast Recht, lieber Biedermann, wer unmittelbar für das politische Leben zu wirken berufen ist, darf nicht rasten, darf nicht auf das mächtige Donnerwetter mit Regen und Blitz thatlos warten, sondern muß einstweilen die Wiesen wässern, Dämme und Schleusen bauen 2c. Ich finde es darum nicht nur gut, sondern auch tapfer von Dir, daß Du das, gewiß ersprießliche Werk friedlicher Belehrung auf literarischem Wege neu aufnimmst. So sehr ich nun auch Dein Unternehmen billige und ihm allen Erfolg wünsche, kann ich doch zu meinem innigen Bedauern (Du weißt ja, wie gern ich Dir zur Seite bin) Deinen Wünschen nicht entsprechen. Wird mein Name genannt, so weiß ich, daß man von mir eine thätige Mitwirkung erwartet und erwarten muß, und da ich das voraussichtlich nicht erfüllen kann, muß ich ganz mit Stillschweigen übergangen werden. Nicht wahr, Du erkennst dies in Deiner gerechten Weise und bleibst mir stets der Alte, wie ich bin Dein Freund Berthold Auerbach.

Einer der Verzweifeltsten war R. v. Mohl. Er schrieb:

Heidelberg, den 30. November 1850.

Welche Zeiten! Es ist doch in der That ohne Beispiel, daß eine große Nation so zu Grunde geht an der völligen Heillosig-

keit einiger weniger Menschen. Wir haben durch Handeln und Unterlassen viel gesündigt; allein dies haben wir nicht verdient. Es ist zum Rasendwerden, wohin man sieht! Was wird dies für eine Abrechnung geben! Indessen — Gott befohlen! Das Lamentiren ändert doch nichts.

Beinahe noch pessimistischer äußerte sich der alte wackere Stenzel, Professor in Breslau. Am unmittelbarsten drückte natürlich die traurige Lage Schleswig-Holsteins auch auf die stärksten Geister der dabei unmittelbar Betheiligten. Droysen, damals noch in Kiel, schrieb mir unterm 19. November 1850, wo zwar das Schicksal der Herzogthümer noch nicht besiegelt war (der verhängnißvolle Tag von Olmütz war bekanntlich der 29. November 1850), wo aber doch Niemand sich mehr über das, was kommen werde, täuschen konnte:

> Wir sind im Beginn eines Kampfes, in dem sich zeigen muß, wie stark unsere geistigen Bataillone gegen Bajonette und diplomatische Stilette sind. Sie in Sachsen sind übel daran, wir noch um etwas übler. Aber es ist in uns Niedersachsen eine Zähigkeit, Trotzigkeit und naßkalte Nüchternheit, daß alle diese Misère uns nur Ekel empfinden läßt. Wir bleiben einstweilen scharf am Winde; wir warten ab, bis die Croaten hier sind, das Weitere muß sich dann finden. Oh, daß man in Berlin einen Tropfen von diesem Blute hätte — gehabt hätte, denn jetzt würde es kaum mehr helfen!

Aus einem etwas früheren Stadium der schleswig-holsteinischen Krisis (am 12. September 1850) hatte mir Lorenz Stein, damals auch in Kiel, geschrieben:

> Die Nähe des Feindes, die Vorbereitungen zur Landesversammlung, bei der ich Abgeordneter bin, die Kriegsunruhe, die Cholera und die jetzige wirkliche Eröffnung der Landesversammlung, endlich die gespannteste Erwartung auf den Angriff auf die Dänen, der jetzt endlich definitiv beschlossen scheint, haben mir die Muße

genommen, recht ernstlich über Ihr großartiges Unternehmen nachzudenken. Seien Sie versichert, daß, sobald die Verhältnisse mich wieder einen ruhigen Gedanken fassen lassen, ich mit Vergnügen Ihnen nützlich zu werden hoffe; aber freilich kann in unseren armen, hartbedrängten Herzogthümern Niemand für das Nächste und nicht einmal für das Entferntere einstehen.

Vom entgegengesetzten Ende Deutschlands, aus Württemberg und Baden, gab der rührige Publicist Aurelio Buddeus folgenden, wenig tröstlichen Bericht über die dortigen Zustände:

> Ich kann wahrlich nicht sagen, daß mich meine Tour durch Württemberg und das badische Oberland aufgeheitert hätte. Es giebt keine eigentlichen Parteien und Ueberzeugungen mehr, es giebt nur zwei Stimmungen: eine wahrhaft entsetzliche Erbitterung gegen Alles, was sich als Autorität gerirt, und eine gänzliche Indifferenz. Ein Gedanke, Eine Erwartung, Eine Ueberzeugung geht aber durch alle Schichten, das Bewußtsein, daß ein radicalster und gewaltigster Bruch — unabwendbar, wie ein Erdbeben oder eine Ueberschwemmung — baldigst bevorstehe. Hoffend sieht ihm selbst die Demokratie nicht entgegen; wohin er führen soll, das ist Niemandem auch nur entfernt klar. So lange ich die Welt zu beobachten Gelegenheit habe, ist mir noch niemals in irgend einer Richtung eine solche Allgemeinheit gleichartiger Erwartung großer, unberechenbarer Ereignisse, einer vollkommen radicalen Vernichtung des Bestehenden, entgegengetreten, wie in diesen letzten Wochen. Niemand macht Geschäfte oder andere Pläne auf Monate hinaus; Jeder thut nur das Augenblickliche ab und nimmt nachher wieder etwas Augenblickliches auf. Kein Verhältniß consolidirt sich; es ist eine gewisse Zersplitterung, die nach den verschiedensten Seiten hin zu einem Quasi-Leichtsinn, zu einer Quasi-Insolidität führt. Man lebt wie in Zelten, weil man dem Boden nicht eine Secunde traut, worauf man die Häuser bauen müßte. Die Presse schweigt wundersamer Weise darüber, als wäre dies Alles etwas Natürliches und Selbstverständliches.

Nicht besser klang es in dem Briefe eines (unlängst verstorbenen) Frankfurter Freundes und Parteigenossen:

Nur mit Schmerz kann man die Feder ergreifen, wenn man sieht, daß auf tolle Ueberstürzungen der Demokratie nur noch wahnsinnigere Ueberstürzungen der Reaction folgen, die um so verdammenswerther sind, als deren Urheber wenigstens alle zurechnungsfähig sind. Auch Preußen, der wahre Halt Deutschlands, ist nun geopfert, und durch sein eigenes Ministerium! Doch denke ich auch wie Sie: selbst in so jammervoller Zeit für unser Vaterland soll man nicht verzweifelnd den Posten verlassen, und, ist auf dem einen jede Wirksamkeit unmöglich geworden, so suche man sich einen andern! Es gilt jetzt, während der kommenden Zeiten eine wahrhaft constitutionelle Partei heranzubilden in Deutschland und sie möglichst zu vergrößern, damit, wenn wieder einmal ein Umschwung kommt, man nicht wieder einem Extrem, einer äußersten Reaction gegen die jetzige Reaction und dann umgekehrt, in die Hände falle. Darauf hin wird in verschiedenen Verhältnissen durch verschiedene Mittel hingearbeitet werden müssen, und schon aus diesem Grunde, da das nationale Gefühl wach erhalten werden muß, billige ich von ganzen Herzen Ihr Unternehmen mit der „Germania".

Etwas muthiger ließ sich Duckwitz, der ehemalige Reichshandelsminister, vernehmen. Er schrieb mir von Bremen aus unterm 2. September 1850:

Es freut mich immer sehr, wenn ich bemerke, daß die Bestrebung, unserem Vaterlande Dasjenige zu schaffen, was ihm Noth thut, noch immer bei so vielen tüchtigen Männern rege bleibt. So begrüße ich denn auch mit Freuden Ihr neues Unternehmen und wünsche demselben das beste Gedeihen. Gewiß aber haben Sie vollkommen Recht, wenn Sie sagen, daß die Erreichung Ihres Zweckes davon abhängt, daß eine hinreichende Zahl patriotischer und einsichtsvoller Männer dasselbe stützen. In den meisten Fächern werden solche Männer nicht fehlen, aber in demjenigen Fache, in welchem Sie von mir Rath begehren, hapert es am allermeisten. Sehe ich die Flut von Druckschriften und

Zeitungsartikeln über commerzielle Fragen, womit in diesem Jahre wieder Deutschland überschwemmt ist, so werfe ich sie stets mit einem Gefühle von Bitterkeit zur Seite, weil aus allen der Egoismus, die Rechthaberei und ein Versteifen in abgedroschene Theorien sonnenklar hervorleuchtet. Fast Keiner will dem Wohle des Ganzen ein Opfer bringen, Jeder verschleiert lieber seinen Egoismus durch Sophistereien. Dazu kommt, daß unsere Gelehrten und Beamten mit den Verhältnissen des großen Welthandels und der Seeschifffahrt nicht gründlich bekannt sind, während unsere Kaufleute, denen eine solche Kunde beiwohnt, keine Neigung haben, sich in Federkriege einzulassen. Der hiesige preußische Consul, den ich versucht habe zu bewegen, Ihr Unternehmen durch Aufsätze zu unterstützen, erwiderte: „Es hilft ja doch Alles nichts; zehn Jahre lang haben wir gepredigt, und es ist nicht beachtet worden!“ So ist unter unsern Kaufleuten durchweg die Stimmung.

Immerhin war es eine stattliche Reihe hochachtbarer, zum großen Theil hervorragender Schriftsteller, welche mir ihre Mitwirkung mehr oder weniger bestimmt zusagten. Auch hat die „Germania“ in ihren beiden Jahrgängen (1851 und 1852) eine Anzahl tüchtiger Arbeiten von meist sehr namhaften Verfassern und aus den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens gebracht, so im Ersten Bande:

„Preußen und Oesterreich in ihrem Verhältniß zu Deutschland“ von Paul Pfizer; „Die Staats- und Rechtsverfassung Kurhessens in ihrer geschichtlichen Entwickelung“ (bis zu den neuesten Verfassungskämpfen) von Wippermann; „Deutsche Nationalerziehung“ von Diesterweg; „Die deutschen Kaiserdynastien und ihre Bestrebungen für die Einheit und Erblichkeit des Reichs“ von O. Abel; „Die deutsche Kleinstaaterei und ihre Folgen“ von L. von Rochau; „Deutsches Universitätsleben“ von Bechstein; „Deutschlands äußere und innere Bodengestaltung und ihr Einfluß auf die Culturverhältnisse des Landes“ von B. Cotta; „Die deutschen März-

ministerien, I. Das Ministerium Bekk in Baden“ von L. Häusser; „Nord- und Süddeutschland in ihrem Verhältniß zur Einheit Deutschlands“ von Paul Pfizer; „Schleswig-Holsteins Kriegsmarine 1848 bis 1850“ von Wurm; „Die Fortschritte der Chemie in Deutschland, besonders in ihrer Anwendung auf die Landwirthschaft,“ von J. A. Stöckhardt; „Geschichte der deutschen Landwirthschaft von den ältesten Zeiten bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts“ von Langethal; „Albrecht Dürer und seine Zeit“ von Stark; „Die Entwickelung des deutschen Strafrechts“ von Köstlin; „Die Entwickelung des parlamentarischen Lebens in Deutschland“ von Biedermann.

im zweiten Bande:

„Die christlich-germanische Staatslehre und ihre Bedeutung in der Gegenwart“ von H. von Sybel; „Scandinavien, Deutschlands Stammverwandter und Nachbar“ von E. M. Arndt; „Das Volksschriftenwesen in Deutschland“ von H. Pröhle; „Der alte und der neue Bundestag“ von B. W. Pfeiffer; „Süddeutsche Städte und Städtebündnisse“ von Klüpfel; „Deutsche Musik im 16. Jahrhundert“ von Joh. Voigt; „Die deutschen Märzministerien, II. Hessen-Darmstadt und seine Märzminister“; „Das Märchen und seine Behandlung in Deutschland“ von Bechstein; „Die materiellen Zustände der untern Klassen in Deutschland sonst und jetzt“ von Landau; „Die deutschen Märzministerien, III. Preußen und seine Märzminister,“ von E. Frensdorff; „Das deutsche Volksschulwesen von Luther bis auf unsere Zeit“ von Kirchmann; „Die deutsche Landwirthschaft im 19. Jahrhundert“ von Langethal; „Der politische Journalismus in Deutschland am Ende des Jahres 1851“ und „Das deutsche Zeitungswesen während der letzten 21 Jahre“; „Fortschritte und Mängel der deutschen Strafgesetzgebung“ von Köstlin; „Die Versuche zur Einigung Deutschlands seit der Auflösung des Reichs“ (bis zum Jahre 1848) von Biedermann.

Gleichwohl konnte die „Germania“ es nur auf zwei Jahrgänge bringen: die Ungunst der Zeiten, die Abspannung und Gleichgiltigkeit der gebildeten Kreise war zu groß!

Viertes Capitel.

Zerfall der Gagern'schen Partei.

Bei der Versammlung zu Gotha hatten noch am letzten Morgen (29. Juli) Verabredungen stattgefunden wegen einer festeren Organisation der Partei, regelmäßiger Einwirkungen auf die öffentliche Meinung durch die Presse u. dgl. m. Ein Comité von fünf Personen war zur Anordnung des Weiteren niedergesetzt worden. Allein dabei war es auch geblieben. Die Verhältnisse erschienen freilich für die Befestigung, ja selbst für den Fortbestand einer Partei, die so schwere Niederlagen erlitten hatte, wenig günstig. Gleichwohl durfte, meiner Ansicht nach, die Erhaltung engerer Beziehungen wenigstens unter den bisherigen Parteigenossen nicht aufgegeben werden. Denn wer mochte wissen, ob nicht bald einmal eine Wendung eintreten könnte, welche die Partei wieder auf den öffentlichen Schauplatz zurückriefe?

In meine Correspondenz wegen der „Germania" hatte ich wohl hier und da derartige Gedanken einfließen lassen. Ich schließe dies aus mehreren der Antworten, welche

gleichfalls diese Frage berühren, freilich in sehr verschiedenem Sinne.

Am lebhaftesten ergriff die Idee einer Neuconstituirung der Partei Gervinus. Er schrieb mir zuerst unterm 4. April 1851:

Mir dünkt, die unabhängigen Geister in Deutschland sollten dazu thun, sich in diesen Zeiten häufiger, vielleicht systematisch aufzusuchen und sich zu besprechen, die Eisenbahn zur Stellvertreterin der Presse zu machen. Hier in der Gegend haben wir seit Wochen schon angefangen, sonntägliche unschuldige Rundessen zu halten. Das dient vortrefflich, die Meinungen zu sammeln und zu einigen, und, daß dies geschehe, ist nach unseren Erfahrungen ein dringendes Bedürfniß. Ueber dies und Einschlagendes wünschte ich Sie in Leipzig zu sprechen; vielleicht knüpft sich an unsere hiesigen Besprechungen ein politischer Plan. Davon müßte ich es abhängig machen, ob ich Ihnen für die „Germania" eine bestimmte Zusage machen kann oder nicht*). Soll ich ganz aufrichtig sein? Es thut mir eigentlich leid, so viele tüchtige Kräfte aus der Tagespresse wieder heraustreten und in die Monatspresse sich zurückziehen zu sehen. Sie werden mir die Unmöglichkeit entgegenhalten, sich dort zu behaupten. Aber einige Zufluchtsorte giebt's doch noch immer, und man müßte sie nicht verlassen bis zum letzten Augenblicke; ja selbst vor kühneren Anschlägen sollte man jetzt nicht mehr erschrecken. Doch dies eignet sich besser zum Besprechen; wenn nichts dazwischen kommt, denke ich Sie bald — kurz vor oder nach Ostern — in Leipzig persönlich zu sehen.

Ein zweiter Brief, vom 28. August 1851, lautete:

Aus meiner projectirten Frühlingsreise ist nichts geworden,

*) Gervinus dachte wohl damals an ein Wiederaufleben der „Deutschen Zeitung". Im Jahre 1860 ward zu einem solchen wirklich ein Versuch gemacht. Wilhelm Beseler interessirte sich lebhaft dafür. Allein die zu dem Ende veranstalteten Zeichnungen ergaben kein genügendes Resultat.

weil ich mich auf ärztliches Andringen im Mai bis Juni nach Baden begeben mußte; damals verschob ich den Reiseplan in Gedanken auf den Spätsommer; und auch daraus ist nichts geworden, weil ich noch einmal nach Schwalbach mußte, von wo ich nach vierwöchentlichem Aufenthalte gestern zurückkehrte und Ihren Brief vom 24. d. vorfand. Ich brauche nicht hinzuzusetzen, daß es der schlechte Zustand meiner Gesundheit ist, der mich vom Reisen noch weniger als vom Arbeiten abhält. Außer einer kleinen Pflichtarbeit für die Reichszeitung, die ich in besseren Stunden zugesagt hatte, habe ich seit nun fast zwei Jahren nichts Ernstliches ausarbeiten können und habe auch noch jetzt Ursache, mich sehr zu schonen. Erklären Sie sich aus diesem Grunde allein mein Zurückbleiben hinter dem Versprechen namentlich auch des persönlichen Besuchs! Es wäre mir außerordentlich werthvoll, Sie einmal persönlich zu sprechen; denn Alles, was mit der Presse beabsichtigt zu werden scheint, drängt uns auf mündliche Mittheilungen und Austauschungen. Ich habe daher noch immer meinen Ausflug nach Braunschweig, Leipzig, Berlin vor Augen, um ihn, sobald es immer geht, auszuführen. Ich verspare auch bis dahin Alles, was ich auf dem Herzen habe, um so mehr, als es täglich weniger gerathen wird, brieflich sich näher auszulassen.

Aber auch diesmal blieb es beim bloßen Vorsatze.

Schon während des Erfurter Parlaments waren Anregungen zu einer Zusammenkunft der früheren Parteigenossen in Erfurt unter sich und mit gleichgesinnten Mitgliedern des Parlaments, namentlich aus Preußen, ergangen. Darauf bezieht sich nachstehender Brief Wurms vom 15. März 1850:

> Daß das sogenannte „Gothaer Comité“ uns einmal berufen werde, war uns hier (Rießer und mir) wahrscheinlich; es ist aber nicht geschehen. Was das Dorthin-Reisen (nach Erfurt) nach bloßer Privatberedung betrifft, so versteht sich von selbst, daß Jeder sich freuen wird, die alten Bekannten wiederzusehen. Ich habe mich aber für meinen Theil entschlossen, nicht nach Erfurt zu

gehen, und will meine Gründe kurz entwickeln. Wenn man uns haben wollte, wenn man uns Mittheilungen zu machen hätte oder unsere Ansicht zu verwerthen wünschte, so kann man uns rufen. Das Comité hat es nicht gethan, wie es überhaupt seit Gotha kein einziges Lebenszeichen von sich gegeben hat. Ich unterscheide zwischen Denen, welche, wie Sie und Koch, einem Staate angehören, in welchem nicht gewählt wird, und Denjenigen, die in meinem Falle sind, d. h., die in einem der wählenden Staaten wohnen, aber weder gewählt sind, noch auch nur irgend einen Schritt gethan haben, um gewählt zu werden. Da ich nun zu der letzteren Kategorie gehöre, so widerstrebt es mir, mich aufzudrängen, wie das wenigstens scheinen könnte. Andere werden vielleicht die Sache anders ansehen, harmloser, als ein freundschaftliches Wiedersehen. Es werden also nicht allein von Ihrer, sondern auch von meiner Kategorie Parteigenossen erscheinen. Man wird sich besprechen, die Parlamentsmitglieder werden den Anderen freundlich entgegenkommen. Entweder aber wird es bei einem solchen vertraulichen Austausch bleiben, oder man wird versuchen, wenn auch nur zur Notiz für die Parteigenossen, eine Parteierklärung herbeizuführen. Gelingt dies, so kann es eben nur wieder lauten: „Man halte für gut, daß der preußischen Regierung bei der Gründung des Bundesstaates alle Unterstützung zu Theil werde.“ Eine solche Erklärung möchte jedoch den mannigfachsten Mißverständnissen unterliegen, wenn sie im Sinn der Majorität der Berliner Kammern erfolgte, welche nicht für thunlich erachtet hat, den Namen Schleswig-Holsteins in den Kammern auszusprechen. Ich lasse den Männern und ihren Motiven alle Gerechtigkeit widerfahren, aber ihre Politik ist nicht meine Politik. Gelingt es aber nicht, die früheren Parteigenossen noch einmal zu einer mehr als nichtssagenden Erklärung zu vereinigen (und es wird nicht gelingen, wenn Sie, oder ich, oder Lette, oder manche Andere erscheinen), so ist ganz nutzloserweise ein Bruch vorhanden. Man würde Angesichts des nicht zahlreichen, aber respectabeln Publikums, welches noch auf die Gothaer Partei blickt, sich trennen von anerkannten Trägern der Ideen, die auch unsere Ideen sind, ohne der Sache das Geringste zu nützen und ohne Noth.

Ein anderer ehemaliger Genosse des Augsburger Hofes, Fallati, schrieb unterm 30. September 1850:

> Auch ich beklage, daß unsere Partei nach rechts und links sich vom Kerne löst; aber ich bin nicht der Ansicht, daß eine Versammlung oder irgend ein Aufruf zur Verbindung für gewisse Eventualitäten (bis jetzt, wo Niemand anzugeben wußte, was zu thun sei) zu unserer Kräftigung beigetragen haben würde. Liegt einmal ein bestimmtes, praktisches Ziel wieder vor zu gemeinsamem Handeln, dann ist's anders — und vielleicht kommt das bald!

Auf eben diese Angelegenheit bezog sich folgende Stelle eines Briefes, den mir mein Schwager Koch aus Partenkirchen (wo er zu seiner Erholung verweilte) am 14. August 1850 schrieb:

> Bassermann ist seit sechs Monaten sehr leidend, findet aber hoffentlich hier Genesung. Ich freue mich seines Umganges. Wie wir, hält auch er es für durchaus nothwendig, daß unsere Partei baldigst zusammentrete, und hat in diesem Sinne Gagern zu bestimmen gesucht; dieser scheint aber von der Furcht, die Sache werde in der Zahl der Erscheinenden und sonst kläglich ausfallen, gefesselt gewesen zu sein, und jetzt ist auf ihn in dieser Beziehung gar nicht zu rechnen. Gagerns Eintritt in die schleswig-holsteinische Armee war uns Beiden gleich überraschend, für Bassermann um so mehr, als er noch wenige Tage früher denselben in Mannheim besucht und hier nur von der Belebung der Partei und den Mitteln dazu gesprochen hatte. Dieser Schritt ist des ritterlichen Gagern würdig, und doch habe ich ihn nur mit Schmerz begrüßt, denn hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo wir seiner wieder bedürfen; mag er uns für diese Zukunft erhalten bleiben!

So kam es in dieser Sache zu nichts. Kleine Zusammenkünfte im engsten Kreise — zufällige oder beabsichtigte (wie ich z. B. eine solche 1851 mit Wurm und W. Beseler bei letzterem in Braunschweig hatte und wie sie wohl auch sonst hier und da stattgefunden haben mögen)

— konnten eine geregelte Organisation der Partei weder ersetzen, noch aber auch zu Wege bringen. Auf eine sehr bedenkliche Folge des Mangels einer solchen Organisation machte ganz zutreffend Aurelio Buddeus auf Grund seiner publicistischen Erfahrungen aufmerksam in einem Briefe vom 19. August 1851, worin er sagte:

> Ihr Brief vom 16. d. ist mir ganz aus dem Herzen geschrieben. Betreffs der Klagen über die Zerfahrenheit der Partei und den Mangel einer Gruppirung um bestimmte Organe kann Niemand Ihnen mehr beistimmen, als ich. Ich habe es schon schwer empfinden müssen, als die Partei noch machtvoll war und ich, vereinsamt auf einem baierischen Posten, Briefe über Briefe nach allen Seiten um Nachrichten über zunächst zu verfolgende Wege, über aller Orten gleichzeitig geltend zu machende Momente u. s. w. aussendete. Nicht Eine Antwort, nicht Eine Parole habe ich erhalten! Ich wirkte nach Kräften als versprengter Parteigänger; aber endlich verliert man Richtung und Ziel für bestimmte Fragen und kann nur an der allgemeinen Idee festhalten. Jetzt scheint es mir die Hauptsache, das Programm zur Neubildung der Partei auf der jetzigen Grundlage zunächst in den Zeitungen, wo dies noch möglich ist, auszusprechen. Aber wo ist's noch möglich? Meines Erachtens positiv nur in der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig und vielleicht in der Deutschen Reichszeitung in Braunschweig. So viel ich unsere jetzige Lage beurtheilen kann, könnte ein solches Programm doch nur lauten: „Nicht das jetzige Ministerium Preußens, aber Preußen dennoch trotz alledem und alledem!“ Allein wie würden da unsere Gegner über uns herfallen und uns Thatsachen über Thatsachen entgegenhalten! Ich halte daher die Aufstellung eines wirklichen Programms für jetzt nicht an der Zeit; das, was ich für an der Zeit halte, ist unausführbar, eben weil wir nicht mehr zusammenhängen. Ich meine nämlich: man müßte den wirklich zuverlässigen Schriftstellern der Partei (denn auch wir haben eine Menge von Landläufern ohne Disciplin) gewisse, von den Parteiführern (aber wer sind diese jetzt?) vereinbarte Leitideen geben, auf denen ihre Corre-

spondenzen und Leaders zu fußen hätten und die man monatlich in solche Zeitungen bringen müßte, die nicht direct oder doch nicht streng zu uns gehören. Aber nun sagen Sie einmal Einem: „Du mußt ein Deutschland mit preußischer Spitze als einzige Zukunft hinstellen, dem Preußen der Gegenwart zwar die Befähigung dazu absprechen, aber doch ohne durch eine zu scharfe Kritik seines Staatslebens den Gegnern allzuviel Gelegenheit zu geben, alle möglichen Antipathieen dagegen wieder in den Vorgrund zu drängen und die eingeschlummerten von Neuem zu wecken!“ Denken Sie sich, was daraus die Leute machen würden, in deren Händen doch vorzugsweise die Correspondenzen liegen (und diese wirken viel mehr, als Leaders) — was ist davon zu hoffen?

Das Alles war leider nur zu wahr. Und doch erschien es mir als ein Unglück, daß die große Partei, welche sich im Parlamente zu Frankfurt zusammengefunden hatte und welche in ihren letzten Zielen damals und noch in Gotha so durchaus einig und fest war, schon so bald in Folge mangelnder dauernder persönlicher Fühlung ihrer Mitglieder unter einander sich verzettelte, auseinanderfiel und damit natürlich ihres Einflusses auf die weiteren Kreise der Nation allmälig verlustig ging. Griffen doch unter ihren eigenen Mitgliedern, selbst denen, die lange als unbestreitbare Führer der Partei gegolten hatten, Meinungsverschiedenheiten Platz, die wohl kaum in solcher Weise hervorgetreten wären, wenn man von Zeit zu Zeit in größeren Zusammenkünften der Parteigenossen seine Ideen über die augenblickliche Stellung der Partei ausgetauscht und über die je nach dem Wechsel der äußeren Verhältnisse auf die öffentliche Meinung zu übenden Einwirkungen sich verständigt hätte.

Von Alledem geschah aber nichts, und so zerbröckelte gleichsam die so große und seiner Zeit so einmüthige

Partei — nicht in bestimmte Sonderparteien, sondern in ganz individuelle Richtungen und Stimmungen, wie das ja leider deutsche Art ist.

Als ich um die Mitte der fünfziger Jahre auf einer Reise auch nach Heidelberg kam, wo damals Gagern, Gervinus, Häusser, W. Beseler, Welcker u. A. zusammen lebten, hörte ich zu meinem großen Befremden und zu meinem noch größeren Schmerz, daß selbst unter diesen Männern sich tiefe Spaltungen aufgethan hatten. Das ging so weit, daß jene behaglichen „Rundessen", von denen Gervinus in seinem Briefe an mich mit so großer Befriedigung sprach, theils ganz aufgehört hatten, theils, wenn sie noch stattfanden, streng auf das gemeinsame Essen und Trinken und eine völlig unpolitische Unterhaltung beschränkt blieben, weil jedes politische Gespräch allemal zu unliebsamen Streitigkeiten führte. Ich selbst hatte Gelegenheit, dies zu erproben. Während meiner Anwesenheit fand wieder einmal ein solches Essen im Badischen Hofe statt, aber wie war ich erstaunt, dabei kein Wort von Politik zu hören und, als ich meinen Nachbar verwundert darum befragte, den oben angegebenen Grund zu vernehmen; wie noch mehr, als ich bei einem nach dem Essen unternommenen gemeinsamen Spaziergange bemerkte, wie Gervinus und Gagern, Gagern und W. Beseler geflissentlich vermieden, mit einander zu gehen und ein Gespräch anzuknüpfen!

Recht schmerzlich fühlbar machte sich diese unter den Führern und Mitgliedern der ehemals Gagern'schen Partei eingerissene Verschiedenheit der Ansichten — und zwar gerade in Bezug auf die deutsche Frage! — als 1859, im

italienischen Kriege, die Gelegenheit gekommen schien, wo eine wohlorganisirte und mit der öffentlichen Meinung in fortwährender Fühlung gebliebene nationale Partei eine heilsame, aufklärende Wirkung auf letztere, ja vielleicht einen nicht bedeutungslosen Einfluß auf den Gang der deutschen Angelegenheiten hätte üben können.

Doch darauf wird an einer späteren Stelle zurückzukommen sein!

Fünftes Capitel.

Die „Deutschen Annalen“, ein Preßproceß und meine Entsetzung von der Professur.

Nach dem Eingehen der „Germania“ beschloß die Verlagshandlung Avenarius und Mendelssohn im Einvernehmen mit mir die Herausgabe einer periodischen Schrift, welche sich unmittelbarer, als die „Germania“, an die Gegenwart anschließen sollte. So entstanden die „Deutschen Annalen zur Kenntniß der Gegenwart und Erinnerung an die Vergangenheit“ (1853). Dieselben brachten neben einzelnen Leitartikeln zur Besprechung allgemeiner Fragen regelmäßige Uebersichten über ganze Gebiete des öffentlichen Lebens und die darauf in der letzten Zeit vorgegangenen Veränderungen, so gleich im ersten Bande über den Stand der deutschen Zollfrage, der Kirchenfrage, des Unterrichts- und Erziehungswesens u. s. w.

Die „Annalen“ wurden eröffnet mit einem Artikel: „Deutschland und das französische Kaiserthum.“ Darin ward die unableugbare Thatsache, daß der Urheber des Staatsstreichs vom 2. December 1851, Louis Bonaparte, der sich ein Jahr darauf zum erblichen Kaiser als

Napoleon III. gemacht hatte, von einem großen Theile der deutschen Cabinette als „Retter der Gesellschaft“ begrüßt worden war, zum Ausgangspunkte einer, allerdings für die Anbeter des Erfolgs nicht schmeichelhaften, Ausführung genommen. Wegen dieses Artikels, sowie wegen zweier anderen Stellen des Bandes, wovon die eine die Wirksamkeit des wiederhergestellten Bundestags, die andere gewisse Maßregeln der preußischen Regierung gegen die freieren kirchlichen Richtungen betraf, wurde eine strafrechtliche Untersuchung gegen mich eingeleitet. Die Artikel waren nicht von mir selbst geschrieben; der erste, hauptsächlich schuldig befundene, hatte den bekannten Publicisten L. von Rochau zum Verfasser. Allein ich habe jederzeit streng an dem Grundsatz festgehalten, als Redacteur meine Mitarbeiter durch meine Verantwortlichkeit zu decken; auch war . nach dem damaligen sächsischen Preßgesetze der Redacteur neben dem Verfasser und gleich diesem strafrechtlich haftbar.

Der berühmte Criminalist Geheimer Rath Dr. Wächter, der die Acten meines Processes (ich weiß nicht, bei welcher Veranlassung) eingesehen hatte, äußerte einmal gegen mich: „es sei das Scandalöseste, was er kenne.“ Ich selbst beschränke mich hier auf die Anführung folgender Momente. Nach dem damaligen sächsischen Preßgesetze mußte von jeder Zeitschrift ein Exemplar an das zuständige Untersuchungsgericht, ein zweites an das Ministerium des Innern abgegeben werden. Das Ministerium konnte (wie jede Polizeibehörde), wenn es etwas Strafbares in der Zeitschrift zu finden glaubte, dieselbe confisciren, hatte sie aber dann einfach „zur Beschlußfassung“ an das Unter-

suchungsgericht „abzugeben". Letzteres seinerseits sollte, wenn es etwas Verbrecherisches in der Zeitschrift fände, „von Amtswegen" deren Beschlagnahme verfügen. Nun hatte der betreffende Untersuchungsrichter die „Annalen" vierzehn Tage lang (!) in Händen gehabt, ohne „von Amtswegen" das Geringste gegen die Zeitschrift und mich zu unternehmen. Ja, ich weiß aus guter Quelle, daß derselbe sich später dahin geäußert hat: „Er habe nichts Strafbares darin gefunden." Nach vierzehn Tagen hatte derselbe aber vom Ministerium des Innern (!) durch die Kreisdirection die Anregung erhalten, „ob nicht wegen gewisser (genau bezeichneter!) Stellen der Zeitschrift criminalrechtliche Untersuchung einzutreten habe," und war „veranlaßt" worden, „von seiner diesfallsigen Entschließung Mittheilung an die Kreisdirection (!) zu machen".

Man hat damals von oben her diesen Vorgang zu leugnen versucht, wobei man die Ungesetzlichkeit eines solchen Verfahrens offen eingestand. Infolge einer Correspondenz in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", welche die obige Thatsache berichtete, erklärte in hohem Tone das amtliche „Dresdner Journal":

> Das Ministerium des Innern wird nie und nimmer (!) eine Justizbehörde zur Einleitung einer Criminaluntersuchung veranlassen können!

Nur schade, daß der Untersuchungsrichter selbst so naiv gewesen war, mir die Verordnung der Kreisdirection zu zeigen und die einzelnen Stellen zu bezeichnen, wegen deren er mich, auf „Veranlassung" der Verwaltungsbehörde (!), inquirirte.

Die Anklage, welche nunmehr derselbe Untersuchungs-

richter, der von sich aus keine Schuld an mir gefunden hatte, gegen mich formulirte, lautete in Bezug auf den Rochau'schen Artikel (die anderen, vom Gericht selbst als mehr nebensächlich behandelten Punkte lasse ich weg) auf „Beleidigung deutscher Regenten und ihrer Bevollmächtigten", weil in dem Artikel gesagt sei, dieselben hätten dem Staatsstreich vom 2. December 1851 Beifall gezollt.

In meiner Vertheidigung sagte ich: „Wenn darin eine Beleidigung liegen sollte, so müßte doch zunächst in dem Artikel eine Beleidigung Napoleons, als des Urhebers jenes Staatsstreichs, gefunden werden; denn nur dann, wenn der Staatsstreich selbst als etwas Unehrenhaftes hingestellt sei, könne die Billigung desselben für tadelnswerth erachtet und ein solcher Tadel als eine ‚Herabsetzung des Billigenden in der öffentlichen Achtung' betrachtet werden. Das sei aber nicht geschehen."

Das erkennende Gericht erster Instanz, das Appellationsgericht zu Leipzig, ließ darauf die Anklage wegen „Beleidigung deutscher Regenten" fallen, formulirte aber nun wirklich eine (ganz neue) Anklage wegen „Beleidigung eines auswärtigen Regenten", des Kaisers der Franzosen. Ich wandte dagegen ein, daß, als der Artikel erschien, Louis Bonaparte von der sächsischen Regierung notorisch noch nicht als „Kaiser" anerkannt gewesen sei, der Gesetzesparagraph „wegen Beleidigung auswärtiger Regenten" aber, seiner ganzen Fassung nach, nur auf monarchische Regenten Anwendung finde.

Das Oberappellationsgericht in Dresden, die zweite erkennende Instanz, nahm von diesem Vertheidigungsmomente gar keine Notiz; dagegen gab es zu, daß „Injurien im

engsten Sinne“ (gegen Napoleon) in dem Artikel nicht enthalten seien, sondern nur „relative Beleidigungen“ — ein Begriff, der meines Wissens weder in dem sächsischen Strafgesetzbuch, noch überhaupt im Criminalrecht eine Begründung findet. Die vom Appellationsgericht mir zuerkannte Strafe von zwei Monaten Gefängniß ward einfach bestätigt.

Ob es nach dem alten Inquisitionsprocesse, wie er damals noch in Sachsen bestand, zulässig war, daß in jeder Instanz die Anklage abgeändert ward, vermag ich als Laie nicht zu beurtheilen. Jedenfalls lag eine Härte für den Angeklagten darin, daß er gegenüber dieser in der letzten Instanz erhobenen Anklage — wegen „relativer Beleidigungen“ — sich nicht mehr sollte vertheidigen können. Allerdings gab es die Möglichkeit einer sog. „dritten Vertheidigung“, die aber nur „im Gnadenwege“ erlangt werden konnte. Bei meinem Preßprocesse im Jahre 1845 war mir dieselbe gewährt worden, und das Plenum des Oberappellationsgerichts (welches in solchen Fällen entschied) hatte mich freigesprochen. Diesmal, bei den so ganz eigenthümlichen Wendungen, welche im Verlaufe meines Processes die Anklage genommen, glaubte ich um so eher auf die gleiche Vergünstigung hoffen zu dürfen. Allein mein Gesuch ward abschläglich beschieden. Ein mir persönlich bekannter Rath im Justizministerium, den ich, da dieser Bescheid länger ausblieb, fragte, was ich wohl zu gewärtigen hätte, meinte: „man pflege ein solches Gesuch dann nicht zu genehmigen, wenn man, wie hier, voraussehe (!), wie das Urtheil der dritten Instanz ausfallen würde.“

Auch die Verwandelung der Freiheitsstrafe in eine

Geldstrafe, die sonst bei Preßprocessen gewöhnlich war und selbst in solchen Fällen stattgefunden hatte, wo es sich um eine längere Freiheitsstrafe, als hier, handelte, ward mir versagt. Alles, was ich erreichte, war eine Herabsetzung des Strafmaßes von zwei auf einen Monat.

Die Abbüßung dieser Strafe im „Stockhause“ zu Leipzig ward mir von dem daselbst fungirenden Beamten nach Möglichkeit (wie ich dankbar bekenne) erleichtert. Von der Befugniß, meine Correspondenz beim Ein- und Ausgange zu controliren, machte derselbe nie Gebrauch; wenn ich Besuche empfing (was eigentlich nur in seiner Gegenwart geschehen durfte), war er fast immer so discret, mich und die mich Besuchenden allein zu lassen — zu nicht geringer Störung seiner Geschäftsthätigkeit, denn ich erhielt so außerordentlich viele Besuche (selbst von mir persönlich ferner stehenden angesehenen Männern der Stadt), daß die Amtsdiener, die mich jedesmal dazu aus meiner Zelle holen und dann wieder dahin zurückbringen mußten, gar nicht aus ihrer Verwunderung herauskamen. Das Reglement freilich, welches für die Gefangenen bestand und welches, wie ich hörte, seit den Maiereignissen 1849 verschärft war, wußte von solchen zarten Rücksichten nichts; es behandelte den „politischen Verbrecher“ wenig anders als den gemeinen Sträfling. Das Fenster meiner Zelle war dergestalt vergittert, daß ich kaum einen schmalen Streifen vom Himmel sehen konnte, und als mir der Gefangenenarzt, weil der ungewohnte Mangel an Bewegung meine Gesundheit angriff, mir einen regelmäßigen Spaziergang auf dem, natürlich sorgsam verschlossenen, Corridor vor den Zellen verordnete, mußte dies

in Begleitung eines Amtsdieners (auf meine Kosten) geschehen, weshalb ich lieber darauf verzichtete.

Schon bald nach dem Beginn der Untersuchung war ich von meinem Amte als Professor suspendirt, das Halten von Vorlesungen mir untersagt worden. Jetzt erfolgte meine gänzliche Enthebung von der Professur. Herr von Falkenstein, der seit Kurzem das Cultusministerium an Stelle des Herrn von Beust übernommen hatte, erklärte: „Das Ministerium sei zu dieser Maßregel durch meine Verurtheilung zu einer Freiheitsstrafe nicht blos berechtigt, sondern im Interesse der Universität verpflichtet.“ Vergebens verwendete sich die philosophische Facultät — aus freiem Antriebe und, wie mir gesagt worden, einstimmig — zu meinen Gunsten mit der Erklärung, „daß sie auch nach jenem Straferkenntniß sich es keineswegs zur Unehre rechne, mich unter ihre Mitglieder zu zählen“; vergebens legte ich Berufung ein an die sog. Ministri in Evangelicis, in Sachsen die höchste Instanz in derartigen Universitätsangelegenheiten. Da ich mich auf § 24 des Staatsdienergesetzes bezog (weil dieses von denjenigen Vergehen von Staatsdienern, die deren Entsetzung nothwendig machen sollten, ausdrücklich die „politischen“ ausschloß), ward ich bedeutet, daß nicht nach dem Staatsdienergesetz gegen mich verfahren worden sei, sondern nach „dem in dieser Beziehung geltenden Kirchenrecht.“ Damit konnte nur die Kirchenordnung von 1580 gemeint sein, welche u. A. auch von der „Entsetzung von Professoren“ (die man damals den „Kirchendienern“ gleich achtete) spricht. Allein gerade dieses Gesetz ordnete für solche Kirchendiener, die „in der Lehre verdächtig“ wären (damals bekanntlich

das schwerste Vergehen!) keineswegs sofortige Entlassung, vielmehr nur eine (genau vorgeschriebene) „Verwarnung“ an, „dergestalt, daß sich kein Kirchendiener zu beklagen habe, er sei übereilt oder es sei ungebührlicher Weise mit ihm Proceß gehalten worden“. Eben so wenig nahm man Rücksicht auf den Bundesbeschluß vom 19. September 1819, der doch wahrhaftig den Universitätslehrern nicht günstig war, gleichwohl aber vorschrieb, eine Maßregel dieser Art solle „nie anders, als auf den vollständig motivirten Antrag des der Universität vorgesetzten Regierungs-bevollmächtigten oder von demselben vorher eingeforderten Bericht beschlossen werden“.

Schon als ich gegen meine Suspendirung reclamirt hatte, fand sich in dem abschläglichen Bescheide des Cultus-ministeriums darauf die auffallende Stelle: „Ich hätte, nachdem mir ein Gehalt von 500 Thalern ausgesetzt worden, dem damaligen Vorstande des Cultusministeriums (Herrn von Beust) die bestimmte Versicherung gegeben, künftig von politischer Polemik mich gänzlich fern halten zu wollen.“ Gegen diese Unterstellung verwahrte ich mich in meiner Berufung an die Ministri in Evangelicis sehr nach-drücklich. Um zu erklären, was damit überhaupt gemeint sein sollte, muß ich Folgendes anführen.

Seit 1838, wo ich Professor geworden war, hatte ich bis 1852, also vierzehn Jahre lang, niemals auch nur einen Pfennig Gehalt bezogen. Alle meine Collegen, selbst viel jüngere, waren besoldet. Unter dem Ministerium Wieters-heim wäre ein Gesuch um Gehalt von meiner Seite vor-aussichtlich gänzlich erfolglos gewesen; als aber 1848 meine politischen Freunde an's Ruder kamen, widerstand es meiner

Natur, von ihnen etwas für mich zu erbitten; der Gedanke wäre mir schrecklich gewesen, auch nur den Schein auf mich zu laden, als wollte ich diese günstige Lage zu meinem Privatvortheil ausbeuten.

Nun trat aber im Jahre 1852 etwas ein, was mir den Bezug eines Gehaltes, wenn auch nur eines noch so kleinen, auf's Höchste wünschenswerth machte. Herr von der Pfordten hatte als Rector der Universität eine sehr wohlthätige Einrichtung angebahnt, die er dann als Cultusminister ihrer Verwirklichung entgegenführte: eine Pensionsanstalt für die Hinterlassenen von Professoren. Diese Anstalt trat jetzt in's Leben; allein sie war beschränkt auf diejenigen Professoren, die ein Gehalt bezogen. Somit sah ich, und ich ganz allein, meine Familie von den Wohlthaten derselben ausgeschlossen. Wollte ich ihr diese Wohlthaten sichern, so mußte ich um ein Gehalt nachsuchen. Allerdings fiel mir dies gerade jetzt besonders schwer, denn der Cultusminister, an den ich mich bittend wenden mußte, war derselbe Herr von Beust, den ich als Minister des Auswärtigen in der Kammer so heftig bekämpft hatte. Auch verhehlte ich mir nicht, daß ein solcher Schritt von meiner Seite möglicherweise Mißdeutungen unterliegen könnte. Um in letzterer Beziehung sicher zu gehen, theilte ich mein Vorhaben zwei Männern mit, deren streng ehrenhafter und erprobter Charakter mir Bürgschaft dafür war, daß sie mir nicht dazu rathen würden, wenn sie irgend ein Bedenken dabei fänden. Es waren das der, damals in meiner Nähe, auf dem Lande bei Leipzig, zurückgezogen lebende ehemalige kurhessische Kriegsminister Oberst Bödiker und mein Landtagscollege Professor Raschig, von denen

Jener politisch ganz auf meinem Standpunkte, Dieser etwas weiter links stand. Beide billigten meinen Entschluß vollkommen und erklärten ihn im Hinblick auf mein ganzes politisches Vorleben für durchaus unbedenklich.

So reichte ich denn ein Gesuch beim Ministerium ein, richtete zugleich an Herrn von Beust ein Privatschreiben, worin ich das sichere Vertrauen aussprach, daß er so gerecht sein werde, zwischen dem Abgeordneten und dem Professor zu scheiden, den Letzteren nicht entgelten zu lassen, wozu der Erstere durch seine gewissenhafte Ueberzeugung genöthigt gewesen sei.

Fast umgehend erhielt ich die Gewährung meines Gesuchs, und zwar reichlicher, als ich selbst erwartet hatte. Wie es in derartigen Fällen Brauch war, nahm ich Gelegenheit, Herrn von Beust persönlich meinen Dank abzustatten. Er empfing mich in der liebenswürdigsten Weise, wies sogar die Bezeigung meines Dankes mit der Erklärung zurück: „es sei ihm eine Freude gewesen, mich fester an die Universität zu ketten.“ Im weiteren Gespräche that er allerdings die Aeußerung: „es sei ihm nicht ganz leicht geworden, meinem Gesuche zu entsprechen, weil ich Conflicte mit dem Ministerium gehabt hätte; er hoffe, ich würde ihn nicht in Verlegenheit setzen.“ Da ich dies nur auf die Conflicte mit dem Ministerium Wietersheim wegen meiner akademischen Thätigkeit beziehen konnte, so erwiderte ich ohne Bedenken: „ich besorgte ähnliche Conflicte jetzt um so weniger, als ich mich auf ein mehr neutrales Gebiet, die Geschichte, zurückgezogen hätte“, worauf Herr von Beust auf eine neuere Verordnung wegen des obligatorischen Besuchs gewisser Geschichtscollegien und auf andere akademische

Angelegenheiten überging. Von Politik war in dem ganzen Gespräche mit keinem Worte die Rede.

Ich war in der That nicht ohne Besorgniß gewesen, Herr von Beust möchte, wenn auch nur ganz von fern, meiner politischen Stellung zur Regierung in Verbindung mit dem mir gewährten Gehalte Erwähnung thun, und ich hatte für diesen Fall die ministerielle Verordnung wegen des Gehaltes zu mir gesteckt, fest entschlossen, bei der leisesten Andeutung solcher Art dieselbe dem Minister zurückzugeben und auf das mir zugedachte Gehalt zu verzichten.

Wie mußte ich daher erstaunt sein, mich jetzt als einen Menschen behandelt zu sehen, der sich erst dem Ministerium verkauft, dann aber auch noch den Käufer um seine Waare betrügt! Ich lasse dahingestellt, ob es für ein Ministerinm besonders ehrenvoll sei, sich zu einem solchen Kaufgeschäfte offen zu bekennen. Was mich betrifft, so war, Gott sei Dank, mein Ruf als politischer Charakter bereits fest genug begründet, um den Verdacht der Käuflichkeit in den Augen aller Derer, die in derartigen Dingen anständig dachten und daher auch Anderen immer nur das Gleiche zutrauten, von vornherein auszuschließen. Auch ist mir in der Oeffentlichkeit nirgends selbst nur die geringste Spur eines solchen Verdachts gegen mich begegnet.

Daß Herr von Beust nach jenem Gespräche mit mir und nach dem ganzen Tone meines vorausgegangenen Schreibens an ihn zu einer so unwürdigen Verunglimpfung meines Charakters den Anlaß gegeben haben sollte (Cultusminister war er damals schon nicht mehr), konnte ich kaum für möglich halten. Ich hatte in ihm — trotz unserer politischen Gegnerschaft — stets den Mann von

ehrenhaftem Charakter geachtet, und durfte erwarten, daß auch er mir gegenüber allezeit nur das Gleiche thun würde. Ich schrieb deshalb an ihn, erinnerte ihn an unser Gespräch und drückte die zuversichtliche Hoffnung aus: er selbst werde jene abgeschmackte Deutung des zwischen uns Vorgefallenen Lügen strafen.

Allein mein Brief blieb ohne Antwort! Dieses Schweigen des Herrn von Beust, sowie gewisse Aeußerungen, die derselbe später einmal gegen meinen Schwager Koch gethan hat, nöthigen mir zu meinem aufrichtigen Bedauern den Glauben auf, daß ich doch eine zu günstige Meinung von ihm gehegt habe.

Nur widerstrebend habe ich diese leidige Geschichte aus der Vergessenheit wieder hervorgezogen; allein sie gehört zu einer gewissenhaften Schilderung meines Lebens. Ich kann sie mit ruhigem Gewissen erzählen, denn es ist darin nichts, dessen ich für meine Person mich zu schämen hätte.

Ueber meinen Preßproceß und meine Enthebung von der Professur habe ich gleich damals mich öffentlich ausgesprochen in einem Aufsatz in „Otto Wigands Jahrbüchern für Wissenschaft und Kunst", 2. Band (1855), unter dem Titel „Ein Wort in eigener Sache".

Sechstes Capitel.

Was nun? — Meine Berufung nach Weimar.

Da was nun? Was sollte ich anfangen? Wohin sollte ich mich wenden?

Das Cultusministerium hatte, „weil es mein Talent keineswegs verkenne und nur bedauere, daß ich dasselbe nicht in angemessener Weise verwenden zu wollen scheine," mir eine meinem bisherigen Gehalt entsprechende Summe noch auf die zwei nächsten Jahre ausgesetzt, „damit ich mir inmittelst einen geeigneten Wirkungskreis suchen könne". Herr von Falkenstein (der inzwischen an des Herrn von Beust Stelle Cultusminister geworden war) machte mir auch das Anerbieten, mich bei einer der öffentlichen Bibliotheken anzustellen, worauf ich ihm freilich erwidern mußte: „es möchte damit leicht wieder ebenso gehen, wie mit dem mir gewährten Gehalt, das heißt: man möchte von mir eine Gegenleistung erwarten, zu der ich mich nicht verstehen könnte."

Eben damals war der Literar- und Kunsthistoriker Hettner, bis dahin außerordentlicher Professor in Jena, einem Rufe nach Dresden gefolgt. Herr von Beust hatte

davon Gelegenheit genommen, sich sowohl an den Herzog von Coburg als an den großherzoglich sächsischen Staatsminister von Watzdorf zu wenden und ihnen den Wunsch zu äußern, sie möchten doch (gewissermaßen im Umtausch gegen Hettner) mich in Jena anstellen. Diese Thatsache erfuhr ich später sowohl durch meinen Schwager Koch, dem Herr von Beust selbst sie mitgetheilt, als durch Herrn von Watzdorf, als ich bald darauf zu diesem in nähere Beziehungen anderer Art trat.

War es ein Zug von Gutmüthigkeit, der Herrn von Beust zu diesem Schritte bewogen hatte? Oder war es ein geheimes Gefühl davon, daß mir in Sachsen Unrecht geschehen sei? Ich weiß es nicht. Die, immerhin anzuerkennende, gute Absicht des Herrn von Beust scheiterte daran, daß Hettner in Jena kein Gehalt gehabt hatte, mir also mit einer Berufung an seine Stelle wenig geholfen gewesen wäre.

An einer anderen deutschen Universität, als etwa Jena, wieder angestellt zu werden, durfte ich — unter den damaligen politischen Verhältnissen — schwerlich hoffen. So richtete ich denn mein Absehen auf Zürich. Freilich mußte ich fürchten, daß mir dort gewisse angeblich daselbst wirksame Einflüsse der in die Schweiz geflüchteten sächsischen Demokraten im Wege stehen möchten.

Es war eine recht schwere, sorgenvolle Zeit für mich, und noch heute begreife ich kaum, wie es mir dennoch gelang, den Kopf oben zu behalten und den Muth nicht zu verlieren. Großes Verdienst dabei hatte meine gute Frau, die nie verzagte, auch nie (was für mich eine Hauptsache war) das feste Zutrauen verlor, daß das, wofür ich jetzt

büßen mußte, mein beharrliches Ankämpfen gegen die undeutsche und reactionäre Politik des Ministeriums Zschinsky-Beust, nicht leichtsinnig von mir unternommen, vielmehr nur durch eine gewissenhafte und wohlerwogene Ueberzeugung mir aufgenöthigt worden sei.

Meine Gesundheit war durch die Vorgänge dieses Jahres und durch anstrengende Arbeiten daneben ziemlich angegriffen, eine Erholung dringendes Bedürfniß für mich. Allein Preßproceß und Gefangenschaft hatten meine Mittel erschöpft. Von meinen Parteigenossen (unter denen es so manche recht wohlhabende gab) dachte ein einziger daran, durch eine augenblickliche Hilfeleistung mir meine schwierige Lage in etwas zu erleichtern — einer, der weder besonders vermögend war, noch mir besonders nahe stand. Es war das Moritz Haupt. Lebte er noch, so würde ich — bei dem ächt vornehmen Wesen, das ihn auszeichnete — kaum wagen dürfen, seine edle That zu erwähnen; leider ist er schon längst dahingegangen; seine Manen werden mir die Indiscretion vergeben, zu der mein dankerfülltes Herz mich drängt.

Ich hatte Haupt erst 1849 kennen gelernt. Vorher waren wir Jahre lang in Leipzig ohne nähere Berührung neben einander hergegangen, er der Aeltere, bereits als Gelehrter einen namhaften Ruf Genießende, ich der Jüngere, gerade seinen Kreisen ferner Stehende. Nur dem Namen und der Persönlichkeit nach wußten wir Einer vom Andern. Wie wir später, als wir einander näher getreten waren, gegenseitig uns gestanden, hatte er mich, wie ich ihn, dem äußeren Auftreten nach für „unausstehlich hochmüthig" gehalten, beiderseits mit Unrecht. Unsere erste Bekannt-

schaft wurde durch die Berliner Reise der Kaiserdeputation, der ich angehörte, vermittelt. Zu unserer Begrüßung auf der Vorbeireise hatte der „Deutsche Verein" zu Leipzig seinen Vorsitzenden Dr. Göschen und Moritz Haupt nach Magdeburg entsendet. Natürlich wandten sich diese beiden zunächst an mich; am Abend, wo die Mitglieder der Kaiserdeputation (die in Magdeburg übernachtete) sich mit Gleichgesinnten aus der Stadt zusammenfanden, saßen wir Drei beisammen. Es wurden Reden gehalten, und auch ich, obschon nicht redselig und auf dieser Reise am wenigsten dazu aufgelegt, fand mich doch veranlaßt, ein paar auf die allgemeine Lage bezügliche Worte zu sprechen. Als ich geendet, umarmte mich Haupt (der in solchen Momenten leicht sich lebhaft erwärmte), und, nachdem wir das oben erwähnte offenherzige Geständniß ausgetauscht, war die Schranke zwischen uns gefallen, waren wir einander näher gekommen. Ich habe dann, nachdem ich vom Landtage zurück war, mit einem Kreise bedeutender Menschen, zu denen Haupt gehörte, gesellig verkehrt; doch beschränkte sich unser gegenseitiges Verhältniß eigentlich immer nur auf unsere politische Wahlverwandtschaft; ein intimeres war es schon insofern nicht, als unsere Berufsinteressen und Beschäftigungen auseinander gingen, er der strenge Gelehrte, ich mehr dem äußeren, praktischen und öffentlichen Leben zugewandt. Ihn (nebst Mommsen und Jahn) traf schon vor mir ein dem meinigen ähnliches Schicksal: er ging seiner akademischen Thätigkeit in Leipzig wegen angeblicher entfernter Theilnahme an der Maibewegung verlustig; doch erhielt er bald darauf einen Ruf nach Berlin als Professor der Philologie.

Von dort sandte er mir jetzt eine nicht unbeträchtliche Summe — als ein Darlehn, das ich je nach meinen Verhältnissen zurückzahlen möge — und stellte eine größere in Aussicht, wenn ich deren bedürfe. Ich habe damals mit tiefgerührtem Herzen diesen Beweis werkthätiger Freundschaft entgegengenommen, habe nach ein paar Jahren das Geld zurückerstattet, das dankbare Andenken aber an diesen ächten Liebesdienst in mir unauslöschlich bewahrt.

So konnte ich die mir nöthige Erholungsreise (durch einen Theil von Deutschland) machen. Ich besuchte auf derselben eine Menge alter Frankfurter Freunde, verweilte bei einigen (Buhl, Böcking,) längere Zeit und kehrte körperlich und geistig gekräftigt in die Heimath zurück.

Nach Zürich hatte ich mich schon bald gewendet, war aber ohne Antwort geblieben. Da, im Frühjahr 1855, erhielt ich ganz unerwarteter Weise aus Weimar, von dem dortigen Verlagsbuchhändler und Hofbuchdrucker Hermann Böhlau einen Brief, worin er mich aufforderte, die Redaction der in seinem Verlage erscheinenden „Weimarischen Zeitung“ zu übernehmen. Dieselbe sollte, wie er mir schrieb, zu einem Preßorgan „von mehr als localer Bedeutung“ erhoben werden.

Da der Gedanke der Wiedergewinnung eines akademischen Berufes bei mir im Vordergrunde stand, so ließ mich im ersten Augenblick dieses freundliche Anerbieten ziemlich kalt. Erst auf Zureden meiner Frau trat ich demselben näher. Ich dankte Herrn Böhlau für seine liebenswürdige Absicht, verhehlte ihm aber auch die Bedenken nicht, die sich mir bei Vergegenwärtigung der Stellung, in die ich eintreten sollte, aufdrängten. Und in der That waren diese Bedenken

nicht gering. Die „Weimarische Zeitung“ war Eigenthum der großherzoglich sächsischen Regierung, also eine, wenn nicht streng officielle, so doch officiöse Zeitung, der Redacteur derselben jedenfalls von der Regierung abhängig, an deren Instructionen gebunden. Konnte ich ein solches Amt übernehmen, ohne für meine politische Selbständigkeit fürchten zu müssen? Allerdings war die weimarische Regierung als aufrichtig liberal und national bekannt. Herr von Wydenbrugk (zu dem ich niemals in ein derartiges Verhältniß getreten sein würde) war nicht mehr Minister. Herrn von Watzdorf hatte ich kennen gelernt — erst bei Gelegenheit der Kaiserdeputation in Berlin, wo er der einzige fürstliche Bevollmächtigte war, der, wie wir mit Freuden vernahmen, unsere Sendung bei dem, mit dem seinigen verwandten, Königshofe unterstützte, der sich auch persönlich zu uns hielt und vertraulich mit uns verkehrte (sichtlichermaßen zum großen Mißbehagen des Königs), dann wieder in Erfurt, wo er Vicepräsident des Staatenhauses war. Schon bei diesen flüchtigen Begegnungen hatte ich eine äußerst günstige Meinung von ihm gewonnen. Allein war es nicht denkbar, daß diese so liberale und nationale Regierung dem allgemeinen Andrange der Reaction, dem fast alle deutsche Staaten unterlagen, zuletzt ebenfalls nachgeben müßte? Und wenn nun Herr von Watzdorf gestürzt würde oder freiwillig zurückträte, wie dann? Würde ich dann nicht genöthigt sein, um meiner Ueberzeugung willen abermals zum Wanderstabe zu greifen?

In dieser Bedrängniß schrieb ich zunächst an den alten Frankfurter Collegen und Freund Droysen, der inzwischen von Kiel nach Jena übergesiedelt war, also auch den

weimarischen Verhältnissen näher stand, und bat ihn um Rath. Ich erhielt von ihm umgehend am 11. März 1855 folgenden Brief:

Die Sache steht nach meinem Dafürhalten so, daß, wenn Ihnen unsere Universität keine Stellung bieten kann, jede andere deutsche Universität aus bekannten Gründen sich hüten wird, es zu thun, denn sie sind alle — mit Ausnahme von Jena und vielleicht Göttingen — nicht eben sehr muthvoll. Fällt Ihnen also diese Aussicht, so viel ich ermesse, ganz hinweg, so müssen Sie nach Ihren ökonomischen Verhältnissen entscheiden, wie genehm Ihnen das weimarische Anerbieten sein darf. Seine Schattenseiten haben Sie hervorgehoben. Allerdings ist die Zeitung eine halbofficielle und damit Ihre Stellung in Etwas genirt. Nicht minder richtig ist, daß, wenn einmal Watzdorf abgeht, nicht berechnet werden kann, wer statt seiner eintritt. Aber einmal: er sitzt sehr fest im Sattel; sodann: Sie werden nicht von dem Ministerium, sondern von dem Blatt und dessen Verleger bestellt. Und endlich: es ist die Absicht, noch mehr als bisher das Officielle des Blattes von dem sonstigen Bestande desselben zu trennen. Vor Allem aber: diese kleinen Staaten sind ihrer Natur nach liberal und unsere Richtung steht ihnen völlig nahe. Ich würde, wenn Sie irgend sonst eine Aussicht hätten, in Ihre bisherige Thätigkeit wieder eintreten zu können (natürlich die Schweiz nehme ich aus), Ihnen verdenken, wenn Sie ganz in diese Zeitungsarbeit übergingen. Aber wenn Sie sich trotz aller Bedenken dazu entschlössen — und gerade dieses Blatt ist für Sie eine Art von réparation d'honneur — so würde ich der Presse Glück wünschen, Sie ganz gewonnen zu haben. Alle persönlichen Beziehungen in Weimar sind erfreulich und angemessen. Ich meine, Sie thun am besten, persönlich weiter zu verhandeln und sich dann zu entschließen.

Aehnlich rieth Wurm in Hamburg, an den ich mich auch gewendet hatte.

Gerade in diesen Tagen (unterm 17. März 1855) erhielt ich vom Minister von Watzdorf eine Zuschrift,

aus welcher ich ersehe, daß ich mich im Januar 1855 (wahrscheinlich wegen des Ausbleibens einer Nachricht aus Zürich) an ihn mit der Frage gewendet hatte, ob vielleicht doch in Jena Hoffnung auf eine Stelle für mich sei. Die Zuschrift lautete:

Euer Wohlgeboren bitte ich recht angelegentlich um Verzeihung, daß ich Ihr gefälliges Schreiben vom 17/20. Januar erst heute beantworte. Abgesehen von einem längeren Unwohlsein, hat mich daran früher auch der Umstand verhindert, daß ich über den Gegenstand Ihres Wunsches nicht meine Ansicht allein, sondern zugleich das Urtheil unseres Curators in Jena entscheiden lassen wollte, und das Gutachten des letzteren sich zufällig verzögert hatte. Ich kann nunmehr nur bedauern, daß wir Ihnen in Jena kein Feld einer Thätigkeit eröffnen können, wie es Ihren Wünschen entsprechen würde. Die verschiedenen von Ihnen vertretenen Fächer sind in Jena bereits zur Zeit mehrfach vertreten, so daß nicht allein das Bedürfniß der Studirenden befriedigt, sondern auch, was ich besonders hervorheben muß, keinerlei Mittel für Besoldung eines Gelehrten von Ihrem Rufe vorhanden sind. Ich beklage dies recht aufrichtig, nicht allein, weil es mir Freude gemacht hätte, einer Ihnen wohl bekannt gewordenen Empfehlung entsprechen zu können, sondern auch, weil ich mich sehr gefreut hätte, unserer thüringischen Universität Ihre Wirksamkeit zuführen zu können.

Ein anderes, höchst sonderbares Zusammentreffen war folgendes. Avenarius, einer der Verleger der „Germania", schrieb mir von Berlin aus am 19. März 1855:

Ein Pariser deutscher Buchhändler, Fr. Kleinsieck (rue de Lille, no. 11), schreibt mir unterm 8. d. Mts. Folgendes: „Man wünscht, daß ich für ein sobald als möglich hier zu gründendes deutsches Journal einen tüchtigen Hauptredacteur anschaffe. Ich denke zunächst an Herrn von Rochau. Der Mann scheint mir für den Posten völlig geeignet und ist auch wohl geneigt, einen solchen Platz anzunehmen, der ihm ein Jahrgeld von 12 000 Franken

sichern dürfte. Seine jetzige Adresse ist mir unbekannt; ich irre mich aber wohl nicht, wenn ich annehme, daß diese Mittheilung durch Ihre Güte am schnellsten und besten in seine Hände gelangen wird. Bemerken muß ich noch, daß die Geldfrage gesichert ist, daß die französische Regierung das Journal gern sehen und den Redacteuren für ihre politischen Meinungen allen Spielraum gestatten will, soweit dieselben nicht gegen das Bestehende anlaufen. Eine Unterstützung ihrerseits steht in Aussicht, da sie von der Ueberzeugung ausgeht, daß die Verbreitung der Wahrheit die Interessen der Deutschen eben so sehr wie die der Franzosen befördern muß. Ist Herr von Rochau unzugänglich, so kennen Sie wohl einen andern Mann, der aber alle Eigenschaften haben muß, um sich an die Spitze des Unternehmens zu stellen; für die Dii minorum gentium ist ausreichend gesorgt." Rochau hat nun, was ich im Voraus wußte, abgelehnt; bei Ihnen wird es vielleicht eben so sein. Dennoch halte ich es für Pflicht, Ihnen diese Mittheilung zu machen und Ihnen anheim zu geben, ob Sie darauf eingehen können oder wollen.

Ich habe das Schreiben mit der Anfrage des Pariser Verlegers vollständig wiedergegeben, weil letztere ein eigenthümliches Schlaglicht auf gewisse Intentionen des damaligen Hauptes der französischen Regierung, des Kaisers Napoleon III., wirft. Aber klingt es nicht wie eine Ironie des Schicksals, daß für ein Journal, welches „die französische Regierung gern sehen, vielleicht unterstützen würde", in erster Linie Herr von Rochau, der Verfasser jenes Artikels gegen Napoleon in meinen „Annalen", in zweiter Linie ich, der um jenes Artikels Willen Haft und Absetzung erlitten hatte, in's Auge gefaßt werden sollte?

Gegenüber dieser Offerte ward mir allerdings die Entschließung nicht schwer.

Ich war inzwischen, wie Droysen und Wurm mir riethen und wie Böhlau selbst wünschte, nach Weimar

gereist, um mich persönlich über die Sachlage zu orientiren und mit Herrn von Watzdorf zu sprechen. Derselbe empfing mich in der liebenswürdigsten Weise, wie einen Gesinnungsverwandten, und ich fand mich in der Ueberzeugung bestärkt, daß mein Verhältniß zu ihm ein durchaus befriedigendes, zu Conflicten schwerlich jemals Anlaß gebendes sein würde. Auch die Herzlichkeit, womit alte und neue Bekannte in Weimar (zu jenen gehörte ein ehemaliger Studiengenosse von mir, der Rector des dortigen Gymnasiums, Hofrath Sauppe, zu diesen der Staatsanwalt Genast) mir den Wunsch, mich als einen der Ihrigen begrüßen zu dürfen, kundgaben, stimmte mich immer geneigter für die Annahme der mir gebotenen Stellung. Ich besprach mit Böhlau eine Art von Programm, worin ich die Grundsätze präcisirte, nach denen ich als Redacteur der Weimarischen Zeitung dieses Blatt zu leiten gedächte, und welches Böhlau Herrn von Watzdorf überreichen sollte.

Darauf erging dann am 2. April von Seiten des Ministeriums an mich die vorläufige Anfrage, ob ich geneigt sei, die Stelle anzunehmen; am 5. April theilte Herr von Watzdorf mir mit, daß auch höchsten Orts die Wahl meiner Person auf kein Bedenken stoße.

Mein Verhältniß zur Regierung war in dem von mir entworfenen, vom Minister von Watzdorf genehmigten Programm folgendermaßen formulirt:

Die Weimarische Zeitung, obschon kein eigentliches Regierungsblatt, vielmehr, wie ausdrücklich und öffentlich erklärt werden soll, in ihrem nichtamtlichen Theile lediglich die Ansichten ihres Redacteurs aussprechend und unter dessen Verantwortlichkeit auftretend, steht dennoch, als Eigenthum der Regierung, zu dieser in Beziehungen,

welche ihr gewisse Rücksichten selbstverständlich auferlegen. Diese Rücksichten werden sich in zweierlei Richtung äußern müssen:

A. Die Weimarische Zeitung wird weder in inneren Landesangelegenheiten, noch in Fragen der auswärtigen Politik eine grundsätzliche Opposition gegen die von der Regierung eingeschlagene Richtung machen dürfen. Dies schließt nicht aus, daß in untergeordneten Fragen oder in Fragen von rein praktischer, technischer Natur die Zeitung bisweilen auch eine andere, als die von der Regierung vertretene Ansicht in ihren Spalten sich äußern lassen könne. Dagegen kann in keinem Falle von der Redaction verlangt werden, daß sie eine mit ihren oben (in dem Programme) dargelegten Grundsätzen in Widerspruch stehende Ansicht oder Maßnahme unter ihrem Namen und unter ihrer Verantwortlichkeit vertrete und vertheidige, oder vertreten und vertheidigen lasse.

Sollte eine derartige grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Redaction der Weimarischen Zeitung über eine bestimmte Frage eintreten, und die Regierung gleichwohl eine Besprechung dieser Frage von ihrem Standpunkte aus in der Zeitung wünschen, so würde dies in der Form besonderer, direct von der Regierung ausgehender und mit einem bestimmten, ihren officiellen Charakter andeutenden Zeichen versehener Artikel geschehen. Die Redaction ist gehalten, solche von der Regierung direct ihr zugefertigte und als officiell bezeichnete Artikel (für welche sie dann natürlich auch nicht die Verantwortlichkeit trägt) unweigerlich und vor allen anderen aufzunehmen, auch wenn dieselben nicht ihre Ansichten aussprechen.

B. Die Redaction wird bei der Besprechung der Verhältnisse anderer Staaten sowie bei der Mittheilung von Thatsachen in Bezug auf solche sorgfältig Alles zu vermeiden haben, was den Regierungen der betreffenden Staaten einen gerechten Grund zu Reclamationen bei der diesseitigen Regierung geben könnte.

Auf ein solches Programm hin glaubte ich es getrost wagen zu dürfen, eine halbofficielle Zeitung unter einem Ministerium v. Watzdorf zu redigiren. Und ich habe

es nie bereut, ja ich kann sagen, daß, als ich die Zustände in Weimar und die maßgebenden Persönlichkeiten bis hinauf zur höchsten Spitze näher kennen lernte, ich über die Aengstlichkeit lächeln mußte, womit ich mich vor Conflicten hatte sicherstellen wollen. Während der acht Jahre meiner Redaction der Weimarischen Zeitung ist von solchen Conflicten niemals auch nur die leiseste Spur zu bemerken gewesen! Gewiß war es nichts Geringes — in jener Zeit der wildesten Reaction, wo fast kein deutsches Land ohne seinen Staatsstreich blieb, — daß ich beim Antritt meiner Redaction als die leitenden Grundsätze der halbofficiellen Zeitung folgende ankündigen und daß ich diese Grundsätze auch praktisch unbehindert und unbeirrt geltend machen konnte:

1. für die politischen Verhältnisse des inneren Staatslebens: das monarchisch-constitutionelle Princip in aufrichtiger und consequenter Durchführung, namentlich im Sinne möglichster Selbstregierung der einzelnen Kreise der Staatsgesellschaft und der Heranbildung des Volkes zur Selbstthätigkeit, unter Beschränkung des Eingreifens von oben auf das wirklich Nothwendige;

2. für das Gebiet der volkswirthschaftlichen Interessen: Erhaltung, Erweiterung und Entwickeluug des Zollvereins im Sinne einer immer größeren Annäherung an das System der Handelsfreiheit, allmälige Anbahnung des gleichen Systems möglichst freier Bewegung im inneren Gewerbewesen;

3. für das religiöse und kirchliche Leben: Fernhalten jeder Art von Extremen, jeder Ausschließlichkeit und Unduldsamkeit, jeder Einmischung fremdartiger, namentlich politischer Elemente in die Behandlung religiöser Verhältnisse, Beförderung der Entwickelung des reliösen und kirchlichen Bewußtseins des Volks aus und durch sich selbst.

Als Hauptaufgaben der Zeitung bezeichnete ich dann: das Interesse des Volkes an seinen öffentlichen (Staats- und

Gemeinde=) Angelegenheiten zu wecken, eine richtige Einsicht von denselben zu verbreiten, den Sinn wahrer, auf strenge Gesetzlichkeit begründeter, staatsbürgerlicher Freiheit, ein thätiges Gemeingefühl, eine lebendige Vaterlandsliebe zu nähren; insbesondere auf dem Gebiete der volkswirthschaftlichen und gesellschaftlichen (socialen) Interessen die Begriffe des Volks von den Gesetzen und Bedingungen des Verkehrs, der Arbeitstheilung und der daraus hervorgehenden Verhältnisse zu läutern, Vorurtheilen oder absichtlich verbreiteten Irr=lehren in dieser Beziehung entgegenzutreten; den Geist der Selbstthätigkeit und der freien Vereinigung (den Associationsgeist) in seiner Richtung auf die Förderung volkswirthschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke zu pflegen; die Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, die bestehenden öffentlichen Einrichtungen (z. B. das öffentliche Gerichts=verfahren, die Presbyterialverfassung im Kirchenwesen u. s. w.), sowie die allgemeinen Grundsätze der Staats=, Bezirks= und Ge=meindeverfassung dem Verständniß des Volkes näher zu bringen und dadurch eine lebendigere Antheilnahme des letzteren an diesen Einrichtungen und Bestrebungen zu vermitteln."

Siebentes Capitel.

Schriftstellerische Thätigkeit von 1850—1855.

In die Zeit zwischen dem Landtag 1849—50 und meiner Uebersiedelung nach Weimar (1855) fallen — außer meiner Thätigkeit für die „Germania“ und die „Deutschen Annalen“, sowie einem längeren Artikel über Sachsen in Brockhaus' „Gegenwart“ (1850 und 1851) — drei größere schriftstellerische Arbeiten, die „Erziehung zur Arbeit“*), der erste Band meines „Deutschland im 18. Jahrhundert“**), und das „Frauenbrevier“***).

Das erstgenannte Buch vertrat, seinem Grundgedanken nach, den von mir seit lange eingenommenen Standpunkt möglichster Verbindung und Ausgleichung zwischen Wissenschaft und Leben, Theorie und Praxis. Ich hatte während meines fast fünfjährigen Aufenthalts auf dem Lande, fern von beinahe jeder Geselligkeit, meine freien Stunden, besonders die Abende, zu meiner Erholung vielfach mit allerhand kleinen praktischen Beschäftigungen (zumeist

*) Erschienen 1852 bei Avenarius und Mendelssohn in Leipzig.
**) Erschienen von 1854—1880 bei J. J. Weber in Leipzig.
***) Erschienen 1856 ebenda.

Fertigung von Spielsachen für meine Kinder) ausgefüllt und hatte dabei den großen Reiz empfunden, den solche praktische Beschäftigungen, als eine Unterbrechung der rein geistigen Thätigkeit, gewähren. Ich hatte auch meinen ältesten Knaben, den ich, weil er schwächlich war und daher noch nicht wohl zur Stadt in eine Schule gehen konnte, eine Zeit lang selbst unterrichtete, zu ähnlichen praktischen Arbeiten (so weit sie seinem Alter angemessen waren) angewiesen und hatte auch dabei die Erfahrung gemacht, wie sehr eine derartige praktische Thätigkeit der menschlichen und namentlich der Kindesnatur zusagt. Dies veranlaßte mich, der Sache weiter nachzudenken, die einschlagende Literatur zu studiren (eben damals ertönten allerhand Klagen über unsere Lernschule aus den Kreisen praktischer Schulmänner selbst), und so entstand das Buch, das mir bei der Abfassung große Freude machte, weil ich das Gefühl hatte, damit einem wirklichen Bedürfniß zu dienen und etwas für das nachwachsende Geschlecht Nützliches zu thun. Um nicht durch meinen Namen irgendwie den, allerdings völlig grundlosen, Verdacht zu erregen, als sei es bei der von mir vorgeschlagenen pädagogischen Reform auf einen politischen Nebenzweck abgesehen, gab ich das Buch unter dem angenommenen Namen Karl Friedrich heraus.

Das Buch erregte ein gewisses Aufsehen in der Lehrerwelt: in der pädagogischen Presse, in Lehrerversammlungen ward dafür und dawider geschrieben und gesprochen. Ich kam durch dasselbe in Beziehungen zu verschiedenen Persönlichkeiten, die entweder ähnliche Ideen schon vertreten und zum Theil praktisch verwirklicht hatten, oder durch mein Buch zu solchen angeregt worden waren, so zu dem würdigen

Barup, dem Nachfolger Fröbels in Keilhau, und der Wittwe Fröbels selbst, zu Dr. Georgens und seiner späteren Gattin, Fräulein Gayette, zu Frau von Marenholz, dieser eifrigen und werkthätigen Freundin der Fröbel'schen Kindergärten, u. A. m. Einen unmittelbaren Erfolg hatte die Sache damals nicht: eine Zeit der allgemeinen Reaction von der einen, der Erschlaffung von der andern Seite, wie es die Jahre 1850 ff. waren, ist Reformen (auch wenn sie durchaus unpolitischer Natur sind) wenig günstig. Nahezu ein volles Menschenalter mußte vergehen, ehe der 1852 von mir ausgestreute Samen, von anderer Seite her befruchtet, Wurzeln schlug und Keime trieb; aber ich hatte doch noch die Freude, im höheren Alter das in praktische Wirksamkeit treten zu sehen, was ich 30 Jahre vorher nur wie einen Zukunftsgedanken hinausgeworfen hatte. Ich werde in einem späteren Stadium meines Lebens darauf zurückkommen.

Die Idee einer Culturgeschichte unseres Volkes hatte mich schon lange beschäftigt, eigentlich schon seit dem Anfang der vierziger Jahre. Doch war ich nicht dazu gekommen, der Ausführung dieser Idee näher zu treten. Als ich nach der Rückkehr vom Landtage meine Vorlesungen wieder aufnahm, wandte ich diese theilweise auf die deutsche Culturgeschichte, zunächst des vorigen Jahrhunderts. Ich fand Interesse dafür bei meinen Zuhörern. Sodann hielt ich im Winter von 1852—53 Vorträge ebendarüber vor einem größeren Publikum. Dadurch bekam mein Vorhaben bestimmtere Gestalt. Als ich dann 1853 von meinem akademischen Amte suspendirt war, benutzte ich diese unfreiwillige Muße zur weiteren Durch- und Aus-

arbeitung jener Vorträge. Ursprünglich dachte ich mit Einem Bande auszukommen; allein der Stoff wuchs und wuchs mir dergestalt unter den Händen, daß schließlich vier Bände daraus geworden sind.

Als ich zuerst an die Arbeit ging, war auf diesem Gebiete noch äußerst wenig vorgearbeitet. Der allergrößte Theil jener culturgeschichtlichen Monographien, die wir jetzt besitzen, ist erst seitdem (vielleicht mit in Folge des von mir gegebenen Anstoßes) entstanden. Ich mußte daher den Stoff aus dem Allergröbsten herausarbeiten, ihn dann sichten und zu einem möglichst anschaulichen Bilde gestalten. Das war ein mühsames Geschäft. Der Zugang zu ersten Quellen, wie Archive u. dgl., war damals noch viel schwieriger, als heut; auch war ich persönlich nicht in der Lage, durch Reisen da= und dorthin derartige Quellen mir zu erschließen. Ohnehin ist es bei einem Werke, welches sich über einen längeren Zeitraum und über alle möglichen Seiten der Cultur erstrecken soll, beinahe unmöglich, Alles und Jedes aus ersten, d. h. handschriftlichen und urkundlichen Quellen zu entnehmen; man hat schon genug und über= genug zu thun, wenn man nur die Quellen zweiter Ordnung, d. h. die gedruckten, möglichst vollständig benutzen will. Letzteres habe ich nach Kräften gethan, wie das dem vierten Bande meines Werkes beigegebene Quellenverzeichniß bekundet. Dasselbe führt nahezu 1000 Druckschriften und doch auch allerlei Handschriftliches als von mir verwerthetes Material auf, wobei noch die vielen Druckschriften weg= gelassen sind, welche ich durchgemustert habe, ohne darin etwas für mein Buch Brauchbares zu finden.

Das Unternehmen war in doppelter Hinsicht ein

Wagniß, in sachlicher und persönlicher. Die Culturgeschichte als Wissenschaft lag damals noch so zu sagen in den Windeln. Eine festgestellte wissenschaftliche Methode der Culturgeschichtsschreibung gab es nicht. Dagegen ward mit sogenannter Culturgeschichte. in halb oder ganz unwissenschaftlicher, häufiger noch in novellistischer, feuilletonistischer und sonstiger Form viel dilettantischer Unfug getrieben. Ich mußte mir also eine Methode erst schaffen, denn ich wollte nicht blos die verschiedenen Seiten des Culturlebens getrennt und unverbunden (etwa wie es Wachsmuth gethan) neben einander gruppiren, sondern sie dermaßen in einen organischen Zusammenhang bringen, daß daraus ein allseits abgeschlossenes, anschauliches Bild der ganzen Zeitperiode entstände. Die Schwierigkeit einer solchen organischen Verbindung erwies sich noch als mäßig beim ersten Bande, der es mit den politischen, materiellen, socialen Zuständen Deutschlands im 18. Jahrhundert zu thun hatte, denn diese vertrugen einerseits eher eine gesonderte Behandlung, fügten sich andererseits leichter zu einer Einheit zusammen; sie ward aber größer und größer bei den folgenden Bänden, wo es darauf ankam, die feineren, ich möchte sagen, unwägbaren culturgeschichtlichen Erscheinungen (geistige, sittliche, gesellschaftliche u. a. Zustände) mit den politischen, wirthschaftlichen u. s. w. in Wechselwirkung zu setzen.

Ich habe für diesen Zweck (der Auffindung einer richtigen Methode) nicht blos für mich allein die eingehendsten Vorstudien gemacht, sondern auch mit sachkundigen Freunden, wie dem tüchtigen Culturgeschichtsforscher Archivrath Brückner in Meiningen und dem berühmten Literar-

historiker Hettner, persönlich und schriftlich vielfachen Gedankenaustausch gepflogen, mit Letzterem u. A. in Form eines „Offenen Briefwechsels“ in „Westermanns Illustrirten Monatsheften“.

Zu diesen sachlichen Schwierigkeiten kam dann die persönliche, daß ich selbst auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung im größeren Stile eigentlich noch ein Neuling war. Denn weder meine „Geschichte des ersten preußischen Reichstags“, noch meine „Erinnerungen aus der Paulskirche“ (wie freundliche Anerkennung auch beide Schriften sebst von den competentesten Beurtheilern gefunden hatten, jene, wie schon erwähnt, von dem Staatsminister von Schön, diese u. A. von dem politisch vielerfahrenen Baron von Stockmar) konnten doch als wissenschaftliche Geschichtsarbeiten im strengeren Sinne kaum gelten.

Aus allen diesen Gründen ging ich nicht ohne eine gewisse Zaghaftigkeit an die Veröffentlichung dieses größeren culturgeschichtlichen Werkes.

Da war es mir denn nun eine große und unverhoffte Genugthuung, sogleich den ersten Band desselben nicht blos von der tagesläufigen Kritik nahezu einmüthig in überaus günstiger, theilweise fast überschwänglicher Weise als eine zeitgemäße und wohlgelungene Arbeit begrüßt, sondern auch dieses günstige Urtheil von einer Reihe der namhaftesten und competentesten Männer brieflich bekräftigt zu sehen. Und eben diese Gunst, ja, ich kann wohl sagen, eine von Band zu Band steigende, ist meinem Werke auch in seinen weiteren Stadien zu Theil geworden. Das langsame Vorrücken desselben, zum Theil veranlaßt durch die inneren Schwierigkeiten der Arbeit, zum Theil durch äußere Umstände

(der erste Band erschien 1854, der letzte 1880, so daß das nonum prematur in annum hier fast verdreifacht zutraf) hat allerdings meinen Herrn Verleger fast zur Verzweiflung gebracht, mir selbst — um seinet- und um meinetwillen — viel Kummer bereitet, allein für Form und Gehalt des Buches ist dasselbe jedenfalls von Vortheil gewesen.

Wenn ich im Nachstehenden einige der mir werthvollsten von den vielen zustimmenden Aeußerungen über mein „Deutschland im 18. Jahrhundert" anführe, so wolle man darin nicht einen Ausfluß persönlicher Eitelkeit erblicken (ich fühle recht wohl, daß Manches in meinem Buche anders und besser sein könnte, und daß auch hier das In magnis et voluisse sat est zutrifft), vielmehr mir es um deswillen zu gute halten, weil — bei der Ungunst, in welcher noch immer hier und da und insbesondere bei manchen unserer Historiker von der strengen Observanz die Culturgeschichte steht — mir natürlicherweise viel daran gelegen sein muß, sowohl für diese Wissenschaft selbst, der ich mehr als mein halbes Leben gewidmet habe, als auch für meine Behandlung derselben durch die Stimmen namhafter Gewährsmänner gewissermaßen öffentliches Zeugniß abzulegen.

Dahlmann schrieb mir bald nach Empfang meines ersten Bandes:

> Ihr Buch hat mich mehrfach gefreut; ich machte Mr. de Tocqueville, der hier diesen Sommer die Verhältnisse Deutschlands im 18. Jahrhundert studirte, damit vertraut, und es war ihm in hohem Grade willkommen.

Hettner, der um die gleiche Zeit seine treffliche „Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts" begann, nahm schon aus

diesem Grunde lebhaftesten Antheil an meiner Arbeit. Als ich ihm den ersten Band gesandt hatte, erhielt ich von ihm einen sehr freundlichen Brief, dem ich nur folgende Stellen entnehme:

> Es ist meine feste Ueberzeugung, daß wir nur auf dem von Ihnen eingeschlagenen Wege zu einer wirklichen, ihrem Begriffe entsprechenden Culturgeschichte kommen. . . Ich wurde fortwährend an das dritte Capitel von Macaulays Geschichte erinnert. . . . Ich kann Ihnen nicht genug meine Freude ausdrücken, daß Sie uns ein so reiches und farbiges Bild dieser Zeit aufrollen. Was ich bis jetzt gelesen habe, hat mich auf's Lebhafteste beschäftigt und mir ganz neue, ungeahnte Blicke eröffnet.

Nach dem Erscheinen des zweiten Bandes schrieb er mir:

> Ich kann Ihnen nicht warm genug sagen, wie sehr mich der erste Eindruck gefreut, belehrt und angeregt hat, und wie sehr ich auf das gründlichere Studium gespannt bin. Sie haben das große Verdienst, einer neu aufblühenden jungen Wissenschaft durch Wort und That unabläßig Stachel und Sporn zu geben. Sie haben aber auch die Freude, zu sehen, daß die junge Saat gedeiht, kräftig aufsproßt und sich weiter und weiter verbreitet.

Da die späteren Bände meines Werkes (schon vom zweiten an) vorzugsweise auch literarhistorischen Inhalts waren, so lag es nahe, daß wir, Hettner und ich, unsere Gedanken über das uns gemeinsame Thema vielfach austauschten, und wir haben dies gethan nicht wie Rivalen, sondern wie gute Kameraden, die sich einer den andern zu fördern suchen. Hettner hatte für jeden neuen Band meines „Deutschland“ ein warm anerkennendes Wort, wenn auch nur privatim (zu einer öffentlichen Besprechung kam er bei den späteren Bänden nicht), während ich meinerseits mit vollster Ueberzeugung privatim wie öffentlich das

viele Bedeutende in seiner „Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts“ hervorzuheben vermochte. Er, in glücklicherer Lage, als ich, gelangte schon 1870 zu dem Abschluß seines groß angelegten Werkes, hörte aber nicht auf, den Fortgang des meinigen nach wie vor mit freundlichstem Interesse zu verfolgen. Als auch ich endlich — zehn Jahre später — an das gleiche Ziel gelangt war, schrieb er mir (am 2. September 1880):

> Erst vorgestern bin ich aus Wildbad zurückgekehrt. So habe ich bisher Ihr treffliches Werk nur flüchtig durchblättern können. Glückauf zur glücklichen Vollendung des langjährigen Werkes, das Ihnen ein monumentum aere perennius sein wird! Was ich bisher gelesen habe, hat meine tiefste Aufmerksamkeit erregt. Ich finde überall Ursprünglichkeit und Selbstständigkeit und in der Zusammenhäufung des Materials staunenswerthe Gründlichkeit. Aber sofort kann ich zu keiner öffentlichen Besprechung kommen. So leid es mir thut, muß ich daher doch das „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ geltend machen. Eine Arbeit wie diese Ihre Cultur- und Literaturgeschichte darf nicht flüchtig besprochen werden, zumal von mir nicht, der dem Leser Rechenschaft über das gegenseitige Verhältniß unserer verschiedenen Auffassungen und Darstellungen schuldet.

Leider sollte die hier geäußerte Absicht Hettners nicht mehr in Erfüllung gehen. Denn bald darauf schon erfaßte den anscheinend kräftigen Mann jene tückische Krankheit, die, nachdem seine gute Natur sich mehrmals aus ihren Umstrickungen wieder frei gemacht hatte, zuletzt doch (1882) seinem Leben — zum tiefsten Schmerz seiner zahlreichen Freunde, denen auch ich mich von ganzem Herzen zuzähle — vorzeitig ein Ziel setzte.

Was ein anderer werther Freund, der schon oben genannte namhafte Culturgeschichtsforscher Archivrath

Brückner in Meiningen, mir über mein Buch geschrieben, übergehe ich, weil darin zu sehr die Stimme warmherziger Freundschaft die der Kritik übertönt.

Aber auch von mir ferner Stehenden vernahm ich viele billigende und ermuthigende Worte. So von dem namhaften Literarhistoriker Koberstein, der sich über den (durchaus literarhistorischen) dritten Band gegen mich brieflich so aussprach:

> Ich kann es in vollster Wahrheit sagen: niemals leicht habe ich eine vollere und reinere Freude an einem Buche gehabt, als an dieser vortrefflichen Darstellung des geistigen Lebens unseres Volkes in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Wie schön und treffend haben Sie die Hauptrichtungen dieses Lebens in den Hauptvertretern desselben nachgewiesen! U. s. w.

Klüpfel in seinem „Wegweiser durch die Literatur" (Jahrgang 1858) sagte:

> Besonderer Pflege erfreut sich neuerlich die Culturgeschichte, welche sich zu einer selbstständigen Disciplin auszubilden beginnt. Unter den selbstständigen Arbeiten auf diesem Gebiete ragt Biedermanns „Deutschland im 18. Jahrhundert" als die nach Inhalt und Form bedeutendste Leistung hervor.

Der, leider so früh verstorbene, Häusser äußerte sich nach dem Erscheinen des zweiten Bandes in einer Recension in der Augsburger Allgemeinen Zeitung folgendermaßen:

> Die Pause von fast vier Jahren, die das Erscheinen des ersten Theils von der Fortsetzung dieses Werkes trennt, konnte Einen beinahe besorgt machen, es möchte die Schwierigkeit der Aufgabe die Vollendung hindern. Wir würden das von Herzen bedauert haben, denn es wird uns hier über einen der interessantesten Lebensabschnitte unseres Volkes eine Fülle werthvollen Stoffes geboten, dessen Studium die reichste Anregung giebt so-

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK

wohl zur Erkenntniß unserer Gegenwart, als zum richtigen Verständniß unserer gesammten Entwickelung.

Der berühmte Theolog Tholuck, der in seiner „Vorgeschichte des Rationalismus“ von einem ganz anderen Standpunkte als dem meinigen zu ganz ähnlichen Resultaten in Bezug auf die kirchlichen, religiösen, sittlichen Zustände der sogenannten „guten alten Zeit“ gekommen war, schickte mir sein Buch mit folgenden Zeilen:

> Das große Vergnügen und die Belehrung, welche ich aus Ihrem schönen Werke „Deutschland im 18. Jahrhundert“ erhalten, ließ mich noch während der Abfassung den Entschluß fassen, Ihnen die letzte Abtheilung meines Buches zuzusenden, und gerade diese, weil Sie daraus ersehen werden, wie meine, in einer ganz anderen Richtung erfolgten Studien mich auf mannigfachen Punkten zu ganz gleichen Resultaten geführt haben. Insbesondere spreche ich Ihnen noch, in Uebereinstimmung mit anderen meiner Fachgenossen, meinen Dank aus für den so sehr würdigen Geist und Ton, in welchem Spener und die von ihm ausgegangene Richtung von Ihnen behandelt worden ist. Wie wohlthuend empfindet man den Geist dieser Darstellung — ich will nicht sagen im Vergleich zu Barthold, sondern auch schon im Vergleich mit Schriftstellern wie . . .

Der theologische Antipode Tholucks, David Strauß, der sich nach Abfassung seiner größeren Werke religiösen Inhalts auf das literarhistorische Gebiet begeben und den ich deshalb um eine Besprechung meines Buches zu bitten gewagt hatte, antwortete mir:

> Nichts konnte mir willkommener sein (da ich mich eben mit den Vorarbeiten zu einer Reihe von Dichterleben aus dem 18. Jahrhundert beschäftige), als ein Werk, das sich über den geistigen und geselligen Boden der ersten Hälfte desselben mit so gründlicher Sachkenntniß verbreitet. Aber wenn Sie mich der Beurtheilung eines so weitgreifenden Werkes gewachsen glauben, so

überschätzen Sie die Kenntnisse eines Dilettanten um Vieles. Gern würde ich indessen die erste beste Gelegenheit ergreifen (die letzte wäre in meinem beabsichtigten Buche), Ihres Werkes dankbar und rühmlich zu gedenken.

Rudolf von Gottschall urtheilte über das fertige Werk in den „Blättern für literarische Unterhaltung:“

Das ganze Werk, dessen Beginn in eine Zeit fällt, in welcher die Culturgeschichte keineswegs auf ihrer jetzigen Höhe stand, am wenigsten sich eines solchen Antheils erfreute, wie das gegenwärtig der Fall ist, beruht auf den sorgsamsten Studien, ist in der geläuterten Form gehalten, wie sie philosophische Durchbildung allein der Darstellung zu geben vermag, und verleugnet nirgends das geschmackvolle und unparteiische Urtheil des Literarhistorikers.

Die „Wissenschaftliche Beilage zur Leipziger Zeitung“ (der man — nach meiner politischen Stellung zu letztgenanntem Blatte — eine Voreingenommenheit für mich nicht Schuld geben wird) brachte aus der Feder des Geheimen Raths von Witzleben, Directors des Staatsarchivs, erst 1875, dann 1880 eine überaus freundliche Besprechung meines Buches. In dem zweiten dieser Artikel hieß es:

Unsere Besprechung des Biedermann'schen Culturgeschichtswerk im Jahre 1875 haben wir mit den Worten geschlossen, daß es wohl verdiene, als ein Volksbuch in des Wortes edelster Bedeutung Platz zu finden in jedem deutschen Hause, wo Verständniß und Interesse für die großen Motoren und Impulse unseres geistigen und nationalen Lebens vorhanden ist. Heute, wo das ganze großartige literarische Unternehmen abgeschlossen vor uns liegt, wüßten wir Besseres zu seiner Empfehlung nicht zu sagen, als daß wir das vor fünf Jahren gesprochene Wort einfach wiederholen. Wir haben es bei dem gegenwärtig vorliegenden Werke mit einem Meisterwerke ersten Ranges zu thun, das zugleich als erstes Unternehmen, das reiche Culturleben des achtzehnten Jahrhunderts in großen Zügen der Gegenwart und Zukunft darzulegen, eine bisher schwer empfundene Lücke in der

deutschen Literatur in einer seines Gegenstandes in hohem Grade würdigen Gründlichkeit, Wissenschaftlichkeit und Anschaulichkeit ausfüllt.

Zunächst über den letzten Band (der unsere klassische Literatur behandelt), zugleich aber über das ganze Werk ließ sich der hervorragende Germanist und Literarhistoriker Zarncke in seinem „Literarischen Centralblatt" so aus:

> Eine gesundere kritische Kost ist uns nicht leicht geboten worden, als die, welche wir hier empfangen. Man fühlt es, daß der Verfasser von einer höheren Warte aus das menschliche Leben betrachtet hat, wie seine hervorragende Stellung in den politischen Kämpfen unseres Volkes sie ihm gewährte, daß er mit den Motiven und Handlungsweisen der Menschen wohlbekannt ist, tief hinter die Coulissen geblickt hat, und daß er Charaktere zu beurtheilen und an ihren Platz zu stellen versteht; man fühlt es, daß er gewohnt ist, sich über Alles scharfe und bestimmte Begriffe zu bilden, und daß er gelernt hat, diese im Kampfe der Meinungen klar zum Ausdruck zu bringen. Manche ketzerische Ansicht wird ausgesprochen frisch von der Leber weg, und sie berührt — gegenüber hergebrachter panegyrischer Tradition — nicht selten erquickend. Wir meinen: was hier über Goethe und Schiller, auch was über Lessing und Kant gesagt ist, gehört mit zu dem Besten, was über diese Männer und ihre Werke bisher vorgebracht worden ist. Wir beglückwünschen den Verfasser zur Vollendung seines Werkes, von dem die beiden ersten Bände bereits in neuer Auflage vorliegen. Es wird ihm, seitdem er seiner einfluß- und erfolgreichen politischen Thätigkeit entsagt hat, nun auch im Kreise der Gelehrtenwelt, der Historiker und Literarhistoriker, einen ehrenvollen Namen sichern.

Auch vom Auslande her gingen mir manche wohlwollende Aeußerungen über mein Buch zu. Die Encyclopaedia Britannica (2. edition) charakterisirte es so:

> Biedermanns „Germany in the XVIII. century" is the most favourable example of works on „Culturgeschichte".

Der englische Biograph Lessings und Schillers, James Sime, sagte in der Einleitung zu seiner Lessing-Biographie:

In my study of the period (of Lessing) J have been much indebted to Biedermanns „Deutschland im 18. Jahrhundert“, a book of great research and excellently written.

Einer der namhaftesten nordamerikanischen Gelehrten, Mr. White, bis vor Kurzem Präsident (Rector) und Professor der Geschichte an der Cornell-University zu Ithaka im Staate New-York, eine Zeit lang Botschafter der Vereinigten Staaten am kaiserlich deutschen Hofe, hatte schon während seines Aufenthaltes in Berlin mir durch zweite Hand sehr Freundliches über mein Buch sagen lassen. Nach seiner Rückkehr auf seinen Posten in Ithaka kam ich in Correspondenz mit ihm, da er einen jungen Mann seines Vertrauens mit einem Empfehlungsbriefe an mich adressirte, zugleich mir einige seiner Schriften sendete. Im Verlaufe dieser Correspondenz erhielt ich zuerst am 24. December 1884 von ihm einen äußerst liebenswürdigen Brief, worin er sagte:

I have long known you through your .„Deutschland im 18. Jahrhundert“. I have enjoyed and profited by your work so much, that you have seemed to me like an old friend. It is one of my regrets, that I was unable to present my respectful compliments to you during my stay in Germany, but my visits to Leipsic were few and brief, and in each case every moment of my time in your city was taken of.

I am especially glad to learn, that you continue to work in your splendid field and that we are likely to have from you a „Deutsche Volks- und Culturgeschichte“. I hope, that some arrangement can be made for its translation in America. Everything which tends to make these great nations know each other and appreciate the good that is in each, is of the greatest value. Be assured, dear sir, tha the opinion which some of your competitors entertain regarding Culturgeschichte, is not shared by the most thought-

ful men in this country. There is, indeed, a tendency to extol minute special studies as the chief end of man. I consider many of these special investigators as very useful men, but really as „hewers of wood and drawers of water“ to those engaged in large, broad studies like your own.

Später (kurz vor einer Reise nach Europa, die er 1885 antrat) schrieb er mir:

> Allow me to say in conclusion, that among my dearest hopes is that of revisiting Germany at some day not very distant, and I shall then consider it both a pleasure and a duty, to present my respects to you in person and to thank you for the noble work you have done in the historical field.

Nach dem Erscheinen des letzten Bandes meines Werkes sandte ich dasselbe u. A. auch an den berühmten französischen Cultur- und Literarhistoriker Mr. Taine (der mich 1870, kurz vor dem Kriege, in Leipzig besucht hatte) mit der Bitte, er möge doch eine Anzeige desselben in einer der großen wissenschaftlichen Zeitschriften Frankreichs entweder selbst verfassen oder doch veranlassen. Darauf erhielt ich von ihm aus Mruthon St. Bernard in Savoyen, wo er sich zur Cur befand, am 12. August 1880 folgende Zeilen:

> Je suis fort honoré de cet envoi; je connaissais de réputation les premiers volumes, et je Vous félicite d'avoir pu achever un si grand ouvrage. Il est plus complet que le mien*); je n'ai décrit dans la société du 18. siècle en France que ce qui conduisait à la révolution et je vois par la table de votre livre que Vous avez épuisé le projet en ce qui concerne l'Allemagne. Ma santé n'est pas très-bonne et j'ai peine à finir le travail commencé; je viens en outre d'avoir un grand deuil de famille qui m'ôte toute liberté d'esprit. Si Vous ajoutez à cela ma médiocre connaissance du 18. siècle allemand, Vous

*) „La France avant la révolution“.

verrez que je ne serais pas un très-bon juge d'un ouvrage comme le vôtre. Mais de retour à Paris, où j'habite l'hiver, j'en parlerai à qui de droit. Une étude aussi vaste et aussi consciencieuse y trouvera certainement des appréciations. Agréez, Mr., je Vous prie, l'assurance de mes sentiments les plus distingués et les plus dévoués.

Als ich mir ſpäter eine nochmalige Anfrage wegen meines Buches erlaubte, ſchrieb mir Mr. Taine am 18. Mai 1884:

J'en ai parlé à Mr. Bourdeau (du Journal des Débats). Il a votre livre en haut estime. Je suis certain, qu'il louera, comme il convient, l'étendue des informations, l'abondance du détail, la sureté de la critique, la disposition des matières, et je suis heureux de m'associer d'avance à l'éloge qu'il fera de votre travail.

Die beiden Briefe erfreuten mich um ſo mehr, weil ſie zugleich bekundeten, daß der berühmte franzöſiſche Gelehrte, auch darin ganz auf der Höhe der Wiſſenſchaft und ihrer großen internationalen Aufgabe ſtehend, im Verkehr mit Gleichſtrebenden von jedem nationalen Gegenſatze abſieht.

Der von Mr. Taine genannte Mr. Bourdeau ſchrieb im vorigen Herbſt an mich und kündigte mir eine Beſprechung meines Buches von ſeiner Hand in der Revue des deux Mondes für die erſten Monate von 1886 an.

Mein drittes Werk aus jener Zeit, das „Frauenbrevier", entſtand auf ganz beſondere Veranlaſſung. Der bekannte namhafte mediciniſche Lehrer und Schriftſteller Profeſſor Karl Bock kam eines Tages zu mir und theilte mir den Plan mit, eine Reihe von Vorträgen für Frauen zu halten. Er wollte über Körperpflege, diätetiſche Behandlung der Kinder u. dgl. ſprechen; ich möchte mein Fach, die Culturgeſchichte, vertreten. Ich ging auf

den Gedanken ein, und so veranstalteten wir zusammen einen Cyclus von Vorträgen, der vom November 1854 bis tief in den Sommer 1855 hinein reichte. Allwöchentlich fanden zwei Vorträge statt, einer von Bock, einer von mir. Unsere Zuhörerschaft bestand aus nahezu 300 Frauen und Mädchen theils aus der höheren Gesellschaft, theils aus dem Mittelstande. Die Aufmerksamkeit und die Ausdauer dieser ausschließlich weiblichen Zuhörerschaft war bewundernswerth und beschämte Alles, was ich von männlichen oder auch von gemischten Auditorien kennen gelernt hatte; die letzte Vorlesung war noch ebenso zahlreich besucht, wie die erste. Am Schlusse des Cursus überreichten die Damen uns Beiden, als sichtbare Zeichen ihrer Dankbarkeit, zwei silberne Becher und zwei Lorbeerkränze.

Diese Vorträge nun arbeitete ich aus und ließ sie drucken. Der, meinem Gefühl nach etwas zu anspruchsvolle, Titel: „Frauenbrevier“ stammt nicht von mir her, sondern von dem Verleger, Herrn J. J. Weber.

Das Buch fand raschen Absatz, so daß es in nicht zu langer Zeit vergriffen war. Der Verleger machte indeß keine Anstalt zu einer neuen Auflage, und mir, offen gesagt, graute es einigermaßen vor einer solchen, weil ich mir bewußt war, daß ich dann das Buch nach manchen Seiten hin bedeutenden Veränderungen würde unterziehen müssen. Erst nach Vollendung meines großen Culturgeschichtswerkes (1880) gelangte ich dazu, eine zweite („umgearbeitete“) Auflage fertigzustellen, welche 1881 erschien. Sie ist in mehreren Abschnitten eine völlig neue Arbeit, so namentlich in den Capiteln 18 und 19 (S. 250 bis 403), welche die „Völkergeschichte“ behandeln. Ich

machte hier ein ganz neues Experiment, indem ich es unternahm, die Geschichte der verschiedenen Zeiten und Völker (Alterthum und Neuzeit) dem Wissensbedürfniß der Frauenwelt anzupassen. Wie ich dabei verfuhr, habe ich im Vorwort zu dieser zweiten Auflage in folgenden Worten angegeben:

Nichts ist schwieriger, als das rechte Maß und die rechte Methode zu finden, um Frauen und Mädchen in die Kenntniß der Geschichte so einzuführen, daß nicht durch die Masse des Gegebenen ihr Gedächtniß überfüllt oder ihr Geist verwirrt werde, doch aber auch nichts von dem ihnen fremd bleibe, was von allgemein menschlichem Interesse ist. Ich habe versucht, eine solche Auswahl zu treffen, und ich habe zugleich danach gestrebt, die Hauptmomente der Menschengeschichte der Theilnahme und dem Verständniß meiner Leserinnen dadurch näher zu bringen und vor einem zu leichten Wiederverschwinden aus ihrem Gedankenkreise zu behüten, daß ich dieselben, wo immer möglich, in engere Beziehung zu bildnerischen, dichterischen oder musikalischen Schöpfungen setzte, in denen geschichtliche Thatsachen oder Persönlichkeiten sich widerspiegeln. So glaubte ich den doppelten Zweck zu erreichen, einmal, durch ein solches künstlerisches Medium die Gebilde nüchterner Geschichtsbetrachtung meinen Leserinnen näher zu bringen und vertrauter zu machen, und sodann, ihnen den Genuß musikalischer, dichterischer oder bildnerischer Kunstwerke zu würzen, indem ich sie auf die geschichtlichen oder auch auf die sagenhaften und mythologischen Grundlagen aufmerksam machte, auf denen diese Kunstwerke sich auferbauen.

Noch wäre an dieser Stelle eines historischen Unternehmens zu gedenken, zu welchem ich 1854 den Plan faßte und die Vorbereitungen traf, welches aber erst mehrere Jahre später wirklich in's Leben trat. Ich meine die „Staatengeschichte der neuesten Zeit", welche von 1858 an in einer Reihe einzelner Ländergeschichten bei Sal. Hirzel in Leipzig erschien.

Mein leitender Gedanke dabei war der, dem gebildeten (nicht dem „gelehrten") Publikum ein Werk zu geben, welches geeignet wäre, dasselbe in einer für diese Kreise berechneten, gemeinverständlichen, knappen, dabei doch das Wesentliche enthaltenden Darstellung über die neueste Geschichte der verschiedenen Staaten etwa vom Anfange des 19. Jahrhunderts oder von 1815 an bis möglichst nahe zur Gegenwart aufzuklären und zu belehren.

Die Vorarbeiten für dieses Unternehmen waren äußerst schwierige und langwierige. Es galt, für jedes Land womöglich einen solchen Darsteller zu finden, der mit den Zuständen und der neuesten Geschichte dieses Landes durch eigene Anschauung, nicht blos aus zweiter Hand durch Bücher, bekannt wäre. Das erwies sich für manche Länder als gar nicht leicht, und ich mußte lange und viel nach Mitarbeitern suchen, manche davon auch wieder aufgeben, die vor den Schwierigkeiten der Aufgabe zurückschreckten. Allerdings waren letztere nicht ganz gering: insbesondere gehörte ein großes Maß von Selbstverleugnung dazu, einen meist überreichen Stoff in einen so engen Rahmen zusammenzudrängen. Ich habe wegen Hollands mit dem dortigen Führer der Liberalen und zeitweiligen Ministerpräsidenten Thorbecke, wegen Belgiens mit dem Professor Arendt in Löwen und dem Baron von Stockmar, wegen Oesterreichs zuerst mit dem Baron von Andrian, und so noch mit vielen Anderen einen umständlichen Briefwechsel gepflogen. Für England hatte anfangs Wurm zugesagt, der aber dann wieder zurücktrat; für die Schweiz wollte ich Bluntschli gewinnen, der auch nicht abgeneigt schien, für Griechenland oder die

Türkei Fallmerayer, den bekannten geistvollen „Fragmentisten". Des Letzteren Briefe sind charakteristisch; ich theile Nachstehendes daraus mit:

München, den 19. April 1855.

Seit vorigem Sommer fangen bei mir Arbeitskraft und Gesundheit zusehends zu sinken an. Die Sache ist so weit gekommen, daß ich seit längerer Zeit selbst den größeren Theil des Tages im Bette bleiben muß unter der doppelten Geißel der Grippe und der Arthrilis vaga, wie es die Aerzte nennen. Hier und da ein Artikel für die A. A. Z. oder für die Wiener „Donau" ist Alles, was ich vermag, und was immer in dieser Gattung letzten Winter geleistet wurde, ist unter den peinlichsten Umständen hinter dem warmen Ofen zu Stande gekommen. Ich bin überall im Rückstande, bei der Akademie mit den versprochenen Abhandlungen, bei den Redactionen mit den zugesagten Artikeln, und endlich bei mir selbst mit einem schon längst begonnenen und wieder fallen gelassenen dritten Fragmentenbande.

Daß unter solchen Umständen an eine neue und umfassende Arbeit nicht zu denken sei, und ich auf Ihre freundlichen, ehrenvollen und in besseren Zeiten so willkommenen Anträge durchaus nicht eingehen kann, ist leider klar. Auch sonst einen Vorschlag zu machen und auf ein geeignetes Individuum hinzuweisen, bin ich nicht vermögend, da ich völlig isolirt lebe und je eher je lieber den Plan ganz verlassen und die Winterquartiere beziehen möchte. Es thut mir in der That leid, mit einer Verneinung den Verkehr mit einem Manne zu eröffnen, den ich schon vor der Revolution hoch achtete und den ich in seinen literarischen Manifestationen mit Eifersucht überall hin begleitete und verfolgte, am Ende aber allein vorwärts eilen lassen muß.

München, den 28. August 1856.

Ganz ohne Antwort kann ich Ihre verehrte Zuschrift vom 25. Juni l. J. doch nicht lassen, ob ich gleich weder etwas Tröstlicheres noch etwas Entgegenkommenderes zu sagen habe, als im letzten Jahre. Seit Ende Mai war ich abwesend vom Hause, und

die lange Wander= und Badecur, von der ich erſt vor einigen Tagen zurückgekommen bin, hat bisher wenig oder gar keine Beſſerung der gichtiſchen Uebelſtände gebracht, die mir ſeit Jahr und Tag nur hin und wieder einen lichten Augenblick zur Arbeit übrig laſſen. Wie ich jetzt bin, kann ich nicht arbeiten; taedet me librorum. Nur Noth oder Zorn würden meine geiſtige Erſtarrung flüſſig machen; aber durch eine ſpecielle und völlig unverdiente Gunſt der Götter habe ich den Stachel weder des einen noch des andern dieſer beiden Reizmittel zu empfinden. Die Unſterblichkeit kann man mit den Mitteln, wie ich ſie beſitze, und auf Wegen, die meine Muſe wandelt, nicht erringen; warum ſoll ich alſo Bücher ſchreiben, die vor meinem Ableben ſchon wieder beſeitigt und vergeſſen ſind? Mit einem ſolchen Menſchen — Sie ſehen es ja doch ſelbſt — iſt nichts zu machen, und man muß nur die liebenswürdige Standhaftigkeit beklagen, mit der Sie ein antediluvianiſches Foſſil lebendig machen wollen.

Auch an Dahlmann hatte ich mich gewendet, theils um Rath, theils in der, freilich nur ganz ſchwachen und ſchüchternen Hoffnung, daß am Ende er — vielleicht von ſeiner Entmuthigung nach 1848 einigermaßen zurückgekommen — ſich entſchließen könnte, an die wichtigſte aller Staatengeſchichten, die Geſchichte Deutſchlands. Hand anzulegen. Er ſchrieb mir darauf:

Bonn, den 2. December 1854.

Ihr Unternehmen geht mir in den letzten Wochen viel durch den Sinn; laſſen Sie mich in aller Kürze Ihnen meine Anſicht mittheilen! Bei allen menſchlichen Unternehmungen iſt, denke ich, wenn man über den Zweck einig iſt, die Ausführbarkeit das Zweite. Daß nun der an ſich höchſt lobenswerthe Plan ſich in Bezug auf England und Rußland ausführen laſſe, darüber hege ich wenig Zweifel, inſofern die dafür in's Auge gefaßten Perſönlichkeiten mit dem Raume Rath zu halten wiſſen; auch für andere Ausländer werden ſich die Hiſtoriker des 19. Jahrhunderts am Ende finden; aber wie ein ſolcher für Deutſchland ſich finden ſoll,

das weiß ich nicht. Ohne Charakteristik der regierenden Herren und ihrer Räthe giebt es keine lebendige Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert (der miserable Vehse hat wenigstens das Verdienst, die Nothwendigkeit dieses Elements erkannt zu haben); wer aber darf jetzt auf deutschem Boden diese geben und wem flössen auch nur die Quellen dazu? Von andern Dingen gar nicht zu reden, sehen Sie doch nur unsere Zeitungen an, ob eine einzige von ihnen es wagen darf, von den wahren Beweggründen zu reden, welche unsere regierenden Herren in die Arme von Rußland führen? So lange es aber so steht, müssen Autor und Verleger sich mit unserem 19. Jahrhundert still halten. Die Geschichte unterbliebe, auch wenn man sie schriebe, denn aus Anspielungen erwächst kein Geschichtswerk, welches Leben hat. Möglicherweise kann sich in diesem Betracht in Jahresfrist viel ändern; es können auch deutsche Zukunftsziele, die für den Augenblick gänzlich verwischt sind, wieder an's Licht treten. Darum würde ich rathen, die deutsche Geschichte, wenn nicht auszuschließen, doch vor der Hand gänzlich zurückzuhalten und alle Kraft allein darauf zu verwenden, daß, was erscheint, auch wirklich Geschichte im echten Sinne des Wortes sei, belehrend, warnend und erwärmend. Insbesondere wären alle kriegerische Details, in welchen der Historiker niemals sattelfest ist, möglichst zu vermeiden.

Dahlmann.

Immerhin waren allmälig einige recht tüchtige Kräfte für das Unternehmen gewonnen, wie Rochau, Baumgarten, Springer, Pauli, Reuchlin, Rosen. Rochau eröffnete den Reigen 1858 mit einer „Geschichte Frankreichs vom Sturze Napoleons I. bis zur Wiederherstellung des Kaiserthums, 1815—1852". Es war kein auf tiefere Studien gegründetes, aber ein leicht faßlich und angenehm geschriebenes Werk, welches den großen Vorzug hatte, daß sein Verfasser aus einem fast fünfzehnjährigen Aufenthalt in Frankreich (Rochau war dorthin nach dem sog. Frankfurter Aprilputsch

als Flüchtling gegangen und daselbst bis zur deutschen Märzbewegung 1848 geblieben) die dortigen Zustände, auch viele der in den letzten Jahrzehnten im öffentlichen Leben hervorgetretenen Persönlichkeiten genau kannte. Das Rochau'sche Geschichtswerk hielt sich streng in dem Rahmen, den nach meinem Wunsche alle diese einzelnen Ländergeschichten einhalten sollten: es ging in nur zwei, mäßig starken Bänden von 1815 bis 1852, also bis fast zur Gegenwart.

Schon der zweite Beitrag, die „Geschichte Italiens von der Gründung der regierenden Dynastien bis zur Gegenwart", von Dr. H. Reuchlin, die 1859—73 erschien, trat aus diesem Rahmen insofern heraus, als sie vier Bände umfaßte, wovon der vierte allein 35 Bogen stark war. Indessen bot Italien gerade damals (nach 1859) ein so actuelles Interesse, daß die größere Ausführlichkeit der Geschichte dieses Landes wohl gerechtfertigt erschien. Ich hatte daher dem Verfasser das Zugeständniß dieser Erweiterung des ursprünglich festgesetzten Maßes gemacht. Indem derselbe sodann sein Buch bis zur Vollendung der Einheit Italiens mit dem Einzug Victor Emanuels in Rom 1870 fortführte (der 4. Band erschien erst 1873), erlangte das Werk einen erwünschten Abschluß; auch war es dem Verfasser gelungen, eine Menge des werthvollsten neuen Materials (zum Theil durch ganz persönliche Beziehungen) zu beschaffen, so daß diese „Geschichte Italiens", wenn auch etwas Anderes, als sie eigentlich sein sollte, doch ein sehr interessantes Buch, zugleich eine Art von Quellenwerk, wenigstens für die letzten Jahrzehnte, wurde.

Ganz andere Bahnen wieder schlug die „Geschichte Rußlands" von Th. v. Bernhardi ein. In drei starken Bänden

geht dieselbe nur bis zum Congreß von Aachen (1818). Sie enthält viel Neues und Werthvolles, aber sie ist ihrem Umfange und ihrer ganzen Anlage nach weit mehr ein gelehrtes, als ein populäres Werk. Ihr ganzer erster Theil handelt nur von Alexander I. in Wien und in Paris, ihr zweiter zu mehr als der Hälfte von Rußland seit Peter dem Großen; erst dann kommt sie auf das neuere Rußland.

Mein Verleger, Herr Hirzel, hatte mit dem (wegen seiner intimen Kenntniß einer Menge wichtiger Verhältnisse und bedeutender Persönlichkeiten mit Recht hochangesehenen) Verfasser auf eigene Hand verhandelt, so daß mir fast nur übrig blieb, meine Bedenken gegen den von diesem uns mitgetheilten Plan seiner Arbeit auszusprechen, denen aber nicht Rechnung getragen ward. Um Herrn Hirzel nicht in Verlegenheit zu setzen, was offenbar geschehen wäre, wenn ich mein Widerspruchsrecht als Herausgeber des Werkes (wie ich gekonnt) geltend gemacht hätte, und weil derselbe auch wegen eines anderen Theiles der „Staatengeschichte“ Unterhandlungen angeknüpft hatte, ohne mich zu fragen, trat ich 1862 — noch vor dem Erscheinen der „Geschichte Rußlands“ — von dem ganzen Unternehmen zurück.

Es sind seitdem, als Theile der „Staatengeschichte“, eine Menge ganz gediegener Werke erschienen, manche davon, die „Geschichte Oesterreichs“ von Springer, die „Geschichte Spaniens“ von Baumgarten, die „Geschichte Englands“ von Pauli, die Geschichte Griechenlands“ von Mendelssohn, die „Geschichte der Türkei“ von Rosen, mehr oder weniger im Rahmen meines ursprünglichen Planes gehalten, andere wieder — so neben dem Bernhardi'schen Werke die

„Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert“ von H. v. Treitschke, deren dritter, sehr starker Band erst bis 1830 reicht — so breit angelegt, daher so umfangreich und so theuer, daß sie wohl fast nur in den Bibliotheken der „höheren Zehntausend“ ihren Platz finden, nicht aber (was doch, zumal bei einer vaterländischen Geschichte der neuesten Zeit, so wünschenswerth wäre) ein Gemeingut aller Gebildeten werden dürften.

Schwerlich wird auf diese Weise Das erreicht, was ich im Auge gehabt hatte: die Kenntniß der jüngsten Vergangenheit und damit gleichzeitig den Sinn für Geschichte überhaupt in möglichst weiten Kreisen unseres Volkes zu verbreiten. Daß dieser Zweck aufgegeben ward, war mir aufrichtig leid, allein ich konnte es nicht hindern. Zwar hätte ich nach strengem Rechte — da die Idee der „Staatengeschichte“ von mir ausgegangen, ich also der geistige Urheber des Unternehmens war — dasselbe in meiner Hand behalten und nach meinem Plane weiterführen können. Allein es wäre dies nach meinem Gefühl eine Unbilligkeit gegen den Verleger gewesen, der bereits große Kosten darauf verwendet hatte und durch einen Uebergang des Unternehmens in einen andern Verlag wahrscheinlich Schaden gelitten hätte, eine Unbilligkeit, deren ich mich nicht schuldig machen wollte.

Achtes Capitel.

Stilleben in Weimar. Ein glückliches Ländchen.

Im Herbst 1855 siedelte ich mit meiner Familie nach Weimar über. Es waren nur drei Stunden Eisenbahnfahrt, und doch fühlte ich mich in der kleinen thüringischen Residenz wie in eine ganz andere Welt versetzt. In meiner sächsischen Heimath war ich angefeindet, verfolgt, wie ein Verbrecher behandelt worden — hier kam man mir von allen Seiten mit sichtlichem Zutrauen und Wohlwollen entgegen. S. K. H. der Großherzog, dem ich mich vorstellen mußte, empfing mich äußerst gnädig mit den Worten: „Sie sind uns durch Ihre Schriften bestens empfohlen, und wir empfangen Sie mit dem vollsten Vertrauen!“ Mein Verhältniß zu dem dirigirenden Staatsminister von Watzdorf war vom ersten bis zum letzten Tage meiner Redactionsführung das allerbefriedigendste; ja es hat (wie sich weiter unten zeigen wird) meine amtlichen Beziehungen zu ihm weit überdauert und bis zu seinem, leider viel zu frühen, Tode unverändert fortbestanden. Herr von Watzdorf behandelte mich vom ersten Tage an nicht wie einen ihm Untergebenen (was ich doch in gewisser

Hinsicht war), sondern wie einen Gesinnungsgenossen und Vertrauten, ja (ich darf es sagen, da er selbst es gesagt hat) wie einen politischen Freund. Er besprach mit mir rückhaltlos Fragen der inneren wie der äußeren, namentlich der deutschen Politik, ließ sich gegen mich mit größter Offenheit über Verhältnisse und Personen aus, und gestattete mir tiefe Einblicke in seine ganze Denk- und Handlungsweise.

Daß Herr von Watzdorf ein aufrichtig liberal und national gesinnter Staatsmann sei, hatte ich längst gewußt; allein, je näher ich ihm trat, desto mehr mußte ich ihn verehren und lieben wegen der Klarheit, Sicherheit und Aufrichtigkeit, womit er in beiden Richtungen, selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, unbeirrt seinen Weg ging. Besonders interessant war mir die Beobachtung seines Verhaltens in der inneren Politik. In ihm war so gar nichts von jenem Büreaukratismus, von dem sonst auch die besten Staatsmänner selten ganz frei sind, dem Pochen auf Untrüglichkeit und dem eifersüchtigen Wachen über der eigenen Würde. Ihm war es immer nur um die Sache, niemals um seine Person zu thun. „Sehen Sie," sagte er mir einmal, „wenn einer meiner Räthe eine andere Ansicht vertritt, als ich, so frage ich mich immer: ‚hat der Mann nicht am Ende Recht, muß er nicht die Specialitäten seines Ressorts genauer kennen, als ich?'" Dieselbe Zurückhaltung beobachtete er auch — und das wollte mehr sagen — gegenüber den Organen des Volkes. Als einmal im Landtage die Rede auf die Stellung des Ministeriums zu den Bezirksausschüssen kam, erklärte Herr von Watzdorf: er reformire nur in äußersten Fällen den Ausspruch eines Bezirksausschusses, denn ein solcher stehe den praktischen

und örtlichen Verhältnissen näher, kenne die Bedürfnisse der Bevölkerung besser, als die Behörde am grünen Tisch. Und, daß dem wirklich so sei, bestätigte sofort mit sichtlicher Befriedigung der Führer der demokratischen Partei im Landtage, Rechtsanwalt Fries.

Zu den Lieblingsschöpfungen des Ministers gehörte das System einer ausgedehnten Selbstverwaltung des Volkes, wie es sich in eben diesen Bezirksausschüssen und in einem mit weiten Befugnissen ausgestatteten Gemeindeleben in Stadt und Land darstellte. Es war ihm nicht leicht geworden, wie er mir oft vertraute, dieses System in's Leben zu rufen und lebensfähig zu erhalten; es hatte Mühe gekostet, einerseits die Staatsbeamten der hergebrachten Vielregiererei zu entwöhnen, andererseits die Bevölkerung selbst dahin zu bringen, daß sie sich auf eigene Hand zu helfen suche und nicht immer auf Anleitung oder Anregung von oben her warte. Aber es war ihm gelungen!

Unverkennbar günstig war der Einfluß des Systems und der Persönlichkeit Watzdorfs auf die Beamten, namentlich die höheren. Abgesehen von einer sie auszeichnenden allgemeinen Bildung und geistigen Strebsamkeit, welche weit über die Grenzen ihres speciellen Berufs hinausreichte, waren sie auch — nach der liberalen wie nach der nationalen Seite hin — von einer Unbefangenheit und Vorurtheilslosigkeit, wie man solche in diesen Kreisen nicht häufig antrifft. Und das war nicht blos ein „Liberalisiren", womit sie etwa ihrem Chef oder dem Großherzog gefällig zu sein meinten, sondern ihre freie und deutsche Gesinnung war offenbar „in der Wolle gefärbt", beruhte auf eigener, fester Ueberzeugung, wennschon das rühmliche Beispiel, das

ihnen fortwährend von oben her gegeben ward, daran gewiß auch seinen Antheil hatte.

Daß ein Minister wie Watzdorf sich der allgemeinsten Popularität erfreute, auch ohne sie zu suchen, kann nicht Wunder nehmen. Mich davon zu überzeugen, hatte ich Gelegenheit, als Watzdorf nach einer langen, schweren Krankheit, die er auf seinem Gute Berga überstanden, in die Residenz zurückkehrte und von der ganzen Bevölkerung mit lauten, ungeheuchelten Huldigungen empfangen ward. Fast noch denkwürdiger war mir eine Scene, die ich einst als Zuschauer im Landtage mit erlebte. Es war das in der Zeit der ärgsten Reaction, wo wahrscheinlich von den größeren Höfen aus so manche mächtige Einflüsse dahin strebten, den kleinen thüringischen Staat, der wie eine glückliche Oase inmitten der politischen Wüste dastand, die damals den größten Theil von Deutschland bedeckte, in die allgemeine Strömung mit hineinzuziehen. Im Lande selbst gab es eine zwar kleine, aber wegen eben jener auswärtigen Bundesgenossenschaft nicht ungefährliche Partei, welche insgeheim an dem Sturze des verhaßten liberalen Ministers arbeitete. Watzdorf selbst theilte mir dies mit und verhehlte die Besorgnisse nicht, die er deshalb — nicht für seine Person, wohl aber für die gute Sache — hegte.

Nun begab sich Folgendes. Bei dem Bau der neuen Kaserne oberhalb der Stadt Weimar war, wie das zu gehen pflegt, die ständische Bewilligung nicht unbedeutend überschritten worden. Der Finanzausschuß rügte dies, und dessen Berichterstatter Fries ließ ein paar scharfe Worte fallen über das Recht, welches die Stände wohl hätten, einer solchen Ueberschreitung die nachträgliche Genehmigung

zu versagen. Alsbald erhob sich einer der feudalen Gegner Watzdorfs, schloß sich mit gut gespielter sittlicher Entrüstung der Rüge des Finanzausschusses an und ließ durchblicken, daß er und seine Gesinnungsgenossen nicht abgeneigt wären, mit der Linken gegen die Genehmigung zu stimmen. Man wußte, daß der Großherzog auf jenen Bau ein besonderes Gewicht legte, und die Herren mochten daher denken, wenn die Genehmigung versagt würde, so müsse dies Watzdorfs Stellung erschüttern. Aber was geschah? Plötzlich stand Fries auf und erklärte mit gehobener Stimme: „So sei es nicht gemeint! Wenn etwa die Herren auf der Rechten dächten, die Linke solle ihnen dazu helfen, das Ministerium Watzdorf zu stürzen, so täuschten sie sich sehr; 10 000 Thaler (so viel betrug die Ueberschreitung) sei der Linken ein Ministerium Watzdorf noch lange werth!“ Und richtig, die ganze Linke stimmte wie Ein Mann für die Genehmigung, und die paar Feudalen blieben mit ihrer Abstimmung dagegen in einer kläglichen Minderheit.

An dem Großherzog Karl Alexander hatte Watzdorf bei seinen liberalen und nationalen Bestrebungen einen sicheren Rückhalt. In ihm lebte der freie und hohe Geist seines großen Vorfahren Karl August, der ja auch in jener trüben Zeit von 1817 ff. sein kleines Land und seine Universität Jena vor den hereinbrechenden Wogen der Reaction und der Demagogenriecherei mannhaft, soweit er nur konnte, geschirmt hatte.

Von demselben hohen Geist waren auch die beiden fürstlichen Frauen beseelt, die dem Großherzog zur Seite standen, die Großherzogin-Wittwe, eine Schwester der

Kaiser Alexander I. und Nicolaus von Rußland, daher gewöhnlich „Frau Großfürstin“ genannt, und die regierende Großherzogin, eine niederländische Prinzessin. Sie theilten sich mit ihm und unter sich in die schöne Aufgabe, einerseits den idealen Interessen, welche auf den Schutz eines Hofes wie der weimarische recht eigentlich Anwartschaft zu haben schienen, andererseits solchen praktischen und humanen Bestrebungen, welche auf den materiellen, geistigen und sittlichen Fortschritt des Volkes abzielten, mit warmem Herzen und offener Hand jede Förderung zu bieten.

Was die Regierung des Landes betraf, so war schon der vorige Großherzog, der 1853 verschiedene edle Karl Friedrich, darin dem ruhmreichen Beispiel seines unvergeßlichen Vaters gefolgt. Von ihm erzählte man sich in Weimar eine Geschichte, die ihn hoch ehrte. Ein fremder Fürst habe ihn besucht, und Karl Friedrich sei mit ihm im Park zu Ettersburg umhergewandelt. Da habe Jemand gehört, wie der fürstliche Gast dem Großherzog zugeredet habe: er solle doch die liberalen Zugeständnisse, die er 1848 seinem Volke gemacht, zurücknehmen, wie aber der alte Herr darüber in großen Zorn gerathen sei und mit erhobener Stimme gesagt habe: „Was denken Euer Liebden von mir? Ich bin ein ehrlicher Mann und halte mein Wort!“ Schon unter ihm hatte Watzdorf einen Ministerposten bekleidet und bereits so viel Vertrauen im Volke genossen, daß die Märzbewegung 1848 an ihm spurlos vorüberging.

Dem glücklichen Ländchen blieb daher auch das Schicksal erspart, welches damals so viele deutsche Staaten, große und kleine, traf, das Schicksal, durch Staatsstreiche

und Verfassungsbrüche die Rechtsordnung gestört und das Rechtsgefühl des Volkes auf's Tiefste verletzt zu sehen. Selbst die mancherlei kleinen Ausschreitungen, die wohl 1848 vorgekommen waren, erfuhren in Weimar eine mildere Behandlung, als vieler Orten; politische Verfolgungen kamen nicht vor. Und die Folge von Alledem war die, daß die Verirrten von selbst sich allmälig zu ruhigeren Ansichten bekehrten und gute, brauchbare Staatsbürger wurden, daß keinerlei Verbitterung im Volke Platz griff, daß (wie die obige Landtagsscene beweist) auch zwischen der Opposition und der Regierung keineswegs ein so schroffer Gegensatz bestand, wie sonst wohl häufig, vielmehr jeder Theil das Gute an dem andern anerkannte und ehrte. Als Fries zum ersten Mal (nach hartnäckigem Kampfe) in das Präsidium des Landtags gewählt war, und ich dies dem Minister mittheilte, meinte dieser lächelnd: „Nun, das ist auch kein Unglück; Fries ist ein verständiger Mann." Und als bei den nächsten Neuwahlen die Opposition verstärkt in den Landtag zurückkehrte, ließ ihn das ebenfalls sehr ruhig.

Diese Harmlosigkeit der politischen Zustände im Großherzogthum kam auch mir zu gute. In der Residenz erschien eine demokratische Zeitung „Deutschland", welche ungleich verbreiteter war, als das Regierungsblatt; allein ich erinnere mich nicht, daß dieselbe auch nur ein einziges Mal unser Blatt oder mich selbst im Entferntesten so feindselig oder gar so gehässig angegriffen hätte, wie mir das leider seitens der Demokratie meines sächsischen Vaterlandes so häufig geschehen war. Zwischen dem Führer der dortigen Demokratie, Fries, und mir bildete sich sogar allmälig ein

Verhältniß der Annäherung aus. Fries bewies mir offenbar Vertrauen, zog mich bei nationalen Fragen (wo wir auf gleichem Boden standen) gern zu Rathe, wie wir denn beispielsweise gemeinsam eine öffentliche Kundgebung gegen die bekannte undeutsche Aeußerung des hannoverschen Ministers Grafen von Borries vorbereiteten. Auch gesellig verkehrten wir. Ich war daher kaum überrascht, wohl aber erfreut, als ich im Reichstage 1871 Fries als meinen Nachbar auf den Bänken der Nationalliberalen fand.

Bei so glücklichen Verhältnissen blieb mir, als Redacteur der Weimarischen Zeitung, die Aufgabe, welche in der Regel bei officiellen und officiösen Blättern in erster Linie steht, nämlich ein Kampf gegen die Opposition, zu meiner Freude so gut wie erspart; um so ausschließlicher konnte ich mich jener andern, mir ungleich mehr sympathischen, zuwenden, die ich schon in meinem Antrittsprogramm in erste Linie gestellt hatte: der Belehrung und Aufklärung des Volks über Fragen des Staatsrechts, der Volkswirthschaft u. s. w. Mit welcher Unbefangenheit ich dabei zu Werke gehen durfte, ohne befürchten zu müssen, von oben her verleugnet zu werden, dafür nur das eine Beispiel, daß ich angesichts bevorstehender Landtagswahlen in einem Leitartikel ausführte, wie es viel richtiger und für Volk und Regierung zuträglicher sei, wenn nicht Staatsbeamte, sondern möglichst unabhängige Männer in die Kammer gewählt würden.

Wie die politischen und die geschäftlichen, so waren auch die geselligen Verhältnisse, welche Weimar mir bot, die angenehmsten und befriedigendsten. Die Gesellschaft Weimars theilte sich, wie das fast überall, zumal aber in Residenzen, zu geschehen pflegt, in verschiedene, von ein-

ander gesonderte Gruppen. Mit der Hofgesellschaft kam ich nur in ganz vereinzelten Fällen in Berührung, fand dieselbe aber dann immer sehr liebenswürdig. Dem Kreise, der sich um Franz Liszt und die Fürstin von Wittgenstein auf der sog. „Altenburg“ sammelte und der zumeist aus begeisterten Jüngern der „Zukunftsmusik“, daneben aus einigen Schriftstellern bestand, blieb ich fern, obschon es an Anregung zur Theilnahme daran mir nicht fehlte. In der letzten Zeit meines Aufenthalts in Weimar bildete sich ein anderer Kreis von Kunstjüngern, aber solchen der bildenden Kunst, um die von dem Großherzog gestiftete „Kunstakademie“; von diesen habe ich einzelne, wie den Director der Akademie, Graf Kalkreuth, kennen gelernt, doch ohne eigentlich mit ihnen zu verkehren. Näher stand ich jenen älteren Meistern, welche außerhalb der Akademie eine selbstständige Stellung behaupteten, wie Fr. Preller, Hummel, Genelli, Marterssteig. Mit den ersten Beiden traf ich im Winter ziemlich regelmäßig zusammen bei einer Billardpartie, zu welcher allabendlich auf dem nahen Belvedere sich eine Anzahl von Weimaranern einfand und wo es immer recht heiter herging. Ein vierter Kreis, der aus höheren Staats- und Hofbeamten, Geistlichen, Professoren des Gymnasiums und anderen Gelehrten, Advocaten, Aerzten, Buchhändlern, auch ein paar Offizieren bestand, hatte seinen Mittelpunkt in dem „Mittwochsverein“, wo jedes Mal ein kurzer Vortrag von einem der Mitglieder gehalten und dann gemeinsam ein äußerst frugales Abendessen eingenommen wurde. Dies war der Kreis, in dem ich mich vorzugsweise viel und gern bewegte und wo ich mich äußerst freundlich aufgenommen sah. Derselbe Kreis erweiterte sich dann durch

Hinzutritt von noch anderen Elementen aus der Bürgerschaft, — Kaufleuten, Juristen, Lehrern u. s. w. — zu der „Erholungsgesellschaft", die namentlich im Sommer durch ein sehr hübsch gelegenes, ausgedehntes Gartenlocal einen angenehmen Aufenthalt auch für Familien bot.

Sehr entwickelt war in eben diesen Kreisen die Privatgeselligkeit. Die äußeren Formen derselben waren durchaus einfache, bequeme und gemüthliche. Da man nicht zusammenkam, um zu schwelgen oder zu prunken, sondern um sich zu erholen und zu erheitern, so wurden an die materiellen Genüsse die bescheidensten Ansprüche gestellt. Formelle Einladungen lange vorher waren nicht gebräuchlich: frühestens am Vorabend, bisweilen erst an dem betreffenden Tage selbst ward rasch ein kleiner Kreis zusammengebeten, und fast immer stellte sich derselbe vollzählig ein. Die Unterhaltung war lebhaft, zwanglos, geistig angeregt und anregend, aber ohne Affectation und künstliches Geistreichthun.

Für mich und meine Frau, die wir fünf Jahre lang, auf dem Lande lebend, fast jeder Geselligkeit außerhalb des Familienkreises baar gewesen waren, hatte dieser Verkehr, der Geist und Gemüth gleichmäßig befriedigte, einen ganz besonderen Reiz, und wir gaben uns demselben mit großer Befriedigung hin. Meine gute Frau, die in den schweren Vorjahren meine Lasten und Sorgen redlich getheilt und nach Kräften mir erleichtert, dabei aber freilich fast den letzten Rest des ihr angeborenen glücklichen Humors zugesetzt hatte, lebte in dieser wohlthuenden Atmosphäre von Herzlichkeit, Sympathie und Gesinnungsgleichheit gleichsam wieder auf und gewann die frühere Frische zurück. Unsere Kinder,

die vorher viel gekränkelt hatten, erholten sich sichtlich in der kräftigen thüringischen Berg- und Waldluft, fanden auch in den uns befreundeten Familien zusagende Spiel- und Strebegenossen. Genug, in unser ganzes Leben fiel nach langer Zeit wieder der erste heitere Sonnenblick.

Zu kleinen Ausflügen in die Nachbarschaft, zumeist ebenfalls in Gesellschaft, gaben die, zwar nicht hoch-romantischen, aber doch anmuthigen Umgebungen Weimars vielfach Gelegenheit und Anreiz. Hier waren es besonders einige uns näherstehende Familien, wie die des Ober-hofpredigers Dittenberger, des Hofraths Schöll, des „Papa Genast", des Dr. Locher u. a., mit denen gemeinsam wir solche Partien unternahmen — bald in die schönen Parks von Belvedere, Tiefurt, Ettersburg, die so reich sind an klassischen Erinnerungen, bald nach Oberweimar oder auch in das unferne Badeörtchen Berka. Wir Aelteren ergingen uns da in ernsten oder heitern Gesprächen, während eine zahlreiche Jugend sich lustig um uns her tummelte.

Mit Jena knüpften sich ebenfalls Beziehungen an. Zwar Hettner war fort, und Droysen ging bald darauf nach Berlin; dafür machte ich neue, werthvolle Bekannt-schaften an den Geh. Kirchenräthen Hase und Schwarze, dem Juristen Danz, dem Philosophen Cuno Fischer u. A. Das 300jährige Bestehen der Universität ward 1858 mit großer Feierlichkeit begangen, und natürlich fehlten wir Weimaraner dabei nicht. Von den noch lebenden vier ältesten berühmten Jenensern: Arndt, Alexander von Hum-boldt, Heinrich von Schubert und K. Benedict Hase war nur der Letzte (den ich 1844 in Paris kennen gelernt hatte) herbeigekommen und erschien noch sehr rüstig.

Es war ein schönes, würdiges Fest. Mir gab es Anlaß zu der kleinen Schrift: „Die Universität Jena nach ihrer Stellung und Bedeutung in der Geschichte deutschen Geisteslebens von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart, eine Festgabe zum 300jährigen Jubiläum der Universität, zugleich ein Beitrag zur deutschen Culturgeschichte.“ *)

Ein zweites Schriftchen erwuchs mir gleichfalls aus jenensischem Boden. Der Vorstand der dortigen „Gesellschaft zur Rose“ bat mich um einen Vortrag, und ich sprach in Folge dessen in dem sog. Rosensaal vor einem vorzugsweise den Universitätskreisen angehörenden Publikum über „Friedrich den Großen und sein Verhältniß zur Entwickelung des deutschen Geisteslebens“. Der Vortrag erschien später als Broschüre**).

An Gelegenheit zu Vorträgen dieser Art fehlte es auch in Weimar nicht. Ich betheiligte mich an den Bestrebungen des Vereins für Errichtung eines Cranachdenkmals durch zwei Vorträge, in denen ich über „das deutsche Familienleben im vorigen Jahrhundert“ sprach. In dem „Mittwochsverein“ gab ich das eine Mal Einiges „aus der Mappe eines deutschen Publicisten“ zum Besten (allerhand Curiosa zur Geschichte der Preß- und Censurverhältnisse vor 1848); ein anderes Mal entwarf ich eine kurze vergleichende Zusammenstellung der Entwickelung des Staatslebens in Deutschland, England und Frankreich. Letzteren Vortrag habe ich in „Raumers historischem Taschenbuch“ (Jahrgang 1858) veröffentlicht;

*) Jena, Bran'sche Buchhandlung, 1858.
**) Braunschweig, bei G. Westermann, 1859.

die Curiosa haben, etwas erweitert, ihren Platz in diesen Memoiren (1. Band, 9. Capitel) gefunden; die beiden Vorträge über deutsches Familienleben druckte Böhlau in seinem „Weimarer Sonntagsblatt“ ab. Nach Uhlands Tode (1862) veranstaltete ich mit Böhlau zusammen in dem „Gewerbeverein“ eine Todtenfeier, bei welcher ich die Gedächtnißrede auf den verewigten Dichter hielt. Diesen Vortrag, wie auch die für das Cranachdenkmal, beehrten die großherzoglichen Herrschaften mit ihrer Gegenwart; der Uhlandfeier wohnte auch Königin Augusta von Preußen bei, die bei ihren fürstlichen Verwandten zum Besuche anwesend war. Auch in Apolda, in Erfurt hielt ich auf Ansuchen dortiger Vereine Vorträge in größeren Versammlungen über irgend welche geschichtliche oder politische Themata.

Noch kurz vor meinem Weggange von Weimar bat mich Frau von Watzdorf, einem Kreise von Familien, der in jedem Winter Belehrung und Anregung in Vorträgen aus verschiedenen Gebieten zu suchen pflegte (Familien höherer Staats- und Hofbeamten), einen Cyclus solcher zu halten. Ich konnte mich diesem Ersuchen von solcher Seite nicht wohl versagen, obwohl meine Zeit gerade damals sehr beschränkt war, fand mich aber durch das sehr lebhafte Interesse belohnt, welches meine vornehmen Hörer und Hörerinnen an den Vorträgen nahmen. Auch daraus ist ein Buch entstanden unter dem Titel: „Deutschlands trübste Zeit oder der 30jährige Krieg in seinen Folgen für das deutsche Culturleben.“*)

Neben solchen kleinen wissenschaftlichen Streifzügen in

*) Dasselbe bildet den 5. u. 6. Halbband von Serie I der bei Brigl in Berlin erschienenen „Deutschen Nationalbibliothek“.

Rede und Schrift, zu denen mir meine Redactionsthätigkeit Muße ließ (während mein großes Culturgeschichtswerk „Deutschland im 18. Jahrhundert“ allerdings nur langsam vorrückte), erwachte in mir auch wieder der Drang praktisch-gemeinnützigen Wirkens. Es war damals die Zeit, wo in das deutsche Gewerbeleben neue Bewegung kam, wo die Frage der Gewerbefreiheit die Gemüther zu beschäftigen anfing. In der Stadt Weimar hatte früher ein Gewerbeverein bestanden, war aber eingeschlafen. Es gelang mir, mit Hilfe des hochverdienten, meinem Vorhaben zugeneigten Oberbürgermeisters Bock, denselben wieder in's Leben zu rufen. Der Versuch freilich, den ich in Gemeinschaft mit Fries unternahm, den Verein für den Gedanken der Gewerbefreiheit zu gewinnen, scheiterte im Anfange gänzlich; wenig fehlte, daß wir Beide vor dem sich erzürnt aufbäumenden Zunftgeist förmlich die Flucht hätten ergreifen müssen. Allmälig indeß ward doch so viel erreicht, daß, als 1858 der erste „Congreß deutscher Volkswirthe“ in Gotha tagte (an dessen Zustandebringung ich mich betheiligte), ich vom Gewerbeverein zu Weimar als Delegirter dorthin entsendet und, da ich bei meiner Rückkehr mittheilte, man habe sich auf dem Congreß überwiegend zu Gunsten einer freieren Gestaltung der Gewerbeverhältnisse ausgesprochen, dies ruhig hingenommen ward. Die Leitung des Vereins führte ich einige Zeit lang in Vertretung eines dem Namen nach an die Spitze gestellten Handwerkers, gab sie aber so bald als möglich ab an einen dazu Befähigteren, den Baumeister Kohl, der sich dann das Verdienst erwarb, eine erste gesammtthüringische Gewerbeausstellung, und zwar eine sehr gelungene, zu Stande zu bringen.

Ich hatte in der letzten Zeit meines Leipziger Aufenthaltes einem dortigen „Gesellenverein“ geschichtliche Vorträge gehalten und dabei große Freude gehabt an dem lebhaften Wissenstriebe und dem gesunden, von socialistischen Hirngespinnsten völlig freien Sinne dieser jungen Leute.

In der Erinnerung daran that ich im Gewerbeverein in Weimar einmal die Aeußerung: es wäre doch wünschenswerth, wenn hier etwas Aehnliches zur Fortbildung der Arbeiter geschähe. Darauf erschien bei mir eine Deputation von Gehilfen und bat mich im Namen derselben, die Gründung eines solchen Vereins in die Hand zu nehmen. Ich that dies, und so entstand neben dem Gewerbeverein (von letzterem unabhängig, ja von manchen der Handwerksmeister anfangs mit wenig günstigen Augen angesehen) ein „Gesellenverein“. Die mir angebotene Leitung desselben wies ich ab, um die jungen Leute daran zu gewöhnen, sich selbst zu regieren, was denn auch recht wohl gelang. Nur bei besonderen Fällen holten sie meinen Rath ein. Dagegen hielt ich ihnen regelmäßig Vorträge theils über Fragen der Volkswirthschaft (diese abwechselnd mit Dr. Emminghaus, dem jetzigen Director der Lebensversicherungsgesellschaft zu Gotha), theils über geschichtliche und andere für sie passende Themata. Aus diesem Gesellenverein wuchs dann ein Gesellenturnverein, aus diesem wieder eine „Turnerfeuerwehr“ heraus. Von dem Vorstand der letztern erhielt ich im Jahre 1884 zu meiner großen Ueberraschung ein Schreiben, worin ich, als Urheber des Vereins, dringend gebeten ward, zur Feier seines 25jährigen Bestehens nach Weimar zu kommen und die Festrede zu halten. Die darin sich kundgebende dankbare Anhänglichkeit rührte und erfreute

mich um so mehr, als ja natürlich der größte Theil der gegenwärtigen Vereinsmitglieder von mir nur aus Mittheilungen ihrer älteren Genossen etwas wissen konnte. Ich mochte mich daher auch der an mich gerichteten Aufforderung nicht entziehen. Und ich hatte es nicht zu bereuen, denn bei meiner kurzen Anwesenheit in Weimar fand ich mich von so viel Liebe umgeben, erhielt auch von dem unter diesen Arbeitern unverändert fortlebenden guten Geiste ein so erfreuliches Bild, daß ich noch heut gern an die dort verlebten Stunden zurückdenke.

In größerem Umfange ward meine Thätigkeit in Anspruch genommen, als sich einerseits eine Vereinigung der thüringischen Gewerbevereine zur gemeinsamen Berathung gewerblicher Zeitfragen bildete, andererseits eine, zunächst für Sachsen begründete, „Volkswirthschaftliche Gesellschaft“ sich zu einer „sächsisch-thüringischen“ oder „mitteldeutschen“ erweiterte, und mir in beiden Körperschaften der Vorsitz übertragen ward.

So ward allmälig auch die, sonst so stille Musenstadt in die Bewegung hineingezogen, welche — zunächst auf wirthschaftlichem, bald auch auf politischem Gebiet — rings umher bereits wieder sich zu entwickeln begann, zumal als 1859 die Versammlung „Deutscher Genossenschaften“ unter Schulzes, 1862 der „Congreß deutscher Volkswirthe“ unter Lettes Vorsitz, 1863 gar der „Deutsche Abgeordnetentag“ sich dorthin flüchtete, um sich der unbehinderten Versammlungs- und Redefreiheit zu erfreuen, die im Staate Karl Alexanders herrschte.

Mir fiel bei den ersten beiden Versammlungen die nicht ganz geringe Mühe zu, für die örtlichen Vorbereitungen

Sorge zu tragen. Dafür hatte ich die Freude, die (mir schon zuvor befreundeten) Leiter der beiden Versammlungen als liebe Gäste in meinem Hause zu empfangen.

Der Abgeordnetentag führte mir viele ehemalige, zum Theil lange nicht gesehene Gesinnungsgenossen zu. Auch Heinrich von Gagern war erschienen. Meine Einladung, bei mir zu wohnen, hatte er freundlich dankend mit dem Bemerken abgelehnt, daß er möglichst für sich zu bleiben wünsche. Doch besuchte er mich und zeigte mir und meiner Frau das alte liebenswürdige Wohlwollen. Unser Wieder=sehen hatte insofern etwas Peinliches, als wir beiderseits wußten, daß unsere politischen Standpunkte nicht mehr die gleichen seien. Doppelt peinlich ward aber für mich und andere ehemalige Anhänger Gagerns die Situation, als Gagern im Abgeordnetentage seine Ansichten über die Nothwendigkeit einer Erhaltung Oesterreichs bei Deutsch=land in einem ziemlich langen, auch der Form nach der alten Sicherheit und Frische Gagern'scher Reden entbehrenden Vortrage auseinandersetzte und von der Versammlung mit nur schlecht verhehlter Ungeduld angehört ward. Wir, die wir ohne Wandel auf dem Standpunkte, den ehemals Gagern einnahm, dem eines deutschen Bundesstaates unter Preußens Führung und ohne Oesterreich, stehen geblieben waren (außer mir waren in der Versammlung von solchen auch Häusser, Cetto u. A.), wir durften uns der schmerzlichen Pflicht nicht entziehen, hier offen Farbe zu bekennen, somit gegen ihn, den einst von uns so hochver=ehrten Parteiführer, aufzutreten. Ich meldete mich deshalb zum Wort; das Gleiche that Häusser. Ich gestehe aber, daß es mir eine Herzenserleichterung war, als durch den

mehrseitig lebhaft begehrten und von der Versammlung angenommenen Schluß der, durch eine Reihe früherer Redner bis zu sehr später Stunde ausgedehnten Debatte ich der Erfüllung dieser schmerzlichen Pflicht überhoben ward.

Ich habe Gagern seitdem nur noch ein einziges Mal gesehen. Es war in Wien kurz vor dem Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges 1866. Gagern war damals großherzoglich hessen-darmstädtischer Gesandter am Wiener Hofe. Trotz Allem, was zwischen uns lag, wäre es mir doch unmöglich gewesen, Wien zu verlassen, ohne ihn aufgesucht zu haben. Er war gegen mich ganz der Alte, die Herzlichkeit selbst. Ich mußte bei ihm speisen, nur mit ihm und seiner Familie, seiner liebenswürdigen Gemahlin und seinen blühenden Kindern. Von Politik war unter uns nicht die Rede, aber den Zauber seiner gewinnenden Persönlichkeit empfand ich noch einmal in vollem Maße. Die mit ihm vorgegangene Wandlung ist für mich stets ein ungelöstes Räthsel geblieben; nur so viel glaube ich bestimmt zu wissen und möchte mich dafür verbürgen, daß auch nicht der leiseste unlautere Beweggrund dabei im Spiele gewesen sein kann. An seinem Charakter haftet sicherlich kein Makel; nur eine, allerdings schwer begreifliche, Verirrung seines sonst so klaren Verstandes hat man zu beklagen. Daß eine so glänzend begonnene politische Laufbahn sich dergestalt in Nebel verlaufen konnte, ist jedenfalls schmerzlich; doch sollte man niemals vergessen, welche großen Verdienste dieser Mann sich namentlich in der ersten Zeit der stürmischen Bewegung von 1848 um die Sache der Ordnung und der Monarchie erworben hat! Ihm wesentlich war es zu verdanken, wenn nicht durch einen

Sieg der republikanischen Partei im Vorparlamente namenlose Verwirrung in Deutschland angerichtet ward.

Ich kehre nach Weimar zurück. Die Erinnerung an das „klassische" Weimar, die dort immerfort (auch inmitten zum Theil ganz anders gearteter Erscheinungen der Gegenwart) in zahlreichen rührenden und erhebenden Spuren dem Einheimischen wie dem fremden Besucher entgegentritt — in dem Goethe- und Schillerhaus, der Fürstengruft mit den Särgen der beiden großen Todten, den „Dichterzimmern" im Schlosse, den vielen Inschriften im Park, in denen Goethes Geist zu uns spricht — diese Erinnerung ward gerade während meines Aufenthaltes dort in würdigster Weise neu belebt durch die schönen „Dichterfeste" im Jahre 1857. Mit Festreden, Aufzügen, Vorstellungen im Theater u. s. w. wurde die Enthüllung des Doppelstandbildes Goethes und Schillers und des Standbildes Wielands (das Herders war schon 1850 errichtet worden) sowie die Grundsteinlegung zu einem „Karl-August-Denkmal" feierlichst verherrlicht. Eine Menge bedeutender Persönlichkeiten sammelte sich in jenen Festtagen in Weimar, dessen sonstige Stille einer ungewöhnlichen Bewegung Platz machte.

Mir ward die Freude zu Theil, zwei werthe Freunde, den Dichter Heinrich König (den ich zuerst beim Schriftstellertage zu Leipzig 1845 kennen gelernt hatte) und den namhaften Culturhistoriker Hof- und Archivrath Brückner, (mit dem ich schon lange in lebhaftem Briefwechsel stand) als Gäste zu beherbergen.

Die Anwesenheit dieser und anderer Freunde der Culturgeschichte (des Professors Wachsmuth, des Con-

servators am Germanischen Museum Joh. Falke u. s. w.) benutzte ich, um einen lange gehegten Plan auszuführen, die Gründung eines „Vereins für deutsche Culturgeschichte". Auf dem Felsenkeller zu Weimar fanden wir uns, freilich nur wenige, in einer dem allgemeinen Festesjubel mühsam abgestohlenen Abendstunde zusammen und entwarfen die Statuten des Vereins. Er sollte namentlich dazu dienen, solches culturgeschichtliches Material aufzusuchen und zu sammeln, welches in den gewöhnlichen Geschichtsquellen (archivalischen, chronikalischen und ähnlichen) sich selten findet, z. B. Tagebücher, Briefschaften, Rechnungs- und Haushaltungsbücher u. dgl., ebenso die noch da und dort vorhandenen Spuren von Volksfesten, Volksgebräuchen u. s. w. Es entstanden mehrere Zweigvereine, einer in Weimar, an welchem eine große Anzahl von Beamten, Gelehrten u. A. sich lebhaft betheiligte, einer in Meiningen unter Brückners Leitung, einer in Nürnberg unter Falke und Müller, einer in Hildesheim durch die Bemühungen Karl Seiferts; die in Nürnberg von Falke und Müller herausgegebene „Zeitschrift für deutsche Culturgeschichte" brachte Berichte über die Thätigkeit dieser Vereine, und ein reger Eifer des Suchens, Sammelns und Verwerthens culturgeschichtlicher Stoffe zeigte sich allerwärts. So u. A. erhielt der Zweigverein zu Weimar als werthvolles Geschenk vom Minister von Watzdorf das Wirthschaftsbuch eines fränkischen Rittergutes aus dem 17. Jahrhundert, und Staatsrath Bergfeld entwarf auf Grund desselben ein sehr interessantes und lehrreiches Bild von den wirthschaftlichen, socialen, sittlichen Zuständen einer solchen Großgrundbesitzerfamilie der damaligen Zeit. Der Aufsatz erschien in der oben

gedachten Zeitschrift (Jahrgang 1858). Leider aber hatten alle diese Vereine das Schicksal so vieler Vereine: der anfängliche Eifer erkaltete allmälig, und so sind sie einer nach dem andern eingegangen, zuletzt auch der zu Weimar, der noch nach meinem Weggange von dort eine Zeit lang unter der kräftigen Leitung des Geh. Finanzraths Schomburg fortbestanden hatte.

Einer speziellen Sitzung dieses letztern Vereins sei hier noch ausdrücklich gedacht. Es war vor Weihnachten im Jahre 1859. Ich machte darauf aufmerksam, daß am zweiten Feiertag, den 26. December, Vater Arndt sein 90. Lebensjahr vollende. Einmüthig beschlossen die Anwesenden, dem ehrwürdigen Greis, in dem ein so langes und reiches Stück deutscher Culturgeschichte gleichsam verkörpert erschien, in einem Collectivschreiben unsere wärmsten Glückwünsche darzubringen. Ich ward mit der Abfassung und Absendung des Schreibens betraut. Darauf erhielten wir als Antwort von dem Alten die folgende prächtige Zuschrift, eine der letzten, die er abgelassen hat, denn bekanntlich starb er am 29. Januar 1860, angeblich in Folge der Erschöpfung seiner Kräfte, die er durch die allzu gewissenhafte eigenhändige Beantwortung aller der ihm zugegangenen zahllosen Glückwunschschreiben sich zugezogen hatte. Die Zuschrift lautete:

Bonn, den 8. Wintermonds 1860.

Ein fröhliches glückliches Jahr 1860 zuvor, Ihnen, theurer Freund, und dem gesammten lieben Vaterlande! Dank! Dank! muß der Neunziger rufen Ihnen und vielen Tapfern und Frommen, die ihm so freundlich mit Liebeszeichen und Ehrenzeichen an seinem Erden-Gedächtnißtage entgegengekommen sind. Gottlob, er hat ja noch Athem es leidlich zu tragen, und Ihr, lieber Freund, sollt

hören, daß er dies ohne Brille schreibt und ohne Krückstock noch seine 4—5 Meilen über Berg und Thal laufen kann. Möchten unsere deutschen Dinge nur auch so frisch und lustig laufen! Doch heute keine Politik, sondern nur den großen breiten Wunsch für uns Alle und für das ganze liebe Vaterland!

Möge es Ihnen wohl gehen! Grüßen Sie Alle, die des Alten in Liebe gedenken. Ich bin ja aus alten Erinnerungen ein besonderer Liebhaber Thüringens und habe heute Mittag der Thüringer Gesundheit angeklungen aus sonderlicher Veranlassung. Die Männer von Kahla, wo ich heute vor 65 Jahren um ein Haar ertrunken wäre an einem schönen, mit den hübschen Mädchen der Stadt durchgetanzten Festabend, haben mir neulich zu fröhlicher Erinnerung ein Fäßchen köstlichen Festbiers zugesandt.

Dies beiläufig. Sie, lieber Freund, sollen glücklich durch's Jahr 1860 wandern! In deutscher Treue Ihr E. M. Arndt.

Neuntes Capitel.

Neue Regungen des nationalen Geistes in Deutschland und meine Betheiligung daran (1859—1860).

Die ersten Jahre in Weimar waren mir in beinahe völliger Ruhe und Abgeschlossenheit, auch nach außen hin, vergangen. In der deutschen wie in der europäischen Politik herrschte seit dem Schlusse des Krimkrieges eine, durch kein besonderes Ereigniß unterbrochene Stille, es fehlte daher der Anlaß zu jeder An- oder Aufregung nach dieser Seite hin.

Mit dem Eintritt der Regentschaft in Preußen (im October 1858) ward dies allerdings schon einigermaßen anders. Sowohl die Persönlichkeit als die ersten Handlungen des Prinz-Regenten, die Einsetzung des „Ministeriums der neuen Aera", sowie das mit diesem vereinbarte und dann veröffentlichte Regierungsprogramm, erweckten neue und allem Anschein nach zuverlässigere Hoffnungen für eine Bessergestaltung der preußischen und der deutschen Angelegenheiten, als seiner Zeit der Thronwechsel von 1840. Allein ein stärkerer politischer Pulsschlag der öffent-

lichen Stimmung ward doch erst verspürt, als mit der bekannten Neujahrsanrede Napoleons III. an den österreichischen Gesandten (1859) die ziemlich bestimmte Aussicht auf einen Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich, also einen Krieg unmittelbar an den Grenzen Deutschlands und mit Bedrohung der einen deutschen Großmacht in ihrem Besitzstande, an das deutsche Volk herantrat.

Mich selbst riß diese plötzliche Wiederunterbrechung des erst vor Kurzem eingetretenen Friedensstandes aus dem idyllischen Stillleben, worin ich mich vorwiegend wissenschaftlichen Arbeiten hingegeben hatte, gewaltsam heraus. Ich hatte, da die Weimarische Zeitung, bei ihren nahen Beziehungen zu der Regierung eines kleineren Staates, in Bezug auf die auswärtige Politik sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen mußte, schon bisher, so oft ich den Drang fühlte, nach dieser Seite hin mich auszusprechen, dazu die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ benutzt, der ich in Leipzig nahe gestanden und zu der ich das gleiche Verhältniß auch von Weimar aus fortgesetzt hatte. Für diese schrieb ich sofort nach jenem kriegerischen Neujahrsgruße Napoleons (in Nr. 8 von 1859) einen Leitartikel: „Zur Situation“, worin ich aussprach:

Der Fortbestand der österreichischen Herrschaft über Italien möge auf die Länge zweifelhaft sein; allein, daß an ihre Stelle nicht eine Herrschaft Frankreichs trete, daran müßten Preußen und Deutschland, im Bunde mit Oesterreich, Alles setzen.

Oesterreichische und österreichfreundliche Blätter mißdeuteten dies dahin, als sollten Preußen und Deutschland für Oesterreichs unberechtigte Ansprüche in Italien (seine Specialverträge mit den kleinen Fürsten) eintreten:

dagegen verwahrte ich mich in einem zweiten Artikel: „Zur Verständigung“ (in Nr. 16) sehr nachdrücklich.

Als dann die Wahrscheinlichkeit einer Einmischung Frankreichs in die österreichisch-italienischen Händel immer näher rückte, schrieb ich für die Deutsche Allgemeine Zeitung eine Reihe von Artikeln (in den Nrn. vom 23. März ff.) unter dem gemeinsamen Titel: „Die Situation: Deutschland und Preußen.“ In dem ersten derselben sagte ich:

Um keinen Preis darf der Grundsatz im europäischen Völkerrechte Platz greifen, als ob es irgend einer einzelnen Macht zustehe, eine Veränderung in dem allgemeinen Status quo (auch wenn dieselbe an und für sich noch so wünschenswerth erscheinen sollte) von sich allein aus — durch Gewalt oder durch Drohungen — herbeizuführen und somit sich zum Schiedsrichter Europas aufzuwerfen.

Die öffentliche Meinung in Deutschland war damals sehr getheilt; im Süden fast allgemein, theilweise auch im Norden forderte man ein alsbaldiges Eintreten Preußens und Deutschlands für Oesterreich gegen Frankreich und Italien. Die Preßorgane der österreichischen Regierung trieben und drängten fortwährend nach dieser Richtung hin. Mir dagegen erschien als die einzig richtige Politik für Deutschland eine solche, welche nur nach dem eigenen wohlverstandenen Interesse der deutschen Nation handle, sich nicht von Oesterreich in's Schlepptau nehmen lasse, dagegen aber auch sorgsam darüber wache, daß nicht Napoleon zu einer bedrohlichen Machtentfaltung gelange. Nothwendige Vorbedingung für eine solche selbständige, nach beiden Seiten hin Front machende deutsche Politik war meines Erachtens die unverweilte Zusammenfassung aller deutschen Kräfte in einer starken und sicheren Hand. Diese Hand konnte — zumal unter den jetzigen Umständen,

wo Oesterreich wegen seines außerdeutschen Besitzstandes selbst Partei war — schlechterdings keine andere als die Preußens sein, und so führte die ganze Logik der Verhältnisse, wie mir schien, zu dem Ergebniß einer Wiederaufnahme des Gedankens von 1848, nämlich: einer Einigung des nichtösterreichischen Deutschlands unter Preußens Führung. In diesem Sinne sagte ich in dem dritten jener Artikel in der Deutschen Allgemeinen Zeitung:

Oesterreich selbst könnte nur gewinnen, wenn Preußen durch eine freiere Verfügung über die Kräfte des Bundes in den Stand gesetzt würde, ein entscheidendes Wort in den europäischen Angelegenheiten zu sprechen. Denn das natürliche Interesse Preußens, welches identisch ist mit dem des ganzen Deutschland, macht ihm die eifersüchtigste Ueberwachung jeder versuchten Machterweiterung so Frankreichs wie Rußlands zu einer gebieterischen Pflicht, geht also mit dem natürlichen Interesse Oesterreichs Hand in Hand und würde dieses natürliche Interesse Oesterreichs um so gewisser schützen helfen, wenn erst die unselige Rivalität beider Mächte in Deutschland und wegen Deutschlands beseitigt wäre.

So hatte ich bereits Stellung zu dem österreichisch-französischen Conflicte genommen, als ich von einem politischen Parteigenossen in Leipzig, dem bekannten (seitdem verstorbenen) Buchhändler Gustav Mayer, am 4. April einen Brief folgenden Inhalts erhielt:

> Ist seitens der Gothaer etwas geschehen, und was, um eventuell bei einem Stoß im Südwesten vorbereitet aufzutreten? Preußen scheint zu viel im Innern zu thun zu haben, und die specifisch preußische Genugthuung über die ihm octroyirte Wandlung zum Besseren scheint auch das preußische Volk vergessen zu machen, daß es nach den schmählichen 10 Jahren seit Olmütz einer ganz anderen Gewähr, als zahmer Ministerreden, bedarf, um uns an Preußens deutsche Pflichterfüllung glauben zu lassen. Wir wissen, daß wir ohne Preußen nichts können, aber den Glaubenssatz,

daß auch sie ohne uns schwach sind, scheinen die Herren Preußen nicht zu kennen. Nun glaube ich zwar an keine nahe, unmittelbare Gefahr, denn die Chancen liegen dem Aventurier in Paris keineswegs so günstig, wie manche fürchten, aber bei der Unterwühlung in Italien und der Kriegsluft Oesterreichs kann der Teufel losgehen, ehe man sich's versieht. Wenn dem nun so ist, so frage ich abermals: „Was ist von den Reichstagsmännern geschehen? Wissen Sie, wo Ihre Leute sind, wie sie jetzt denken?" Ich für meinen Theil habe an der Kriegschance nichts auszusetzen, als daß sie zu früh und zu plötzlich kommt, denn daß wir ohne Prügel und Schwerenoth einen Schritt nach dem Deutschen Reich weiter kommen, daran glaube ich nicht. Was den „Schutz und Trutz" anlangt. (das von Oesterreich an Preußen gestellte Ansinnen eines Schutz- und Trutzbündnisses), so muß vor Allem die Zauberformel gefunden werden, auf welche sich ein bedingter Bund mit Oesterreich machen läßt; denn, je mehr ich die italienischen Zustände und die neumetternich'sche Politik betrachte, um desto mehr schrecke ich vor einem unbedingten Bündniß zurück. Also ein conditionales Bündniß zwischen Oesterreich und dem nichtösterreichischen Deutschland! Aber davon verlautet nichts, ja nicht einmal von einer Vorfrage Preußens bei den Einzelregierungen Wenn die Regierungen ihre Pflicht versäumen, so meine ich: wir sollten thun, was an uns ist. Also abermals: „Was haben Sie gehört oder gethan?"

Ich konnte auf diesen Brief nicht anders als zustimmend und mit der Versicherung antworten, daß meinerseits Alles geschehe, um im Sinne der von Mayer gegebenen Anregung (die durchaus mit meinen eignen Ansichten zusammentraf) nach besten Kräften zu wirken.

In den letzten Tagen des April führte mich eine andere Angelegenheit nach Berlin. Da die Kammern dort versammelt waren, so fand ich manche alte Freunde und Collegen aus Frankfurt und sonstige Bekannte aus früheren Stadien der gemeinsamen deutschen Bestrebungen. Ich

nahm Gelegenheit, mit diesen, soweit ich nur konnte, über die augenblickliche Lage zu sprechen und ihnen meine Ansichten betreffs der daraus für unsere nationalen Zustände zu ziehenden Vortheile zu entwickeln. Besonderen Anlaß dazu gab mir ein gemeinschaftliches Essen, welches Herr von Vincke so freundlich war mir zu Liebe zu veranstalten, und bei welchem ich, außer manchen alten Frankfurtern, auch die ehemaligen Minister von Arnim und Milde nebst anderen preußischen Abgeordneten traf. Auch mit Rudolf von Auerswald, Lette, Wenzel, Schubert und Anderen hatte ich mehr oder weniger ausführliche Gespräche, ebenso mit einigen hervorragenden, der damaligen Regierung nahe stehenden Publicisten. Leider fand ich nirgends eingehendes Verständniß oder selbst nur lebhaftes, zur Thätigkeit bereites Interesse für eine Erfassung der deutschen Frage in dem Sinne, wie ich mir solche dachte. Zum Theil sah man die ganze Verwickelung als eine Preußen wenig berührende an; zum Theil verhehlte man gar nicht eine gewisse Schadenfreude über eine Demüthigung Oesterreichs, in der man eine Art Nemesis für Olmütz erblickte; endlich gab es auch Einige, welche so sehr mit den inneren Zuständen Preußens und der Hoffnung einer Verbesserung derselben durch die neue Aera beschäftigt waren, daß sie für nichts Anderes Sinn zu haben schienen.

Nach meiner Rückkehr aus Berlin wendete ich mich brieflich an verschiedene mir mehr oder weniger nahestehende politische Männer in Hannover, Baiern, Baden 2c., auch in Preußen, um über den Stand der öffentlichen Meinung und die Möglichkeit einer anstoßgebenden Bewegung auf dieselbe in der oben angedeuteten Richtung mir Gewißheit

zu verschaffen. Die nachstehenden Briefe enthalten die Antworten auf diese meine Anfragen; sie geben ein, wie mir scheint, nicht uninteressantes Bild der damaligen Stimmungen so ziemlich aus allen Theilen Deutschlands.

Der Erste, der mir auf meine Anfrage eingehend antwortete, war Schulze-Delitzsch. Ich war demselben bei dem volkswirthschaftlichen Congreß in Gotha im Jahre vorher persönlich nähergetreten, nachdem ich ihm schon lange wegen seines eifrigen und erfolgreichen Wirkens in der hochwichtigen Sache des Genossenschaftswesens meine aufrichtigste Hochachtung gezollt hatte. Er schrieb mir von Delitzsch aus unterm 21 Mai:

> In folgenden Hauptpunkten der von Ihnen entwickelten Ansichten stimme ich durchaus mit Ihnen überein. Ob und wie Deutschland, wenn es in die bevorstehende Kämpfe hineingerissen wird, seine alten Rechte auf abgerissene Ländertheile geltend machen kann und soll, hängt von Erfolg und Gelegenheit ab und kann uns jetzt durchaus nicht kümmern. Dagegen ist die Frage einer festeren inneren Einigung Deutschlands schon deshalb gegenwärtig, vor Beginn des Kampfes, so dringend, weil dessen Durchführung und Erfolg davon abhängen. Was wir vor Allem brauchen, ist: Einheit der Action nach außen, also eine Executive, welche über die Bundeskriegsmacht verfügt. Was ich in dieser Richtung für erreichbar und nothwendig halte, ist das Bundesfeldherrnamt Preußens. Dafür muß die Presse, müssen die Volksvertretungen wirken. Ob daraus dann im Laufe der Ereignisse ein Mehr werden kann, wird von den Umständen und von deren Benutzung abhängen.

In meiner Antwort an Schulze regte ich den Gedanken an, ob es nicht an der Zeit sei, auf die nationalen Bestrebungen von 1848, wie sie in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 einen legalen Ausdruck gefunden, in irgend

einer Weise zurückzukommen, sei es durch Kundgebungen aus dem Volke heraus, sei es, was natürlich das Beste sien würde, durch eine Initiative der preußischen Regierung.

Inzwischen hatte ich mich auch an politische Freunde im Süden gewendet, hatte zunächst die Dringlichkeit einer persönlichen Verständigung unter Gleichgesinnten betont, um zu erforschen, ob und wie etwa eine gemeinsame Einwirkung auf die öffentliche Meinung und die Regierungen, besonders die preußische — in der Richtung, wie ich sie oben bezeichnet — zu versuchen sei. Darauf erhielt ich aus München von dem (leider so früh dahingeschiedenen) trefflichen Brater unterm 23. Mai folgenden Brief:

> Das Bedürfniß einer directen persönlichen Verständigung zwischen Denjenigen, welche mindestens in den allgemeinen politischen und nationalen Grundanschauungen einig sind, ist auch hier, in dem kleinen Kreis meiner politischen Freunde, lebhaft genug empfunden und besprochen worden. Immer hat uns jedoch die Besorgniß zurückgehalten, eine größere, die öffentliche Aufmerksamkeit unvermeidlich erregende Zusammenkunft werde resultatlos, ohne den Einigungspunkt gefunden zu haben, auseinandergehen und dann nur das Uebel vermehren. B. (ein gemeinsamer Freund) kommt soeben von einer Reise nach Stuttgart und Heidelberg zurück. Er hat die Sache mit Römer (dem Vater), Häusser, Heinrich v. Gagern, Wilhelm Beseler u. A. besprochen und jenes Bedenken nur neuerdings gerechtfertigt gefunden. Dadurch wäre nicht ausgeschlossen, daß sich eine kleine Anzahl von Solchen, die auf wechselseitige Verständigung sicher hoffen können, völlig unbemerkt zu mündlichem Meinungsaustausch vereinigte und vielleicht für Weiteres einen Kern zu gewinnen suchte. Von einer öffentlichen Meinung in Betreff der Verfassungsfrage kann bei uns so wenig wie anderwärts gesprochen werden: schon die Nothwendigkeit, in der äußeren und inneren Frage gleichzeitig Zug um Zug vorzugehen, die Lösung der einen durch die Lösung der anderen zu fördern, ist nicht hin-

länglich erkannt. Auf diese Erkenntniß, glaube ich, wäre vorerst in der Presse unabläßig hinzuwirken. Es scheint mir, daß gerade in der jüngsten Zeit die Gedanken auch anderwärts mehr diese Richtung nehmen, obwohl sie sich in dem vagen Postulate der „Volksvertretung beim Bunde“ bewegen, ohne eine concrete Gestalt anzunehmen.

Aus dem Schreiben eines Mitgliedes der Demokratie in Württemberg an einen Freund in Norddeutschland (vom 18. Mai) ward mir Folgendes mitgetheilt:

Das neuere Verhalten Preußens wird hier, wenigstens in meinen Kreisen, sehr anerkannt. Preußen wollte anfänglich Oesterreich offenbar ganz stecken lassen; es war von Napoleons Versprechungen geblendet. Erst die deutsche, namentlich süddeutsche Bewegung und der von Oesterreich herausbestochene französisch-sardinische Vertrag hat ihm die Augen geöffnet. Man will nun in Preußen, wie die Reden vom Thron, vom Ministerium und von den Abgeordneten zeigen, gegen Napoleon einschreiten. Das liegt jetzt klar und das ist anzuerkennen. Ebenso klar liegt aber, daß Preußen bei dieser Gelegenheit die Schmach von Olmütz und Bronnzell abschütteln, den Deutschen Bund vollends todtmachen und in Deutschland weiter um sich greifen will, und daß Oesterreich und die kleineren Potentaten das wohl merken und verhindern wollen. Unsere Aufgabe in diesem Streite ist, den Fürsten mit der Republik Angst zu machen, damit sie sich unter die Hegemonie Preußens flüchten. Solange Oesterreich ohnmächtig und in Krieg verwickelt ist, muß die Zeit benutzt werden; denn nachher ist keiner mehr bereit, sich zu ducken.

Nun schrieb mir auch B. (aus München) unter'm 1. Juni:

Die deutsche Verfassungsfrage jetzt anzugreifen, fanden Gervinus, Häusser, Gagern, Römer u. A. höchst bedenklich. Es sei noch keine neue Basis für die Lösung dieses Problems gewonnen; Oesterreich sei heute mächtiger in Deutschland als je. Was mich betrifft, so glaube ich wohl, daß man in Berlin nicht abgeneigt wäre, auf ein deutsches Parlament einzugehen, wenn auch nur in

der Form von Kammerausschüssen. Wenn aber Preußen die Sache in die Hand nähme, würde es damit nicht alle Regierungen fast unbedingt in's österreichische Lager treiben? Sind die Völker so mächtig und so entschlossen, um diese Wendung der Cabinette aufzuwiegen? Glauben Sie, daß der Prinz-Regent je sich entschließen könnte, an die Völker gegen die Fürsten zu appelliren? Ich glaube daher, wie die Dinge heute liegen, müssen wir die Bürgschaften für eine nationale Führung und Schließung des Krieges wesentlich in einem deutschen Programm über die italienische Frage suchen. Wenn ich nicht irre, ist es ein österreichischer Kriegszweck, die piemontesische Verfassung zu beseitigen und die Jesuiten zu reactiviren. Wenn Preußen die bewaffnete Mediation ausüben will, welches Programm würden Sie wünschen? Wir hier sind so ziemlich über folgende Punkte einig: „die Franzosen aus Italien, Oesterreichs Besitz ungeschmälert, aber die piemontesische Verfassung erhalten, constitutionelle Ordnungen in Mittel- und Unteritalien, Beseitigung der österreichischen Separatverträge, d. h. des österreichischen Absolutismus in Italien!“ Ein solches Programm gäbe dem Krieg einen so decidirten Charakter, daß wir keine schlimmen Rückschläge davon fürchten müßten. Die Durchsetzung eines solchen Programmes gegen die ganz anders gearteten Tendenzen Oesterreichs wäre ein Sieg der constitutionellen und nationalen Sache gegen Absolutismus und Ultramontanismus in Oesterreich und Deutschland. Dieses Programm ist gegeben, und daß wir ein Programm über die Lösung der italienischen Frage haben müssen, daß sich Preußen mit Oesterreich darüber vor dem Krieg verständigen muß, ist klar.

Diese letzten Betrachtungen waren gewiß sehr richtig; was aber die Mittheilungen B's über die Meinungsverschiedenheiten so hervorragender Mitglieder unserer eigenen Partei betraf, so zeigte sich darin recht schlagend, wie wichtig es gewesen wäre, wenn die weiland Gagern'sche oder Gothaische Partei auch nach dem Zusammenbruch der „Union“ fest zusammengehalten und sich so für eine künftige Eventualität

bereit gehalten hätte. Jetzt war sie nicht blos in alle Winde zerstreut, sondern ihre früheren Wortführer und Leiter selbst waren in dieser so hochwichtigen nationalen Frage unter sich uneins!

Auch an den damaligen Leiter der Berliner National-Zeitung, Zabel, hatte ich mich gewendet. Er antwortete mir unterm 4. Juni:

> ... Mit Ihren Bemerkungen über die politische Lage haben Sie vollkommen Recht. Auch sind Sie zu dem Lächeln über unsre „sanfte Abwehr" berechtigt. Aber Sie werden auch gerecht genug sein, zu erwägen, welche Schwierigkeiten Preußens Stellung darbietet. Wollen wir praktische Politik treiben, d. h. wirklich Etwas durchsetzen für Deutschlands Einheit, die doch das A und O aller unserer Anstrengungen sein muß, und wollen wir uns nicht wiederum bloßen Illusionen hingeben, so müssen wir mit den gegebenen Factoren rechnen. Daher unsere (d. h. der „National-Zeitung") Haltung, die vielleicht etwas von Seiltänzerei an sich hat, aber hoffentlich doch für den Kenner der Verhältnisse den dünnen Strich kenntlich macht, auf dem wir fortrücken. Ich habe Hoffnung, gegründete Hoffnung, daß Etwas für Deutschland dabei herauskommt, wenn's uns gelingt, im rechten Augenblick Preußen zur Action zu drängen. Sie kennen unsere Staatsmänner; sie sind von Ihrer Partei (die „National-Zeitung" war damals ein sog. demokratisches Blatt), alle Gentlemen, aber vor lauter Bedenklichkeiten und Erwägungen schwer zur That zu bringen. Dazu unsere böse zehnjährige Manteuffel'sche Erbschaft!

Um dieselbe Zeit (Anfang Juni) schrieb mir auch Schulze wieder:

> Ich habe da und dort persönlich angeklopft und hingehorcht — überall Spaltung und Confusion; statt nationaler Gedanken Parteiantipathieen und kleinstaatliche Eifersüchtelei! Wir haben noch furchtbare Prüfungen zu bestehen, und nur ein großes nationales Unglück wird im Stande sein, uns durch sein Läuterungsfeuer dahin zu bringen, wo der gesunde Sinn des Volks und der

Regierungen von selbst stehen sollte. Doch ich breche von dieser Jeremiade ab und gehe sofort auf die in Ihrem letzten Briefe angeregten Gedanken ein. Die Einführung der Reichsverfassung wäre mir schon recht; die ganze demokratische Partei in Preußen mit Ausnahme einiger Radicalen, die kaum in's Gewicht fielen, würde dafür zu gewinnen sein. Allein wie wollen Sie die Regierungen der Kleinstaaten dahin bringen (selbst wenn die Bevölkerungen dafür wären), eine deutsche Nationalvertretung wählen zu lassen, welche jenen Beschluß faßte, der sie doch mehr oder weniger mediatisirt? Oder wollen Sie von der Nationalvertretung jetzt ganz absehen und das Werk des deutschen Parlaments ohne Weiteres, als endgiltig bereits festgestellt und nur bisher suspendirt, proclamirt wissen? Dies könnte dann Niemand Anderes als die preußische Regierung; aber das können wir uns doch keinen Augenblick verhehlen, daß die anderen Regierungen sich ohne Zwang nimmermehr einer solchen Maßregel fügen würden. Ja, ich fürchte, daß wir sogar einen großen Theil ihrer Bevölkerungen gegen uns hätten. Daher bleibe ich dabei: das einzig Thunliche und Möglichste ist, daß man die selbstständige kriegerische und diplomatische Leitung Deutschlands während der jetzigen Krise für Preußen fordert, was ich wohl nicht scharf genug durch den Ausdruck „Bundesfeldherrnamt" früher bezeichnet habe. Dies läßt sich für jetzt erreichen; zu solchen Concessionen wird vielleicht die Noth die Cabinette drängen, wenn Preußen daran sein Einschreiten knüpft, wie es muß. Ob diese vorläufige und nur zeitweise Concession nicht im Laufe der Ereignisse eine bleibende, in die Einführung der Reichsverfassung am Ende hinüberleitende Einrichtung wird — das ist eine zweite Frage, und Preußen müßte sehr ungeschickt manövriren, wenn es nicht so werden sollte. Erwacht in den bevorstehenden Kämpfen der Nationalgeist, und führt Preußen dieselben irgendwie glücklich zu Ende, so möchte alsdann ein solcher Umschlag wohl leicht erfolgen.

Nun ließen sich auch die Freunde aus Hannover vernehmen. Einer derselben, S., schrieb mir am 11. Juni:

Die in Ihrem Briefe berührten Punkte erschienen mir als so wichtig, daß ich es für nothwendig hielt, mit vielen unserer politischen

Freunde, insbesondere mit den Führern der Linken in unserer II. Kammer, darüber Besprechungen zu veranstalten. Hier das Resultat! Die militärische Leitung definitiv an Preußen zu übertragen, ist ein Ziel, das nur von Preußens Thatkraft erreicht werden kann, da schwerlich je ein deutscher Mittelstaat freiwillig die Kriegsleitung aus der Hand geben würde, noch weniger die Diplomatie. Diese beiden Hauptpunkte werden daher nach unserer Anschauung so lange in den Hintergrund treten müssen, so lange Preußen sich nicht entschließen kann, von Worten zu Thaten überzugehen und Grundzüge seiner Politik mehr als ahnen zu lassen. Daher meinen wir, daß zunächst auf eine parlamentarische Vertretung Deutschlands hingearbeitet werden muß, die dann, wenn Preußens Regent der Mann danach ist, zu einer Umgestaltung der kläglichen Bundesverfassung führen wird. Im Uebrigen muß ich Ihnen offen gestehen, daß noch in keiner politischen Frage uns die Entscheidung so schwer geworden ist, wie in der gegenwärtigen, und daß die besten politischen Freunde darin auseinandergehen. Ich meinerseits wünsche Preußens Action, aber nur dann, wenn Oesterreich für eine andere innere Politik Garantien bietet. Für eine Garantie des Erhaltens der Lombardei bei Oesterreich sprechen sich nur Wenige aus. Wäre die Zeit schon so weit gereift, daß eine große Versammlung deutscher Parlamentsfreunde zu erreichen stände, so möchte ich dafür gern wirken, da mir in jeder Beziehung nothwendig erscheint, eine einheitliche Action anzubahnen.

Von anderer Seite erhielt ich aus Hannover kurz darauf folgenden Brief:

Nach meiner Ansicht wird man, was jetzt auch geschwatzt werden mag, in Kurzem dahin übereinkommen, daß Preußen auf dem Wege freiwilliger Ueberlieferung sowohl die militärische, als die politische Vertretung Deutschlands nach außen hin bekommen muß, im Krieg, wie nach dem Friedensschluß. Das wirkliche Bedürfniß nach Einheit aber ist erschöpft, wenn wir jene Hegemonie Preußens einführen. Eine stärkere Spitze und, zu deren Befestigung in der Nation, Volksvertretung um diese Spitze herum, das sind

ja wohl unsre Wünsche. Hinsichtlich der Centralgewalt können wir, glaube ich, uns auf die preußische Regierung verlassen, einiger Nachhilfe unbeschadet, wogegen wir die Parlamentssache zu der unsrigen machen müssen. In der Ahnung dieses Verhältnisses beginnt man hier sich für ein Vorparlament zu interessiren, das dem Parlamente die Wege bahnen soll. Es soll ein freiwilliger, aber regelmäßiger Congreß von Landtagsmitgliedern sein, für den zuvor die Stimmführer der Hauptländer zu gewinnen, an dem aber jedenfalls auch die Redactionen der größeren Blätter zu betheiligen wären, da diese bei auswärtigen Fragen doch den Ton angeben und besser Bescheid wissen. Lassen Sie mich hoffen, daß ich bald Ihre Meinung hierüber erfahren werde!

Diese Idee eines „Vorparlaments" gewann in Hannover mehr und mehr Boden. L. schrieb mir von dort:

Nicht nur B., sondern auch E. (ein Demokrat) wäre wohl geneigt, sich an einer solchen Zusammenkunft zu betheiligen. B. besonders ist erfreut, diese Gelegenheit geboten zu sehen, und wünscht nur, daß möglichst alle Parteien und möglichst zahlreiche Politiker zu dieser Neubildung einer nationalen Partei sich zusammenfinden. Die neue Niederlage Oesterreichs (bei Solferino) muß dies Alles beschleunigen. Was zur Einwirkung auf Preußen und Kleindeutschland noch geschehen soll, muß hurtig geschehen. Bevor wir indessen dies noch wußten, kamen wir hier dahin überein, daß sich die Agitation vorerst auf vollständige militärische und diplomatische Verschmelzung zu beschränken habe. Keine politische Constituirung vor dem Kriege! Denn der Krieg wird nicht warten, bis eine so schwierige Arbeit vollbracht ist. Wohl aber wollen wir Alle dahin drängen, daß die sämmtlichen deutschen Heere Eins werden unter Preußens Führung, und daß Preußen in der diplomatischen Welt ganz Deutschland vertritt. Dies muß, dies kann vor dem Kriege geschehen, desto leichter, je mehr alles Bestreben sich darauf wirft, und es ist uns zugleich Bürgschaft, daß nach einem leidlich glücklichen Kriege die jetzige Wirthschaft nicht wieder hergestellt wird. Auf weniger dringliche Gegenstände aber lassen sich die Gemüther jetzt nicht mehr lenken.

Ich schrieb nun an Schulze, er möge doch seine Parteigenossen wegen einer solchen Zusammenkunft sondiren. Meines Erachtens sei blos die innere deutsche Frage dabei zu besprechen, die äußere höchstens so, daß man sich zwar gegen das österreichische System, aber auch dafür aus=spreche, daß nicht Frankreich die Situation beherrsche. Schulze, der inzwischen auch beim Genossenschaftstage in Weimar sowohl mit mir als mit den dort anwesenden Politikern seiner Farbe gesprochen hatte, schrieb mir jetzt: Alles sei ihrerseits für eine solche Zusammenkunft bereit, die aber zunächst nur einen vorbereitenden Charakter haben solle.

Inzwischen war die Ansicht, daß etwas geschehen müsse, damit der ernste Moment eines Krieges mit Frank=reich, wenn er eintrete, uns nicht unvorbereitet finde, auch in weiteren Kreisen durchgedrungen. Am 22. Juni erschien in der „Rhein= und Lahnzeitung" zu Wiesbaden (in der Beilage zu Nr. 94) eine öffentliche Erklärung nassauischer Staatsangehöriger, welche sich sehr eingehend über die ganze Sachlage ausließ und schließlich zu demselben Resultate gelangte, wie wir, nämlich: die Führung Deutschlands nach außen sei in diesem kritischen Momente unbedingt und un=verkürzt an Preußen zu übertragen und in diesem Sinne sei sowohl auf die anderen Regierungen als auch auf die preußische, wenn letztere nicht von selbst sich dieser nationalen Aufgabe bemächtigen wolle, zu wirken. An der Spitze der Erklärung standen die Führer der nassauischen Fortschritts=partei, Braun, Lang u. A. Die gleiche Erklärung ward wenige Tage darauf von einer aus den verschiedensten Parteischattirungen zusammengesetzten öffentlichen Versamm=

lung in Frankfurt a. M. ohne Widerspruch angenommen, wie mir der nachstehende Brief eines alten, treuen Parteigenossen daselbst, des eben jetzt vor Kurzem verstorbenen Dr. Varrentrapp, (vom 3. Juli) anzeigte:

Einer so ernsten Gefahr gegenüber wie die, welche uns von dem Nationalfeinde droht, müssen alle Deutschen ihre politischen, religiösen und socialen Meinungsverschiedenheiten vorläufig vergessen, jeder muß seinen Sympathien und Antipathien Stillschweigen gebieten und sich freudig dem Ganzen unterordnen. Thun wir Bürger dies redlich, so können wir auch von den Regierungen der Klein- und Mittelstaaten verlangen, daß sie einmal ihren partikularistischen Souveränetätsgelüsten entsagen und sich aufrichtig und ehrlich der Führung Eines deutschen Fürsten unterordnen. Da nun aber einmal Preußen so groß wie das gesammte übrige Deutschland ist, als Militärmacht aber (wegen der Einheit seiner Armee) wichtiger als die anderen Staaten zusammen, so kann jener Eine Fürst nur ein preußischer sein. Hatte man auch während der letzten zehn Jahre keine Ursache, der preußischen Politik Anerkennung oder Vertrauen zu zollen, und will man trotz der dort vorgegangenen grundmäßigen Umänderung auch jetzt noch kein Vertrauen zu Preußen haben, so muß man doch positiv das größte Mißtrauen in die Politik der Herren v. d. Pfordten, v. Beust, Borries, Dalwigk, Wittgenstein u. s. w. setzen, die alle in fast persönlicher Feindschaft gegen Preußen verfahren, die noch vor einem halben Jahre in Napoleon den Retter der Gesellschaft begrüßten und nicht hoch genug ihn zu preisen wußten. Schon deshalb kann Preußen nicht die Oberfeldherrnstelle unter einem aus Bevollmächtigten solcher Minister bestehenden Bundestagsausschuß übernehmen, sondern muß eine selbstständige, freie Führerschaft verlangen. Wir müssen demnach suchen, durch einen recht allgemeinen Gesinnungsausdruck die Volksstimmung in Preußen zu heben und die Regierung zu stärken. Von solchen Ansichten geleitet, sprach ich zunächst mit einigen Gesinnungsgenossen und, als diese zustimmten, mit etlichen Führern der demokratischen Partei. Wir luden darauf zum 29. Juni etwa 150 Bürger

(Protestanten, Katholiken, Juden, Demokraten, Constitutionelle, Gothaner und Conservative) zu einer Versammlung ein. Die Wiesbadener Erklärung wurde verlesen: kaum Discussion, allgemeine Zustimmung! Sehr erfreulich ist, daß dabei (mit wenig Ausnahmen) alle namhaften Demokraten und Gothaner in völliger Uebereinstimmung zusammengingen; die Conservativen hielten sich mehr bei Seite, doch hoffe ich, daß sie noch nachträglich ihre Zustimmung geben, soweit sie nicht Ultramontane sind.

Auf die Erklärung nassauischer Staatsbürger folgte schon nach wenigen Tagen (am 2. Juli) eine solche der Württemberger, die aber darin weiter ging, als jene, daß sie zugleich die alsbaldige Herstellung einer Volksvertretung verlangte. Auch sie war unterzeichnet von Liberalen und Demokraten, sogar von einzelnen Derer, die sonst für großdeutsch (dh. österreichisch gesinnt) und ultramontan galten.

So war die Bewegung allmälig in Fluß gekommen, welche sich auf das gemeinsame Ziel einer Zusammenfassung aller Kräfte des nichtösterreichischen Deutschlands unter Preußens Führung für den Fall eines Krieges mit Frankreich richtete. Im Norden wie im Süden, unter den Demokraten wie unter den sogenannten Gothanern, hatte sie Boden gefaßt und Wurzel geschlagen. Kein Zweifel, daß es gelingen würde, eine Anzahl angesehener und in weiten Kreisen einflußreicher Männer auch zu einer noch directeren Kundgebung (etwa in Form eines Vorparlamentes) gegenüber der preußischen Regierung zu vereinigen, um diese zu veranlassen, das für Deutschland Nothwendige von sich aus möglichst bald zu thun.

Die Frage war nun: wie würde man in Berlin eine derartige Kundgebung, wenn sie wirklich erfolgte, aufnehmen? Würde man darin die Stimme der Nation

erkennen, auf die man zu achten hätte und auf die man zugleich sich berufen könnte? Oder würde man darin etwas Ungesetzliches, Revolutionäres erblicken und sich ablehnend dagegen verhalten?

Um mir auch darüber Gewißheit zu verschaffen, wandte ich mich an einen Freund in Berlin, der, seiner Stellung nach, die im Schooße des preußischen Cabinettes herrschenden An- und Absichten wohl kennen konnte. Ich theilte demselben (am 26. Juni) die Ergebnisse meiner vielseitigen Erkundigungen über den Stand der öffentlichen Meinung in Deutschland betreffs der augenblicklichen Lage mit und stellte an ihn zwei Fragen, erstens: „ob die preußische Regierung behufs eventueller Führung eines Krieges gegen Frankreich für sich die militärische und diplomatische Führerschaft in Deutschland fordern und auf dieser Forderung auch fest bestehen werde?“ zweitens: „ob er glaube, daß die preußische Regierung, zur Unterstützung dieser ihrer Forderung, wenn nöthig, an die Nation appelliren oder doch, falls aus letzterer heraus ihr eine solche Unterstützung entgegenkäme, diese acceptiren und verwerthen würde?“

Die Antwort auf diesen Brief erfolgte erst am 3. Juli. Mein Gewährsmann schrieb:

> Erst heute gelange ich dazu, Ihren inhaltreichen Brief vom 26. v. M. zu beantworten. Inzwischen habe ich von demselben bereits Gebrauch gemacht, und ich kann Sie nur dringend bitten, in Ihren Mittheilungen über die Stimmungen, Absichten und Mittel in denjenigen unserer Vaterländer, wo Sie gute Verbindungen haben, fortzufahren. Eine genaue Kenntniß dieser Dinge ist nicht blos an sich von Werth, sie kann für die hiesigen Entschlüsse geradezu entscheidend werden.

Es folgte nun eine eingehende Auseinandersetzung der

ganzen Sachlage, die ich, da sie jetzt nichts Neues mehr bietet, übergehe. Nur folgende Stelle hebe ich daraus hervor:

> Man wird von hier aus den Vorschlag Oesterreichs, den Prinz-Regenten von Preußen zum Bundesoberfeldherrn zu ernennen, mit der Forderung beantworten, an Preußen, als Gegenleistung für dessen bewaffnete Vermittelung, die militärische und diplomatische Leitung Deutschlands zu übertragen. Es besteht ferner die Absicht, nach wiederhergestelltem Frieden zwar nicht diese Dictatur in der Hand zu behalten, aber niemals zum alten Bundestage zurückzukehren, bevor derselbe einer eingehenden Reform unterzogen ist. Für die Erlangung dieser obersten Leitung wünscht und erwartet man die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Deutschland, natürlich vorausgesetzt, daß die betreffende Kundgebung nicht den gesetzlichen Weg verlasse oder überschreite

Der Brief fuhr fort:

> So viel ist sicher, daß Deutschland Preußen weiter voranbringen muß. Kommt man der hiesigen Stimmung nicht durch deutliche Kundgebungen in dem Sinne entgegen, daß Deutschland die Führung Preußens wolle und verlange, so sieht die Zukunft sehr unsicher aus. Alles, was in Deutschland in dieser Richtung geschieht, wirkt hier auf Regierende und Regierte ungemein belebend.

Sofort (am 6. Juli) schrieb ich zurück und stellte nun die ganz bestimmte Frage: „ob, falls eine Versammlung angesehener Männer aus allen Theilen Deutschlands zusammenträte und die preußische Regierung um Uebernahme der militärischen und politischen Leitung Deutschlands in der gegenwärtigen Krisis, die anderen Regierungen aber um Uebertragung dieser Leitung an Preußen bäte, man in Berlin darauf eingehen würde?“

Die Antwort hierauf erfolgte am 8. Juli, unmittelbar, wie es schien, nach dem Eintreffen der Nachricht von

dem, an diesem Tage so unerwarteter Weise von Oesterreich abgeschlossenen Waffenstillstande. Mein Gewährsmann schrieb:

> Gewiß ist bei dieser neuen Sachlage die Unterstützung der öffentlichen Meinung für Preußen noch wichtiger, als auf dem früheren Wege. Gerade die Zeit des Waffenstillstandes müßte benutzt werden, um diese, auch dem Auslande imponirende Einheit zu schaffen. Wie ich die Verhältnisse beurtheile, würde man hier es keineswegs illegal finden, wenn eine Anzahl politischer Wortführer aus verschiedenen Ländern zusammenkäme, um eine Erklärung wie die von Ihnen präcisirte abzugeben. Man würde einen solchen Schritt entschieden beifällig aufnehmen, ja würde vielleicht öffentlich erklären: „man sei bereit dazu, wenn die anderen Regierungen einwilligten!“

Der Gedanke einer Notabelnversammlung, um durch dieselbe Preußens Vorgehen zu unterstützen und zu ermuthigen, hatte übrigens selbst in Süddeutschland, wie mir mehrfach von dort geschrieben ward, sowohl bei Constitutionellen als bei Demokraten Anklang gefunden.

Allein es war zu spät! Auf den so hastig abgeschlossenen Waffenstillstand vom 8. Juli war schon am 11. Juli der eben so hastige Präliminarfriede von Villafranca gefolgt. Oesterreich hatte es vorgezogen, eine seiner schönsten Provinzen, die Lombardei, zu opfern, statt ein Eintreten Preußens für Oesterreichs Besitzstand in Italien, wie es in Berlin beabsichtigt war, um den Preis einer verstärkten Machtstellung Preußens in Deutschland zu erkaufen. Preußen aber hatte den günstigen Moment versäumt, in einem früheren Stadium des Kriegs diese Machtstellung durch ein nachdrückliches Vorgehen, gestützt auf die ihm entgegenkommende öffentliche Meinung, zu erringen.

Inzwischen hatten die Verabredungen — einerseits Schulzes und seiner Freunde, andererseits der Hannoveraner — über die früher angeregte Zusammenkunft ihren Fortgang gehabt; sie führten zu einer doppelten Versammlung, der vom 17. Juli in Eisenach und der vom 19. Juli in Hannover. Aus beiden ging dann eine dritte Versammlung, wiederum in Eisenach, am 14. August, hervor. Auf dieser erfolgte die Verschmelzung der Liberalen und Demokraten zu dem gemeinsamen Zwecke, „die nationale Einheit höher zu stellen, als die Forderungen der Parteien, und für die Errichtung einer kräftigen Verfassung Deutschlands in Eintracht und Ausdauer zusammenzuwirken," und damit die Begründung des „Deutschen National-Vereins", dessen förmliche Constituirung sodann am 15. und 16. September 1859 in Frankfurt a. M. sich vollzog.

So war aus der von mir angeregten Bewegung etwas wesentlich Anderes geworden, als was ich selbst mir als deren Zweck und Erfolg gedacht hatte. Unter dem Drucke einer äußeren Gefahr wäre es wohl nicht unmöglich gewesen, durch ein kräftiges Zusammenwirken der preußischen Regierung und der öffentlichen Meinung eine Gestaltung der deutschen Verhältnisse herbeizuführen, wie sie für das glückliche Bestehen eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Frankreich unerläßlich war, wie sie aber auch als bleibende Einrichtung im Frieden sich wohlthätig für Deutschland erwiesen haben würde. Diese Gelegenheit war ungenützt vorübergegangen. Jetzt, wo die äußere Spannung aufgehört hatte, war ein so unmittelbar praktischer Zweck unerreichbar geworden; Alles, was jetzt noch geschehen konnte, war: den durch die nun beendete äußere Krisis wieder

erweckten nationalen Gedanken mittelst einer, wenn auch nur theoretischen, Agitation lebendig zu erhalten und zu pflegen. Auch das war nicht ohne Nutzen, denn es arbeitete wenigstens künftigen praktischen Anläufen zu der Erreichung des niemals aufzugebenden Zieles einer festeren Einigung Deutschlands vor. In der Geschichte der preußischen Politik freilich wird man das Jahr 1859 zu den vielen „versäumten Gelegenheiten" zählen müssen, auf die man nur darum jetzt beruhigter zurückblicken kann, weil jenes Ziel auf anderm Wege und durch andere Factoren in so glorreicher Weise erreicht ist.

Im Jahre darauf, 1860, glaubte ich noch einmal den Moment gekommen, wo das 1859 Versäumte nachgeholt werden könnte. Kaiser Napoleon heimste von Italien den Lohn für seine demselben geleistete Hilfe ein: er ließ sich Savoyen und Nizza abtreten. Damit machte er einen Riß in die europäischen Verträge von 1815. Der Wiener Congreß hatte Nordsavoyen in die schweizerische Neutralität mit einbezogen, offenbar, um einer Vergewaltigung Italiens von Frankreich aus und ebenso einem Einfalle französischer Heere vom Südwesten her nach Deutschland einen Riegel vorzuschieben. Diese Sicherung ging verloren, wenn das bisher neutrale Gebiet in die Hände Frankreichs kam. Napoleon selbst schien Scheu zu tragen, einen solchen Bruch der Verträge ohne die Zustimmung der Congreßmächte zu vollziehen: sein Minister Thouvenel mußte in Noten an die französischen Gesandten bei den großen Höfen verkündigen: die Einverleibung Nordsavoyens in Frankreich „solle nicht ohne die vorgängige Einwilligung Europas vor sich gehen." Die kleine Schweiz schien entschlossen, das

durch die Wiener Verträge ihr zugesprochene Recht auf die Neutralität Nordsavoyens mit aller Entschiedenheit zu vertheidigen, nöthigenfalls selbst mit gewaffneter Hand, wenn sie dabei auf den Beistand auch nur Einer Großmacht rechnen könnte.

Hier nun, meinte ich, sei für Preußen abermals eine Gelegenheit gekommen, seine Aufgabe als deutsche Vormacht zu erfüllen und damit zugleich die ihm gebührende Stellung als solche einzunehmen. Und diese Gelegenheit erschien mir um so günstiger, als diesmal Süddeutschland, das bei der savoyischen Frage in erster Linie betheiligt war, bei einem entschlossenen Vorgehen Preußens sich demselben unzweifelhaft anschließen würde, wie das auch bereits Stimmen in der süddeutschen Presse ankündigten. Auch war es wünschenswerth, daß Preußen den Eindruck, den doch vieler Orten die, freilich unberechtigte, Klage Oesterreichs, „es sei von Preußen im Stich gelassen worden", zu Ungunsten des letzteren gemacht hatte, durch eine entschieden nationale That wieder verwischte.

Genug, ich hatte die Empfindung, es sollte etwas geschehen, um durch die öffentliche Meinung die preußische Regierung in Bewegung zu setzen. So verfaßte ich eine Flugschrift: „Die Savoyer Frage. Denkschrift an Preußens Staatsmänner von einem deutschen Patrioten"*). Darin führte ich aus, wie wichtig die savoyische Frage für Deutschland sei, welches Verdienst sich Preußen erwerben könne, wenn es die Neutralität Savoyens rette, und wie es dafür die Führerschaft der deutschen Kräfte beanspruchen könne.

*) Weimar, H. Böhlau.

Der geschäftsleitende Vorstand des Deutschen National-Vereins übernahm die Verbreitung der Flugschrift, namentlich auch unter den preußischen Abgeordneten. Einer der Hauptleiter des Vereins schrieb mir am 31. März 1860:

> Sie haben ganz Recht, daß in der savoyischen Frage gegen Napoleon und zu Gunsten der Schweiz in Deutschland, namentlich seitens der nationalen Partei, etwas geschehen muß . . . Nach Berlin habe ich schon geschrieben und an eine Anregung der savoyischen Frage im Abgeordnetenhause gemahnt. Bei der dortigen Abneigung jedoch gegen die Behandlung großer, brennender Fragen habe ich wenig Hoffnung. Und doch liegt die Sache viel einfacher und günstiger, als im vorigen Jahre.

Die Flugschrift war auch dem damaligen preußischen Ministerpräsidenten, Fürsten von Hohenzollern, unterbreitet worden, und „sie ist mit großem Interesse gelesen worden", schrieb man mir. Allein das war auch Alles. In der Sache selbst geschah nichts — weder im Abgeordnetenhause, noch von Seiten der Regierung.

Inzwischen war man auch in der Schweiz, an jeglicher Unterstützung verzweifelnd, von der anfänglichen Entschlossenheit theilweise zurückgekommen; so bestärkte Eines das Andere im Nichtsthun und Gehenlassen, und so gelang es dem Abenteurer an der Seine, nicht blos eine wichtige strategische Position zu gewinnen, sondern auch durch die von den Großmächten ruhig zugelassene Verletzung der Verträge von 1815 einen für ihn wichtigen, für das Gleichgewicht Europas bedenklichen Vorgang zu schaffen. Aus der Schweiz ward mir von einem in Bern lebenden Deutschen über die dortige Sachlage unterm 3. Mai 1860 geschrieben:

> Für die mir zugesendete Schrift über die savoyer Frage

sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. Ich habe vom Anfang an vollständig Ihre Ansichten über die dem Staate Preußen in dieser Sache gesetzte Aufgabe getheilt und hoffte wirklich, daß diese brennende Frage den Anstoß zu einer activen Politik geben würde, die endlich eine Entscheidung auch in der deutschen Frage bringen könnte. Da nun aber leider die Schweiz sich selbst gefangen gegeben hat, indem sie die Intervention der Großmächte anrief, ohne sich vorher in den Besitz des neutralen Gebiets in Savoyen zu setzen, so darf man, wenn nicht unerwartete Ereignisse dazwischen treten, wohl nichts mehr hoffen. Ich ließ mich anfangs durch den in Bern herrschenden Geist täuschen. Die Stimmung war hier überwiegend so, daß man den Beschluß, Nordsavoyen militärisch zu besetzen, mit Freuden aufgenommen hätte, und mir ist es noch jetzt höchst wahrscheinlich, daß ein so kühner Schritt, damals gethan, wo Russell, der öffentlichen Stimme weichend, das Bedürfniß neuer Allianzen anerkannte, in England, selbst gegen die Absichten des Ministeriums, eine Wendung in der Politik herbeigeführt und dann vielleicht auch Preußen zur Action gebracht hätte. Als jedoch der Nationalrath hier zusammentrat, offenbarte sich sofort, daß in dem größeren Theile der Schweiz ein anderer Geist wehte.

In einem kurzen Vorwort zu der Flugschrift hatte ich gesagt:

An Preußens Staatsmänner wendet sich ein einfacher deutscher Patriot. Er hat keinen anderen Auftrag, als den seines Gewissens, keine andere Legitimation, als eine mehr denn zwanzigjährige redliche und eifrige Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten seines deutschen Vaterlandes und den Bewegungen der öffentlichen Meinung kein anderes Recht, als das der Erfüllung einer Pflicht, die seiner Ansicht nach in so ernster und schwerer Zeit jeder Einzelne hat: für sein Theil zu thun, was er kann, damit das Ganze nicht Schaden leide, ne quid detrimenti capiat respublica, das Weitere der Vorsehung und Denen anheimgebend, deren amtlicher Beruf es ist und die einst der Geschichte dafür verantwortlich sein werden.

Mit diesem salvavi animam mußte ich mich beruhigen.

War ich in dieser Angelegenheit der Vorwärts=

drängende gewesen, so mußte ich in einer anderen den Hemmenden und Abwehrenden machen.

Im Spätsommer 1860 besuchte mich in Weimar ein alter Frankfurter College, ein höchst eifriger Nationaler. Er kam von Berlin und war voll froher Hoffnungen wegen eines in den dortigen maßgebenden Kreisen, wie er berichtete, gehegten Planes, die schleswig-holsteinsche Sache (die seit der Regentschaft in Preußen wieder beim Bundestage in Anregung gebracht war) auf dem Wege der Bundesexecution zur Entscheidung zu treiben! Mir erschien dieser Plan — nach den Erfahrungen, die nun schon zweimal nach einander mit den gegenwärtigen leitenden Staatsmännern in Berlin gemacht worden waren — höchst bedenklich. Zunächst konnte sich eine Bundesexecution blos auf Holstein erstrecken; sie gab also Schleswig preis — gerade das, was die Dänen wollten! Wenn man aber, wie es schien, in Berlin die geheime Hoffnung hegte, die Dänen würden durch einen gewaltsamen Widerstand gegen die Bundesexecution einen Krieg herbeiführen und damit von selbst der preußischen Action weitere Ziele an die Hand geben, so traten mir sofort die Jahre 1848 und 1849/50 mit dem Malmöer Waffenstillstand und dem späteren Friedensschluß furchterregend vor die Seele, und ich konnte mir nichts Anderes, als einen zweiten schmählichen Rückzug der preußischen Politik, als das Ende der Sache denken.

Von diesem Gesichtspunkte aus behandelte ich die Frage in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Das gab Anlaß zu einem kurzen Briefwechsel mit einem von mir sehr geschätzten Publicisten, L. in Br. Letzterer schrieb mir am 23. Januar 1861:

Aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entnehme ich, daß Sie die brennende Tagesfrage etwas anders auffassen, als wir. Meines Bedünkens muß die Gelegenheit ergriffen werden, theils um in Preußen, in Fürst und Volk, die nöthige Unternehmungslust zu erzeugen, deren man auch zur Bundesreform bedürfte, theils um die Süddeutschen herbeizuziehen, die nach Bewährung Preußens schreien. Eben dieser süddeutschen Abneigungen und jener preußischen Halbheit wegen ist es gut, wenn die Kriegsflamme aufloht. In Süddeutschland wird die Stimmung für Reform des Bundes nicht eher reif, als bis Preußen sich Vertrauen erobert hat. Ich verzweifle aber daran, sowohl die Regierung als das Volk in Preußen auf den Punkt zu bringen, wo wir sie zu vertrauenerweckender Anbahnung der Bundesreform haben müßten, so lange nicht Gefahren für Preußen selbst sie aus den Nachwirkungen der langen Trägheit und der jungen Behaglichkeit eines liberalen Regiments herausnöthigen. Daher begrüße ich es mit Freuden, daß die Regierung diese Gefahren heraufbeschwören will.

Da ich in einem Briefe an ihn bei meinem Bedenken stehen geblieben war, schrieb er mir abermals am 1. Februar 1861:

Mit Dank habe ich Ihren eingehenden und vertrauensvollen Brief empfangen, mit Ernst den Gegensatz Ihrer und meiner Ansichten erwogen und sofort denselben auch, da sich die Gelegenheit ungesucht darbot, mit meinen nächsten hiesigen Freunden besprochen. Ihnen ist es, wenn ich Sie recht beurtheile, immer wesentlich darauf angekommen, die auseinander schweifenden natürlichen Bundesgenossen, Preußen und die Süddeutschen, zusammenzubringen. Sie haben stets nach der mittleren Linie gesucht, auf der diese spröden und doch für einander bestimmten Collectivwesen sich finden und Hand in Hand marschiren könnten. Daher hauptsächlich, nehme ich an, Ihre angestrengte Thätigkeit in der (leider nicht ergriffenen) savoyer Frage u. s. w. Gerade von diesem Standpunkt aus hoffte ich mich mit Ihnen zu verständigen. Ich habe aus Berlin keine Nachricht von der Annahme eines festen und klaren Programms, wie man es freilich haben sollte, wenn

man auf einen großen Krieg lossteuert. Aber ich weiß, daß die einflußreichsten Rathgeber nach einem solchen Entschluß hindrängen.

Es war mir überraschend, daß die preußischen Staatsmänner einen Krieg gleichsam vom Zaune brechen, daß sie selbst „Gefahren heraufbeschwören“ wollten, wie das aus den mündlichen Mittheilungen des alten Frankfurters und aus den damit übereinstimmenden schriftlichen meines publicistischen Collegen hervorzugehen schien. Aber ich erschrak förmlich vor dieser in Berlin so plötzlich erwachten, von der jüngsten Zauderpolitik so grell abstechenden Kriegsluft. Hatte mir doch eben erst (bei Gelegenheit der savoyer Frage) von dort aus Jemand, der es wohl wissen konnte, geschrieben:

> Ist man hier auch einmal einem Entschlusse nahe, so hängt sich England mit Centnerschwere an. Was die Times über Preußens Aggression gegen Dänemark (die angedrohte Execution) sagt, ist nur ein matter Abklatsch von den energischen Abmahnungen Russells. Wenn Preußen es durch einen Angriff auf Dänemark zu einem Kriege mit Frankreich bringe (so heißt es von London aus), wie Oesterreich durch den Angriff auf Sardinien, so werde sich England gegen Preußen gerade so verhalten, wie gegen Oesterreich. Palmerston ist eben unser geschworener Feind.

Wenn nun aber wirklich Napoleon sich Dänemarks annahm (er hatte damals noch nicht, wie 1863, sich in die mexikanische Expedition verstrickt), wenn England, wie höchst wahrscheinlich, wenigstens diplomatisch, auf Preußen drückte, vielleicht auch Rußland — würde dann wohl jener kühne Muth des thätigen Vorangehens, der angeblich mit einem Male in die preußischen Staatsmänner gefahren war, sich als nachhaltig erweisen? Oder würden sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben und zurückgehen? Und

wäre dann nicht Preußens Lage und seine Stellung in Deutschland nur verschlimmert?

Wie sehr ich mit meinen Befürchtungen Recht gehabt, davon überzeugte mich ein Brief, den ich fast um die gleiche Zeit, unterm 23. Februar 1861, von einem politischen Freunde erhielt, der ebendamals, bei einem Besuche in Berlin Gelegenheit gesucht und gefunden hatte, sich genauer über die dortige Sachlage zu informiren. Er klagte:

> Ich bin leider von Berlin sehr enttäuscht zurückgekehrt. Ich hatte so bestimmt geglaubt, daß man in Betreff Schleswig-Holsteins einen festen und großen Plan habe. Allein an einen solchen ist nicht zu denken. Unter diesen Umständen kann ich den Abgeordneten keinen so großen Vorwurf daraus machen, daß sie mit vollen Segeln in die italienischen Sympathien hineingefahren sind, was, wenn man irgend einen bestimmten Plan hätte, höchst unpolitisch wäre. Denn es ist klar, daß Palmerston darin einen Freibrief für sich sehen wird, in Italien ad libitum zu schalten, ohne uns dafür auch nur die mindeste Concession in Beziehung auf Dänemark zu machen.

Zehntes Capitel.

Dramatische Anläufe.

War es die idyllische Ruhe und Abgezogenheit der klassischen Musenstadt, welche frühere, anscheinend längst entschlummerte, poetische Gelüste wieder in mir erweckte, oder war es die durch den häufigen Besuch des Theaters und die von mir in der Zeitung geübte Theaterkritik vermittelte nähere Bekanntschaft mit der Bühne und ihren praktischen Erfordernissen — genug, ich war, ehe ich mich dessen versah dem Drange dramatischen Schaffens verfallen.

Einen ersten Versuch im Drama hatte ich allerdings schon 1850 in meiner Lindenauer Einsamkeit gemacht. Was mich dazumal lockte, war ein Stück englischer Geschichte, der Untergang des Ministers Carl's I., Thomas Wentworth oder Graf Strafford. Ich hatte jene Arbeit aber nur einem einzigen sachkundigen Freunde vertraulich mitgetheilt und auf dessen Rath sie im sicheren Schrein begraben. Sie trug die Spuren mangelnder Bühnenkenntniß allzusehr an sich.

Der Stoff, an dessen dramatische Bearbeitung ich mich diesmal wagte, gehörte der vaterländischen Geschichte, dem deutschen Mittelalter an; es war ein schon öfters (u. A. von Rückert) behandelter Stoff: die Schuld und Sühne

des unglücklichen Kaisers Heinrichs IV. Nachdem ich denselben lange im Kopfe mit mir herumgetragen, ging ich im Sommer 1860, als die im vorigen Capitel erwähnten äußeren Aufregungen vorüber waren, an die wirkliche Ausarbeitung und brachte diese — zumeist im Freien, in dem Garten an meiner Wohnung oder dem nahegelegenen Park — in nicht zu langer Zeit zum Abschluß.

Während des Dichtens empfand ich so recht die Wahrheit des Goethe'schen Wortes: „Das Machen war doch gar so schön!“ Es giebt wohl kaum irgend eine andere geistige Beschäftigung, welche in sich selbst ein so volles Genüge gewährte, wie der Aufbau eines Drama. Die Freiheit des Gebahrens mit einem selbsterkorenen Stoff, die Freude, etwas Eigenes ganz aus dem Frischen zu schaffen, daneben wieder die geheime Macht der in dem Stoffe selbst, auch dem freigewählten, liegenden inneren Nothwendigkeit und Symmetrie der Gestaltung — alles das zusammen erzeugt ein so reines ideales Vergnügen, daß man dabei an den künftigen äußeren Erfolg oder Mißerfolg wenig oder gar nicht denkt und es beinahe bedauert, wenn die Arbeit zu Ende ist. Denn mit diesem Momente verschwindet der selige Rausch, in dem man sich befand, vor der, in ihre Rechte wieder eintretenden, rauhen Wirklichkeit; die fröhliche Sicherheit, womit man zuvor in dem lichten Aether der Phantasie sich bewegte, macht bedenklichen Zweifeln Platz, ob denn auch der luftige Bau den strengen Anforderungen genügen werde, die eine nüchterne Kritik und ein verwöhntes Publikum an denselben stellen dürften. Je zuversichtlicher und selbstbefriedigter man vorher war, um so befangener und ängstlicher wird man nun.

Kommt nun hinzu, daß Der, welcher einen derartigen Anlauf nimmt, kein Jüngling mehr ist (einem solchen verzeiht man es wohl, wenn er beim Ritt in's romantische Land der Dichtung sich einmal verirrt oder gar bügellos wird), sondern ein Mann über das leichtlebige Alter hinaus, ein Mann mit vorgezeichnetem Lebensberuf, dem man es mit Recht verdenken mag, wenn er in ein fremdartiges Gebiet unberufen hinüberschweift, so wird die Lage eine doppelt bedenkliche. In solcher Lage aber befand ich mich, und mein Bangen wegen des Ausganges meines Wagnisses war daher ein sehr natürliches.

Aus dieser Verlegenheit half mir meine gute Frau. Sie hatte schon während der Arbeit durch warme Theilnahme an deren Fortgang, so wie durch manchen willkommenen Rath aus der Ursprünglichkeit weiblichen Gefühls heraus mich freundlichst unterstützt; sie fand jetzt auch einen Ausweg aus der Verwirrung, in der ich mich befand, indem sie einen Freund unseres Hauses, der in diesem Fache — als Dramaturg und als Dramatiker — bewandert war, den Dr. Locher (späteren Director des Meiningischen Hoftheaters) heimlich in's Vertrauen zog. Von ihm ermuthigt, las ich das Stück ihm und unseren beiderseitigen Frauen vor — anfänglich mit großer Befangenheit, die aber allmälig wich, da Locher, je weiter ich las, desto mehr sich für die Dichtung erwärmte und endlich am Schluß versicherte, er glaube einen Bühnenerfolg mir in sichere Aussicht stellen zu können.

Nachdem so das Eis gebrochen war, theilte ich das Stück auch dem, mir gleichfalls befreundeten, „Papa Genast“ mit, der in solchen Dingen eine reiche Erfahrung hatte.

Zu meiner Freude bekräftigte er vollständig Lochers hoffnungsvolle Voraussage. Damit noch nicht zufrieden, bat ich auch andere hervorragende Fachkundige — Schauspieler, Regisseure, Theaterleiter, Dramaturgen, Dramatiker — um ihr Gutachten. Dabei nun machte ich die interessante Erfahrung, wie verschiedenartig diese Männer, die doch sämmtlich dem Theater ohngefähr gleich nahe standen, also dessen praktische Anforderungen an ein Drama gleich gut kennen mußten, über den muthmaßlichen scenischen Erfolg meines Stückes urtheilten. Ueber dessen poetischen Gehalt sprachen sie sich insgesammt sehr freundlich aus; im Uebrigen traten Grunert in Stuttgart, Dahn in München, Jaffé in Braunschweig der günstigen Prophezeihung Lochers und Genasts unbedingt bei; Laube und Putlitz, obwohl mit der Dichtung sehr zufrieden, sprachen doch ihre Zweifel darüber aus, ob solche mittelalterliche Stoffe hinlänglich dramatisch wirksam gemacht werden könnten. Der Erstere schrieb:

> Ihr Drama hat uns Alle (er hatte es seiner Frau und Schwiegermutter, zwei hochgebildeten und geistvollen Damen, vorgelesen), was die Fähigkeit der Composition betrifft, überrascht. Sie haben ja früher nie ein Zeichen davon gegeben! Die ganze Anordnung und Eintheilung ist klar und sinnig, die Ausführung verständig und knapp, Letzteres in der zweiten Hälfte vielleicht in zu hohem Grade, weil man auf der Höhe nach größerem Drang und Schwung der Leidenschaften begehrt. Daß ich hier (an der Burg in Wien) an eine Aufführung solchen Themas nicht denken kann, haben Sie selbst schon zugegeben. Es wird Ihnen aber, fürchte ich, auch an anderen Orten schwer werden, die Bretter dafür zu finden. Nicht des politischen und religiösen Inhalts wegen, aber wegen des fernliegenden Stoffes. Das Theaterpublikum verlangt jetzt, wie ein Kind, nur Gegenwart, Gegenwart! Und für die alte

Kaiserzeit — mag das Pathos unseren Interessen auch noch so verwandt sein — bedarf es titanischer Dichterkräfte, um die Bühne zu erobern und zu behaupten.

Putlitz sprach sich so aus:

Zuerst die aufrichtige Freude über Ihr edles, echt deutsches Werk, das, gedankenreich, in der schönen Form des Wortes, die Theilnahme jedes Lesers fesseln muß. Ich bin nicht Kritiker, und eine Kritik werden Sie also nicht von mir fordern, aber der Hingabe an die Dichtung ,fühle ich mich, Gott sei Dank, fähig, und so lassen Sie Sich an dem Ausdruck der reinen Freude genügen, die Ihr Gedicht mir bereitete! Was ich vielleicht verstehe, ist dramatischer Aufbau, die Architektur der Stücke und das, freilich immer sehr unsichere, Herausfühlen des Bühnenwirksamen. Nach dieser Seite nehmen Sie mein offenes Urtheil! Es ist eine Ungunst der mittelalterlichen Stoffe (und, wenn wir von echten deutschen reden, bleiben uns ja nur die aus jener Zeit der deutschen Zusammengehörigkeit), daß sie mehr episch, als dramatisch sind, daß sie immer wieder den Conflict der Kirche mit der weltlichen Macht, der (leider unverbesserlichen) Sonderstellung der kleinen Fürsten mit dem Oberhaupte des Reiches bringen müssen. Ihr Stück hat nun, so viel es ging, dies Epische überwunden und, jeden lyrischen Schmuck verschmähend, durch den Conflict zwischen Vater und Sohn rein menschlich zu ergreifen gewußt. Hier aber finde ich ein Bedenken. Ist der edle Umschlag des Königs genügend motivirt, um so sehr an ihn zu glauben, daß die Versöhnung uns völlig befriedigt und der Abschluß nicht unsicher ausklingt? Ganz aber ist das Epische des Stoffes nicht zu überwinden gewesen, und die tragische Schuld, der Kernpunkt jeder Tragödie, der allgemeine Grundgedanke des Stückes, löst sich nicht klar aus den Conflicten Ebenso müssen folgerichtig die scharfen dramatischen Effecte fehlen. Das Alles schwächt natürlich die Wirkung auf der Bühne bei unserem, durch pikante Kost überreizten Publikum. Selbst „Ernst von Schwaben“ von Uhland, diese Perle unserer Literatur, die meinem Herzen am nächsten steht vielleicht von allen dramatischen Gedichten, die wir besitzen, hat die dauernde Gunst des Pub=

likums nicht erobern können. So wird sich das Stück natürlich nicht den Effectdramen anreihen, welche die Repertoires in langer Reihe von Wiederholungen beherrschen; aber das war es auch nicht, was Sie mit Ihrer Dichtung erstrebten: der achtungsvollen Theilnahme des Publikums wird es aber gewiß sein: Das ist wenigstens meine unmaßgebliche Meinung.

Der Einzige, welcher sich völlig ablehnend verhielt, und zwar, weil er den Stoff „Heinrich IV." für absolut undramatisch erachtete, war Eduard Devrient. Derselbe schrieb:

> Ihr Trauerspiel „Heinrich IV." habe ich mit großem Antheil für seine einzelnen Schönheiten in der Ausführung gelesen und sage Ihnen für die freundliche und vertrauensvolle Mittheilung meinen herzlichsten Dank. Aussicht auf einen Bühnenerfolg des Gedichtes kann ich Ihnen nicht geben. Das Stück Historie, das Sie gewählt, hat in seinem Helden keine Sympathie; er ist der unseligste der deutschen Herrscher und der haltloseste, an dem das willigste Mitgefühl auch nicht eine kleinste Stelle findet, sich anzuklammern. Merkwürdig, daß Heinrich IV. so oft schon zum dramatischen Stoff gewählt worden, mir auffallend, daß auch Sie, verehrter Herr, sich durch die Bewegtheit seines Schicksals haben verleiten lassen. Heinrich IV. schließt in seinem Leben nirgends befriedigend ab, auch nicht in tragischer Erschütterung; nichts ist beisammen in diesem Schicksal und Verhalten, und darum liefert er keinen abgerundet dramatischen Stoff. Sein Leben löst kein sittliches, kein historisches Problem. Das, glaube ich, ist der Hauptgrund, daß auch Ihrem Gedichte die Sammlung, das Interesse, der wirksame Bau nicht gelingen konnte. Es ist ein herausgehobenes Stück Geschichte, kein Drama. Wir interessiren uns nicht für den schofelen Vater, noch weniger für den entarteten und doch nicht hinlänglich frevelkühnen Sohn, der obenein zuletzt noch siegt trotz seiner Flucht. Die Schönheiten des Gedichtes, unter denen die Kaiserin in Böckelheim hervorleuchtet, gehen vorüber, verschwinden; bleibenden Eindruck macht uns nur das auseinanderliegende Wirrsal von Falschheit, Trug, Priestergewalt und Elendigkeit einer trostlosen Epoche. Ich bedaure, daß so verdienstvolle Arbeit an einen unergiebigen Stoff sich gewendet hat, dem keine Sympathie

und keine dramatische Form abzugewinnen ist. Kam es darauf an, war es Aufgabe, diesen Stoff zu behandeln, so, glaube ich, durfte ihm auch die erste, größere Hälfte des königlichen Lebens nicht fehlen, die ganze, sichtbar erlebte Verschuldung; dann war es doch — und mehrere Gedichte in dieser, freilich wieder unthea=tralischen, Ausdehnung haben mir vorgelegen — ein vollständiges Bild des Gerichtes, das über ein verpfuschtes Königsleben gehalten wird, ein Bild des Verderbens, das ein solcher König über das Volk bringt. Ihrem Gedichte fehlt die Basis des früheren Lebens; die Bezugnahmen ersetzen sie nicht.

Gegen diese, doch allzu pessimistische Auffassung der Persönlichkeit Heinrichs IV. hätte ich allerdings als Historiker vom Standpunkte eines solchen aus Manches einzuwenden.

Für die Aufführung des Stückes lag es mir natürlich am nächsten, mich an die Hofbühne in Weimar zu wenden. Sie stand damals unter Dingelstedts Leitung. Ich hatte mit diesem, als Theaterkritiker der Weimarischen Zeitung, vor nicht langer Zeit einen kleinen Strauß gehabt und war daher nicht ohne Besorgniß, ob er mich etwa dies werde entgelten lassen. Das geschah aber nicht, vielmehr antwortete er mir auf meine Anfrage in der liebenswürdigsten Weise:

> Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich anzuzeigen, daß ich Ihr Trauerspiel: „Kaiser Heinrich der Vierte," in welchem ich ein treffliche Dichtung und die beste mir bekannte Dramatisirung dieses oft behandelten Vorwurfs mit aufrichtiger Anerkennung gefunden habe, zur Aufführung auf hiesiger Hofbühne annehme.

Es sei mir gestattet, hier eine kurze Inhaltsskizze des Stückes einzuschalten:

> Um den beinahe 30jährigen Hader im Reich zu enden, hat Kaiser Heinrich einen Reichstag einberufen. Es gelingt ihm, durch sein persönliches Auftreten und durch Gewährung billiger Forde=

rungen die große Mehrzahl der Fürsten mit sich auszusöhnen, einen Landfrieden zu verkünden und die Wahl seines Sohnes Heinrich zu seinem Nachfolger, zum „Deutschen König", zu erlangen. Aber eine Partei des höheren Adels, im engen Bunde mit dem römischen Legaten, sucht dieses Friedenswerk zu stören. Gegen sie tritt der Kaiser mit aller Schroffheit seines, zur Gewaltthätigkeit neigenden Charakters und selbst mit Verletzung des formellen Rechts bei einer Gelegenheit auf, wo es sich um einen Streit des Adels mit dem, vom Kaiser begünstigten, Bürgerthum handelt. Hier nun trennt der junge König sich von seinem Vater. Theils die Befürchtung, es könne nochmals (wie schon einmal) zu einer Entsetzung seines Vaters und dann zur Verdrängung ihres ganzen Hauses vom Throne kommen, theils ehrgeiziges Streben nach der Krone für sich selbst verführen ihn, mit der päpstlichen Partei gemeinsame Sache zu machen. Es gelingt ihm, den Kaiser auf die Burg Böckelheim zu locken und dort vor einen Reichstag zu stellen. Der Kaiser wird entsetzt und soll in Haft gehalten werden, bis er selbst verzichtet. An seine Stelle wird der junge König zum Kaiser erwählt. Allein der alte Kaiser entkommt mit Hilfe von Freunden aus der Haft; der Herzog von Lothringen und andere Fürsten, namentlich aber die großen Rheinstädte erklären sich für ihn, und so entschließt er sich, obwohl lang widerstrebend, zu einem Kriege mit dem eigenen Sohn. Dieser erkennt endlich, daß er durch seine Parteinahme für Adel und Kirche nichts gewonnen, wohl aber grenzenlose Verwirrung im Reiche angerichtet hat. Noch möchte er umkehren, aber es ist zu spät, denn seine Reue würde jetzt als Feigheit ausgelegt werden. Er muß den Kampf annehmen. Als er aber, um die weichenden Seinigen zu ermuthigen, dem eigenen Vater Stirn an Stirn entgegentreten soll, siegt sein kindliches Gefühl, und auf die Gefahr hin, ein Feigling zu scheinen, flieht er [Der Kaiser, in der Meinung, sein Sohn fliehe wirklich aus Feigheit, will ihm nachsetzen und ihn zum Kampf zwingen; da bricht er, von der übermächtigen Aufregung zum Tode getroffen, zusammen. Inzwischen hat der König die zu seiner Verfolgung nachgesandten Truppen des Kaisers geschlagen, kommt aber nun, als Sieger, die Verzeihung des Vaters zu erflehen, die dieser, nebst seinem Segen, ihm sterbend ertheilt, nachdem der Sohn ihm gelob'

ihn an Rom zu rächen und die Rechte des Reichs zu wahren. Die weiblichen Figuren, die Kaiserin Bertha und die kaiserliche Tochter Adelheid, die Wittwe Friedrichs von Stauffen, bilden in ihrem treuen Festhalten am Kaiser einen versöhnenden Gegensatz zu dem abtrünnigen jungen König.

Das Stück wurde in Weimar zu Anfang des Jahres 1861 aufgeführt; die Hauptrolle gab der, damals in der vollen Blüthe seiner Kraft stehende (1885 verstorbene) Lehfeld. Der Erfolg war ein durchschlagender: vom zweiten Acte an wurden Darsteller und Verfasser nach jedem Actschluß stürmisch gerufen. Denselben Erfolg erzielte das Stück in Leipzig (wo Stürmer den Kaiser darstellte), obgleich es da zur ungünstigsten Zeit, im Hochsommer, gegeben ward.

Die Versuche, das Stück noch auf anderen Bühnen zur Aufführung zu bringen, hatten keinen weiteren Erfolg, als den, immerhin nicht zu unterschätzenden, daß sie mir einen Einblick in die unendlichen Schwierigkeiten verschafften, mit denen in Deutschland jedes neue Theaterstück (wenigstens im Gebiete des höheren Dramas, und wenn der Stoff der vaterländischen Geschichte entnommen ist) zu kämpfen hat. Vielleicht ist es nicht ganz ohne Interesse für manchen meiner Leser, wenn ich die von mir in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen hier mittheile.

Das Hoftheater zu Dresden stand damals unter der Leitung des hochbejahrten Freiherrn von Lüttichau. Dessen rechte Hand war Dr. Pabst. An Letzteren hatte mir aus völlig freiem Antriebe Dingelstedt folgenden sehr freundlichen Empfehlungsbrief gegeben:

Der schätzbare Verfasser des Dramas „Kaiser Heinrich IV.“ glaubt einen Geleitsbrief desselben an Ihre Bühne, verehrter Freund

und College, nöthig zu haben. Ich stehe nicht an, ihm einen solchen in bester Form hiermit auszustellen, indem ich versichere — was eigentlich Ihrem Kennerblick und dem hiesigen Erfolge des Stückes gegenüber gleich überflüssig ist —, daß sein Werk nicht nur ein treffliches an sich, sondern auch ein theaterfestes genannt werden darf. Es hat die Feuerprobe bei uns bestanden und sich auf dem Repertoire dauernd eingebürgert. „Gehet hin und thuet desgleichen!“ Dingelstedt.

Die Empfehlung hatte den gewünschten Erfolg; das Stück ward angenommen; die Rollen waren, wie mir amtlich mitgetheilt wurde, bereits ausgeschrieben, der Tag der Aufführung anberaumt. Und doch unterblieb diese! Noch im letzten Augenblicke waren, wie ich auf meine Anfrage beschieden ward, dem alten Herrn Bedenken beigegangen (oder von Andern eingeflößt worden) wegen des in dem Stücke abgehandelten Conflictes zwischen Staat und Kirche und der, freilich nicht eben vortheilhaften Rolle, welche ein päpstlicher Legat darin spielt. Mein Dringen auf Erfüllung des mir unter amtlicher Unterschrift und Siegel gegebenen Versprechens der Aufführung hatte keinen Erfolg.

In Stuttgart hatte sich Gruner warm für mein Stück verwendet. Er selbst wollte den Kaiser spielen. Auch dort ward es angenommen, auch von dort ward mir die Rollenvertheilung und die Festsetzung des Tages der Aufführung als bereits erfolgt mitgetheilt; aber auch dort hatte es damit sein Bewenden. Als ich gegen Gruner meine Verwunderung darüber aussprach, deutete mir dieser an: möglicherweise sei der scharfe Gegensatz zwischen Vater und Sohn, der zu unliebsamen Vergleichungen hätte Veranlassung geben können, die Ursache der Nichtaufführung.

Nach einer andern Version wäre um die Rolle des Kaisers ein Streit zwischen Gruner und einem Mitbewerber, der zugleich Regisseur war, entstanden. Genug, das Stück ward auch dort ad acta gelegt!

In Braunschweig hatte man, wie ich erfuhr, Anstoß daran genommen, daß „ein Welf" als ein etwas zweideutiger Charakter in dem Stücke auftritt. Welche Pietät gegen einen entfernten Namensvetter noch nach mehr als 800 Jahren!

Daß im Wiener Burgtheater an eine Aufführung nicht zu denken sei, sprach Laube offen aus und ließ sich auch begreifen. Vom Berliner Hoftheater erhielt ich das bekannte, halb gedruckte, halb geschriebene Schema der Ablehnung ohne Angabe von Gründen.

Ich kann mir denken, daß Jemand, der das Drama zu seinem Beruf gewählt hat, durch ähnliche Erfahrungen, wie diese, nicht gerade ermuthigt und angefeuert werden mag, und daß schon ein sehr nachhaltiger Trieb und ein sehr entschiedenes Talent dramatischen Dichtens dazu gehört, um erst die Unlust, gegen derartige Hindernisse anzukämpfen, dann aber diese Hindernisse selbst zu überwinden.

Aus den gedruckten Kritiken über „Heinrich IV." will ich nur Einiges hier anführen. Im Feuilleton der „Hamburger Nachrichten" (7. Mai 1861) schrieb Robert Heller:

Karl Biedermann, den wir bisher als Philosophen, als politischen Publicisten und geschmackvollen Literar- und Culturhistoriker kennen lernten, überrascht seine zahlreichen Freunde plötzlich mit einer tragischen Dichtung von eng geschlossenem Bau, markiger Charakteristik und dramatisch beredsamer Sprache. Daß das Trauerspiel zugleich in seiner Handlung unserer Gegenwart den Spiegel der Geschichte

zu ernster Lehre und Mahnung vorhält, das wollen wir nur mit Vorsicht erwähnen. Denn, obschon „Heinrich IV.“ dadurch zum Tendenzstück wird, so ist er doch keineswegs tendenziös in seinen Einzelheiten. Die zeitgemäße Wirkung geht vielmehr ganz ungesucht aus der lebendigen Darstellung der Personen und Verhältnisse Deutschlands zu Anfang des 12. Jahrhunderts hervor. Was Biedermann in „Heinrich IV.“ zum tragischen Conflict gestaltet, das ist der uralte Kampf zwischen Staat und Kirchengewalt, hier verpersönlicht durch die Auflehnung des königlichen Sohnes wider den Kaiser, seinen Vater. Letzterer vertritt die weltliche Macht, der junge Heinrich die von Rom verführte Partei Deutschlands, und das Ende ist die Bekehrung des Sohnes zu dem Rechte seines Vaters und seiner Nation. Kann der Verfasser dafür, wenn dieser Zwiespalt an die Concordate unserer Zeit erinnert und wenn gleich der erste Auftritt, der Reichstag auf dem freien Felde vor Mainz, ein Parlament vor unser Gedächtniß ruft, dem nur der Kaiser fehlte, um es zu der größten Reichsversammlung zu erheben, die je bei Ingelheim, in Worms oder Augsburg tagte?

In einer Correspondenz aus Weimar in der „Theaterchronik“ (13. April 1861) hieß es:

Aus dem reichen Repertoire unseres Theaters sei hier nur Einzelnes hervorgehoben, das eine besondere Beachtung verdient: Hebbels „Nibelungen“ und Biedermanns „Heinrich IV.“. Ueberragt auch ersteres Werk, das ein vorzügliches genannt werden muß, das zweitgenannte, so bekundet doch auch der Dichter des letzteren Drama ein nicht geringes Talent und eine erfreuliche Bühnenkenntniß. Die Charakteristik ist wohlgelungen; Alles wurzelt durchaus in den Verhältnissen der Zeit, auf welcher die Handlung, als ihrem Träger, ruht; die patriotische Gesinnung, die aus der Tragödie hervorleuchtet, macht sich als eine sehr ehrenwerthe und kernige bemerkbar; der Diction gebührt im Allgemeinen das Prädicat einer markigen, schwungvollen, von poetischem Hauch durchwehten.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (vom 29. Mai 1861) äußerte sich Hermann Marggraff so:

Kaiser Heinrich IV. war kein sittlich reiner Mensch, und er

hat auch als Staatsmann und Regent viele große Mißgriffe begangen. Wir wissen aber auch, daß er viele vorzügliche Geisteseigenschaften besaß, daß er ein persönlich tapferer Mann, ein Held im Dulden wie im Handeln war, daß er in sechszig Feldschlachten, meist siegreich, gefochten hat, daß er eine große Zähigkeit bewies und selbst seinen großen Gegner Gregor VII. für die ihm in Canossa auferlegte Demüthigung schließlich doch strafte und in's Exil trieb. Wir haben hier also Alles, was zu einem tragischen Charakter gehört: Kraft, Schuld und endlich eine Katastrophe der rührendsten Art, die dem Kaiser unser tiefstes Mitgefühl gewinnen muß, um so mehr, da er sich seinem Sohne Heinrich mit einem Vertrauen hingiebt, welches dessen Verrath nur um so abscheulicher erscheinen läßt. Der weitere Vorzug des Stoffes liegt darin, daß Heinrich IV. sein ganzes Leben in fast unausgesetzten Kämpfen gegen die Anmaßungen Roms und des römischen Klerus wie gegen die Anmaßungen der deutschen Großen zu Gunsten der Reichseinheit und der Freiheit der mehr und mehr aufblühenden deutschen Städte verbrachte. Indem diese Kämpfe sich bis in unsere Tage hineinziehen, gewinnt der von Biedermann behandelte Stoff, und gerade in der Art, wie Biedermann ihn behandelt hat, eine große Bedeutung für unsere Zeit. Dagegen liegt ein Hauptmangel des Stoffes darin, daß eigentlich das schlechte Element, das böse Princip der Untreue, des schamlosesten Verraths und der perfidesten Ueberlistung, in der Person Heinrichs des Sohnes, schließlich siegt, was weder einen sittlich noch einen poetisch befriedigenden Abschluß giebt. Biedermann hat sich, im Widerspruch mit der Geschichte, dadurch über diese Klippe hinwegzuhelfen gesucht, daß er den jungen Heinrich zuletzt mitten im Wüthen einer Feldschlacht Reue empfinden und den Vater mit ihm versöhnt sterben läßt. Aber diese Reue kommt zu plötzlich, zu unerwartet und unmotivirt, als daß sie uns erklärlich erscheinen oder uns gegen ihn und seine vorhergegangenen verrätherischen Handlungen versöhnlicher stimmen könnte. Dagegen muß man dem Verfasser einräumen, daß er, meist im genauen und respectvollen Anschluß an die Geschichte, den Stoff eben so einfach als dramatisch wirksam in verständig sich steigernder Entwickelung behandelt hat. Wenigstens von der vierzehnten Scene des dritten Acts, der Böckelheimer Fürstenversammlung

an, gestaltet in der That des Verfassers Hand den Stoff mit einer Oekonomie und Sicherheit, die fast staunen machen bei einem, zwar seit Langem auf anderen Gebieten höchst rühmlich, aber auf dramatischem bis jetzt noch gar nicht bekannten Autor. Die Sprache ist, wie meist auch die Charakteristik, kräftig und männlich, und einige der Hauptreden des Kaisers, der in seiner kaiserlichen wie menschlichen Größe imponirend in den Vordergrund gestellt ist, werden, entsprechend vorgetragen, überall große Wirkung hervorbringen müssen. Das Ideelle in den Kämpfen des Kaisers ist nachdrucksam hervorgehoben, besonders auch das erwachende Bewußtsein des Bürgerthums in den Abgesandten der rheinischen Städte an den Kaiser.

Von ganz besonderem Interesse war mir ein Urtheil K. Gutzkows in dessen „Unterhaltungen am häuslichen Heerd“ (1861, Nr. 383). Es lautete:

Ueberraschend ist die sichere Führung der Handlung, der scenenkundige Aufbau der Acte, im Dialog der warme, lebensfrische Redefluß, im Charakteristischen die gewandte Anlehnung an diejenige Spielweise, die sich eben bei unseren Schauspielern als wirksam und ihnen geläufig voraussetzen läßt. Das Schiller'sche Vorbild ist darin fast zu sehr erkennbar. Im Allgemeinen liegt auf unserem deutschen Mittelalter für die Bühne ein ästhetischer Bann, der schwer zu lösen sein wird. Kaum ist eine feste Gestaltung des Interesses da, so zersplittert sie sich durch die Verfassung des Reichs, die ungeheure Ausdehnung seiner Interessen, die enorme Zahl von Menschen, die mitzusprechen haben. Die überwiegend politische Betonung und Beseelung seines Stoffes ist ein schöner Vorzug der Biedermann'schen Arbeit, und doch birgt auch sie eine Gefahr: das rein Menschliche geht im absolut Staatsmännischen und Kriegerischen zu sehr verloren. Nicht daß nicht Vaterrechte, Sohnespflichten, Mutterſorge und alle Accorde des Familenlebens auch bei ihm durch die Staatsaction wohllautend hindurchtönten, doch bleiben sie mehr oder weniger abgerissen; sie können den Raum nicht gewinnen, mächtig anzuschwellen in dieser Fülle von politischen Beziehungen, in diesen Verschwägerungen und Formalitäten der Lehnsabhängigkeit. Im Sohne des Kaisers, dem spätern Heinrich V., vermißt man die Ver-

tiefung des Charakters zu jener Bedeutung, welche doch auch in Shakespeares historischen Stücken immer noch die Psychologie neben der Chronik behauptet. Der Bruch im Gemüthe dieses jungen Mannes mußte vom Dichter als die eigentliche Basis seines ganzen Stückes gelegt und noch subtiler und umständlicher gezeichnet werden, als von ihm geschehen ist. Da dies unterblieb, so kommt es, daß uns trotz des lebendigsten Verkehrs auf der Bühne, den uns die formgewandteste Feder vorführt, doch immer das Gefühl bleibt: die eigentliche Poesie der Sache möchte wohl noch links oder rechts am Wege liegen, und es würde die ganze Schrift gleichsam noch einmal an's Licht gehalten werden müssen, um neben und zwischen den Zeilen dasjenige erst sichtbar anzutreffen, worauf es der dramatischen Poesie bei diesem Stoff ankommen mußte. Der Dichter hatte dies Gefühl selbst: seine häufigen Monologe beweisen es. Aber im Drang nach dem rein Politischen und Historischen fand er kaum noch äußerlich den Raum, dem Psychologischen und Poetischen mehr als flüchtig Stand zu halten Die Folge ist, daß ein so wahrhaft schön gedachtes Werk zwar mit allen Anzeichen der Anregung am Zuschauer vorübergeht, aber doch in seiner Totalität keine überzeugende Erfüllung zurückläßt. Wir sprachen diese Rüge nur im Interesse der festzustellenden Thatsache aus, daß unsere Bühne für die Geschichte unseres Mittelalters schwerlich ein treuer Spiegel werden dürfte. Der Biedermann'schen Arbeit war darum keinerlei Anerkennung zu versagen, und dürfte sie sich jeder Bühne als eine die Mühe des Einstudirens wohl belohnende Aufgabe empfehlen.

Wer erst einmal den Reiz des Aufbaues eines Dramas gekostet hat und nicht sofort durch äußere Mißerfolge abgeschreckt worden ist, der wird schwer der Versuchung widerstehen, das gleiche Vergnügen sich abermals zu verschaffen. So wenigstens erging es mir. Noch ehe ich wußte, welches Schicksal mein „Heinrich IV." auf der Bühne haben würde, hatte ich Hand an ein neues Drama gelegt. Als am Tage der ersten Aufführung meines „Heinrich" in Weimar einer meiner dortigen Freunde, Staatsanwalt

Genaſt (der Sohn des Schauſpielers), der ſelbſt Dramatiker war und daher die Freuden und Leiden eines ſolchen kannte, theilnahmevoll zu mir kam, um mir die letzten, bangen Stunden vor dem Beginn des Theaters vertreiben zu helfen, mußte er zu ſeinem Erſtaunen von meiner Frau hören, daß ich ſpazieren gegangen ſei, um an meinem „Kaiſer Otto III.“ zu arbeiten.

Dieſer Stoff hatte mich darum angezogen, weil ich in „Ottos III.“ Leben und Schickſal am ſchlagendſten die Schuld und Sühne jener vielen deutſchen Könige abgebildet zu ſehen meinte, die ihr Intereſſe von Deutſchland ab- und ganz nur nach Italien hin gewendet. Der Gang der Handlung in dem Stücke war folgender:

Otto III., von Haus aus ein echter Deutſcher vom Sachſenſtamme (was ſich ſogleich im Anfange des Stücks darin zeigt, daß er nicht die von ſeiner Mutter ihm beſtimmte griechiſche Prinzeſſin, ſondern eine deutſche Edle, des Grafen Hoiko Tochter Giſela, zu ſeiner Gemahlin erkieſt), wird durch hochgeſpannte Ideen von der Würde des römiſchen Kaiſerthums, durch den romantiſchen Traum von einem zwiſchen Deutſchen und Römern zu ſtiftenden innigen Seelenbunde, endlich durch ſeines Vaters und Großvaters Beiſpiel — trotz der Abmahnungen ſeines Oheims Heinrich — nach Italien gelockt. Er muß Letzterem verſprechen, bald nach Deutſchland zurückzukehren, da ein großer Slavenaufſtand droht. Nachdem er den Römern einen Papſt in der Perſon ſeines Lehrers Bruno gegeben, läßt er dieſen und die Kaiſerin unter dem Schutze einer kleinen Schaar Deutſcher in Rom und eilt nach Deutſchland. Kaum iſt er fort, ſo bricht in Rom ein Aufruhr aus, der das Leben Brunos bedroht. Otto, durch eine eilige Botſchaft davon benachrichtigt, möchte am liebſten ſofort nach Rom zurückkehren, allein die Fürſten zwingen ihn, zuvor mit ihnen den Kampf gegen die Slaven zu beſtehen. Als er endlich wieder nach Rom kommt, iſt Bruno ermordet. In höchſter Wuth tödtet Otto den, gefangen vor ihn geführten, Mörder Crescentius

mit eigener Hand und wird dafür von dem 90jährigen Nilus, den das Volk wie einen Heiligen verehrt, mit dem Fluche belegt. Vergebens dringt Gisela in ihn, Rom zu verlassen und als deutscher König, ganz nur seiner Pflicht als solcher geweiht, ein neues Leben zu beginnen. Völlig mit sich und Allem, was er bisher hochgeschätzt, zerfallen, wird Otto die Beute eines schlauen französischen Priesters, Gerbert, der ihn beredet, sich von Gisela zu trennen und mit der Griechin zu vermählen, welche ihm, dem Herrn des Westens, als Morgengabe auch das oströmische Reich zubringen werde. Otto geht darauf ein; die Griechin erscheint in Rom; ihr zu Liebe verbannt Otto seine Deutschen aus seiner Nähe, aus welcher sich Gisela bereits selbst verbannt hat. Bald aber sieht er sich furchtbar enttäuscht. Die Griechin, jeder wärmeren Herzensneigung baar, will nur die Herrschaft an sich reißen, ihn selbst von sich abhängig machen; als Otto sich dagegen sträubt, erregt sie im Bunde mit Gerbert einen Aufstand der Römer. Otto flüchtet in ein festes Castell; aber seine Lebenskraft ist gebrochen, er siecht dahin. Seine Deutschen, die trotz seines Verbots doch in der Nähe geblieben sind, übernehmen seinen Schutz; auch Gisela kehrt, da sie von Ottos Zustand hört, zu ihm zurück, um ihn zu pflegen. Ihr Vater Hoiko und ein zweiter deutscher Großer kommen im Auftrag der Fürsten, um den König zur Rückkehr nach Deutschland zu mahnen; wohl möchte Otto mit ihnen gehen, allein seine Kräfte versagen; er kann sie nur noch bitten, seinen Leichnam mit nach Deutschland zu nehmen und in deutscher Erde zu bestatten; sein letzter Auftrag an sie, bevor er in Giselas Armen stirbt, lautet:

„Bringt meinem Vetter Heinrich meine Krone!
Er ist ein würd'ger Haupt dafür, als ich.
O hätt' ich ihm gefolgt, ich wäre glücklich,
Der mächt'ge Herrscher eines großen Volkes,
Des stärksten auf der Erde und des treu'sten.
Ich wollte mehr sein, und so opfert' ich
Das Reich, mich selbst, mein Haus, und was mein Liebstes,
Für ein Phantom. Ich bitt' Euch, sagt den Fürsten,
Daß sie vergeben meiner raschen Jugend!
Und mag mein Schicksal eine Warnung sein
Für alle künft'gen Herrscher unsres Landes!"

Auch dieses Drama ging über die weimarische Hofbühne. Die Hauptpersonen, Otto und Gisela, wurden von Herrn Wünzer und Fräulein Bußler mit Wärme dargestellt. Der Erfolg war ein befriedigender, wenn auch, wie ich mir nicht verhehlen konnte, ein weniger durchschlagender, als beim „Heinrich“. Es lag dies wohl daran, daß den Helden seine Schwäche und Unklarheit dem Zuschauer weniger sympathisch machten. In dem Aufbau des Stückes fanden Genast und der damalige Leipziger Theaterdirector Wirsing einen Fortschritt über den „Heinrich“ hinaus. Letzterer nahm den „Otto III.“ zur Aufführung an, doch kam es nicht dazu, da Wirsing bald darauf nach Prag ging.

Mein dritter dramatischer Versuch: „Der letzte Bürgermeister von Straßburg“ entstand seiner Idee und Anlage nach auch noch in Weimar, rückte aber in der Ausarbeitung wegen äußerer Störungen nur sehr langsam vor und gelangte zum völligen Abschluß nicht früher als 1867, wo ich, von einer Harzreise heimkehrend, im Eisenbahnwagen die letzten 100 oder 150 Verse mit Bleistift niederschrieb.

Grunert, dem ich eine Skizze des Stückes mittheilte, interessirte sich sehr dafür, meinte aber: aufgeführt dürfe es nicht werden, bevor nicht wirklich eingetroffen, was ich darin prophezeite, die Rückeroberung Straßburgs; der Eindruck möchte sonst ein zu niederdrückender sein. Dazu war nun freilich 1867 anscheinend nicht die fernste Aussicht. So ließ ich das Stück ruhig im Kasten liegen. Als aber 1870 die langersehnte, fast schon aufgegebene Hoffnung einer Wiedergewinnung des Elsaß plötzlich ihrer Verwirklichung näher rückte, nahm ich es wieder vor.

Laube stand damals eben im Begriff, die Leitung des Leipziger Stadttheaters, die ihm sehr bedauerlicher Weise schon so bald verleidet worden war, wieder aufzugeben. Ich hatte ihm mein Drama anonym eingesandt, um auch den Schein zu vermeiden, als wolle ich zu Gunsten desselben unsere langjährige Freundschaft ausbeuten, und hatte mir seinen Entscheid unter einer Chiffre in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erbeten. Auf diesem Wege erfuhr ich denn, daß er das Stück seinem Nachfolger, Fr. Hase, zur Beachtung empfohlen habe. Hase nahm es an, und die Aufführung fand zum Friedensfeste, am 26. Mai 1871, statt. Herr Stürmer, der 10 Jahre früher meinen „Heinrich“ gegeben, spielte jetzt — mit noch ungeschwächter Kraft — den „letzten Bürgermeister“, Diedrich. Der Erfolg war ein durchaus erfreulicher. Gleichwohl ist das Stück nirgends anders — mit Ausnahme von Bremen — zur Darstellung gelangt, obwohl es in Weimar angenommen und auch schon ein bestimmter Termin der muthmaßlichen Aufführung angesetzt war, obschon der neue Leiter des Stuttgarter Theaters, Feodor Wehl, mir die Aufführung daselbst für die Zeit nach dem Friedensschlusse zugesagt, auch einige praktische Vorschläge zur Verstärkung der scenischen Wirkung des Stückes gemacht hatte. Laube, dem ich das Stück, als es gedruckt war, nach Wien sandte, schrieb mir darüber am 31. October 1871:

Gelesen habe ich das Stück natürlich auf der Stelle, und zwar die ersten vier Acte mit lauter Zustimmung. Da ist Alles einfach und tüchtig geführt. Der letzte Act machte mir Kopfzerbrechen; für diesen, glaube ich, ist eine Umarbeitung nöthig. Die jungen Liebesleute auf dem Walle sind mißlich, und daß wir erfahren, das Mädchen sei auch tödtlich getroffen — das ist

theatralisch gefährlich. (Feodor Wehl, dem ich diese Aeußerung Laubes mittheilte, fand die Scene unbedenklich.) Bei der jetzigen Stimmung in Deutschland wird das wohl nicht viel zu bedeuten und das Stück ein leichtes Spiel haben. Aber wenn hier im Burgtheater von einer Aufführung die Rede sein sollte, wäre eben jene Umarbeitung nöthig.

Da ich von meinen ersten beiden Dramen eine kurze Skizze gegeben habe, so will ich es auch von diesem:

Diedrich, der Ammeister (zünftlerischer Bürgermeister) von Straßburg, hat bisher sowohl die französisch gesinnte Partei der Patrizier, als auch eine unter den Handwerkern sich zeigende radicale Partei dermaßen im Zaume zu halten gewußt, daß dem französischen König Ludwig XIV., der um jeden Preis Straßburg haben möchte, weder eine Förderung seiner Intriguen für diesen Zweck, noch aber auch ein berechtigter Anlaß zu Gewaltmaßregeln zu Theil geworden ist. Jetzt dringt die radicale Partei auf ein Gesetz, wonach, wer nur von Uebergabe an Frankreich spricht, verbannt, wer mit Frankreich unterhandelt, der Todesstrafe verfallen sein soll. Diedrichs langjähriger Freund, Obrecht, ist für Uebergabe der Stadt unter günstigen Bedingungen, weil er deren Behauptung bei der Schwäche des Reichs für unmöglich hält. Vergebens sucht Diedrich ihn anderen Sinnes zu machen; schließlich warnt er ihn, nur nicht im Geheimen mit dem französischen Residenten Frischmann zu unterhandeln. Als jener Antrag auf ein so hartes Gesetz in den Rath gebracht wird, widersetzt sich ihm Diedrich anfangs, weil er fürchtet, die ruhigeren Bürger möchten aus Angst vor einer solchen Schreckensherrschaft um so eher Frankreichs Schutz suchen. Erst als man ihm Schuld giebt, er weise das Gesetz darum zurück, weil sein Freund Obrecht wirklich unterhandle, glaubt er nicht länger sich widersetzen zu dürfen, um nicht das Vertrauen der Bürgerschaft und damit den Einfluß einzubüßen, den er bisher zum Wohl der Stadt geübt hat. Inzwischen hat Obrecht zwar wirklich mit Frischmann unterhandelt, allein, da dieser ihm keine festen Bürgschaften für das alte Recht, den Glauben, die Sprache der Bürgerschaft bei einer Uebergabe der Stadt geben wollte, die Unterhandlungen endgiltig abgebrochen und

will nun mit Diedrich vereint den, wenn auch hoffnungslosen, Kampf für Straßburgs Unabhängigkeit wagen. Allein er wird noch in Frischmanns Hause von dem Führer der radicalen Partei, Wolfram, angetroffen, durch Stadtknechte verhaftet und auf Grund jenes Gesetzes — obschon Diedrich Alles thut, um ihn zu retten — zum Tode verurtheilt. Ohne von jener Entfremdung der beiden Väter und von des eigenen Vaters Hinneigung zu Frankreich etwas zu wissen, hat der, soeben erst von Reisen zurückgekehrte Sohn Obrechts, Walther, das befreundete Haus Diedrichs wieder aufgesucht, dessen Tochter Gertrud, seine ehemalige Gespielin, unverändert in ihren Gesinnungen zu ihm angetroffen, ihr seine Liebe bekannt und sich mit ihr unter der freudigen Zustimmung der Mutter verlobt. Dieses Liebesglück ist nun unheilbar zerstört. Walther will sich selbst für immer aus Straßburg verbannen. Unterdessen hat Diedrich einen letzten Schritt gethan, um vielleicht doch Hilfe vom Reich für die Stadt zu erlangen; er ist beim Reichstag gewesen; allein er kommt ohne Hilfe und ohne Trost zurück. Der Kampf zur Vertheidigung der Stadt gegen die französische Uebermacht beginnt. Walther kehrt noch einmal zurück, um an diesem Kampfe Theil zu nehmen; Gertrud, mit anderen Frauen den Kämpfenden Munition zutragend, bleibt in seiner Nähe und wird mit ihm zugleich tödtlich getroffen, so daß wenigstens im Tode die beiden Liebenden vereinigt werden. Im Rathe siegt indeß die französische Partei; Diedrich, nachdem er Alles aufgeboten, um die Uebergabe der Stadt zu verhindern, legt sein Amt nieder und zieht sich zurück. Die Franzosen ergreifen Besitz von der Stadt. Diedrich wird vor Frischmann citirt und als Rebell behandelt; er soll nur dann begnadigt werden, wenn er der Bürgerschaft das Beispiel des Uebertritts zu dem Glauben des Königs giebt. Da er sich dessen weigert, wird er als Gefangener nach Paris abgeführt. Seine Gattin folgt ihm in die Gefangenschaft. Scheidend richtet er an die Zurückbleibenden folgende prophetischen Worte:

„Es kommen schwere Zeiten über Straßburg,
Wie über Deutschland; doch sie werden enden,
Mir sagt's mein Geist. Dereinst erscheint der Tag,
Wo Deutschland sich erhebt vom tiefen Falle.

Wenn erſt das Volk in eig'ner Kraft ſich regt,
Wenn erſt der Bürger ſich mit vollem Herzen
Anſchließt an's Ganze, wenn Gering und Vornehm
Den gleichen Tod für's Vaterland nicht ſcheu'n,
Dann ſchickt uns Gott wohl einen Fürſten auch,
Der dieſe Schmach, die jetzt uns knirſchen macht,
Von uns hinwegnimmt, jenen ſtolzen Adler,
Den heut wir vor den Lilien ſinken ſah'n,
In neuem Glanz zur Sonne fliegen macht.
Und wenn ſich Deutſchland jetzt vor Frankreich beugt,
Die Zeit wird kommen, wo ein fränk'ſcher Herrſcher
In ſeinem Schloß am fernen Seineſtrand
Vor Deutſchlands junger Heldenkraft erzittert.
D'rum haltet feſt an deutſcher Sprach' und Sitte,
An Eurer Väter Glauben haltet feſt!
Und lehre Jeder ſeine Kinder auch
Und ſeine Kindeskinder, auszuharren,
Auf daß, wenn einſt der Tag der Freiheit kommt,
Auch die verlor'nen Söhne wiederkehren
Mit alter Treu' in's alte Vaterhaus!"

Als ich dieſe letzten zwei Verſe (die ich, wie all das Obige, ſchon 1867 geſchrieben) bei der Aufführung 1871 am Schluſſe eines hinzugedichteten (von Frl. Haverland ſehr eindrucksvoll geſprochenen) Epilogs wiederholte, da dachte ich allerdings nicht, daß ſelbſt heut, volle 15 Jahre ſeit der Wiedervereinigung des Elſaß mit Deutſchland, ein ſo großer Theil der einſt „verlor'nen Söhne" noch immer ſich ſträuben würde, „mit alter Treu' in's alte Vaterhaus zurückzukehren"!

Elftes Capitel.

Berufungen nach auswärts. Mein Weggang von Weimar 1863.

Daß ich nicht all meine Lebtage in Weimar würde bleiben können, war mir klar. Wie befriedigt ich auch in den meisten Beziehungen mich fühlte, so hatte doch meine ganze Lebens- und Berufsstellung etwas, was auf die Dauer mir schwerlich genügen konnte. Die Redaction der Weimarischen Zeitung bot mir wenig oder keine Gelegenheit zu einer publicistischen Thätigkeit im größeren Maßstabe, d. h. einer solchen, durch welche ich hätte hoffen dürfen in die Geschicke des deutschen Volkes im Großen und Ganzen irgendwie erfolgreich einzugreifen. Selbst in dem engen Rahmen des kleinen Staates, dem ich zunächst mit meiner Kraft verpflichtet war, gab es — bei dem trefflichen Regierungssystem und der dadurch erzeugten und fortwährend erhaltenen Zufriedenheit im Lande — so gut wie keinerlei Anlaß (glücklicherweise, mußte man sagen!) zur Entfaltung besonderer journalistischer Talente. Was also etwa von solchen in mir war, mußte ungenützt brachliegen.

Zwar wurde diese Lücke einigermaßen dadurch ausgefüllt, daß ich meine früheren Beziehungen zu der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Leipzig fortsetzte, für diese Leitartikel schrieb, sogar (wie später des Nähern auszuführen sein wird) die ganze politische Haltung des Blattes von Weimar aus bestimmte. Darin lag aber auch wieder etwas Schiefes und Unnatürliches. Ich war factisch gewissermaßen der Leiter des Blattes und war doch nicht der nominelle, insbesondere nicht der verantwortliche Redacteur. Aber auch abgesehen davon, so war es, sobald die politischen Ereignisse sich drängten, wie z. B. 1859, für mich schwer, fast unmöglich, mit denselben gleichen Schritt zu halten. Ehe mein Leitartikel nach Leipzig kam, hatte sich vielleicht die Situation schon wieder geändert, und ich mußte entweder mit einem neuen Leitartikel den rasch wechselnden Begebenheiten nachhinken, oder geschehen lassen, daß meine Auffassung der Verhältnisse, wie sie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wiedergab, sich als eine überholte, wo nicht falsche, darstellte.

Noch schlimmer stellte sich dieses Mißverhältniß in Bezug auf die inneren sächsischen Verhältnisse. Mit diesen hatte ich persönlich jetzt gar keine Fühlung. Ein vorübergehender Aufenthalt in Leipzig oder ein Briefwechsel mit ein paar Freunden und Gesinnungsgenossen in der alten Heimath konnte diesen Mangel nicht ersetzen. Und doch erheischten die sächsischen Verhältnisse je länger je mehr eine eingehende, ihnen auf dem Fuße folgende Besprechung!

Das Alles ließ sich ertragen, so lange die deutschen und die europäischen Zustände einen ruhigen und gleich-

förmigen Verlauf hatten, wie das in den ersten drei Jahren meines Aufenthalts in Weimar der Fall war. Aber schon beim Eintritt der Regentschaft in Preußen ward dies anders, noch mehr in dem vielbewegten Jahre 1859. In diesem letzteren Falle hatte ich mir damit geholfen, daß ich durch einen ausgedehnten Briefwechsel nach allen Seiten hin (ich habe Proben davon im neunten Capitel gegeben) eine Art von persönlicher Wirksamkeit zu üben versuchte und auch wirklich theilweise übte. Allein auch diese persönliche Wirksamkeit auf politischem Gebiete (an die ich von Sachsen her gewöhnt war) ward mir in Weimar durch meine Stellung erschwert. Meine nahen Beziehungen zu der großherzoglichen Regierung und speciell zu Herrn von Watzdorf legten mir die moralische Verpflichtung auf, nichts zu thun, was Jene oder Diesen irgendwie in ein falsches Licht stellen könnte. Aus diesem Grunde habe ich mich z. B. der activen Theilnahme am „Deutschen Nationalverein", so lange ich in Weimar lebte, enthalten und bin ihm erst beigetreten, als ich wieder in Sachsen war. Ich hatte (wie aus Capitel 9 ersichtlich) wesentlich mit den ersten Anstoß zu jener Bewegung gegeben, aus der zuletzt (durch eine Wendung, die nicht in meinem Plane lag, sondern durch die Verhältnisse herbeigeführt ward) der Nationalverein hervorging. Was schien natürlicher, als daß ich unter den ersten Theilnehmern und Gründern desselben sein würde? Auch erhielt ich von den zur Eisenacher Versammlung fahrenden Berliner Abgeordneten, Unruh, Schulze-Delitzsch u. A., die ich auf ihrer Durchreise auf dem Bahnhof zu Weimar sprach, ebenso von Fries, die dringendsten Aufforderungen, mit ihnen dorthin

zu kommen. Allein ich hatte es für meine Pflicht gehalten, mit Watzdorf zuvor darüber zu sprechen. Er wollte mir natürlich keine Vorschriften über das machen, was ich thun oder lassen solle, allein er drückte mir den Wunsch aus, ich möchte ein öffentliches Hervortreten gerade in dieser Richtung mir versagen. Die großherzogliche Regierung und er selbst seien dafür bekannt, daß sie dem nationalen Gedanken aufrichtig anhingen; es könnte daher leicht den Schein erwecken, als ob ich, der ich eine Vertrauensstellung zur Regierung und zu ihm einnehme, im geheimen Auftrage der Regierung die Bestrebungen, die im Nationalverein verkörpert seien, fördern helfe; ja man könnte weiter gehen und aus dem nahen verwandtschaftlichen Verhältniß des weimarischen Hofes zum preußischen Königshause Schlüsse ziehen, die sogar für den Nationalverein selbst, dessen Wirksamkeit eine um so nachdrücklichere sein werde, je mehr dieselbe als eine völlig spontane, von keiner Regierung beeinflußte erscheine, nicht günstig wären. Ich mußte ihm darin Recht geben, und so enthielt ich mich für meine Person der öffentlichen Theilnahme am Nationalverein, während ich politischen Freunden, die mich wegen ihres Beitritts dazu um Rath fragten, wie Rießer und Oetker, diesen Beitritt natürlich empfahl.

Noch etwas Anderes kam hinzu, was mir eine persönlich eingreifende politische Thätigkeit in Weimar unthunlich machte. Das war der Umstand, daß mir dort der Rückhalt einer durch landsmannschaftliche und sonstige Zubehörigkeit enger an mich gebundenen Partei fehlte. In Sachsen hatte ich eine solche Partei gehabt und war als deren Stimmführer betrachtet worden; in Weimar wäre

ich im besten Falle ein Offizier ohne Soldaten gewesen. Zwar wurde ich mehrfach, namentlich von Fries, veranlaßt, das weimarische Staats- und Stadtbürgerrecht zu erwerben, damit man mich in die Gemeindevertretung und in den Landtag wählen könne. Dadurch würde ich eine persönlich-politische Stellung und Wirksamkeit erlangt haben. Allein bei der Unsicherheit, ob ich auf die Länge in Weimar bleiben würde, trug ich Bedenken, mein Leipziger Bürgerrecht, welches ich mir beim Weggange aus Sachsen vorbehalten hatte, aufzugeben.

Wenn solchergestalt meine Berufsstellung in Weimar mir nicht jenes volle Genüge politischen Wirkens bot, ohne welches für Jemand, der zu einem solchen Wirken Trieb und Kraft in sich fühlt, auch eine sonst noch so angenehme Lebenslage auf die Länge nicht die rechte innere Befriedigung gewährt, so ließ mich andererseits meine Redactionsführung, wie wenig anstrengend sie auch im Ganzen war, doch nicht zu einer so ungestörten Muße und Sammlung wissenschaftlichen Arbeitens kommen, daß diese mich für jenen Mangel hätte entschädigen können. Mein „Deutschland im 18. Jahrhundert" kam weit weniger vom Flecke, als mir selbst und vollends meinem Verleger lieb war, dessen stets wachsende Ungeduld ich als vollkommen berechtigt anerkennen mußte. Und so fand ich mich nach zwei Seiten hin in einer unbehaglichen Lage.

Am liebsten wäre ich in eine akademische Stellung zurückgetreten, theils um zu einer concentrirtern wissenschaftlichen Thätigkeit zu gelangen (und wäre es auch um den Preis des Verzichtes auf eine politische), theils weil ich voraus-

sah, daß ich einen publicistischen Beruf doch schwerlich bis an mein Lebensende würde fortführen können. Allein die schüchternen Versuche, die ich nach dieser Seite hin machte, (obgleich sie von Männern wie Moritz Haupt, Schubert von Königsberg, Gervinus, Droysen ermuthigt und beziehentlich unterstützt wurden), ließen mich erkennen, wie schwer es sei, in eine solche Laufbahn wieder einzubiegen, wenn man erst einmal daraus verdrängt ist. Bei mir kam noch hinzu, daß das Fach, auf welches ich meine meiste Zeit und Kraft verwendet hatte, und zwar, wie competente Richter mich glauben machten, nicht ohne Erfolg, das Fach der Culturgeschichte, damals so wenig, wie selbst heut, als „kathederfähig" anerkannt war, mit anderen Worten, daß besondere Lehrstühle für Culturgeschichte an deutschen Universitäten (München ausgenommen) weder damals bestanden, noch heut bestehen.

Während so meine Wünsche nach dieser Seite hin „fromme Wünsche" blieben, gelangte andererseits an mich eine ganze Reihe von Aufforderungen zur Uebernahme von Redactionen in größerm Maßstabe.

Nur ganz flüchtig gedenke ich einer Anregung dieser Art, welche, von Haus aus unklar und geheimnißvoll, auch in nichts zerfloß, ohne daß es meinerseits zu einer bestimmten Entscheidung hätte kommen müssen. Ich war wenig über ein Jahr in Weimar, da schrieb mir Brückner aus Meiningen unterm 15. November 1856:

So eben werde ich gefragt, ob ich über Ihre Besoldungsverhältnisse zu Weimar und über anderweite Ihnen gemachte Garantien bestimmte Auskunft zu geben im Stande wäre. Wozu die Anfrage, die von einem unternehmenden literarischen Verein

gethan wurde, führen soll oder was sie für einen Zweck hat, ist mir zur Zeit nicht klar; nur so viel ahne ich, daß man Sie gern haben möchte.

Am 20. Mai fügte er Obigem hinzu:

Meine Anfrage geschah im Auftrag einer Gesellschaft, welche ein sehr bedeutendes literarisches Unternehmen in's Leben rufen will und dabei Sie als einen Hebel in's Auge gefaßt hat. Alles ist noch ein Geheimniß.

Die Jahre 1856 und 1857 waren, wie ich erläuternd bemerke, ähnlich den Jahren 1872—74, nur nicht in so großem Maßstabe, Zeiten eines rasch aufschießenden „Gründerwesens". Der Napoleonische Crédit mobilier verführte auch in Deutschland zur Nachahmung. Die Meininger Creditbank war damals eine solche „Gründung", und sie wollte, nach Art des Crédit mobilier, allerhand industrielle Unternehmungen in's Leben rufen. Da mag denn auch von einem großen Verlagsinstitut mit bestimmten literarischen Productionen, vielleicht auch von einer Zeitung die Rede gewesen sein, an deren Spitze man mich stellen wollte. Näheres hat darüber nicht verlautet, ist wenigstens nicht zu meiner Kenntniß gekommen, und so hatte es für mich bei jener Brückner'schen Anfrage sein Bewenden.

Ernster war es mit einer andern Angelegenheit. Im Frühjahr des Jahres 1860 bekam ich von Berlin aus eine dringliche Einladung, sofort dorthin zu kommen. Es handle sich um ein großes journalistisches Unternehmen, dessen Leiter ich werden solle. In Berlin erfuhr ich Näheres. Eine Gesellschaft von Geld- und Geschäftsleuten in Süddeutschland wollte eine politische, Börsen- und Handelszeitung im größten Stile gründen. Dieselbe sollte der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" Concurrenz machen;

wie letztere vorwiegend österreichisch war, so sollte das neue Blatt den Gedanken der preußischen Führerschaft über Deutschland vertreten, sollte namentlich in Süddeutschland Propaganda für denselben machen. Ein Capital von 90 000 Gulden rheinisch (etwa 150 000 Mark) war dafür in Aussicht genommen.

Die mir gemachten Anerbietungen für Uebernahme der Redaction waren äußerst günstige: ein ziemlich hoher Gehalt, für den Fall des Eingehens der Zeitung eine sehr anständige Abfindungssumme, ein reicher Redactionsapparat, meine Stellung eine durchaus unabhängige — genug, nach dieser Seite war Alles in bester Ordnung. Was allein mich bedenklich machte, war die Frage: „Welches Interesse hat eine Gesellschaft von Geldmännern daran, eine politische Zeitung zu gründen mit einem Programm, für welches in Süddeutschland (auch nach 1859) die Verhältnisse doch noch immer wenig günstig liegen? Sollte etwa der politische Theil im Schlepptau des mercantilen gehen, von diesem über Wasser gehalten werden? Dann lag die Gefahr nahe, daß dem Redacteur in Bezug auf diesen letzteren Theil Zumuthungen gemacht werden könnten, die gegen sein Gewissen gingen. Indeß, dem ließe sich vielleicht vorbeugen entweder durch sehr feste Vertragsbestimmungen in Bezug auf diesen Punkt, oder durch eine völlige Trennung des Börsen- und Handelstheiles vom politischen Theile, durch eine gesonderte Verantwortlichkeit für diesen und für jenen. Aber auch dann kehrte mir immer die Frage wieder: „Warum wollen Geldmänner ihr Capital an eine jedenfalls so wenig rentable Aufgabe setzen, wie die Vertretung des preußischen Gedankens im Süden? Wäre das nicht

recht eigentlich ein travailler pour le roi de Prusse im Sinne des bekannten französischen Sprichwortes?"

Bei meinem mehrtägigen Aufenthalte in Berlin fand ich die Antwort auf diese Frage. Die betreffende Gesellschaft wünschte für ein (übrigens durchaus solides) mercantiles Unternehmen die Zulassung in Preußen und bot dafür als Gegenleistung die Anlegung eines Capitals für einen Zweck, der, politisch betrachtet, auch den Leitern der Gesellschaft (wenigstens denen, mit welchen ich verhandelte) durchaus sympathisch war, wennschon sie vielleicht als Geschäftsmänner über seine finanzielle Seite ihre Zweifel haben mochten.

Vom Standpunkte der politischen Moral betrachtet, war das Geschäft ein durchaus unverfängliches: die preußische Regierung that nichts Unrechtes, wenn sie jenes Unternehmen zuließ, zugleich aber eine ihr angebotene Gegenleistung für die Vortheile, welche daraus dem Unternehmern erwachsen würden, annahm; die Leiter der Gesellschaft handelten nicht gegen ihre Ueberzeugung, indem sie für die preußische Führerschaft Propaganda machten: wenn sie dabei Geld zusetzten, so mochten sie und ihre Geschäftsgenossen sich damit trösten, daß sie nach jener anderen Seite hin einen, übrigens ganz legitimen, Gewinnst erhoffen durften.

An sich würde ich also ohne Gewissensbedenken an dieser Combination mich haben betheiligen können. Aber Eines erregte mir Bedenken. Offenbar war der politische Zweck der Zeitung, wenn auch nichts gegen die eigene Ueberzeugung der Unternehmer Verstoßendes, doch aber wohl eben so wenig etwas ihnen dergestalt zu Herzen Gehendes,

daß sie für dessen Durchführung jedes pecuniäre Opfer möchten bringen wollen. Sie würden wahrscheinlich die 150 000 Mark à fonds perdu, d. h. auf die Gefahr hin, sie einzubüßen, hergeben, aber auch schwerlich mehr. War aber damit ein Unternehmen wie das geplante, eine zweite „Allgemeine Zeitung", auf die Beine zu bringen? Ich erkundigte mich genau, was andere Unternehmungen ähnlicher Art, z. B. die weiland „Deutsche Zeitung", verschlungen hätten, und mußte da allerdings zu der Ansicht gelangen, daß mit 150 000 Mark nicht weit zu kommen sein möchte. Ich verlangte daher, daß die Gesellschaft entweder sich verpflichte, die Zeitung 4 bis 5 Jahre lang um jeden Preis und mit allen Opfern zu halten, oder daß sie wenigstens von Haus aus ein größeres Capital als 150 000 Mark aufbringe.

Dasselbe sprach ich als meine Vorbedingung gegen den Minister von Auerswald aus, der sich sowohl für das Zustandekommen der Zeitung als auch für meine Uebernahme der Redaction sehr warm interessirte. Zugleich betonte ich gegen ihn, daß, um mit Aussicht auf Erfolg die deutsche Politik Preußens zu vertreten, namentlich im Süden, man sicher sein müsse, dieselbe werde einen entschiedeneren Charakter, als bisher, annehmen.

Die Sache schwebte während des ganzen Sommers und Herbstes 1860. Längere Zeit hindurch erfuhr ich gar nicht, wie es damit stehe. Dann mit einem Male erhielt ich (am 18. November 1860) eine telegraphische Einladung zu einer persönlichen Besprechung in Frankfurt a. M., wo Alles rasch zum Abschluß gebracht werden sollte. Die Meinung war sogar gewesen, die Zeitung

möchte schon am 1. Januar 1861 in's Leben treten. Diese Art, die Sache über's Knie zu brechen (zumal von der Annahme meiner Bedingung noch gar nichts verlautet hatte), gefiel mir nicht; ich lehnte daher, ohne zu der Besprechung mich einzufinden, endgiltig ab.

Die Zeitung trat wirklich in's Leben; sie führte den Titel „Die Zeit"; man hatte einen anderen Redacteur, eine sehr tüchtige und erprobte journalistische Kraft, gefunden; allein, was ich vorausgesehen und befürchtet, geschah: nach kaum zwei Jahren ging „Die Zeit" ein; wahrscheinlich war der Gründungsfonds erschöpft, und die Unternehmer hatten keine Lust, mehr zuzuschießen.

Ich hielt es für meine Pflicht, Herrn von Auerswald die Gründe meiner Ablehnung mitzutheilen, und empfing von ihm das folgende liebenswürdige Schreiben:

Ew. Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 7. d. Mts. bestätigt mir zu meinem aufrichtigen Bedauern, daß Sie sich vorerst nicht in der Lage zu befinden glauben, die Leitung des in Frankfurt a. M. zu begründenden Blattes zu übernehmen. Den von Ihnen für diesen Entschluß entwickelten Gründen vermag ich selbst nicht alles Gewicht abzusprechen, wenn ich denselben auch nicht in vollem Umfange beizutreten im Stande bin. Vielleicht, daß Sie späterhin, wenn das Unternehmen in's Leben getreten sein und günstige Verhältnisse gewonnen haben sollte, demselben Ihre Leitung dennoch nicht versagen, die gewiß nicht in besseren Händen sein könnte. Jedenfalls sage ich Ihnen meinen Dank für die loyale und aufrichtige Darlegung Ihrer Motive und bin überzeugt, daß Sie, wie bisher, auch fernerhin dem Gange der preußischen Regierung mit dem Antheil, welchen Sie so viele Jahre hindurch und unter so schweren Verhältnissen bewährt haben, folgen und unseren Intentionen überall, wo dieselben mit Ihren politischen Ueberzeugungen zusammentreffen, diejenige moralische und publi-

cistische Unterstützung zu Theil werden lassen werden, welche Ihnen durch das Interesse unseres Gesammtvaterlandes geboten erscheinen möchte.

Berlin, den 12. December 1860. Auerswald.

Im Jahre 1861 erhielt ich wiederum eine Einladung nach Berlin in einer ähnlichen Angelegenheit. Diesmal war es eine officielle oder doch officiöse Zeitung, für deren Leitung man das Absehen auf mich gerichtet hatte. Die „Preußische Zeitung" sollte in eine „Allgemeine Preußische Zeitung" verwandelt, gleichzeitig zu einer womöglich erfolgreicheren Wirksamkeit geschickt gemacht werden. Die materiellen Grundlagen der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" (oder, wie man sie nach dem Stern, den sie als Wappen führte, gewöhnlich nannte, „Sternzeitung") waren natürlich vollkommen gesicherte, die Honorarbedingungen anscheinend zufriedenstellende; die Schwierigkeit der Verständigung lag hier wo anders, nämlich in der dem Redacteur anzuweisenden unabhängigen Stellung. Bisher war, wie ich vernahm, die Redaction des Blattes sehr häufig nicht blos von einem, sondern von allen den verschiedenen Ministern, bald von diesem, bald von jenem, je nach den in das Ressort eines jeden fallenden Gegenständen, mit Anweisungen, Mahnungen, Verweisen, Bedrohungen 2c. bedacht worden. Daß ich eine solche Stellung nicht annehmen konnte, war selbstverständlich. Ich überreichte Herrn von Auerswald ein kurzes Promemoria, worin ich ausführte, daß die „Sternzeitung" die Politik der Regierung um so wirksamer vertreten werde, je zweifelloser sie dies nur nach der eigenen, unabhängigen Ueberzeugung ihres Redacteurs thue, zumal wenn dieser Redacteur bereits als

ein zuverlässiger politischer Charakter, vor Allem auch in Fragen der deutschen Politik, bekannt und erprobt sei, wie ich das von mir wohl glaube sagen zu dürfen. Ich verlangte daher eine ähnliche Stellung wie die, welche ich als Redacteur der, im Eigenthum der großherzoglich sächsischen Regierung befindlichen, „Weimarischen Zeitung" hätte und übte. Es müsse mir gestattet sein, bestimmte, mit der Regierung im Voraus vereinbarte Grundsätze der innern und äußern Politik selbstständig und unbehindert zu vertreten; wolle das Ministerium im einzelnen Falle eine andere Ansicht zur Geltung bringen, so müsse das in seinem eigenen Namen und so geschehen, daß der Redacteur nicht dafür verantwortlich sei. Außerdem müßte ich als Redacteur nur mit Herrn von Auerswald, als Vertreter des Gesammtministeriums, und mit keinem andern Minister zu thun haben.

Herr von Auerswald gab mir zu, daß ich in der Sache Recht hätte, konnte aber nicht verhehlen, daß es schwierig sein würde, ein solches Verhältniß zu formuliren und praktisch durchzuführen.

Die Verhandlungen wurden nach meiner Wiederabreise von Berlin schriftlich fortgesetzt. Da ich auf meiner Bedingung beharrte, so ward mir zuletzt vorgeschlagen, ich möchte es doch einmal „probeweise" versuchen. Der damalige Leiter des Preßbureaus schrieb mir:

Die unabhängige Stellung, die Sie für das Blatt fordern, entspricht genau den Ansichten, die erst mein Vorgänger und später ich in Bezug auf das Blatt beständig vertreten haben. In seiner jetzigen Lage ist das Blatt todt; es ist nur lebendig zu machen, wenn es nicht blos mechanisches Werkzeug ist. In diesem Sinne sollte es schon 1860 regenerirt werden (im Leitartikel vom 1. Januar 1860 kündigte es seine Selbstständigkeit an); aber die

einzelnen Ressorts und die entscheidenden Instanzen waren so wenig daran gewöhnt, in der Zeitung mitunter auch etwas Nicht=ministerielles zu finden, daß allerhand Beschwerden kamen. Wäre man nun in diesem Augenblick nicht im Ministerium und höher hinauf mit anderen Erwägungen vollauf beschäftigt, so würde es möglich sein, daß Herr von Auerswald die Frage abermals zur Sprache brächte und ganz entschieden ankündigte: das Blatt werde sich nunmehr nach der ursprünglichen Intention verwandeln. Aber dies ist im Moment kaum möglich. Auch ist diese Frage nicht wohl theoretisch und paragraphenmäßig, sondern nur praktisch zu lösen. In dem Augenblick, wo wir einen Mann hätten, der mit ruhiger und energischer Thätigkeit Tact und maßvolles Benehmen verbände, würde die Sache sich von selbst machen. Er würde an die Stelle der Artikel des literarischen Bureaus eigene redactionelle Artikel setzen; jenes erstere würde seine Thätigkeit auf die wenigen Momente beschränken, wo es sich um einen eigentlichen Staats=ministerialartikel handelte; einzelne von diesem oder jenem Ressort kommende Beschwerden würde man beharrlich ausbiegen; so würde sich allmälig eine Gewohnheit bilden, und auch die Freunde der ängstlichen Officiosität würden begreifen, daß eine mit Tact und Einsicht verbundene Selbstständigkeit Anstöße zu vermeiden weiß. Wie gesagt, ich glaube, praktisch würde die Frage sich lösen, zu=mal Herr von Auerswald seine Unterstützung dabei in vollem Maße bieten würde. Ich möchte mir daher erlauben, Ihnen einen Vorschlag zu machen: vielleicht wäre es Ihnen möglich, für einige Monate eine Vertretung für Ihre Geschäfte in Weimar zu finden. Ist dies der Fall, so versuchen Sie es hier vom Juli ab mit uns zunächst auf einige Monate! Sie werden während der Zeit die hiesigen Verhältnisse, die Schwierigkeiten der Leitung der officiösen Zeitung und die Hilfsmittel, denselben zu entgehen, kennen lernen. Vielleicht gelingt es Ihnen, während dieser Zeit das Problem in einer Sie befriedigenden Weise zur Entwickelung zu bringen, und Sie entschließen sich dann zum Bleiben.

Gewiß waren solche Absichten an solcher Stelle höchst ehrenwerth; allein bei meinen vorjährigen Verhandlungen

wegen der „Zeit“ hatte ich die Beobachtung gemacht, daß es dem „Ministerium der neuen Aera“ bei allem besten Willen doch bisweilen theils an der rechten Energie des Handelns, theils an der nothwendigen Einheit unter seinen Mitgliedern fehlte. Ich mußte deshalb bezweifeln, ob es möglich sein werde, die in jener Zuschrift entwickelten löblichen Absichten auch wirklich durchzuführen.

Um indeß nicht den Vorwurf einer zu schnellen abermaligen Ablehnung eines immerhin ehrenvollen Anerbietens auf mich zu laden, ging ich zum Minister von Watzdorf und theilte ihm den mir von Berlin aus gemachten Vorschlag mit. Ich hatte schon früher sowohl über das süddeutsche als über dieses Berliner Project und meine Stellungnahme dazu ganz offen mit ihm gesprochen. Herr von Watzdorf erklärte sich zur Ertheilung eines halbjährigen Urlaubs, wenn ich es wünsche, in liebenswürdigster Weise bereit, sprach jedoch seine Meinung dahin aus, daß mit einer derartigen „provisorischen“ Uebernahme der „Sternzeitung“ weder mir noch auch der preußischen Regierung viel gedient sein möchte. Genau dasselbe war meine Ansicht, und so schlossen auch diese Verhandlungen mit einem negativen Resultate.

Noch weniger vermochte ich auf einen Vorschlag einzugehen, den mir der Eigenthümer und Herausgeber der „Constitutionellen Zeitung“ in Dresden, Advocat Siegel, machte, als Mitredacteur in sein Blatt einzutreten. Eine getheilte Redaction war so wenig nach meinem Geschmack, wie eine unfreie.

Fast gleichzeitig mit den ersten Berliner Verhandlungen im Jahre 1860 war von Leipzig aus, von der

Firma F. A. Brockhaus, die Anfrage an mich ergangen: ob ich mich wohl würde entschließen können, die förmliche Leitung der in ihrem Verlag erscheinenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ an Ort und Stelle zu übernehmen und zu dem Ende nach Leipzig zurück zu übersiedeln.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte seit ihrem Entstehen mancherlei Wandlungen durchgemacht. 1838 als „Leipziger Allgemeine Zeitung“ begründet und mit reichen Mitteln ausgestattet (sie hatte damals drei Redacteure und eine Menge werthvoller Correspondenzen aus Paris, London, Berlin, Wien u. s. w.), war sie alsbald ein vielgelesenes und einflußreiches Preßorgan namentlich auch für Preußen geworden, zumal als dort mit dem Thronwechsel 1840 eine „lebendigere Zeit“ anzubrechen schien. Allein bald verfiel sie demselben Schicksal, dem auch andere freisinnige Zeitungen, preußische und nichtpreußische, erlagen: sie ward in Preußen verboten. Nächsten Anlaß dazu gab der Abdruck jenes „Offenen Briefes“ des Dichters G. Herwegh an den König Friedrich Wilhelm IV., in welchem Herwegh die wohl etwas kleinlaute Rolle, die er dem König gegenüber in der persönlichen Audienz gespielt, durch eine um so freimüthigere Sprache quitt zu machen versuchte.

Das Blatt hatte hierauf nicht nur den Titel, sondern auch den Redacteur gewechselt.

Unter seinem neuen Redacteur, Professor Bülau in Leipzig, war die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (welche als solche wieder Zutritt in Preußen erlangte) aus einem liberalen ein conservatives Blatt geworden und hatte zur österreichischen Politik hingeneigt. Dann war sie, unter

andern und wieder andern Redacteuren, in immer größere Schwankungen gerathen, bis endlich Dr. Heinrich Brockhaus (nach) dem Austritt seines älteren Bruders Friedrich einziger Chef der Handlung) selbst die Leitung des Blattes in die Hand genommen hatte.

Im Jahre 1850 war ich infolge des Beust'schen Staatsstreichs mit Dr. Heinrich Brockhaus, einem der standhaften „Renitenten", in nähere Berührung gekommen. Er bot mir schon damals die Redaction der Zeitung an, allein die Sache scheiterte daran, daß er mir nicht sattsam freie Hand lassen wollte. Indessen schrieb ich wenigstens von da an regelmäßige Leitartikel für die „Deutsche Allgemeine Zeitung", auch von Weimar aus; ja ich brachte es dahin, daß durch eine öffentliche Erklärung der Redaction meine Artikel (mit dem Zeichen ═) als diejenigen bezeichnet wurden, welche die Ansichten der Redaction ausdrückten, während andere, die bisweilen noch die meinigen gekreuzt hatten, verschwanden, so daß seitdem die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gewissermaßen mein Organ war. Daß das Blatt dadurch an Einheitlichkeit und Sicherheit des Auftretens, damit aber auch an Ansehen gewann, ist selbstverständlich, und ich darf wohl ohne Anmaßung sagen, daß von dieser Zeit an die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mit zu den am meisten geachteten und beachteten Organen der unabhängigen freisinnigen deutschen Tagespresse gehört hat. Indeß blieb dabei (neben der im Eingange dieses Capitels erwähnten Schwierigkeit) auch noch der Uebelstand bestehen, daß ich, weil ich nicht am Orte selbst war, auf den übrigen Theil der Zeitung (Correspondenzen, Auszüge aus anderen Blättern und dergl.) immer nur

einen sehr mittelbaren und daher unsicheren Einfluß üben konnte.

Das erkannten denn auch die Verleger der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Heinrich Brockhaus und sein (inzwischen als Mitchef der Handlung eingetretener) ältester Sohn, Dr. Eduard Brockhaus, an. Und so kam es, daß sie ihre frühere Aufforderung an mich, nach Leipzig zurückzukommen, zu Anfang des Jahres 1863 dringender wiederholten, erst schriftlich, dann persönlich, indem Beide selbst nach Weimar kamen.

Auch diesmal zögerte ich anfangs. Meine Leipziger Freunde, die ich um ihren Rath befragte, zweifelten, ob es mir möglich sein werde, das Verhältniß so zu gestalten, daß meine berechtigten Ansprüche auf völlige Unabhängigkeit in Führung des Blattes nicht auf Hindernisse stießen. Es bedurfte ziemlich langer Hin- und Herverhandlungen, mündlicher und schriftlicher, bis endlich ein Vertrag zu Stande kam, wie ich ihn für nothwendig hielt, um mich gegen Alles, was meine Unabhängigkeit gefährden könnte, möglichst sicherzustellen.

Ich muß jedoch bekennen — und ich thue es mit Freuden, — daß die Besorgnisse, die in dieser Beziehung theils bei mir, theils bei meinen Freunden bestanden, in der Praxis keine Bestätigung gefunden haben. Niemals und von keiner Seite ist auch nur der Versuch gemacht worden, auf die politische Haltung, die ich der Zeitung gab, einzuwirken. Ich rechne dies den Herren Brockhaus um so höher an, als wir mit unserem gemeinsamen Blatte Zeiten und Erfahrungen durchgemacht haben, die wohl einem Verleger den Gedanken hätten nahelegen können, ob

es nicht räthlicher für ihn sei, die Richtung der Zeitung zu ändern. Schon bald nach meinem Eintritt an die Spitze der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, im Jahre 1864, ward dieselbe zum zweiten Mal in Preußen verboten. Ich komme darauf später zurück, und es wird sich da zeigen, daß in dieser, gewiß heiklen Angelegenheit die Herren Verleger (einschließlich des dabei mit zu Rathe gezogenen jüngeren Sohnes des Herrn Heinrich Brockhaus, Rudolph Brockhaus) nicht allein vollständig mit mir Hand in Hand gingen, sondern daß sie auch weder selbst etwas thaten, noch mir etwas ansannen, was die Unabhängigkeit der Zeitung und die von mir bei Führung derselben befolgten Grundsätze hätte beeinträchtigen können.

Es kam sodann das verhängnißvolle Jahr 1866, wo die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Vertreterin des nationalen Gedankens, wie ein verlorener Posten inmitten der starken particularistischen Strömung in Sachsen dastand, wo selbst in dem, verhältnißmäßig noch am meisten national gesinnten Leipzig viele Kreise, und gerade von den vornehmen und tonangebenden, sich von dieser Richtung noch abwendeten. Die Verleger der Zeitung gehörten diesen Kreisen an; sie verkehrten gesellschaftlich in denselben; gewiß haben sie daher in jener Zeit so manche Anfechtungen wegen der Haltung ihrer Zeitung erfahren. Aber niemals haben sie — ich constatire dies ausdrücklich — auch nur den leisesten Versuch gemacht, auf die Richtung des Blattes abschwächend einzuwirken, niemals auch nur den Wunsch verlauten lassen, ich möchte seine Richtung ändern. Ich weiß ferner, daß von einflußreicher Seite an sie das directe Ansinnen gestellt worden

ist, mich aus der Redaction des Blattes zu entfernen, aber nie habe ich davon das Geringste bemerkt; vielmehr ist mir dies erst später von anderer, sicherer Hand mitgetheilt worden.

Für diese Probe sowohl von eigener Charakterfestigkeit als von Achtung vor der Charakterfestigkeit Anderer werde ich stets sowohl dem dahingeschiedenen Dr. Heinrich, als dem noch lebenden Dr. Eduard Brockhaus ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren!

So hatte ich denn, nachdem ich so viele Berufungen nach auswärts abgewiesen, endlich doch einer solchen nachgegeben, die mich nöthigte, mein liebes Weimar wieder zu verlassen. Leicht, wahrlich, wurde mir der Abschied nicht. War ich doch in den acht Jahren, die ich dort verlebt, mit so vielen Fasern des Geistes wie des Herzens in der neuen Heimath festgewurzelt! Nicht anders erging es den Meinen. Und, hatte uns einst das freundlichste Entgegenkommen von allen Seiten das Heimischwerden in Weimar erleichtert, so ward uns jetzt durch die gleich herzlichen und sichtlich aufrichtigen Beweise von Liebe, die man uns auf den Weg mitgab, das Scheiden nicht wenig erschwert. Der „Mittwochsverein" veranstaltete mir zu Ehren ein Abschiedsfest, bei welchem in einer nicht enden wollenden Reihe von Trinksprüchen mir des Guten so viel nachgesagt ward, daß ich endlich ein: Claudite jam rivos! ausrief und scherzhaft hinzusetzte: „Ich könne diese vielen Freundlichkeiten ohne Gewissensbelastung nur in der Voraussicht annehmen, daß dieselben dort, wohin ich jetzt zurückkehre, leider wohl durch mancherlei Vorgänge ganz entgegen-

gesetzter Art, durch neue Kämpfe und neue Anfechtungen, quitt gemacht werden würden." Was denn auch geschehen ist.

Der Verleger der „Weimarischen Zeitung", Herr Böhlau, hätte gern Alles gethan, um mich zu halten; allein seine wohlgemeintesten Absichten, dem Blatte einen größeren Spielraum und dadurch mir einen befriedigenderen Wirkungskreis zu verschaffen, scheiterten an den Verhältnissen, wie sie nun einmal waren.

Natürlich konnte und wollte ich mein letztes Wort in der Uebersiedelungsfrage nicht sprechen, bevor ich auch diesmal des mir so wohlgesinnten Ministers von Watzdorf Rath eingeholt haben würde. Da er gerade auf seinem Gute verweilte, so setzte ich ihm die Gründe, die mich diesmal geneigt machten, anzunehmen, schriftlich auseinander. Darauf erhielt ich von ihm einen Brief so wohlthuenden Inhalts, daß derselbe mich leicht hätte veranlassen können, meinen Entschluß des Fortgehens aufzugeben, wären nur die Gründe dieses Entschlusses nicht so zwingende gewesen und wären sie nicht von Herrn von Watzdorf selbst als solche anerkannt worden. Er schrieb:

Hochgeehrter Herr Professor!

Den Hauptgegenstand Ihres Briefes vom 12. d. Mts. betreffend, habe ich absichtlich mehrere Tage gewartet, bevor ich eine feste Ueberzeugung gewonnen. Diese geht dahin, daß Sie die Leipziger Offerte annehmen sollen, wenn sie einigermaßen Dauer verspricht.

Es wird mir recht schwer, mein lieber Biedermann, dies niederzuschreiben. Ich achte und liebe in Ihnen einen Mann von erprobter, durchaus ehrenwerther Gesinnung, von umfassendem Wissen und großer publicistischer Befähigung, daneben einen politischen Freund. Von einem solchen Manne sich zu trennen, wird Jedermann, wird besonders einem Minister schwer. Aber

ich würde unrecht handeln, wollte ich nicht dennoch obige Ueberzeugung aussprechen. Was Sie in Ihrer dermaligen Stellung beklagen, habe ich bereits seit Jahren mir gesagt. Ich habe gesucht nach der Möglichkeit einer angemessenen Aenderung, besonders auch nach der Möglichkeit einer festen Existenz. Jene habe ich nicht gefunden, und diese würde, das muß ich mir sagen, nur an äußerst wenigen, eben jetzt nicht disponiblen Punkten in Frage kommen können, und auch da, nach unseren beschränkten Verhältnissen, nur eine Existenz bieten, welche Ihnen keinesfalls genügen könnte. Da sage ich mir denn freilich: es wäre unverantwortlich, wollte ich Ihnen nicht rathen, eine im Verhältniß zur Gegenwart ungleich entsprechendere Stellung anzunehmen. Daneben, das gestehe ich trotz aller Vorliebe für Weimar und seine Zeitung, halte ich dafür, daß im allgemeinen Interesse Ihre Kräfte gerade jetzt wohl auf einem weiteren Felde verwerthet werden sollten. Sie sehen, ich bin fern von allem Egoismus. Ich gebe Ihnen die Entscheidung anheim.

Mit aufrichtiger
Hochachtung und Ergebenheit
Watzdorf.

Schloß Berga, am 17. Juni 1863.

Zwölftes Capitel.

Wie ich Sachsen wiederfand. — Der „sächsische Fortschrittsverein“. Der „Arbeiterbildungsverein“. Der „Journalistentag“. Das „Veteranenfest“ in Leipzig.

Acht Jahre hatte ich außerhalb meiner sächsischen Heimath verbracht! Als ich fortging (1855), lastete auf dem Lande mit vollster Wucht das Beust'sche System polizeilicher Allmacht, war die politische Thätigkeit im Volke gleich Null. Jetzt, da ich zurückkam (1863), zeigten sich doch wenigstens Spuren liberaler und nationaler Regungen, wenn dieselben auch großentheils (wie sich ein mir befreundeter Landsmann nicht unzutreffend ausdrückte) zur Zeit noch überwiegend „latent“ waren. In der Zweiten Kammer der „reactivirten Stände“ hatte sich allmälig eine, freilich noch sehr kleine, liberale Partei gebildet. Der Deutsche Nationalverein hatte eine, wenngleich nur bescheidene, Anzahl von Anhängern im Lande gewonnen. Die Regierung selbst hatte angefangen, etwas von ihrer Strenge nachzulassen; sie wollte doch nicht allzu sehr hinter der frischeren Bewegung, die mit Eintritt der Regentschaft

in Preußen erwacht war, zurückbleiben. Sie hatte mit dem alten Wahlgesetz eine, allerdings wenig besagende, Veränderung vorgenommen. Sie hatte beim Bundestag eine „Bundesreform“ beantragt, die indeß eben so wenig bedeuten wollte. Der Nationalverein war anfangs in Sachsen dergestalt verfehmt gewesen, daß Mitgliedern desselben, die zu Stadträthen erwählt worden waren, die Bestätigung versagt ward; das hatte sich jetzt so weit geändert, daß nicht lange nach meiner Rückkehr sogar eine Generalversammlung des Vereins aus ganz Deutschland in Leipzig abgehalten werden konnte.

Auch ein allgemeines „Deutsches Turnfest“ hatte im August 1863 in Leipzig stattfinden dürfen, und, o Wunder, Herr von Beust selbst war bei diesem erschienen und hatte eine „sehr deutsche“ Rede gehalten!

Seit dem Staatsstreich von 1850 hatte die sächsische Demokratie zum größten Theil sich der Theilnahme an den Wahlen für die Zweite Kammer enthalten; jetzt nahm sie von der Abänderung des alten Wahlgesetzes Veranlassung, aus dieser Zurückhaltung herauszutreten und wieder auf der politischen Bühne zu erscheinen. Nach dem Vorgange der 1861 in Preußen in's Leben getretenen „Fortschritts-partei“ entstand auch in Sachsen ein „Fortschrittsverein“. In dem Ausschusse desselben saßen neben den alten Führern der Demokratie auch mehrere gemäßigt Liberale. Kaum in Leipzig angelangt, ward ich in denselben cooptirt. Ein praktisches Lebenszeichen hat dieser Ausschuß, und überhaupt der „Fortschrittsverein“, nicht gegeben; ich erinnere mich nicht einmal eines wirklichen Zusammentritts desselben, an dem ich Theil genommen hätte; indeß hatte er wenigstens

das Gute, daß die früheren Reibereien zwischen Liberalen und Radicalen sich vorläufig nicht wiederholten.

Ich will hier sogleich bemerken, daß in Leipzig sich dieses versöhnlichere Verhältniß der beiden Richtungen länger erhielt, zum Theil unter dem Einfluß der stärker hervortretenden nationalen Regungen, für welche der Leipziger Zweig der sächsischen Demokratie sich nicht unempfänglich erwies, während die „alten Demokraten" in Dresden (die in ihrem starren „Festhalten" nichts gelten lassen wollten, als „Reichsverfassung" und „Grundrechte") mehr und mehr wieder in einen schroffen Gegensatz zu den Liberalen, theilweise selbst zu ihren eigenen Parteigenossen in Leipzig geriethen.

Eine gewisse Rivalität zwischen Dresden und Leipzig hat allezeit in den politischen Kämpfen in Sachsen eine wichtige Rolle gespielt. So im März 1848, so in den 60. und noch weit in die 70. Jahre hinein. Ja es gab eine Zeit, wo dieser örtliche Gegensatz selbst in das nationalliberale Lager eine Spaltung zu bringen drohte, die indeß glücklicherweise bald wieder verschwand.

In den breiteren Schichten des sächsischen Volkes, den Arbeiterkreisen, zeigte sich damals, als ich ihnen zuerst wieder näher trat, auch ein regeres Leben, jedoch noch vorwiegend im guten Sinne. Die hier und da entstandenen „Arbeiterbildungsvereine" strebten nach einer soliden Fortbildung ihrer Mitglieder, suchten praktisch auf dem von Schulze-Delitzsch vorgezeichneten Wege, durch Consum- und Vorschußvereine, das materielle Wohl des Arbeiters zu fördern, ihn zu Fleiß und Sparsamkeit anzuregen und von excentrischen Ideen fernzuhalten. Allerdings fehlte es schon

nicht an Reibungen zwischen dieser besonneneren und einer radicaleren Richtung, welche hier und da sich geltend zu machen suchte. Im Dresdener Arbeiterbildungsverein wirkte eifrig und beharrlich für jene erstere und gegen diese letztere Richtung ein junger, in seinem Fache sehr tüchtiger, mit einem feurigen Geist begabter, dabei aber verständiger Arbeiter, der erst in Weimar längere Zeit den dort von mir gestifteten Gesellenverein trefflich geleitet, später sich in Dresden etablirt hatte, Schuhmacher Knöfel. Er schrieb mir begeisterte Briefe über die Kämpfe, die er mit seinen radicalen Gegnern bestanden und glücklich bestanden habe. In Leipzig war jener Gesellenverein, dem ich einst regelmäßig Vorträge gehalten, noch vor meinem Weggange von Leipzig polizeilich (ohne einen nachweisbaren Grund) aufgelöst worden. An seine Stelle war später ein „Arbeiterbildungsverein" getreten, und diesen ließ man gewähren. Er betrachtete sich gewissermaßen als Fortsetzung jenes Gesellenvereins, was er u. A. dadurch bekundete, daß er am Abend meines Einzugs in Leipzig mir ein Gesangständchen brachte, um seine Dankbarkeit für das von mir dem früheren Verein gewidmete Interesse kundzugeben und mich um das gleiche Interesse für den neuen Verein zu bitten. Zu der Deputation, welche bei mir erschien, um diese Gesinnungen auszusprechen, gehörte Herr August Bebel, der, obschon damals noch sehr jung, doch bereits eine tonangebende Stellung unter seinen Genossen einnahm.

Auch dieser Verein stand noch ganz auf dem Schulze'schen Standpunkte. Allerdings war in seinem Schooße eine radicalere Richtung aufgetaucht; da sie jedoch stark in der Minderheit blieb, hatte sie sich von dem Verein

getrennt und einen besonderen Verein unter dem Namen „Vorwärts“ gebildet, an dessen Spitze der bekannte Naturforscher Professor Roßmäßler stand. Dieser Roßmäßler'sche Verein war es, der mit Ferdinand Lassalle Verbindungen anknüpfte, auf dessen Einladung Letzterer im Sommer 1863 vor einer Arbeiterversammlung in Leipzig seine Ideen vom „Ehernen Lohngesetz“ und von der Nothwendigkeit der Gründung von „Productivassociationen mit Staatshilfe“ entwickelte.

Der alte Stamm des Arbeiterbildungsvereins war von dieser Agitation damals unberührt geblieben. Insbesondere stand Herr Bebel, der Hauptleiter des Vereins, allen socialistischen Tendenzen noch völlig fern. Ich erinnere mich sehr deutlich, wie er namentlich die Versuche Lassalles, die Arbeiter als einen besondern („vierten“) Stand dem Bürgerthum feindlich gegenüberzustellen, mit großer Entschiedenheit zurückwies und verdammte. Herr Bebel hatte damals in seinem ganzen Auftreten etwas Zutrauenerweckendes, etwas zugleich Sicheres und doch Gemessenes und Bescheidenes. Mir bewies er eine Anhänglichkeit, die mich freute; er frug mich häufig in Vereinsangelegenheiten um Rath, lud mich zu wichtigeren Sitzungen des Vorstandes ein, theilte mir Beschlüsse desselben vor der Ausführung mit u. s. w.

Ich habe dem ganzen Vereine eine Zeit lang nahe gestanden, habe auf Wunsch des Vorstandes Vorträge, Festreden zur Feier von Stiftungstagen u. dgl. gehalten, und habe mich im Verkehr mit diesen Arbeitern, die ein so reges Bildungsstreben und eine so gesunde Lebensauffassung verriethen, immer sehr wohl gefühlt.

Das blieb so bis etwa in's Jahr 1865. Noch im Winter von 1865 zu 1866 hielt Herr Bebel in einer vom Nationalverein veranstalteten Versammlung eine feurige Rede zu Gunsten dieses Vereins, und um die gleiche Zeit ging er mit uns Liberalen Hand in Hand bei allerhand Bestrebungen theils für gewisse Reformen des Gemeindewesens, theils für ein zeitgemäßes Landtagswahlgesetz. In einer betreffs dieser letztern Angelegenheit abgehaltenen Volksversammlung gerieth er mit der ultrademokratischen Partei, an deren Spitze der Cigarrenarbeiter Fritzsche stand, in starke Conflicte, welche sogar von Seiten Fritzsches in Thätlichkeiten ausarteten.

Indessen hatten doch allmälig im Arbeiterbildungsverein andere Einflüsse Boden gewonnen. Zuerst kam ein angeblicher Hauptmann a. D. Korn aus Ungarn, der sich für einen pädagogischen Reformator gab, in dieser Eigenschaft sich in einen bei uns in der Bildung begriffenen Erziehungsverein (an dem sich auch Herr Bebel und andere Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins betheiligten) hineindrängte und dessen Bestrebungen kreuzte, dann, wie ich vernahm, im Arbeiterbildungsverein selbst öfters sprach und dort speciell gegen mich agitirte. Es war vielleicht ein falscher Stolz von mir, daß ich, im Bewußtsein der redlichen Absichten für den Verein und für die Arbeiter überhaupt, die ich allezeit gehegt und nach Kräften bethätigt hatte, es verschmähte, diesen Anfeindungen Stirn an Stirn entgegenzutreten, vielmehr mich vom Vereine zurückzog und so den Gegnern freies Feld ließ. Ob freilich ein anderes Verfahren meinerseits in der Sache etwas geändert haben möchte, steht dahin; ist doch selbst ein Schulze-Delitzsch, der so

unendlich viel mehr, als ich, für die Arbeiter gethan hat, von einem großen Theile dieser verlassen, verleugnet, verketzert worden!

Nach Korn kamen andere Agitatoren, die im gleichen Sinne weiter arbeiteten, zuletzt Herr Liebknecht, der wohl bald einen beherrschenden Einfluß im Arbeiterbildungsvereine gewann. Und hier scheint es Herrn Bebel ergangen zu sein, wie es auch politischen Führern oft ergeht: getrieben von jenem Ehrgeize, der begabten Naturen eigen zu sein pflegt und der an sich ganz berechtigt ist, wollte er hinter dem vorwärts drängenden Rivalen nicht zurückbleiben und ging daher selbst immer weiter und weiter, bis er, in die Consequenzen seiner eigenen Aeußerungen und Handlungen verstrickt, nicht mehr zurück konnte, auch wenn er vielleicht (was ich für nicht ganz unmöglich halten möchte) das Chimärische oder auch das Verwerfliche der Bestrebungen, zu deren Apostel er sich gemacht hat, einsehen sollte.

Einer anderen Vereinsthätigkeit, die mich damals auch in Anspruch nahm, sei sogleich hier mit gedacht. Sie lag meinem damaligen Berufe, dem journalistischen, unmittelbar näher. Kurz vor meiner Rückkehr nach Leipzig, im Jahre 1863, war, hauptsächlich durch das Bemühen des Dr. Heinrich Brockhaus, ein „Deutscher Journalistentag" angebahnt worden, der in regelmäßigen Jahresversammlungen die gemeinsamen Interessen der Verleger, Redacteure und Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften, sachliche wie persönliche, berathen sollte. 1864 fand die erste Sitzung in Eisenach statt. Natürlich waren es vorzugsweise Fragen der (damals noch meist in

sehr wenig erfreulichem Zustande sich befindenden) Preß-gesetzgebung, die uns dort und auf späteren Journalisten-tagen beschäftigten; daneben ward an dem Zustandebringen einer „Alterversorgungsanstalt für Journalisten“ gearbeitet u. dgl. m. Ein nicht geringer Nutzen dieser regelmäßigen Zusammenkünfte bestand darin, daß man sich persönlich kennen lernte. Da zum Theil sehr verschiedene Richtungen der Tagespresse dabei vertreten waren, so hatte dies das Gute, daß manche Schärfen sich durch solche persönliche Annäherung abstumpften, abgesehen davon, daß sich dort Bekanntschaften anknüpften, welche nicht selten diese Momente flüchtiger Begegnung weit überdauerten. Ich wenigstens verdanke diesen Versammlungen so manche mir lieb gewordene und auch später fortgesetzte Beziehungen. Ich habe drei solchen Versammlungen, in Eisenach, Leipzig und Berlin (1864, 1865, 1867), präsidirt, auf einer vierten, in Breslau (1872), das wichtige Referat über die Grundlagen eines deutschen Reichspreßgesetzes erstattet, die dort gefaßten Beschlüsse aber später als Referent einer Preßcommission im Reichstag wiederum vertreten. Ein fünfter Journalistentag, den ich auch besuchte, in Bremen (1875), ist mir in angenehmster Erinnerung wegen der liebenswürdigen Gastlichkeit, womit die Bremenser uns zu Land und zu Wasser (letzteres auf einer sehr genußreichen Seeschifffahrt von Wilhelmshafen nach Bremerhafen, wozu mein alter Frankfurter College H. H. Meier uns einen Lloyddampfer stellte), über und unter der Erde (in dem berühmten „Bremer Rathskeller“) viel Liebes und Gutes erwiesen. Als ständiges Mitglied des Ausschusses des Journalistentags war ich übrigens auch in den Pausen zwischen den

Jahresversammlungen mehrfach mit dessen Angelegenheiten befaßt.

Doch ich kehre noch einmal zu dem Zeitpunkt meiner Ankunft in Leipzig (im Herbst 1863) zurück. Das Jahr 1863 war für Leipzig eine Zeit der Feste. Kaum hatte die Stadt mit größtem Glanze das Deutsche Turnfest begangen, so brachte der Herbst das 50jährige Jubiläum der denkwürdigen Völkerschlacht bei Leipzig. Nicht unpassend nannte man dieses Fest das „Veteranenfest", denn ein wesentlicher Theil desselben bestand in dem Empfange, der Begrüßung, dem ehren- und liebevollen Hegen und Pflegen der, von der Stadt als Gäste eingeladenen und zahlreich herbeigekommenen, alten Krieger von 1813—15.

Für solche heitere Feste, zumal mit nationalem Anhauch, besitzt der Leipziger einen unverwüstlichen Fonds von Lebenslust, Begeisterung und, nicht am wenigsten, Talent sinniger Veranstaltung der Festlichkeiten. Das zeigte sich auch hier. In Ausschmückung der Häuser, der Straßen, der Plätze war das Möglichste geleistet; die Beleuchtung der Stadt, der Promenaden, des Schwanenteiches u. s. w. am zweiten Abend gehörte zu dem Glänzendsten und Geschmackvollsten, was ich je gesehen. Die alten Krieger waren ganz erstaunt und hocherfreut über den herzlichen Empfang, den sie fanden. An allen Bahnhöfen harrten der ankommenden feiertäglich geputzte und mit Festzeichen versehene Schulknaben, um sie nach den für sie bestimmten Quartieren zu geleiten. Die Familien der Vornehmeren wie der einfachen Bürger machten es sich zur Freude, die wackeren Vaterlandsvertheidiger bei sich aufzunehmen und sie mit allem Behagen und aller Freund-

lichkeit zu umgeben. Da kamen denn manche halb heitere, halb rührende Scenen vor. Als ein solcher alter Krieger von niederm Stande und aus einer kleinen märkischen Stadt, der bei einem Verwandten von mir wohnte, in der überströmenden Freude über sein schönes Quartier, und was sonst ihm in Leipzig geboten ward, wehmüthig ausrief: „Ach, wenn doch gleich meine Alte hier wäre und das Alles mit genießen könnte"! schrieb sein Wirth heimlich an die Frau, lud sie zum raschen Kommen ein und sandte ihr Reisegeld. Man kann sich denken, welch' frohe Ueberraschung das war und wie glückliche Tage die beiden alten Leute zusammen noch nach dem Feste bei ihrem gastlichen Wirth, der ihnen alle Herrlichkeiten Leipzigs zeigte, verlebten.

Ich selbst hatte die Freude, in meiner Wohnung den „ersten Freiwilligen von 1813" zu beherbergen. Es war das der Sohn des damaligen Bürgermeisters von Königsberg, Heidemann. Als die ostpreußischen Stände 1813 aus freien Stücken und auf eigene Kosten eine „Landwehr" zu errichten beschlossen und zum Eintritt in dieselbe Freiwillige aufriefen, war der junge Heidemann der Erste, der sich meldete. Er machte als Husar die Feldzüge mit, zeichnete sich aus, erbeutete u. A. einmal mit dem Zuge, den er führte, ein feindliches Geschütz. Nach beendetem Kriege hatte er eine Anstellung als Postmeister, ich weiß nicht mehr wo, erhalten, in seinem höhern Alter aber sich mit einer kleinen Pension nach Weimar zurückgezogen. Dort hatte ich ihn kennen gelernt. Noch vor meinem Weggange von Weimar hatten wir daselbst eine Erinnerungsfeier an die Erhebung des preußischen Volkes

im Frühjahr 1813 begangen, wobei mir die Festrede zugefallen war. Da hatte natürlich der „alte Heidemann" eine hervorragende Rolle gespielt. Eine solche ward ihm in Leipzig ebenfalls zu Theil; er ward zu einer Festtafel bei meinem Schwager, dem Bürgermeister, zugezogen, war auch unter Denen, die bei der Grundsteinlegung zu einem Siegesdenkmal auf dem Schlachtfelde (welches leider bis dato ein schöner Traum geblieben ist) die feierlichen drei Hammerschläge thaten.

Zur Vorbereitung des Festes war schon lange vorher ein „Festcomité" gebildet worden. Nach meinem Eintreffen in Leipzig cooptirte dasselbe mich zu seinem Mitgliede. In dieser Eigenschaft ward ich am Vorabend des Festes, wo Fremde und Einheimische sich in den dazu bestimmten Localen zusammenfanden, von Bekannten gewaltsam, nach rasch übergeworfener schwarz-roth-goldener Schärpe, dem Erkennungszeichen der Comitémitglieder, auf die Rednerbühne gedrängt und mußte wohl oder übel ein paar Begrüßungsworte an unsere Gäste richten; am Festtage selbst fiel mir die Aufgabe zu, beim Zuge nach und von dem Schlachtfelde die „weißgekleideten Ehrenjungfrauen" als Chargirter zu geleiten.

Nach der Rückkehr vom Schlachtfelde vertheilten sich die alten Krieger in die vier größten Säle der Stadt, wo das Festmahl für sie vorbereitet war. Da das Wetter an diesem Tage trotz der späten Jahreszeit noch ziemlich warm war, so waren die alten Herren (obschon viele davon mit Wagen hinaus- und hereinbefördert worden) meist sehr erschöpft, namentlich aber sehr durstig. Das Auftragen der Speisen verzögerte sich noch etwas, und so sprachen

sie schon vor dem Essen den Weinflaschen wacker zu, die vor den Couverts aufgestellt waren; bald waren diese leer, so daß sie durch neue ersetzt werden mußten; die alten Leute aber wurden über die Maßen lustig, begannen zu schwatzen, sich zu umarmen, ja zu tanzen.

Mitten unter den Kriegern gewöhnlichen Schlags saß in dem Saale, wo ich mit speiste, ein stattlicher Greis von vornehmen, doch freundlichen Zügen, mit langen, fast bis auf die Schultern herabfallenden, weißen Haaren. Es war der dreiundachtzigjährige General von Pfuel! Wenige Jahre darauf ist er verschieden. Ob wohl von Denen, die damals Leipzigs Gäste waren, heut noch einer lebt?

Das war das „Veteranenfest" zu Leipzig! Dasselbe war — mit seinen heitern und ernsten Eindrücken und seinen Erinnerungen an eine große kriegerische Zeit — kaum verklungen, da trat an die Jetztlebenden unerwarteter Weise ein Moment neuer kriegerischer Spannung heran.

Dreizehntes Capitel.

Nochmaliges Auftauchen und endliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.

Am 15. November 1863 starb in Dänemark der Letzte des königlichen Mannesstammes, Friedrich VII. Damit war, nach der „Unionsverfassung“ zwischen Dänemark und den Herzogthümern von 1460, das Band zwischen dem Königreich und Schleswig-Holstein endgiltig zerrissen, denn kraft jenes feierlich verbrieften Vertrags fielen die Herzogthümer an die nächste männliche Linie (die Augustenburger), während im Königreich, wo die weibliche Erbfolge galt, ein Landgraf von Hessen den Thron bestiegen haben würde.

Allein dieser Vertrag war durch einen Gewaltstreich der Großmächte, das sog. „Londoner Protokoll“ von 1852, zerrissen und statt dessen festgesetzt worden, daß im Königreich und in Schleswig-Holstein ein und derselbe Fürst, Prinz Christian von Glücksburg, den Thron besteigen solle. Schleswig-Holstein wäre damit für immer an Dänemark gekettet gewesen.

Gegen ein so großes nationales Unglück galt es mit allen Kräften anzukämpfen. Dazu reichte die bloße Stimme

der Presse nicht aus; wirksamere Mittel mußten ergriffen werden! Ich lud einige politische Freunde zu mir ein, um zu berathen, was etwa von uns aus geschehen könnte. Allein ich stieß auf Bedenklichkeiten. Man wollte erst abwarten, was anderwärts geschehen werde, um nicht allein zu stehen. Ich mußte mich fügen. Inzwischen war von weiter links her die Sache schon in Angriff genommen worden; eine Volksversammlung sollte berufen werden; mich ging man darum an, das Referat in dieser zu übernehmen. Ich erklärte mich dazu bereit. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht und verlief in gehobenster Stimmung. Noch kurz vorher, bei Gelegenheit des Fürstencongresses in Frankfurt, hatten „Großdeutsche“ und „Kleindeutsche“ schroff einander gegenüber gestanden; jetzt einigten sich beide in dieser nationalen Sache. Ein Hauptwortführer der „Großdeutschen“ in Leipzig, Professor Wuttke, unterstützte lebhaft die von mir gestellten Anträge, welche die Wahrung des Rechts und der Unabhängigkeit der Herzogthümer bezweckten. An dem von der Versammlung eingesetzten „Schleswig-Holstein-Comité“ nahmen Klein- und Großdeutsche, Conservative, Liberale und Demokraten Theil; an seiner Spitze stand einer der angesehensten Männer der Stadt, Gustav Harkort, ein Mann von streng conservativer Gesinnung, aber unbeugsamem Rechtssinn, einer der „Renitenten“ von 1850. Zu der Versammlung von Delegirten der „Schleswig-Holstein-Vereine“, welche in Frankfurt a. M. stattfand, entsandte der Leipziger Verein gleichzeitig mich und den Professor Wuttke.

Diese Bewegung aus dem Volke heraus für das Recht Schleswig-Holsteins fand in Sachsen einen unerwartet

kräftigen Widerhall in den maßgebenden Kreisen und bis hinauf zum Throne. Die sächsische Regierung war eine der ersten, welche am Bundestage für dieses Recht eintraten. König Johann selbst empfing in Audienz die große Deputation aus Schleswig-Holstein, welche Deutschland bereiste, um für ihre Sache zu werben. Zum Danke dafür ward dem König, als er bald darauf Leipzig besuchte, nicht blos von unserem Comité eine Adresse überreicht, sondern auch von einer großen Zahl der angesehensten Bürger und Einwohner der Stadt durch einen Zug mit Musik vor sein Palais und durch jubelnde Hochs (die der König, auf dem Balkon stehend und hernieder grüßend, freundlich entgegennahm) eine feierliche Huldigung dargebracht. Unter den Diplomaten, die am eifrigsten sich der Sache Schleswig-Holsteins annahmen, stand fort und fort in erster Linie Herr von Beust.

Für mich und meine Gesinnungsgenossen war es eine ganz eigenthümliche Lage, mit demselben Staatsmann uns plötzlich Seite an Seite zu finden, gegen den wir, wie er gegen uns, lange einen so hartnäckigen Kampf geführt hatten. Meinte er es jetzt aufrichtig mit der Vertheidigung eines nationalen Interesses, oder hatte er Hintergedanken, und welche? Indeß, danach zu fragen, war jetzt nicht der Moment; jetzt galt es nur, um jeden Preis das abzuwenden, was, einmal geschehen, nicht leicht rückgängig gemacht werden konnte, die Einverleibung der Herzogthümer in Dänemark. Wer dazu half, mußte uns als Bundesgenosse willkommen sein, auch wenn er vorher unser Gegner gewesen war, auch wenn sein bisheriges Vorgehen uns nicht eben Vertrauen zu ihm einflößte.

Bedenklicher ward für uns die Situation, als die preußische Regierung, statt, wie wir gehofft, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, vielmehr erklärte, daß sie am Londoner Protokoll festhalte und Christian IX. von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein anerkenne, sobald er nur gewisse Bedingungen erfülle, die Dänemark 1852 eingegangen, insbesondere die geplante „Gesammtverfassung" für das Königreich und Schleswig aufhebe. Damit schien der damalige Leiter der preußischen Politik, Herr von Bismarck, nicht allein die Sache der Herzogthümer preiszugeben, sondern auch auf die dem preußischen Staate abermals gebotene kostbare Gelegenheit zur Erfüllung seiner deutschen Mission, und also, wie man fast gezwungen war zu glauben, auf diese Mission selbst zu verzichten.

Heut, wo wir wissen, daß und wie auf dem von Bismarck betretenen Wege das allseits ersehnte und erstrebte Ziel, die gänzliche Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, glücklich erreicht worden ist — heut fällt es schwer, sich in die damalige Situation und in die Lage Derer zu versetzen, welche, obschon grundsätzliche Anhänger des Gedankens der Führerschaft Preußens, doch in dieser Sache sich gedrungen fühlten, gegen Preußen aufzutreten. Man darf aber nicht vergessen, daß die preußische Politik seit 1848, also volle 15 Jahre lang, keinerlei Zeichen von Muth und Entschlossenheit, dagegen viele — und namentlich gerade in der schleswig-holsteinischen Sache — von Schwäche und Nachgiebigkeit gegeben hatte; daß Bismarck selbst seiner Zeit den Krieg, den Preußen 1848 und 1849 gegen Dänemark zu Gunsten der Herzogthümer

führte, einen „unglücklichen", die Politik, die Preußen in diesen Krieg verflochten habe, eine „leichtfertige" genannt hatte. Man wußte nach Bismarcks eigenen bisherigen Kundgebungen nicht anders, als daß er ein grundsätzlicher Feind aller vom Volke ausgehenden Bewegungen sei, und man hatte daher wohl Grund, anzunehmen, daß auch diese schleswig-holsteinische Bewegung ihm gerade darum verhaßt sei und er sich gerade darum von ihr abwende, weil sie vom Volke ausgehe und von den parlamentarischen Körperschaften (voran das preußische Abgeordnetenhaus!) getragen werde. Nach Alledem war das Mißtrauen wohl begreiflich, womit selbst die grundsätzlichen Freunde Preußens das Vorgehen des damaligen Leiters der preußischen Politik betrachteten.

Freilich hatte man zu einem solchen Mißtrauen auch den mittelstaatlichen Staatsmännern gegenüber ebenso viel, wo nicht noch mehr Grund. Allein, wie gesagt, das Interesse an der Rettung Schleswig-Holsteins vor der Verschlingung durch Dänemark erschien als ein so dringliches, beherrschte so sehr alle andern Interessen und drängte sie in den Hintergrund, daß, wenn denn nun einmal — leider! — nur zwischen Mißtrauen hier und Mißtrauen dort die Wahl stand, man sich immer doch lieber der Seite zuneigte, auf welcher jetzt der feste Wille vorhanden zu sein schien, für jenes Interesse einzutreten. Auch standen auf dieser Seite nicht blos solche Staatsmänner und Diplomaten, deren Vergangenheit wenig vertrauenerweckend war, sondern auch solche, die volles Vertrauen verdienten, nicht blos die Beust und Pfordten, sondern auch die Watzdorf und Seebach, die leitenden Minister Oldenburgs, Badens u. a. m.

Wie ernstlich alle diese es mit der Sache meinten und wie entschlossen sie waren, den Schleswig-Holsteinern, so weit sie nur könnten, zu ihrem guten Rechte zu verhelfen, ersah ich sowohl aus den Aeußerungen des Ministers von Watzdorf, mit dem ich fortwährend in lebhaftem Briefwechsel stand, als aus gewissen officiellen Documenten, die zwischen Oldenburg und Baden gewechselt wurden und von denen mir ein Freund in Oldenburg, ein alter Frankfurter College, vertrauliche Mittheilung machte. In einem Briefe vom 26. December 1863 sprach Herr von Watzdorf die Befürchtung aus, der angekündigte Rücktritt des dänischen Ministers von Hall und die Einberufung des dänischen Reichstag auf den 25. December möchten Anzeichen dafür sein, daß man in Dänemark sich entschlossen habe, die von Preußen und Oesterreich gestellten Bedingungen zu erfüllen, „um den beiden Großmächten den Rücktritt vom Londoner Protokoll zu erschweren". „Und," setzte er hinzu: „ich fürchte noch mehr, diese werden eine solche Erschwerung gern acceptiren." Dann fuhr er fort:

> Es bleibt also zunächst das Ausharren der Mittel- und Kleinstaaten und des Volkes übrig. Ich zweifle nicht an dem ersteren und auch nicht an einem glücklichen Erfolge, wenn nur die Bevölkerungen neben der Ausdauer auch Besonnenheit bewahren. Daß letzteres nicht der Fall sein könne, fürchte ich am meisten; um so mehr freue ich mich, daß Sie dafür besonders thätig sind. Das Freischaarenwesen u. dgl. ist baarer Unsinn und verdirbt das Ganze gründlich. Hoffentlich wird doch noch der gesunde Sinn der Deutschen sich bewähren.

Unterm 3. Januar 1864 schrieb mir Herr von Watzdorf wieder:

> Am 30. December von Abends 11 Uhr an bis zum 31. Mittags

war ich in Leipzig und hätte Ihnen gern meine Neujahrswünsche in Person gebracht. Aber meine Zeit war sehr beschränkt, und ich wußte nicht, wo Sie wohnen. Dies sagen Sie mir doch gelegentlich! Meine dortige Anwesenheit galt einer Besprechung mit dem Großherzog von Oldenburg, der wie wir von unserer großen Nationalfrage ganz erfüllt ist, wenn auch nicht in allen Punkten mit uns einverstanden. Immerhin ist es stets eine Freude, den guten, braven, redlichen Herrn zu sehen und zu hören. Der Gang der schleswig-holsteinischen Sache ist bis jetzt besser, als wir hoffen durften; nach der Disposition am Bunde läßt sich hoffen, daß dort die Majorität sicher und fest ist. Sachsen gebührt dabei ein großes Verdienst. Daß Herzog Friedrich nach Holstein gegangen, kann ich nicht billigen; etwa Baden und Gotha ausgenommen, hat es, wie ich glaube, keines der wohlgesinnten Gouvernements gebilligt. Nachdem er aber einmal dort, kann er freilich nicht wohl ausgewiesen werden. Herzog Friedrich, der mir übrigens ganz tüchtig erschienen ist, wenn auch ohne Erfahrung, scheint leider nicht immer glücklich berathen. Weniger noch die Reise nach Holstein, als der beklagenswerthe Brief an Kaiser Napoleon, möchte dies vermuthen lassen.

Einen weiteren Brief vom 13. Januar schloß Herr von Watzdorf mit den Worten:

> Unter allen Umständen wiederhole ich, was ich auch neulich unseren Ständen sagte: „Behalten Sie Muth, Besonnenheit und Ausdauer! Dies vorausgesetzt, gebe ich die Hoffnung auf endlichen Sieg nicht auf!“

Was mich während dieser ganzen schleswig-holsteinischen Krisis am meisten beunruhigte, war die Erwägung, wie es werden sollte, wenn (was freilich kaum denkbar war) den Mittel- und Kleinstaaten wirklich gelänge, ohne Preußen — während letzteres beim Londoner Protokoll beharrte, also nichts für die Ablösung der Herzogthümer von Dänemark thäte — diese Lebensfrage Deutschlands im nationalen Interesse und entsprechend den so laut kundgegebenen

Wünschen der Nation zu lösen? Wäre damit nicht der Gedanke an eine preußische Führerschaft in Deutschland für unabsehbar lange Zeit, wenn nicht für immer, von der Tagesordnung der öffentlichen Meinung gestrichen? Freilich auch der an eine österreichische, da Oesterreich hier mit Preußen Hand in Hand ging. Müßte man dann nicht nothgedrungen zu ganz neuen Combinationen greifen? Oder, wenn solche auftauchten, was könnten selbst die wärmsten Freunde der preußischen Führerschaft, wofern sie zugleich Freunde Schleswig-Holsteins, wofern sie gegen eine solche Verstümmelung des deutschen Staatskörpers, wie die Abtrennung dieser Länder von Deutschland, wären, was könnten sie dagegen mit Grund einwenden?

Daß es an solchen Combinationen nicht fehlte, wurde mir bald bekannt. Aus bester Quelle erfuhr ich, daß Herr von Beust die sog. „Triasidee" in's Auge gefaßt habe, d. h. den Gedanken der Bildung einer dritten Gruppe aus sämmtlichen deutschen Staaten außer Oesterreich und Preußen; ich vernahm etwas später von Herrn von Watzdorf, daß Herr von der Pfordten mit ähnlichen Plänen umgehe (obschon Herr von Watzdorf deren Gelingen bezweifelte); ich hörte, daß schon ganz ernsthaft erwogen werde, ob an Baiern oder an Sachsen die Führerschaft dieser „dritten Gruppe", dieses Klein-Klein-Deutschlands, übertragen werden solle.

Wenn derartige Pläne festeren Boden faßten, wenn an deren Verwirklichung ernstlich Hand angelegt würde, und wenn nun an die Wortführer der schleswig-holsteinischen Bewegung die Frage erginge, ob sie auf eine solche Combination eintreten wollten, da ja doch, falls es zu einem Kampfe für

Schleswig-Holstein ohne die Großmächte kommen sollte, der Rest der deutschen Bundesstaaten sich um so fester zusammenschaaren, sich möglichst einheitlich organisiren müßte — was sollten wir erwidern? Wenn wir den Zweck, die Befreiung der Herzogthümer, wollten, so mußten wir auch das Mittel, die Kräftigung und Organisation der Mittelstaaten, wollen! Aber damit war die Zukunft der Nation auf wer weiß wie lange hin einer politischen Gestaltung verpfändet, die deren wahren und bleibenden Bedürfnissen unmöglich Genüge thun konnte. Entweder also mußten wir in unserem Eifer für Schleswig-Holstein nachlassen, oder unser Programm der preußischen Führerschaft, wenn nicht völlig aufgeben, so doch auf unbestimmte Zeit vertagen. Die Großdeutschen ergriffen, als der Conflict zwischen der schleswig-holsteinischen Bewegung und der österreichischen Politik brennender ward, zum Theil wenigstens den Ausweg, sich von jener erstern loszusagen; Professor Wuttke trennte sich von unserem Comité und bekämpfte in ihren weiteren Fortschritten dieselbe Agitation, die er erst hatte schüren helfen.

Glücklicherweise, wurden die Freunde der preußischen Führerschaft ihrer Verlegenheit und Besorgniß dadurch enthoben, daß, während die Mittelstaaten allmälig in's Zögern und Schwanken geriethen, andererseits der von den beiden Großmächten eingeschlagene Weg eine ungehoffte Wendung nahm, indem die dänische Regierung (in allerdings kaum begreiflicher Verblendung) deren Forderung wegen Aufhebung der Gesammtverfassung zurückwies, den Krieg gegen sie begann und so ihnen die Lossagung vom Londoner Protokoll gleichsam selbst an die Hand gab.

Die siegreichen Thaten der preußischen Armee (insbesondere der glänzende Uebergang nach Alsen), welche zeigten, was Preußen könne, sobald es nur wolle, welche namentlich auch den Werth der inzwischen in's Werk gesetzten Heeres-reform in's Licht stellten, gaben der öffentlichen Meinung wieder eine andere Richtung, und, während die nächstdring-liche Frage, die schleswig-holsteinische, ganz im Sinne der großen Mehrheit der Nation — wesentlich doch durch Preußens siegreiches Vorangehen — gelöst wurde, blieb die allgemeine deutsche Frage, die Frage wegen der Zukunfts-gestaltung Deutschlands, offen.

Uebrigens wird man, trotzdem, daß der Erfolg für die Bismarck'sche Politik entschieden hat und daß man mit diesem Erfolge sehr zufrieden sein kann, dennoch, um gerecht zu sein, anerkennen müssen, daß die damalige Bewegung im Volke eine natürliche, einem gesunden Instincte ent-sprungene war, daß auch die deutschen Fürsten und Staats-männer, welche sich dieser Bewegung aufrichtigen Sinnes anschlossen, durchaus dankenswerth handelten, wobei dahin-gestellt bleiben mag, ob alle Staatsmänner, die dies thaten, auch wirklich dabei „aufrichtigen Sinnes" waren. Ja, ich möchte sogar glauben, daß das glückliche Resultat, welches schließlich erzielt ward, die wirkliche, endgiltige Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark, zu einem Theile doch auch jener Bewegung zu danken ist. Ich meine so. Der Widerstand, den das Vorgehen Bismarcks in Deutschland und in Preußen selbst fand (ward ihm doch vom Abgeordnetenhause das geforderte Geld zu einem Kriege mit Dänemark verweigert!), hat wahrscheinlich dazu beigetragen, die dänische Regierung in jener Halsstarrigkeit

zu bestärken, welche allein der preußischen Regierung — nach dem von ihr eingenommenen Standpunkte des Festhaltens am Londoner Protokoll, sobald Dänemark seine Verpflichtungen erfülle — die rechtliche Möglichkeit bot, erst Krieg mit Dänemark zu beginnen und sodann sich vom Londoner Protokoll loszusagen. Für diesen letzteren Act wiederum war sicherlich der Vorgang nicht ohne Bedeutung, daß auf der Londoner Conferenz Herr von Beust Namens des deutschen Bundes und gewissermaßen Namens der deutschen Nation die Unverbindlichkeit des Londoner Protokolls entschieden betonte.

Wenn diese meine Auffassung der damaligen Sachlage richtig ist, so wäre die schleswig-holsteinische Frage 1863—64 direct zwar durch die Waffen und die Diplomatie der beiden Großmächte gelöst worden, doch aber nicht ohne eine indirect fördernde Mitwirkung der öffentlichen Meinung in Deutschland und der mittel- und kleinstaatlichen Politik. Wie dem aber auch sei, freuen wir uns, daß sie endgiltig und im besten Sinne gelöst, daß Schleswig-Holstein ganz und für immer deutsch geworden ist, und lassen wir alle gegenseitigen Ein- und Vorwürfe wegen der von dem einen und dem andern Theile damals ergriffenen Politik auf sich beruhen!

Vierzehntes Capitel.

„Die Repräsentativverfassungen mit Volkswahlen.“ — Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Preußen. — Meine Wiederanstellung als Professor in Leipzig (1864 und 1865).

So bunt, wie im obigen Titel, reihten sich auch in meinem Leben während der Jahre 1864 und 1865 Ereignisse der verschiedensten Art aneinander.

Zunächst erhielt ich im Jahre 1864 zu einer schriftstellerischen Arbeit eine Veranlassung von außen her, die — wie bisweilen Großes und Kleines in einander spielt — mit der Möglichkeit einer bedeutsamen Wendung in der europäischen Geschichte zusammenhing. Der als Verfasser mehrerer Schriften über Rußland bekannte Freiherr von Haxthausen hatte sich an die Firma F. A. Brockhaus wegen Herausgabe einer Schrift gewendet, zu deren Veranstaltung er seinerseits von der russischen Großfürstin Helene, deren Vertrauen er genoß, den Auftrag erhalten hatte. Die Großfürstin Helene, eine geborene Prinzessin von Württemberg, Gemahlin des Großfürsten Michael, eines jüngeren Bruders des Kaisers Nicolaus und Oheims des regierenden Kaisers Alexanders II., war eine Dame von hohem Geist, die sich für die politischen

Regungen der Zeit lebhaft interessirte. Sie stand in großem Ansehen bei ihrem kaiserlichen Neffen. Es gingen damals geheimnißvolle Gerüchte von einer bevorstehenden tiefgreifenden Veränderung in dem innern Staatsleben des großen russischen Reichs. In der That war Kaiser Alexander, wie Freiherr von Haxthausen aus vertrauten Mittheilungen seiner hohen fürstlichen Gönnerin wußte, mit Plänen einer Verfassung umgegangen, durch welche er Rußland den westeuropäischen Culturstaaten näher rücken wollte. Nachdem er das ungeheure Unternehmen der Aufhebung der Leibeigenschaft mit einer staunenswerthen Energie in Angriff genommen, auch allerhand politische Reformen (im Gemeindewesen, in der Justiz u. s. w.) angebahnt hatte, schien er entschlossen, sein Werk durch Einführung repräsentativer, constitutioneller Einrichtungen zu krönen.

Diesem kühnen Wagniß wollte die geistreiche Großfürstin dadurch gleichsam vorarbeiten, daß sie die höheren Kreise der russischen Gesellschaft, insbesondere das Beamtenthum, mit den in Westeuropa bereits bestehenden und in voller Wirksamkeit begriffenen Einrichtungen dieser Art bekannt machte. Zu diesem Zwecke wünschte sie die Abfassung eines oder mehrerer Werke, welche in gemeinverständlicher, jenen Kreisen leicht zugänglicher Sprache theils das Wesen der constitutionellen Einrichtungen, theils ihre praktischen Wirkungen schildern sollten. Dies war der Auftrag, mit welchem sie den Freiherrn von Haxthausen betraut hatte. Ueber Zweck und Tragweite der ihm gestellten Aufgabe hat sich Letzterer selbst in einem Vorwort zu dem von ihm veranlaßten Werke folgendermaßen ausgesprochen, wobei er natürlich den Antheil

seiner hohen Auftraggeberin an diesem Unternehmen verschwieg.

Es scheint, daß in Rußland sich die Meinung verbreitet, daß die bisherigen Formen der Regierung den in so mannigfacher Weise sich entwickelnden neuen socialen Zuständen gegenüber nicht mehr genügen und ausreichen. Manche Zeichen deuten darauf hin, daß der Drang und die Strömung der Zeit auch das russische Reich in andere und neue politische Bahnen hinüberführen könnte. Daß Versuche in dieser Richtung hin werden gemacht werden, erscheint dem, der Rußland kennt, nicht unwahrscheinlich; mit welchem Erfolge, ist freilich nicht vorauszusehen.

Seit langen Jahren habe ich mich mit dem Studium russischer Zustände beschäftigt. Ich habe eine große Zuneigung für Rußland, für den eigentlichen Kern des russischen Volks; ich glaube, daß ihm eine große Aufgabe in der Weltgeschichte gestellt ist, und wünsche daher lebhaft, daß die jetzige innere Krisis ersprießliche Folgen für Rußland haben möge. Dies in's Auge fassend, entschloß ich mich daher, auch mein Scherflein dazu beizutragen, daß diese Krisis einer weisen, thatkräftigen, aber vorsichtigen Leitung nicht entbehre. Es schien mir vor allen Dingen nothwendig, daß den gebildeten Russen, den Staats- und Geschäftsmännern (nicht den russischen Fachgelehrten), eine richtige und klare Einsicht über das Wesen und die Principien des constitutionellen Systems, seine Geschichte und die Wirkungen bei dessen Einführung, Fortbildung und Ausbildung vorgelegt und mitgetheilt werde. Hierzu bedurfte es nun eines Buchs* (nicht eines eigentlich gelehrten Werks), worin dies leicht und faßlich, aber concis und wahrheitsgetreu dargestellt würde. Ein solches Buch müßte vor Allem die verschiedenen Wahlsysteme, als die reale Grundlage alles staatlichen constitutionellen Lebens, und ihre politischen und socialen Wirkungen in den verschiedenen Staaten und Ländern, ihre Abänderungen, Umwandlungen, Ersetzungen durch ein anderes Wahlsystem, namentlich infolge von Mißständen, die durch sie erzeugt waren, enthalten. Es müßte gewissermaßen ein Lesebuch zum praktischen Gebrauch, zur praktischen Ausbildung und zugleich ein Spiegel sein, worin man Gutes und Böses, Ersprießliches und Gefährliches, was in den constitutionellen

Systemen und ihren Anwendungen sich herausstellt, erkennen könnte.

Ich selbst fühlte mich einer solchen Aufgabe nicht gewachsen: ich entwarf demnach das hier weiter unten folgende Programm eines Buchs und trat mit mehreren deutschen Fachgelehrten über die Bearbeitung in Unterhandlung. Das Resultat liegt hier vor.

Durch Dr. Eduard Brockhaus auf mich aufmerksam gemacht, trug Herr von Haxthausen mir an, den ersten Theil des Werkes, eine „Geschichte der Repräsentativverfassungen mit Volkswahlen, dargestellt im Zusammenhange mit den politischen und socialen Zuständen der Völker", zu bearbeiten. Ein zweiter Theil sollte dann „die politischen und socialen Wirkungen der verschiedenen Wahlsysteme in den einzelnen Staaten" schildern und kritisiren. In die Bearbeitung dieser Materie sollten sich mehrere deutsche Staatsrechtskundige theilen, damit dieselbe von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet würde. In der That gelang es Herrn von Haxthausen, vier der namhaftesten Männer dieses Fachs dafür zu gewinnen, die Professoren Gneist in Berlin, Waitz in Göttingen, Held in Würzburg, Kosegarten in Graz. Das Ganze erschien dann unter dem Titel: „Das constitutionelle Princip, seine geschichtliche Entwickelung und seine Wechselwirkungen mit den politischen und socialen Verhältnissen der Staaten und Völker, herausgegeben von August Freiherrn von Haxthausen."*)

Die mir zufallende Aufgabe hatte für mich schon an sich etwas Verlockendes. Ich hatte mich mit der Verfassungsgeschichte der verschiedenen modernen Staaten viel

*) Leipzig, F. A. Brockhaus, 1864—65.

beschäftigt; ihre Bearbeitung versprach daher eine nicht allzu aufhaltliche und dabei angenehme Arbeit zu werden. Konnte ich zugleich dadurch zur Verbesserung der Zustände des großen russischen Reiches, zu deren Annäherung an unsere westeuropäischen Culturzustände ein Scherflein beitragen, um so besser!

Groß freilich waren meine Hoffnungen auf eine Constitutionalisirung Rußlands nicht. Die Verhältnisse dort, so weit ich dieselben kannte, schienen mir dafür wenig vorbereitet und mußten meines Erachtens selbst einem so klaren Geist und einem so festen Willen, wie Kaiser Alexander dieses Beides besaß, große Hindernisse entgegenstellen. Indeß — vielleicht war er doch der Mann, um auch dieser Hindernisse Herr zu werden.

Kaiser Alexander war indeß (um dies sogleich hier zu bemerken) durch den 1863 ausgebrochenen polnischen Aufstand in der Verfolgung seiner Verfassungspläne aufgehalten, durch die darauf folgenden Ausbrüche verbrecherischer Gesinnung in Rußland selbst, zumal die, offenbar angestifteten, Brände in mehreren großen Städten, vollends bedenklich geworden. Und so kam es, daß der hochherzige Fürst, ohne an sein, jedenfalls sehr wohlgemeintes Unternehmen wirklich Hand angelegt zu haben, dem furchtbaren Schicksal, das ihn bekanntlich traf, der Ermordung durch Sprengstoffe, unterlag.

Uebrigens sollte, nach der Absicht der Großfürstin, auf die russischen Zustände in dem Buche keinerlei Bezug genommen, keinerlei directe Anwendung darauf von den anderwärts in Betreff der Verfassungen gesammelten Erfahrungen gemacht werden. Mir konnte dies nur lieb

sein, denn um so zwangloser und unbefangener konnte ich mich in meinen Ausführungen bewegen. Sonderbar war es, daß Herr von Haxthausen durchaus darauf bestand, auch die republikanischen Verfassungen Nordamerikas und der Schweiz in den Kreis der Besprechung gezogen zu sehen. Er schrieb mir darüber:

Hochverehrter Herr Professor! Ich bitte Sie dringend, die Republiken Amerika, Schweiz 2c. nicht zu übergehen; ich habe sie mit vielem Vorbedacht in's Programm aufgenommen. Ich halte den socialpolitischen Unterschied zwischen moderner Republik und constitutioneller Monarchie für sehr unbedeutend. Die Geschichte lehrt ja, wie sie überall eine in die andere übergehen; England war unter Cromwell Republik, ohne daß die sociale Verfassung wesentlich umgewandelt wurde; die Verfassung von Nordamerika hat sich unter der großbritannischen Monarchie ausgebildet und hat sich als Republik wenig umgewandelt; Frankreich hat die verschiedensten Phasen durchgemacht: constitutionelle Monarchie, Republik, Imperialismus 2c. 2c. Das Buch soll gar nicht den Charakter haben, als ob es lediglich die constitutionelle Monarchie in's Auge fasse; es stellt vorzugsweise die Wahlsysteme und ihre socialpolitischen Folgen dar, ob in Monarchien oder in Republiken, ist ganz gleich.

Um zu zeigen, wie ich meinerseits meine Aufgabe erfaßte, sei mir gestattet, aus der „Einleitung" meines Buches ein paar Stellen herzusetzen. Ich sagte dort:

Jedes politische System, welches von Dauer sein und nützlich wirken soll, muß im Einklange stehen mit dem Charakter der Zeit und des Volks, für welches es berechnet ist. Einrichtungen, welche für eine vorgeschrittene Culturperiode eine Wohlthat, vielleicht ein nicht länger zu verschiebendes Bedürfniß sind, würden, auf einer niedern Entwickelungsstufe desselben Volks eingeführt, möglicherweise mehr Schaden als Nutzen gestiftet, jedenfalls den damit beabsichtigten Zweck nicht erreicht haben.

Die besten Herrscher haben bisweilen darin gefehlt, daß sie

in edelster Absicht, aber ohne genügende Beachtung der Natur der Menschen und der Dinge Gesetze oder Verfassungsformen, die sie anderwärts einen gedeihlichen Einfluß üben sahen, ohne Weiteres auf die eigenen Staaten übertrugen, ohne zu bedenken, daß nicht die gleichen Voraussetzungen der Landesart, des Nationalcharakters, der Sitten und des geschichtlichen Herkommens hier wie dort wirksam waren, und eben so haben oftmals ganze Völker ihr Heil von der Einführung von Einrichtungen vergebens erwartet, welche bei ihren Nachbarn sich in voller Lebensfähigkeit entwickelt hatten, bei ihnen selbst aber, wegen der abweichenden Grundlagen des gesammten Staats- und Gesellschaftslebens, nicht gedeihen wollten.

Auf der andern Seite giebt es allerdings gewisse gemeinsame Ziel- oder Richtpunkte alles politischen Lebens, nach denen hin früher oder später jedes Volk im Verlaufe seines Culturfortschrittes nothwendigerweise hingelenkt wird oder sich selbst hinlenkt. Und zwar deswegen, weil diese Zielpunkte eben so wohl einem allgemeinen und natürlichen Triebe des menschlichen Wesens, als den nothwendigen und unabweisbaren Bedürfnissen eines stärker entwickelten und vielseitiger verzweigten Culturlebens entsprechen.

Unter diesem doppelten Gesichtspunkte muß man auch das Repräsentativsystem betrachten, d. h. das System, wonach das Volk, vermittels einer ineinandergreifenden Kette von Einrichtungen, einen gesetzlich geordneten Antheil an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten hat. Kein Volk kann dieses System entbehren, sobald es einen gewissen Grad des Wohlstandes, der Bildung, der materiellen und geistigen Entwickelung erreicht hat, ja schon, wenn es einem solchen zustrebt; aber es würde verkehrt sein, dasselbe jedem Volke, ohne Ansehen seiner Culturstufe, zutheilen oder es überall unter den gleichen Formen einführen zu wollen. Es ist die Sache einer weisen und umsichtigen Politik, für das Inslebentreten dieses Systems sowohl die rechte Zeit — weder zu früh noch zu spät — als das rechte Maß — weder zu viel noch zu wenig — unter sorgsamer Berücksichtigung aller Umstände auszuwählen. Das Zuviel schadet, weil es dem Volke einen Gebrauch der Freiheit zumuthet, für den dasselbe noch nicht vorbereitet und reif ist; das Zuwenig, weil dann vorhandene und schon entwickelte Kräfte, von einer gesetzlichen Thätig-

keit ausgeschlossen, leicht in ungeregelte Bahnen geworfen, zur Unzufriedenheit und Ungeduld fortgerissen werden. Und ganz das Gleiche ist der Fall mit dem Zufrüh und dem Zuspät.

Die Schrift ward — ebenfalls im Auftrage und auf Kosten der Frau Großfürstin — von einem jungen Franzosen in Leipzig (unter meiner Controle betreffs richtiger Wiedergabe des deutschen Textes) in's Französische übertragen. Sie sollte, wie Herr von Haxthausen sich ausdrückte, möglichst viel sowohl auf den Arbeitstischen hoher Beamten als in den Salons der vornehmen Gesellschaft gefunden werden.

Zu einer zweiten auf russische Verhältnisse bezüglichen Arbeit ward ich von derselben hohen Stelle aus veranlaßt. Der Geheime Rath Dr. Wächter in Leipzig, gleichfalls ein Vertrauensmann der Großfürstin Helene (von ihrer gemeinsamen württembergischen Heimath her), ging mich in deren Namen um ein publicistisches Gutachten über den Entwurf eines Preßgesetzes für Rußland an. Auf meine Zusage antwortete er:

> Geehrter Herr und Freund! Meinen verbindlichsten Dank für die mir in Aussicht gestellte Arbeit! Ich sehe der letzteren mit großem Interesse entgegen, denn Ihr Urtheil über den Entwurf ist mir von besonderem Werthe und wird es auch bei der Stelle sein, von welcher aus der Entwurf kam.

Nach Einsendung des Gutachtens schrieb mir Wächter:

> Geehrter Herr und Freund! Man ist Ihnen für Ihre Arbeit über den russischen Entwurf sehr zu Dank verbunden. Wegen der Uebersetzung des Gutachtens in's Französische wird Herr von Haxthausen bei der Frau Großfürstin anfragen.

An ein für Rußland bestimmtes Preßgesetz war natürlich der Maßstab unserer westeuropäischen Preßgesetze nicht anzulegen. Der mir mitgetheilte Entwurf

erschien mir — im Hinblick auf den Bildungsstand der Masse des russischen Volkes — ziemlich liberal. Ihn noch liberaler gestalten zu wollen, wäre jedenfalls „verlor'ne Liebesmüh'" gewesen. So glaubte ich der Sache am meisten zu nützen, wenn ich in meinen gutachtlichen Bemerkungen vorzugsweise solche Punkte hervorhöbe, in denen nach meiner Ansicht und nach den bei uns gemachten Erfahrungen die wohlmeinenden Absichten des Gesetzgebers am leichtesten entweder durch das Ungeschick oder durch die politische Beschränktheit ausführender Werkzeuge vereitelt werden, und wenn ich Vorschläge machte, wie dem vorzubeugen sei. Inwieweit meine Bemerkungen irgend welchen Erfolg gehabt haben, das zu controliren, fehlte es mir theils an Gelegenheit, theils auch — bei den sich eben damals drängenden wichtigen Ereignissen im eigenen Vaterlande — an Zeit und Aufmerksamkeit. Von einem deutschen Publicisten, der längere Zeit in Petersburg gelebt, hörte ich später, daß die Wirkungen jenes, unterm 6./18. April 1865 publicirten Preßgesetzes in mancher Beziehung günstige gewesen seien, freilich aber fast nur für die Presse der beiden großen Hauptstädte Petersburg und Moskau (wo z. B. den Redacteuren der bestehenden Zeitungen freigestellt ward, ob sie sich noch fernerhin der Censur unterstellen oder auf ihre Gefahr hin den Strafbestimmungen für Preßvergehen aussetzen wollten), während die Provinzialpresse, insbesondere die deutsche Presse der Ostseeprovinzen, nach wie vor unter hartem Drucke seufze.

Während ich aber von so hoher Stelle aus nicht ungeeignet befunden ward, sogar in russische Zustände belehrend und begutachtend einzugreifen, geschah das Uner-

wartete, daß die von mir redigirte „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Preußen verboten ward. Dort hatte sich der Gegensatz zwischen der liberalen öffentlichen Meinung und dem Vorgehen der Regierung in den Jahren 1863 und 1864 bis auf's Aeußerste zugespitzt. Ich meinerseits hatte sowohl in dem „Verfassungsconflict“, als auch in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mich, wie ich meiner Ueberzeugung nach (bei den damals allein vorliegenden Momenten der Beurtheilung) nicht anders konnte, auf die Seite jener ersteren gestellt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte damals in Berlin einen Correspondenten, der, obschon nichts weniger als radical, vielmehr ein „Altliberaler“, doch mit einer durch die Angriffe auf die Rechte, speciell das Budgetrecht der Volksvertretung tief verletzten Empfindung und darum allerdings bisweilen in etwas wärmerem Tone über das „budgetlose Regiment“ und Aehnliches sich ausließ. Geschah doch das Gleiche damals von vielen sehr ruhigen und gemäßigten Leuten, die heute hohe Vertrauensstellungen in Preußen einnehmen, geschah es doch selbst von einem so entschieden conservativen Manne wie Herr von Vincke! Genug aber, diese Correspondenzen schienen ganz besonders übel vermerkt worden zu sein. Sie waren, wie uns gesagt ward, auf Eingebungen eines Vorgängers Bismarcks (gewiß ohne allen Grund) zurückgeführt und dahin gedeutet worden, als arbeite man auf einen Sturz des Letzteren hin.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte bald nach meiner Uebernahme der Redaction, wesentlich mit unter dem Einfluß der „lebendigeren Zeit“, welche die schleswig-holsteinische Angelegenheit und der Krieg mit Dänemark

herbeiführten, einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Ihr hauptsächlichstes Absatzgebiet war zwar nicht Preußen; immerhin jedoch erschien ein Verbot des Blattes in diesem Staate als ein empfindlicher Schlag für dasselbe.

Ein solches Verbot durch meine Redactionsführung wirklich verschuldet zu haben, war ich mir nicht bewußt. Zu meiner Freude sahen auch meine Herren Verleger die Sache nicht so an. Eine noch größere Beruhigung gewährte mir ein Brief des Ministers von Watzdorf. Ich hatte diesen sogleich von dem Geschehenen unterrichtet und ihn um sein offenes Urtheil darüber gebeten, ob er in meiner Zeitung etwas gefunden habe, was ein solches Verbot rechtfertige. Darauf antwortete er mir:

> Ihr gefälliges Schreiben vom 8. December 1864, verehrter Herr Professor, nimmt mit vollem Rechte an, daß mich das Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Preußen ebenso überrascht, als mit Bedauern erfüllt hat. Das Letztere nicht allein wegen der Verbreitung Ihres Blattes, welches dadurch ein weites Feld des Wirkens verliert, sondern auch wegen der beklagenswerthen Tendenz, welche sich in diesem Verbote ausspricht. Das Erstere aber, die Ueberraschung, mag Ihnen sagen, mein lieber Biedermann, daß ich weit davon entfernt bin, die Redaction irgend einer nur irgendwie begründeten Veranlassung zu diesem Verbote zu beschuldigen. Ich lese Ihre Zeitung so regelmäßig, wie ich überhaupt Zeitungen lesen kann, wüßte aber, selbst wenn ich mich auf den Standpunkt des dermaligen preußischen Regierungssystems stelle, nichts, was mich einen solchen Vorgang hätte fürchten lassen. Ich kann auch jetzt noch keine andere Erklärung dafür finden, als die Parteitendenz. Dieser ist jede ihr nicht genehme Richtung, auch wenn sie im Ganzen so, wie Ihr Blatt, die Interessen des Staates consequent vertritt, gefährlich, und darum verfolgt sie dieselbe mit allen möglichen Mitteln. Nimmt man diesen Standpunkt als richtig an, dann erklärt es sich leicht, wenn ein Blatt

verboten wird, welches mit Consequenz das liberale Princip vertritt, und es bedarf kaum eines scheinbaren Grundes, um die gänzliche Beseitigung zu verfügen, sobald nur das Blatt seiner Bedeutung nach überhaupt Aufmerksamkeit verdient. Es freut mich sehr, von Ihnen zu hören, daß die materiellen Wirkungen des Verbotes nicht von solcher Bedeutung sind, wie man etwa glauben möchte. Ich hoffe um so mehr, daß das geschätzte Blatt auch diese Krisis überstehen wird, ohne sich untreu zu werden. In unseren Tagen sind solche Blätter von besonderem Werth, da ja leider auf beiden Seiten die bloßen Parteistimmen in bedauerlicher Weise laut werden. Die Zeit, wo man diesen Werth auch in Preußen erkennt, wird auch kommen.

In einer von den Herren Verlegern mit mir gehaltenen Besprechung ward beschlossen, zwar Schritte zu thun, um womöglich eine Wiederzulassung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu erwirken, jedoch ohne dafür irgend ein Zugeständniß zu machen, welches die Unabhängigkeit des Blattes und das strenge Festhalten desselben an seiner bisherigen Richtung beeinträchtigen könnte. Herr Dr. Eduard Brockhaus begab sich zu diesem Zwecke nach Berlin. Schon sehr bald konnte er über den Erfolg seiner Mission mir folgende erfreuliche Mittheilung machen:

Ich glaube bestimmt, daß die Wiederaufhebung des Verbots bereits in den nächsten Tagen erfolgt, und zwar ohne alle Bedingungen, außer daß man „wünscht", wir möchten doch einen officiösen Correspondenten annehmen, dessen Mittheilungen wir aber ganz nach unserem Belieben benutzen oder auch nur zu unserer Information entgegennehmen könnten.

Man hatte doch wohl in Berlin erkannt, daß man zu weit gegangen sei. Dem geäußerten „Wunsche" stattzugeben, fand ich unbedenklich. Von der Freiheit, die Mittheilungen aus dem Preßbureau je nach Belieben zu

benutzen oder nicht zu benutzen, machte ich den weitesten Gebrauch; außerdem ließ ich unsere Leser nicht im Zweifel darüber, daß unter dem Zeichen ** Berlin sich ein officiöser Correspondent verberge, so daß sie wußten, woran sie damit waren, und endlich sorgte ich auch noch, so oft es mir nöthig schien, durch besondere Redactionsbemerkungen dafür, unseren eigenen Standpunkt, wenn er von dem des Correspondenten abwich, ausdrücklich zu wahren.

Daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sich weder durch das Verbot noch durch dessen Wiederaufhebung in der entschiedenen, wenn auch allezeit maßvollen, Bekämpfung jeder mit ihrem Standpunkte unvereinbaren Maßregel der preußischen Regierung hat irre machen lassen, ergeben sogleich die nächstfolgenden Capitel. Auch wüßte ich nicht, daß jemals von irgend welcher Seite der Verdacht geäußert worden wäre, wir hätten unsern Curs auch nur im Geringsten geändert. Der Wunsch Watzdorfs, „die Deutsche Allgemeine Zeitung möchte diese Krisis überstehen, ohne sich untreu zu werden", ist vollständig in Erfüllung gegangen!

In meinen persönlichen Verhältnissen ging um eben diese Zeit, im Anfange des Jahres 1865, eine bedeutsame Veränderung vor.

Seit meiner Rückübersiedelung nach Leipzig hatte ich wohl bisweilen daran gedacht, ob es vielleicht dahin kommen könnte, daß ich auch in meine frühere Stellung an der Universität wieder einträte; doch hatte ich nicht gewagt, diesem Gedanken ernstlich nachzuhängen, denn noch immer war Herr von Falkenstein, der 1854 mich entsetzt hatte, Cultusminister.

Indeß wurden Wünsche solcher Art immer von Neuem in mir angeregt und gleichsam ermuthigt durch das liebenswürdige Entgegenkommen meiner ehemaligen Herren Collegen an der Universität, die mich z. B. ohne Weiteres, als wäre nichts geschehen, wieder als Mitglied des Professorenvereins aufnahmen. Ja, einzelne derselben (und zwar gerade solche, die politisch auf einem ganz andern Standpunkte standen, als ich, z. B. der verstorbene Klotz) redeten mir, so oft wir uns trafen, von meiner Wiederanstellung wie von etwas, das gar nicht so unmöglich sei, und ermunterten mich, Schritte dafür zu thun. Bevor ich mich dazu entschloß, holte ich den Rath meines vieljährigen aufrichtigen Gönners, des Ministers von Watzdorf, ein: einen besseren Rathgeber in dieser Sache glaubte ich nicht finden zu können. Watzdorf antwortete mir fast umgehend:

Verehrter Herr Professor!

Was Sie mir über die Aussicht zur Rückkehr in die akademische Laufbahn sagen, erfreut mich sehr. Ich wünsche Ihnen diese Rückkehr von ganzem Herzen und hoffe, daß Sie zu derselben gelangen. Geschieht dies, dann scheint mir Ihre Stellung, ganz abgesehen von den äußeren Rücksichten, die ich nicht vollständig übersehe, aber nach ihrem inneren Werthe, ganz befriedigend. Fragt sich nun, was Sie zur Realisirung dieses Wunsches thun sollen, so versteht sich das von selbst, daß ich es nur billigen kann, ja für nothwendig halte, daß Sie einen Schritt bei der Facultät thun. Ob auch direct, ohne Zwischenträger, beim Ministerium, das steht auf einem andern Blatt. Ich wollte Ihnen sofort nach Empfang Ihres Briefes „Nein!“ sagen. Allein ich fühlte, daß dies mehr eine Eingebung des Gefühls, als der ruhigen Erwägung war, und legte deshalb die Feder auf zwölf Stunden aus der Hand. Jetzt ist mein „Nein“ zwar auch noch

da, allein doch mit Modificationen. Ich kenne den Fall Ihren Entlassung in seinen Einzelheiten nicht mehr genau genug, um mit vollster Ueberzeugung sagen zu können, man habe Ihnen Unrecht gethan. So weit ich mich des Falles erinnere, sage ich das; wesentlich hat mir aber für diese Ueberzeugung immer der Grund als Maßstab gedient, daß man, wie ich aus bester Quelle weiß, damals selbst in Dresden — in jener Zeit der finstersten Reaction — die Meinung hatte: es sei Ihnen Unrecht geschehen. Sind Sie selbst, wie ich glaube, bei nochmaliger ernster Prüfung dieser Meinung noch jetzt, dann sage ich Ihnen: ich würde an Ihrer Stelle nicht bitten, wo es sich um ein Recht handelt und die Veranlassung, dies zu üben, in officieller Weise durch den Facultätsbericht gegeben ist. Ich gebe anheim, selbst zu prüfen, ob diese meine Ansicht nicht das Erzeugniß eines gewissen nicht zu rechtfertigenden Stolzes oder auch Trotzes ist. Mir scheint es nicht so.

Die Frage hat aber auch noch eine andere Seite, und diese ist die wichtigere. Daß Herr von Falkenstein, wenn er auf Ihr directes Ersuchen die Rehabilitation ausspricht, Sie zu verbinden glaubt, ist mir kaum zweifelhaft, eben so wenig, daß er es Ihnen sehr verargen würde, wenn Sie Ihre publicistische Meinung vorkommenden Falles gegen ihn oder die königliche Regierung richten würden. Das möchte sein. Aber würden Sie selbst sich ganz frei fühlen? Ich urtheile hier wieder nach mir und sage: „Nein!“ Mißverstehen Sie mich nicht! Wer mich durch irgend etwas wesentlich verbindet, wird mich damit keineswegs so gewinnen, daß ich Anstand nähme, das Rechte gegen ihn zu vertreten. Aber im publicistischen Leben eine Opposition führen, bei welcher man ja öfters gegen die eigene Ansicht Zweifel hegen muß, ist etwas Anderes. Hier kann ich mir denken, daß man sich gehemmt fühlt. Ich spreche, wie gesagt, nur meine individuelle Empfindung aus und kann Ihnen nur anheimgeben, diese von Ihrem Standpunkte aus zu prüfen.

Ich hatte flüchtig den Gedanken, ob ich nicht an Herrn von Beust oder auch an Herrn von Falkenstein selbst schreiben sollte; ich habe ihn aber aufgegeben. Man kennt meine Ansichten

in Dresden sehr genau; eine Verwendung von meiner Seite könnte leicht eher schaden, als nützen. Welchen Weg Sie auch einschlagen mögen, aufrichtig wünsche ich, daß er zum Ziele führe.

Der Rath, den Herr von Watzdorf mir gab, stimmte durchaus mit meiner eigenen Ansicht und Empfindung überein. So beschloß ich denn, danach zu handeln. Ich richtete ein Schreiben an die philosophische Facultät, worin ich, unter dankbarer Bezugnahme darauf, daß damals, als es sich um meine Entlassung gehandelt, die Facultät für mich eingetreten sei, dieselbe bat, jetzt, wo ja wohl auch höheren Orts die Anschauungen in mancher Hinsicht andere geworden seien, beim Ministerium für meine Wiederanstellung sich zu verwenden. Decan der Facultät war Drobisch. Mit ihm, der mir von jeher freundlich gesinnt gewesen, konnte ich die Angelegenheit in der vertraulichsten Weise besprechen. Er versprach mir sein gewichtiges Fürwort bei der Facultät. Die letztere nahm denn auch mein Gesuch wohlwollend auf und that den Schritt, um den ich sie gebeten. Das Ministerium ging auf die Verwendung der Facultät ein und verfügte meine Wiederanstellung als außerordentlicher Professor mit dem früheren Gehalt, und so konnte ich schon zu Ostern 1865 meine akademische Thätigkeit — nach einer Unterbrechung von nahezu zwölf Jahren (seit meiner Suspension im Herbst 1853) — mit frischem Muth von Neuem beginnen!

Von Herrn von Watzdorf, dem ich die erfolgte günstige Entscheidung sofort gemeldet, erhielt ich folgende liebenswürdige Antwort:

Inmitten verschiedenartiger Störungen will ich doch nicht

unterlassen, Ihnen, verehrter Herr Professor, meinen Dank für Ihren Brief vom 1. d. Mts. und meine herzliche Freude darüber auszusprechen, daß Ihnen volles Recht geworden. Nach Kämpfen mancherlei Art thut solches Ergebniß wohl — für die Person und als ein Sieg des Princips! Daß dieser Sieg auch der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Preußen in Aussicht steht, höre ich mit wahrer Freude. Das Recht kommt schließlich doch überall zur Geltung.

Fünfzehntes Capitel.

Die innere Krisis Deutschlands im Jahre 1865.

So entschieden ich dafür gewesen war, daß das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner, begründet und bekräftigt durch den Vertrag von 1460, nicht dem Gewaltstreich von 1852 aufgeopfert werde, so wenig konnte ich doch Denen beipflichten, welche dieses Recht auch da auf die Spitze treiben wollten, wo es sich um die Einordnung der, durch die preußisch-österreichischen Siege glücklich für Deutschland gewonnenen, Herzogthümer in den deutschen Staatskörper selbst, wo es sich also zugleich um ein Gesammtinteresse der deutschen Nation handelte. Daß letzteres eine solche Stellung Schleswig-Holsteins fordere, welche die Verwendung der reichen Mittel dieser Länder in strategischer, maritimer, commercieller Beziehung zum Besten Gesammtdeutschlands sichere, das schien mir zweifellos, ebenso zweifellos aber, daß dies nur dann der Fall sei, wenn Schleswig-Holstein der deutschen Nordmacht Preußen angegliedert werde, wenn Preußen, als Großadmiral Deutschlands in der Nord- und Ostsee, die volle Verfügung

über den unvergleichlichen Kriegshafen Kiel und über die seetüchtige Bevölkerung der Herzogthümer erhalte, wenn die schleswig-holsteinische Landmacht, wenn die Festung Rendsburg dem preußischen Militärverband eingeordnet werde, wenn endlich die Herzogthümer in Bezug auf ihr Zoll-, Post-, Telegraphenwesen ein organischer Theil jenes großen Handelsbundes würden, an dessen Spitze Preußen stand, des deutschen Zollvereins.

Die sogenannten „Februarforderungen", welche die preußische Regierung dem Prinzen Friedrich von Augustenburg als Bedingung seiner Erhebung auf den Thron von Schleswig-Holstein stellte, erschienen mir daher als vollkommen gerechtfertigt, ja nothwendig. Die Herstellung eines solchen Verhältnisses hielt ich auch um deswillen für sehr ersprießlich, weil dadurch, meiner Meinung nach, zugleich der Anfang und gewissermaßen das Vorbild zu einer bundesstaatlichen Einigung auch der andern kleineren deutschen Staaten mit Preußen gegeben sein würde. Eine förmliche Einverleibung der beiden Länder in Preußen (Annexion) schien mir dagegen im gesammtdeutschen Interesse weder erforderlich, noch selbst — aus dem vorangegebenen Grunde — wünschenswerth.

Diesen Standpunkt habe ich damals in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" nach beiden Seiten hin beharrlich vertreten. Ich gerieth darüber in einen ziemlich heftigen Streit mit Herrn von Treitschke, der in seinen „Preußischen Jahrbüchern" den Gedanken der Annexion mit großer Lebhaftigkeit verfocht.

Im Herbst 1865 ward mehrseitig die Berufung eines deutschen Abgeordnetentages nach Frankfurt a. M. und

ein von diesem abzugebendes Votum in Sachen Schleswig-Holsteins angeregt. Gleichzeitig mit ihm sollte der Ausschuß des Deutschen Nationalvereins und der Centralausschuß der „Schleswig-Holstein-Comités" (der sogenannte „Sechsunddreißiger-Ausschuß") tagen. Ich war anfangs der Ansicht, daß dieser Abgeordnetentag möglichst zahlreich besucht werden sollte; was die von ihm einzunehmende Stellung beträfe, so meinte ich, daß das Interesse der Nation an einem engen (bundesstaatlichen) Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen in erste Linie gestellt, die Bevölkerung der Herzogthümer aber aufgefordert werden müsse, diesem Interesse ihr „Selbstbestimmungsrecht" unterzuordnen und anzupassen. In diesem Sinne formulirte ich eine Resolution und suchte für dieselbe eine Unterstützung theils bei den sächsischen Abgeordneten, theils anderwärts zu gewinnen. Ersteres gelang mir, und mehrere davon (wie Bering, Rose, Burck) waren geneigt, den Abgeordnetentag zu besuchen und dort in der von uns vereinbarten Richtung zu wirken.

Dagegen begegnete ich auswärts großer Meinungsverschiedenheit sowohl betreffs der Frage, ob überhaupt eine solche Versammlung jetzt zeitgemäß sei, als betreffs der eventuell von ihr einzunehmenden Haltung. Im Allgemeinen waren die Süddeutschen für Abhaltung eines Abgeordnetentages, allein sie wollten denselben dazu benutzen, nicht blos um den preußischen Annexionsbestrebungen entschieden entgegenzutreten, sondern um das „Selbstbestimmungsrecht" des schleswig-holsteinischen Volkes in äußerster Strenge zu wahren. Selbst der besonnene, durch und durch national gesinnte Brater hatte sich von dieser Strömung

mit fortreißen lassen. Andererseits zeigten sich die Preußen angesichts jener Stimmung der Süddeutschen wenig geneigt, überhaupt zum Abgeordnetentage zu kommen. Zwischen Beiden stand eine dritte Gruppe, meist aus den kleineren norddeutschen Staaten, welche einen möglichst zahlreichen Besuch des Abgeordnetentages zu dem Zwecke wünschte, damit die einseitige Richtung der Süddeutschen wirksam bekämpft und einem vermittelnden Vorschlag zum Siege verholfen werde.

Das Nähere über diese Gegensätze, welche damals die öffentliche Meinung in Deutschland spalteten, ergeben die nachfolgenden Auszüge aus der von mir nach den verschiedensten Seiten hin geführten Correspondenz.

Ein alter Frankfurter College und Parteigenosse vom „Augsburger Hof", Marquard Barth aus Kaufbeuren, (unlängst auch verstorben) schrieb mir:

> Ihre geehrte Zuschrift vom 12. September kann ich erst heut beantworten, Ihnen aber auch heute wenig Verlässiges schreiben. Ich habe zwar inzwischen mit einigen baierischen Abgeordneten, wie Völk und Fischer, gesprochen, die sich nicht abgeneigt zeigten, so weit mitzugehen, als Sie vorschlagen daß man überhaupt gehen solle; eine Vorversammlung der Mitglieder der baierischen Fortschrittspartei findet aber erst am 29. September in Nürnberg statt, und, so viel ich aus den Erlanger Berichten über den dortigen Schleswig-Holstein-Verein (dem Brater und Hofmann angehören) entnehme, ist man dort zwar der Ansicht, daß die Schleswig-Holsteiner im deutschen Interesse Preußen Concessionen zu machen haben, glaubt aber, daß man dieses ihnen selbst überlassen müsse und in Frankfurt keinen darauf bezüglichen Beschluß fassen, sondern nur das „Selbstbestimmungsrecht" der Herzogthümer betonen dürfe. Im großen Publikum geht man wieder mit Parlamentsgelüsten schwanger und will durch allerlei Resolutionen in Volksversammlungen die Abgeordneten, die nach

Frankfurt gehen, nöthigen, dort die deutsche Frage mit der schleswig-holsteinischen zu verbinden. Meines Erachtens hätte man den Abgeordnetentag gar nicht berufen dürfen; nachdem dieses aber einmal geschehen ist, wird die ganze Aufgabe, die wir dort zu lösen haben, nur darin bestehen, daß wir, einmal hingekommen, sehen, wie wir mit Anstand von Frankfurt wieder fortkommen. Ich fürchte einen großen Zwiespalt der Meinungen und erwarte auf keinen Fall irgend einen Erfolg, als höchstens einen schlimmen, den nämlich, daß wir der Reaction wieder Nahrung geben. Dabei wird zugleich ein Mittel abgenutzt, das uns, zu rechter Zeit angewendet, später von großer Bedeutung hätte werden können. Indessen, das ist nun einmal nicht zu ändern. In der Sache selbst bewundere ich die Kindlichkeit unseres Volkes, welches durch Alles, was seit März 1848 geschehen, nicht gelernt hat, daß ein Parlament ohne Centralgewalt nicht bestehen kann, und welches nichts Besseres zu thun weiß, als sich in so nutzlosen Umtrieben zu ergehen. So wenig ich die Art rechtfertigen will, wie Preußen gegen die Elbherzogthümer verfährt (zumal dieselbe schließlich zu nichts führen kann, weil die fremden Mächte die Annexion doch nicht zugeben werden), so wenig begreife ich andererseits die Legitimitätsschwärmerei der Schleswig-Holsteiner, und meine, wenn sie klug wären, würden sie selbst den Anschluß suchen. Jedenfalls halte ich es für die Pflicht der ruhigen Denker, in Frankfurt vereinigt den Schwindlern die Stange zu halten und dafür zu sorgen, daß die richtige Ansicht den gehörigen Ausdruck in der Debatte finde. Auf eine Majorität werden sie wohl verzichten müssen.

In eben diesem mehr vermittelnden Sinne äußerte sich Metz von Darmstadt. Er schrieb:

. . . Ich beeile mich, Ihnen meine Meinung umgehend in Folgendem mitzutheilen. 1. Gegenüber den jetzigen Umständen ist Kommen unter allen Bedingungen, unbedingtes Kommen absolute patriotische Pflicht! Wegbleiben wäre jedenfalls verderblich. 2. Der Preußenhaß wird in Frankfurt nicht so stark sein, wie Sie meinen, da die kurhessische, die nassauer, unsere und die badische

Kammer durchaus nationalvereinlich zusammengesetzt sind und nur bei den Baiern und Württembergern von Preußenhaß theilweise die Rede sein könnte. 3. Vernünftige, gegen den etwa in Schleswig-Holstein sich regenden Localpatriotismus gerichtete Resolutionen werden eine Mehrheit finden, falls sie vorsichtig gefaßt sind. Bedenken Sie nur, daß die Schleswig-Holsteiner in Erklärungen ihrer Abgeordneten (z. B. in der letzten Eingabe an den Bund) stets Preußen die nöthigen Zugeständnisse angeboten haben. Falls Bismarck zu viel verlangt, dürfen wir meines Erachtens nicht ihm, müssen vielmehr den opferbereiten Schleswig-Holsteinern beipflichten. 4. Für eine bestimmt formulirte Resolution möchte ich noch nich stimmen, weil am 28. September der Ausschuß des Nationalvereins und später der Sechsunddreißiger-Ausschuß tagen wird, beide aber mit den Schleswig-Holsteinern sich berathen und dann erst an eine Formulirung des Beschlusses gehen werden. Also zum Schluß: jedenfalls kommen Sie und Ihre Freunde, statt die Flinte voreilig in's Korn zu werfen! Nur Annexion und Vergewaltigung der Herzogthümer müssen wir als ehrliche Partei ablehnen. Aber selbst wer dies nach seiner wirklichen Ueberzeugung nicht will, wer also die jetzige preußische Politik billigen sollte, hat meines Erachtens zu kommen und zur Klärung der Sache offen seine Meinung zu vertreten.

Den süddeutschen Standpunkt vertrat Brater in der folgenden Auslassung:

Nach meiner Meinung kehrt die von Ihnen vorgeschlagene Erklärung das Verhältniß um, indem sie auf die Einheitsfrage und auf den Anschluß der Herzogthümer an Preußen das Hauptgewicht legt, während dem Zusammentritt der Abgeordneten im Jahre 1863 (der auch für den am 1. October maßgebend sein wird) die Absicht zu Grunde lag, vor Allem für das Recht und die Freiheit einzustehen. Man wird diesen Standpunkt um so weniger verlassen dürfen, als die Abgeordnetenversammlung alle möglichen Parteischattirungen in Betreff der Einheitsfrage umfaßt und folglich nicht dazu geeignet ist, über diese Frage in irgend einer Richtung ein Votum abzugeben, das durch seine Einmüthig-

keit einigermaßen imponiren könnte. Sobald das Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen in der Discussion und den Anträgen an die Spitze gestellt wird, gerathen wir in ein Chaos von Meinungsverschiedenheiten und erreichen nichts, als daß sich die Zerfahrenheit der Ansichten und Absichten im Betreff der deutschen Frage von Neuem vor der Welt offenbart. Ich halte — sowohl an sich, als im Interesse der Verständigung — eine Umkehrung des von Ihnen formulirten Ausspruchs für das Richtige; man wird (dem Sinne nach) erklären müssen: „Auch Diejenigen, welche den engsten Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen im deutschen Interesse für wünschenswerth halten, verurtheilen doch die bisherige Politik der deutschen Mächte und dringen vor Allem darauf, daß das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer anerkannt werde." Was die baierischen und ebenso die württembergischen Abgeordneten betrifft, so glaube ich nicht, daß einer von ihnen auf Ihre Proposition eingehen möchte; daß sie dagegen in ihrer großen Mehrheit einer Erklärung wie die oben angedeutete beistimmen würden, ist kaum zu bezweifeln.

Ueber die Stellung der preußischen Abgeordneten zum Abgeordnetentage sprach sich Schulze-Delitzsch eingehend so aus:

> Dank für Ihre Mittheilung, verehrter Freund! In einer gestrigen Versammlung hat sich in Berlin unter den dort befindlichen Abgeordneten einstimmig (aus vielen Gründen) die Ansicht festgestellt, nicht nach Frankfurt zu gehen. Wir schaden der Sache, compromittiren unsere, ohnehin schwierige Stellung in Preußen und geben den Gegnern Waffen gegen uns in die Hände. Die ganze Einberufung ist an und für sich eine unglückliche Maßregel; dieser Abgeordnetentag kann nur die Spaltung der liberalen deutschen Partei manifestiren und ist deshalb schon vom Uebel; außerdem kann das Resultat nur eine effectlose Resolution sein, da auch die Mittel- und Süddeutschen unter keiner Bedingung ihre Regierungen dazu bringen werden, thatsächlich für eine solche Resolution einzustehen. Also auf preußische Abgeordnete rehnen Sie so gut wie gar nicht! Was übrigens den von Ihnen

formulirten Antrag anlangt, so glaube ich mit eben solcher Bestimmtheit sagen zu können, daß die große Mehrheit der liberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses auf dem Boden dieses Antrags, seinem Grundprincipe nach, steht. Ich glaube dies von dem linken Centrum behaupten zu können und kann es mit Zuverlässigkeit von der Fortschrittspartei. Nur die unbedingten Annexionisten (eine sehr kleine Zahl in der Fortschrittspartei) und die Krypto-Annexionisten (ebenfalls eine sehr kleine Zahl) würden widersprechen. Es hat sich dies bei den wiederholten, sehr eingehenden Debatten in der Fraction herausgestellt. Schon der Michaelis'sche Antrag (verschleierte Annexion) fand in der Fraction so wenig Zustimmung, daß er gar nicht hätte eingebracht werden sollen, und er ist denn auch im Hause mit größter Majorität verworfen worden. Die große Majorität der Fortschrittspartei verlangt schleunigste definitive Regelung der Verhältnisse und zu diesem Behufe Einberufung der Landesvertretung nach dem Gesetze von 1848 und eine Verständigung mit dieser unter möglichster Berücksichtigung der im Interesse Deutschlands berechtigten Forderungen Preußens, also das, was Ihr Antrag will. Ich selbst stehe unbedingt auf diesem Boden und würde mich meiner Partei nicht mehr angehörig finden, wenn sie ihn verleugnete.

Nun noch ein paar Stimmen aus nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten! Der Hannoveraner L., damals in Elberfeld, schrieb:

> Mit großer Genugthuung habe ich wahrgenommen, daß Ihre und meine Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen (Besuch der Abgeordnetenversammlung u. s. w.) sich mehr oder weniger völlig decken. Ich wünschte sehr, diese Uebereinstimmung käme auch auf der bevorstehenden Versammlung des Nationalvereins zu praktischem Ausdruck. Mehrere meiner norddeutschen Freunde gehen mit mir nach Frankfurt, um für eine Verstärkung der rechten Seite des Vereins, eine nachdrücklichere Betonung der Einheitsfrage, eine Zurechtrückung des in Eisenach verschobenen Schwerpunktis mehr nach Norden hin, zu wirken. Wir werden

für bundesstaatlichen Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen stimmen, als den Weg, um beide obwaltende Hauptinteressen zu befriedigen; wir werden den Ausschuß des Nationalvereins nicht sowohl zu stürzen, als in unserem Sinne zu ergänzen suchen namentlich auch durch Mitglieder aus den bis jetzt unvertretenen kleineren norddeutschen Staaten. Daß man das vorige Mal Trabert, Bürgers u. s. w. cooptirte, und Sie nicht, habe ich in einem Gespräche mit Brater u. A. als einen, an den Schein der Persönlichkeit grenzenden Mißgriff bezeichnet, wo ich dann hörte, daß Brater selbst für Sie gewesen, die damals noch überwiegend radicale Mehrheit aber gegen Sie. Jetzt ist das hoffentlich anders geworden.

Aus einem Briefe, den mir Friedrich Oetker von Berlin aus schrieb, sei Folgendes angeführt:

Ob eine directe Betonung der „preußischen Spitze" möglich sein wird, steht dahin. Jedenfalls aber, meine ich, müßte mittelbar, durch den Beschluß zu der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, darauf hingewiesen werden. Wie mir scheint, empfähle sich eine Erklärung etwa folgender Art: „Die schleswig-holsteinische Frage erheischt im nationalen Interesse eine solche Lösung, daß die Herzogthümer zu Preußen so viel als möglich in dasselbe Verhältniß treten, worin sie stehen würden, wenn Preußen nach der Reichsverfassung an der Spitze des deutschen Bundesstaates stände." Aehnliche Anschauungen habe ich hier bei Löwe, Duncker u. A. gefunden. Ich selbst habe die Sache seit Jahr und Tag in der „Morgenzeitung" so behandelt. Auch habe ich stets und überall die Ansicht vertreten, daß die sog. Februarbedingungen (zumal im Rahmen des Berliner Compromisses) jenem Verhältnisse im Wesentlichen entsprechen oder wenigstens nicht widerstreiten. Könnte ein solcher Ausspruch in der nächsten Generalversammlung des Nationalvereins erzielt werden, so würde mir das sehr zusagen. Was meinen Sie dazu? Möchten Sie sich nicht mit den Preußen zuvor in Verbindung setzen?

Nun, der Oetker'sche Vorschlag besagte im Wesentlichen dasselbe, wie der meine, und eine Verständigung mit den

preußischen Abgeordneten hatte ich, wie die oben angeführte Antwort von Schulze beweist, auch schon versucht.

Der Thüringer F. schrieb in seiner kurzen, entschiedenen Weise:

> Mit dem Gedanken, welcher in der von Ihnen vorgelegten Resolution ausgedrückt ist, bin ich einverstanden; nur sehe ich keinen rechten Nutzen davon, wenn ein paar hundert Abgeordnete nach Frankfurt gehen und einen Gedanken aussprechen, der schon oft wiederholt worden ist und der gerade in dem gegenwärtigen Augenblick gar keine Aussicht auf Realisirung hat.

Aus Frankfurt selbst erhielt ich von dem sächsischen Abgeordneten B. folgende Auskunft über den muthmaßlichen Verlauf des Abgeordnetentages:

> Burck schickte mir gestern die Resolution, welche Sie mit den übrigen Freunden festgestellt haben. Infolge dessen besuchte ich heute Dr. S. Müller hier, um mit ihm nähere Rücksprache zu nehmen. Derselbe erklärte, daß weder er noch die Süddeutschen den Antrag annehmen würden, weil die darin enthaltene Empfehlung, den preußischen Forderungen entgegenzukommen, das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer paralysire, und weil die Schleswig-Holsteiner bereits mehrmals erklärt hätten, daß sie Preußen Concessionen machen würden. Müller sagte mir, der „Sechsunddreißiger-Ausschuß“ werde dem Abgeordnetentag nur Eine Resolution vorschlagen, dahin gehend, daß nur die Völker das Recht hätten, über sich und ihr Land zu verfügen, ferner, daß ein feierlicher, energischer Protest gegen den Gasteiner Vertrag erlassen werden solle. Man wolle das Ur-Recht des Volks durch einen Antrag constatiren. Der Abgeordnetentag könne nur an diesem Recht festhalten; etwas Anderes wäre es, wenn wir ein deutsches Parlament hätten.

B. fügte hinzu:

> Es steht fest, daß die Preußen nicht kommen, dagegen die Süddeutschen fast vollzählig; letztere werden durch unsere großdeutschen Sachsen einen starken Zuwachs erhalten. Brater hat

größeren Einfluß als Metz; wenn nun Ersterer einen Antrag in der Form stellt, wie er andeutet, der dann vielleicht noch laxer formulirt wird, so wird ein solcher die Nassauer, Darmstädter u. s. w., zum Theil auch die Badenser für sich haben, und die wenigen wahrhaft Deutsch-Nationalen sind geschlagen! Selbst wenn ich die Badenser mit den Thüringern, Hannoveranern, denen aus den freien Städten und unseren paar Sachsen zusammenzähle, so würden im günstigsten Falle 40—50 Stimmen sich vereinigen, und Dies ist doch gar zu wenig.

Ob diese so wenig erfreulichen Aussichten auf die Ergebnisse des Abgeordnetentags (die sich übrigens vollkommen, ja in noch schlimmerer Weise bestätigten) oder ob die Pflichten meiner Redaction mich von der Theilnahme am Abgeordnetentage abgehalten haben, weiß ich nicht mehr, wohl aber, daß ich nicht dort war und daß ich mit seinen Beschlüssen mich nicht einverstehen konnte.

Sehr erfreulich war es mir, aus einem Briefe des Ministers von Watzdorf (vom 10. October 1865) zu ersehen, daß ich auch in dieser Frage mich in voller Uebereinstimmung mit dem hochverehrten Manne befand. Es hieß darin:

> Ich habe mich gefreut, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu lesen, daß Sie trotz des Bismarck'schen Regiments einen engen Anschluß der Elbherzogthümer an Preußen mit Freuden begrüßen würden. Ich theile vollständig diese Ansicht. Ganz abgesehen von den äußeren Gründen, welche einen solchen Anschluß für die Herzogthümer zur Nothwendigkeit machen, glaube ich auch, daß das deutsche Interesse auf diesem Wege sicherlich gefördert wird. Die innere Entwickelung kommt früher oder später gewiß, das heutige Preußen mag dagegen thun, was es will. Hiervon ausgehend, beurtheile ich auch Herrn von Bismarcks Thätigkeit weit günstiger, als viele meiner Gesinnungsgenossen thun mögen. Er hat Preußens äußeres Ansehen gehoben, hat bewiesen,

was Preußen für Deutschland sein kann. Ich sage nicht: für Deutschland ist, denn dazu gehört ein verfassungsmäßig liberales Regiment. Aber Sie werden mir zugeben, daß es, Oesterreich und den Mittelstaaten gegenüber, von hohem Werthe ist, daß die allseitigen Verhältnisse einmal klar dargelegt worden sind. Es ist auch für diese von Werth, denn man verfehlt gar leicht den richtigen Weg zum eigenen Heil, wenn man sich infolge einer widernatürlichen Schwäche des Gegners Kräfte zuschreibt, die man in Wirklichkeit nicht hat. Also denke ich, Herr von Bismarck hat in Benutzung der ihm günstigen Umstände der großen Sache auch Dienste geleistet, mag es mit oder ohne seinen Willen geschehen sein. Daß die hier angedeutete Erkenntniß noch nicht überall durchgedrungen ist, haben Sie aus dem „Dresdener Journal" ersehen, welches sich mit den Mittelstaaten und deren Gegnern beschäftigt. Ich begreife nicht, wie Herr von Beust diese Artikel hat passiren lassen können, denn (wie Sie ganz richtig bemerkt haben), wollen die Mittelstaaten ihre alte Politik beibehalten, dann dürfen sie wahrlich nicht die jüngste Vergangenheit erörtern; sie ist ihnen nicht günstig.

Herr von Watzdorf schrieb von seinem Gute Berga aus, wo er einen Urlaub zubrachte. Mit Bezug darauf fügte er hinzu:

> Obiges mag Ihnen beweisen, wie ich in meiner ländlichen Ruhe die Weltbegebenheiten nicht vergessen habe. Die Ruhe ist mir sehr werth und zum Gebrauche meiner Kräfte im Dienste dringend nöthig. Der letztere mit seinen kleinen Begebenheiten der einzelnen Tage nimmt mich gewaltig in Anspruch. Das beweist mir, daß meine Kräfte auf diesem Gebiete schwinden. Sonst klage ich nicht. Im Gegentheil. Die großen Dinge und etwa noch alle Zweige des Landlebens haben für mich ein erhöhtes Interesse und finden mich in größerer Ruhe, als sonst vielleicht der Fall war. Das ist der Vorzug der späteren Lebensjahre. Man fühlt zwar auch, aber man sieht und urtheilt so, als wenn man nicht fühlte.

Sechszehntes Capitel.

Das Jahr 1866.

So kam das verhängnißvolle Jahr 1866 heran! In dem Streit zwischen Preußen und Oesterreich um die Herzogthümer, der das ganze Jahr 1865 ausfüllte, hatte ich für keinen von beiden Theilen Partei ergriffen. Die von Bismarck erstrebte völlige Annexion Schleswig-Holsteins schien mir durch kein allgemeines deutsches Interesse geboten; allein ebenso wenig konnte ich es gutheißen, daß Oesterreich und die Mittelstaaten den so berechtigten Februarforderungen Preußens sich widersetzten und offenbar darauf ausgingen, aus Schleswig-Holstein ein Werkzeug zur Verstärkung der österreichisch-mittelstaatlichen Coalition gegen Preußen zu machen.

Als nun zu Anfang 1866 der Streit sich immer mehr zum offenen Bruche und endlich zum drohenden gewaltsamen Conflicte zuspitzte, da erachtete ich es für oberste Pflicht der Tagespresse, dem Unglück eines „deutschen Bürgerkriegs“ thunlichst vorzubeugen. Ein wirklich nationales Programm hatte bis dahin keiner der Streitenden

aufgestellt; so viel man sehen konnte, verfolgten beide lediglich Zwecke der Sonderpolitik: Preußen wollte sich vergrößern; Oesterreich und die Mittelstaaten wollten nicht blos dies verhindern, sondern womöglich Preußens Einfluß in Deutschland schmälern.

Bisweilen freilich überkam es mich wie eine Ahnung, ob nicht doch vielleicht Bismarck andere, höhere Ziele verfolge, als einen bloßen Gebietszuwachs für Preußen. Die Sicherheit und Zähigkeit, womit er auf seinem Wege vorandrang, imponirte mir. Was könnte, sagte ich mir, ein solcher Mann für Deutschland leisten, wenn er mit derselben Energie wirklich nationale Ziele verfolgte! Ich gab diesem Gedanken in meiner Zeitung wiederholt Ausdruck. Als die neue Landtagssession in Preußen heranrückte und die Rede davon war, daß die Regierung die Volksvertretung um eine Geldbewilligung für ihre schleswig-holsteinische Politik angehen, die Opposition aber diese Bewilligung verweigern werde, äußerte ich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. vom 14. Januar 1866): das Abgeordnetenhaus möge doch zur Regierung sagen:

Wenn Ihr Preußens Hegemonie, nicht blos über Schleswig-Holstein, sondern über ganz Deutschland, auf parlamentarischem Wege, durch Wiederaufnahme des Unionsprojects von 1849 oder auf sonstige Weise, anstreben wollt, so werden wir Euch dabei mit unserm ganzen moralischen Gewicht und nöthigenfalls durch Darbietung jeder erforderlichen materiellen Hilfe unterstützen.

Und ich setzte hinzu:

Um solchen Preis wäre, dünkt uns, selbst ein Compromiß in der Militärfrage nicht zu theuer erkauft.

Am 13. März kam ich auf diesen Gedanken zurück,

indem ich beklagte, daß „der einzige Staatsmann von zweifellos starker und nachhaltiger Energie, den Preußen seit dem großen Freiherrn vom Stein besessen", sich nicht entschließen könne, ähnlich wie Stein das Ziel der Größe Preußens auf dem Wege der Entfesselung der Volkskraft und der Verbrüderung mit ihr, statt auf dem blos äußerer Gewalt, zu verfolgen, und am 15. März sagte ich, in Anknüpfung an einen Artikel der officiösen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welcher auf die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Bundesreformpolitik von 1849 seitens der preußischen Regierung hindeutete:

Es ließe sich immerhin denken, daß ein Mann von hellem Geist, dem es um die Machtstellung seines Vaterlandes nach außen so ernst ist, wie offenbar dem Grafen Bismarck, die Unmöglichkeit einer Politik, die in demselben Moment, wo sie der größten Erhebung und Einigkeit der gesammten Volkskraft nach außen bedürfte, diese Kraft im Innern lähmt, spaltet und von sich abwendig macht, endlich eingesehen und darum, weil er ja doch von seiner äußeren Politik um keinen Preis abgehen möchte, seine innere zu wechseln sich entschlossen hätte. Gerade bei einer Persönlichkeit wie Graf Bismarck wäre dann wohl anzunehmen, daß er diese neue Politik, einmal ergriffen, ebenso energisch festhalten und durchführen würde, wie vorher die alte. Mit einem Staatsmanne, der so verführe, würde die liberale Partei sich zwar niemals ebenso innerlich in Uebereinstimmung fühlen, wie mit einem, der „Fleisch von ihrem Fleische" wäre; allein sie könnte, ja müßte gleichwohl ihn als Bundesgenossen annehmen und unterstützen, sobald sie nur sichere Bürgschaften dafür hätte, daß er fortan wirklich und nachhaltig liberal handeln werde, wenn auch nur aus Rücksichten der äußeren Politik oder der Gesammtlage des Staates.

Als sich zuerst das Gerücht verbreitete, Bismarck wolle, wie Oesterreich an den Bundestag, so seinerseits an das deutsche Volk appelliren, wolle die Berufung

eines deutschen Parlamentes nach unmittelbaren Volkswahlen beantragen, sagte ich (Nr. vom 7. April):

Vom Standpunkt des gegenwärtig in Preußen herrschenden Systems aus wäre es jedenfalls als ein hochwichtiges Zugeständniß an die öffentliche Meinung zu betrachten, wenn Graf Bismarck sich zu einem solchen Appell an das deutsche Volk entschlösse.

Das bloße Wort „Parlament" freilich genügte mir nicht, um mich aus der Zurückhaltung, die ich bisher der Bismarck'schen Politik gegenüber beobachtet hatte, herauszutreiben. „Was soll," fragte ich, „das Parlament? Soll es nur etwa, wie das plebiscite in Frankreich, die Errichtung einer preußischen Dictatur sanctioniren, an welche die diplomatische und Militärhoheit aller deutschen oder doch norddeutschen Staaten übergehen müßte? Die Einheit wäre damit freilich gewonnen; aber wo bliebe die Bürgschaft dafür, daß eine solche einheitliche Gewalt auch allezeit im wahrhaft nationalen Interesse geübt werden würde?"

Bald darauf ward jenes Gerücht durch ein anderes abgelöst. „Von einflußreicher Seite," hieß es, „wird an dem Sturze des Grafen Bismarck gearbeitet." „Wer wird," fragte ich (Nr. vom 8. April), „sein Nachfolger sein? Sollte man etwa zu einem liberalen Ministerium greifen wollen, um das vom Grafen Bismarck in der auswärtigen Politik verfolgte Ziel, dessen Erreichung auf dem von ihm eingeschlagenen Wege sich anscheinend als unmöglich erwiesen hat, mit andern Mitteln, etwa mit Zuhilferufung der Volkkraft der deutschen Nation, zu erreichen?" Und ich antwortete darauf:

Aber wo sind die Männer, die in echt liberalem und nationalem Geist, zugleich doch mit derselben Energie, wie Graf Bismarck, die

Zügel der auswärtigen und namentlich der deutschen Politik Preußens zu ergreifen befähigt sein möchten? Und so kommen wir zu dem sonderbaren Schluß: so entschieden wir den Fall des Systems Bismarck wünschen müssen, so sehr ist doch zu beklagen, daß sich dieses System nicht von diesem Manne trennen läßt, oder daß dieser Mann sich nicht von diesem Systeme hat trennen mögen; so sehr bleibt zu fürchten, daß mit dem Verfehlten des Systems auch dasjenige verloren gehen werde, was, wenn es sich aus der Verstrickung mit jenem Verfehlten hätte herauslösen lassen, für Preußen und Deutschland fruchtbringend hätte werden können.

Ich führe dies Alles hier an, um zu zeigen, daß ich in jener kritischen Zeit weder in engherziger Verkennung der gewaltigen Eigenschaften des Grafen Bismarck demselben einseitig Opposition gemacht, noch aber auch zu blinder Bewunderung dieses Staatsmanns und zur Verleugnung langgehegter liberaler und nationaler Anschauungen mich habe verleiten lassen, daß ich vielmehr immer beflissen gewesen bin, mir die Unbefangenheit des Urtheils nach beiden Seiten hin zu wahren.

Selbst dann, als Graf Bismarck am 9. April 1866 den entscheidenden Schritt gethan und wirklich am Bundestage den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes zur Berathung einer Bundesreform gestellt hatte, beobachtete ich (so sehr mich dieser Antrag mit Freude und Hoffnung erfüllte) in meiner Zeitung demselben gegenüber anfangs noch immer etwas von der früheren Zurückhaltung. Der Antrag, sagte ich (Nr. vom 13. April), sei keinesfalls von vornherein abzulehnen (wie das die meisten liberalen Blätter thaten), wohl aber müsse man sein Urtheil darüber bis dahin aufsparen, wo man wisse, welche Art von Bundesreform Graf Bismarck im Auge

habe. Auch werde jedes deutsche Parlament, wenn die preußische Regierung an dasselbe mit dem Anspruch auf irgend welche Führerschaft in Deutschland herantrete, die Forderung zu stellen haben, „daß zuvor das preußische Volk selbst in den vollen Besitz und die geregelte Uebung constitutioneller, parlamentarischer Institutionen und Freiheiten wieder eingesetzt sein müsse".

In einem weiteren Artikel (Nr. vom 15. April) bemerkte ich gegenüber Denen, welche von dem Parlamentsgedanken nichts wissen wollten, weil er von Bismarck komme:

> Nicht, wer die nationale Idee wieder auf die Tagesordnung stellt, ist das Entscheidende, sondern daß sie wieder darauf gestellt ist und nicht so leicht wieder davon entfernt werden kann.

Natürlich lag es nahe, bei diesem jetzt zu berufenden Parlamente zurückzudenken an das von 1848. Ich zog eine solche Parallele (Nr. vom 25. April) in folgenden Sätzen:

> Im Jahre 1848 war es der aus dem Volke hervorbrechende nationale Gedanke, der sich eine reale Macht schaffen wollte, aber mit diesem Bestreben leider scheiterte. Heut ist es eine vorhandene reale Macht, die mit Hilfe des nationalen Gedankens sich stärken, befestigen, erweitern möchte. Damals suchte die Nation einen Halt- und Mittelpunkt für das Gebäude deutscher Zukunftsgestaltung, das sie errichten wollte; aber der allein dazu taugliche Factor, der Staat Preußen, versagte sich ihr. Heut ist es die preußische Regierung, welche die Nation sucht, weil sie ihrer bedarf; heut ist es an der Nation, die ihr entgegengestreckte Hand nicht gleichfalls zurückzustoßen, sondern zu erfassen, aber nur unter solchen Bürgschaften, daß davon das allgemein deutsche, nicht das blos preußische Interesse den Gewinn habe, daß Recht und Macht gleichermaßen zu Ehren und zur Geltung komme.

Daß der Zusammentritt des zu berufenden Parlamentes im vorhinein auf einen ganz bestimmten Tag festgesetzt werden sollte, damit die Regierungen genöthigt wären, bis dahin über den dem Parlamente vorzulegenden Bundesreformentwurf sich schlüssig zu machen und zu einigen, schien mir richtig, weil sonst eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit zu befürchten stand. Es war dies das einzige Mal, wo ich in meinen Ansichten über eine nationale Frage mit Herrn von Watzdorf auseinanderging, welcher diesen Druck auf die Regierungen bedenklich fand, auch fürchtete, das Parlament möchte dann doch am Ende zusammentreten müssen, ohne daß ein allseits vereinbarter Bundesreformentwurf vorläge.

In dem Zustandekommen des Parlaments erblickte ich zugleich die beste Bürgschaft für eine friedliche Lösung des zwischen Preußen und Oesterreich schwebenden Conflicts. Auf diesem Wege, schien mir, könnte und müßte in ruhiger parlamentarischer Verhandlung der Streit entschieden werden. Wer jetzt noch an die Waffen appellire und damit diesen friedlichen Weg wieder versperre, der sündige an der Nation, gegen den müsse die Nation sich erklären. Die schleswig-holsteinische Frage trat für mich nun in die zweite Linie zurück; vor Allem handelte es sich jetzt, meinte ich, um eine Bundesreform; in dem dadurch neu zu gestaltenden Deutschland werde auch Schleswig-Holstein seine richtige Stelle angewiesen erhalten.

Das Bestreben Oesterreichs, die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag zu bringen und durch diesen, nicht durch ein Parlament, entscheiden zu lassen, erfüllte mich mit Besorgniß, denn bei der feindlichen Stellung der

österreichischen Mehrheit am Bundestage gegen Preußen schien mir davon ein neuer, gefährlicher Conflict zu befürchten. Mit ganz besonderer Besorgniß aber nahm ich wahr, wie die Mittelstaaten, auch Sachsen, durch ihre ganze Haltung Oesterreich in diesem Vorgehen bestärkten. In einem Artikel vom 5. Mai (Nr. vom 6. Mai) beschwor ich die sächsische Regierung, den von Preußen eröffneten Weg einer friedlichen Vereinbarung der Fürsten und Völker Deutschlands im Parlamente doch ja nicht zu verlassen.

Bei diesen blos publicistischen Bemühungen um Erhaltung des Friedens glaubte ich es aber nicht bewenden lassen zu dürfen. Schon am 4. Mai hatte ich einen Kreis Gleichgesinnter (darunter einflußreiche Mitglieder des Stadtraths- und Stadtverordnetencollegiums) versammelt, um zu berathen, welche wirksamen Schritte für Erhaltung des Friedens geschehen könnten. Als das Beste ward befunden, daß die städtischen Behörden Leipzigs sich in einer Vorstellung an die Regierung wendeteten. Das geschah. Einstimmig beschloß der Stadtrath auf den Vorschlag meines Schwagers, des Bürgermeisters Koch, eine solche Vorstellung, und ebenso einstimmig trat das Collegium der Stadtverordneten, in welchem ich diese Maßregel motivirte, derselben bei. Die Vertreter des Handels und der Gewerbe — Kramerinnung, Handels- und Gewerbekammer Leipzigs — schlossen sich an, und das Gleiche geschah von Seiten anderer sächsischer Handel- und Gewerbetreibenden. Sogar eine Volksversammlung in Chemnitz neigte in ihrer Mehrheit friedlichen Ideen zu.

Die Regierung jedoch wies unsere Vorstellung als unbegründet und unberechtigt zurück; das officielle Dresdener

Journal erklärte dieselbe für einen Ausfluß der „Feigheit“ und des „Kleinmuthes“, drohte zugleich mit ernsteren Maßregeln bei Wiederholung solcher Kundgebungen, und das zweite Preßorgan der Regierung, die „Leipziger Zeitung“, entblödete sich nicht, mich, den sie als den eigentlichen Urheber dieser Friedensadresse bezeichnete (was ich allerdings war, was gewesen zu sein ich mir aber noch heut zum Verdienst anrechne), persönlicher Beziehungen zum preußischen Ministerpräsidenten zu verdächtigen!

Eine Volksversammlung in Leipzig, in welcher die Großdeutschen den Socialdemokraten, die Herren Professor Wuttke und Cramer den Herren Fritzsche und Liebknecht die Hand reichten, faßte scharfe Resolutionen gegen uns. Ein namhafter Führer der sächsischen Demokratie, der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Joseph, hatte den ehrenwerthen Muth, für den Beschluß des Stadtraths und der Stadtverordneten in dieser Versammlung einzutreten, konnte aber kaum zum Worte kommen.

In Dresden spottete man über die „Leipziger Pfeffersäcke“, welche, wie man meinte, nur darum nach Frieden schrieen, weil ihnen um ihr Hab und Gut bange. Dagegen schloß sich eine sehr zahlreich besuchte „Bürgerversammlung“ in Leipzig — trotz einer oppositionellen Minderheit, die darin auftrat — in ihrer großen Mehrheit den Friedensbestrebungen der städtischen Behörden an, indem sie eine Petition an die Zweite Kammer richtete, in welcher diese gebeten wurde:

1) Sie wolle die hohe Staatsregierung auf das Dringendste angehen, die Berufung eines deutschen Parlamentes nach dem preußischen Vorschlage — unerwartet einer vorgängigen Vereinbarung

über die demselben zu machenden Vorlagen — für einen thunlichst nahen Termin aus allen Kräften zu fördern und zu betreiben.

2) Sie wolle es dabei als ihre Ansicht aussprechen, daß die Wahlen zu diesem Parlament nur nach dem von der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung am 28. März 1849 beschlossenen Wahlgesetz für das künftige deutsche Volkshaus vorzunehmen seien.

3) Sie wolle keine Mittel zu Rüstungen bewilligen, welche zur Hinderung dieser friedlichen parlamentarischen Lösung des Conflicts oder zur Aufrechthaltung des gegenwärtigen bundestäglichen Zustandes dienen könnten.

Die Petition (zu deren Verfasserschaft ich mich ebenfalls bekenne) schloß mit folgendem Appell an die Kammer:

Hohe Kammer! Die Frage steht gegenwärtig so: Krieg oder Parlament? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Gegen einen Krieg Deutscher gegen Deutsche, einen Krieg, dessen politische Zwecke und Erfolge unklar, dessen zerstörende Wirkungen aber für Handel und Wandel, für Ackerbau und Gewerbe, überhaupt für jede Art von Cultur nur zu gewiß sind, hat sich die Stimme des Volks in zahlreichen Kundgebungen sowohl in Sachsen als im übrigen Deutschland entschieden erklärt. Dagegen ist das deutsche Parlament und die deutsche Bundesreform nicht blos ein durch die Thatsachen des Jahres 1848 dem deutschen Volke feierlich zugesprochenes und erworbenes, ihm nicht wieder zu entziehendes Recht, sondern auch das gemeinsame Ziel der Wünsche und Bestrebungen aller deutschen Stämme und fast aller politischen Parteien. Wir sind überzeugt, auch die hohe Zweite Kammer Sachsens wird in den allgemeinen Ruf einstimmen: nicht Krieg, sondern Parlament!

Gegen die abfällige Entscheidung der Regierung auf die Eingabe der städtischen Behörden und gegen die von dem Dresdener Journal denselben deshalb ertheilte Rüge verwahrte sich das Collegium der Stadtverordneten durch den auf einen Antrag von mir mit allen gegen 6 Stimmen gefaßten Beschluß:

Das Collegium spricht aus, daß nach seiner unveränderten Ueberzeugung Stadtrath und Stadtverordnete, indem sie die Regierung baten, Alles zu vermeiden, was den Ausbruch eines Krieges in Deutschland beschleunigen, Sachsen speciell zum Schauplatz eines solchen machen, endlich die in Aussicht gestellte und von der Nation ersehnte Neugestaltung Deutschlands im parlamentarischen Wege hindern möchte, nur nach bestem Wissen und Gewissen gethan haben, was sie als ihre Pflicht gegen die Stadt sowohl als gegen das Vaterland erkannten.

Leider waren alle diese Bemühungen um Erhaltung des Friedens vergeblich! Herr von Beust wollte den Krieg, und er wußte seine Collegen, die Stände, den König selbst auf seinen Weg mit fortzureißen.

König Johann hatte (wie man neuerdings durch des Ministers von Friesen „Erinnerungen“ authentisch erfahren hat) schon 1865 in einem Schreiben von Possenhofen aus an Herrn von Beust seine Ansicht dahin ausgesprochen:

Ein wirklicher Bruch zwischen den beiden Großmächten würde ein so großes Nationalunglück für ganz Deutschland sein und so unberechenbare Folgen haben können, daß man eine jede Möglichkeit zur Ausgleichung, die sich mit der Ehre und den Grundsätzen vertrage, zu benutzen verpflichtet sei.

Im völligen Gegensatze zu den in diesem Schreiben ausgesprochenen friedliebenden Gesinnungen des Königs hatte Herr von Beust nach Kräften den Krieg geschürt. Er war auf die Forderung, welche Oesterreich in der Note vom 16. März 1866 an die Mittelstaaten stellte, sie möchten rüsten, bereitwillig eingegangen und hatte dadurch, so viel an ihm war, Oesterreich in seinem Kriegseifer und in der Hoffnung auf einen leichten Sieg über Preußen bestärkt. Als sodann die österreichische Regierung, im Vertrauen auf die ihr gesicherte Bundesgenossenschaft der

Mittelstaaten, den verhängnißvollen Schritt am Bundestage that, der nothwendigerweise zum Kriege führen mußte, da war wiederum Herr von Beust unter Denen, welche diesen Schritt unterstützten und Preußen muthwillig zum Kriege herausforderten.

Dieses Verfahren war um so unentschuldbarer, als Herr von Beust, wie gleichfalls Herr von Friesen berichtet*), durch Herrn von der Pfordten wußte, daß eine Conferenz hoher baierischer Militärs sich einstimmig dahin erklärt hatte: „ein Krieg Oesterreichs gegen Preußen müsse unglücklich (für Oesterreich) ausfallen."

Nichtsdestoweniger trieb Herr von Beust Sachsen in diesen, aller Voraussicht nach „unglücklichen" Krieg an der Seite Oesterreichs hinein! Der alten, von ihm durch den Staatsstreich von 1850 in's Leben zurückgalvanisirten Stände war er in ihrer großen Mehrheit sicher; sie billigten und bewilligten, was er wollte, also auch die Mittel zu den Rüstungen; die kleine liberale Partei in der Zweiten Kammer, welche durch den Mund des Abgeordneten Schreck den Minister wegen dieser Rüstungen interpellirte, ließ sich durch eine ausweichende Antwort (als erfülle Sachsen damit nur seine Bundespflicht, während doch bis dahin der Bundestag keinerlei Rüstungen angeordnet hatte) beschwichtigen; seine eigenen Collegen, die andern Minister, fragte er gar nicht, ehe er die inhaltschwere Depesche, die nichts Geringeres als Krieg bedeutete, nach Frankfurt expedirte!

In wie unverantwortlicher Weise Herr von Beust in jenem verhängnißvollen Momente zu Werke gegangen, das

*) „Erinnerungen", 2. Bd., S. 250.

hat Herr von Friesen in seinen schon öfters citirten „Erinnerungen“ mit dankenswerther Offenheit (natürlich nach allerbestem Wissen) geschildert. Er erzählt*):

Beust war durch das rasche Vorgehen Oesterreichs in hohem Grade erregt; er sprach die bittersten Vorwürfe darüber aus, daß Oesterreich, welches Jahre lang den Bund ganz unbeachtet gelassen, jetzt auf einmal, nachdem es durch sein eigenes Vorgehen den Krieg unvermeidlich gemacht habe, den Bund mit hineinziehen wolle. Wir waren damals allerdings in einer überaus peinlichen Lage. Preußen, dessen auf die völlige Annexion Sachsens gerichtete Gedanken uns bekannt waren**), stand uns als entschiedener Feind gegenüber; vom Bunde hatten wir nicht die allergeringste Unterstützung zu erwarten; stimmten wir gegen die Mobilisirung des Bundesheeres, so beleidigten wir auch noch Oesterreich auf's Tiefste, verscherzten seine Hilfe und waren ganz isolirt und verloren. Für den Antrag zu stimmen, war aber auch bedenklich, denn es war klar, daß Preußen dies als einen Bundesbruch ansehen und uns sofort den Krieg erklären werde. Unter diesen Umständen hatte Herr von Beust einen eigenthümlichen Ausweg ergriffen. Obgleich er nämlich den Antrag, den Herr von der Pfordten statt des österreichischen stellen wollte (derselbe war, wie Herr von Friesen bemerkt, in der Sache ganz dem letztern gleich, nur in der Form davon verschieden), nur nach seiner allgemeinen Richtung, aber weder seinem Wortlaut, noch seiner Motivirung nach

---

*) A. a. O., 2 Bd., S. 164 ff. Herr von Beust hat in seiner Gegenschrift („Erinnerungen zu Erinnerungen“) dies nicht zu widerlegen versucht, jedenfalls weil er es nicht widerlegen konnte.

**) Diese Behauptung (daß die preußische Regierung vor dem Kriege von 1866 auf die Annexion Sachsens ausgegangen sei), für welche, so viel mir bekannt, auch nicht die Spur eines Beweises vorliegt, hat Herr von Friesen in keiner Weise begründet. Dieselbe wird direct widerlegt durch das Ultimatum Preußens vom 15. Juni 1866, worin dem König von Sachsen die Integrität (Unverletztheit) seines Landes zugesichert ward, sobald er sich nur in dem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich neutral verhalte.

kannten, so hatte er doch unseren Bundestagsgesandten angewiesen, diesem Antrag einfach zuzustimmen. Als er mir dies — nach Abgang der bezüglichen Depesche (!) — mittheilte, und ich ihm meine Bedenken darüber aussprach, daß er in einer so wichtigen Angelegenheit, wo es der größten Vorsicht bedurfte, sich einem seiner Fassung nach ihm noch unbekannten Antrage habe anschließen und uns dadurch im Voraus für einen ungewissen Erfolg habe binden können, suchte er mich durch die Bemerkung zu beruhigen: „Herr von der Pfordten werde seinen Antrag gewiß so formuliren und motiviren, daß er nicht verletzend für Preußen sei. Aber auch in einer solchen Form werde der Antrag auf Mobilisirung nach seiner (Beusts) Ueberzeugung in Frankfurt nicht angenommen werden. Es komme dabei auf Hannover und Kurhessen an; die übrigen Stimmen für und wider ständen sich gleich, wenn Sachsen für den Antrag stimme. In Hannover sei aber noch gar nichts geschehen, um sich zu einem Kriege vorzubereiten; die Armee sei noch ganz auf dem Friedensfuße; es sei daher ganz undenkbar, daß Hannover für die Mobilisirung stimmen könne. Aehnlich verhalte es sich mit Kurhessen; dort fehle es an Geld, um zu mobilisiren; auch Kurhessen könne daher unmöglich für die Mobilisirung stimmen.“ Nach Beusts Ansicht war es daher ganz zweifellos, daß der Antrag in Frankfurt verworfen werden, und Preußen daher keinen Anlaß haben werde, dem Bunde den Krieg zu erklären. Aber das von Beust für unmöglich Erklärte geschah: Hannover und Kurhessen stimmten für den Antrag, und die Mobilisirung wurde mit 9 gegen 7 Stimmen beschlossen.

Aber auch Herr von Friesen und die anderen Minister sind von der Mitschuld an dem durch Herrn von Beust über Sachsen gebrachten Unheil keineswegs freizusprechen. Herr von Friesen sagt*):

Der Gedanke, was dann aus Deutschland werden solle, wenn Oesterreich einen entscheidenden Sieg erringe, wenn die Politik, die damals dort herrschte und die wir in den letzten Jahren genau

*) A. a. O., S. 169.

kennen gelernt hatten, ohne jedes Gegengewicht zur alleinigen Geltung und Macht in Deutschland gelangen sollte, dieser Gedanke war nicht verführerisch.

Herr von Friesen sah also ein, daß ein Sieg Oesterreichs in seinen Folgen für Deutschland und somit auch für Sachsen unheilvoll sein müßte. Und doch trennte er sich nicht von Herrn von Beust, als dieser Alles that, um einen solchen Sieg Oesterreichs — mit schweren Opfern für Sachsen — herbeizuführen!

Wenn Herr von Friesen und die anderen Minister die österreichfreundliche und kriegerische Politik ihres Collegen Beust nach ihrer Ueberzeugung nicht billigten (wie man das nach dem eigenen Geständniß des Herrn von Friesen wenigstens von diesem annehmen muß), so war es ihre Pflicht, derselben entschieden entgegenzutreten, äußersten Falls, wofern Herr von Beust nicht davon lassen wollte, dem König ihre Entlassung anzubieten und so eine Entscheidung Sr. Majestät zwischen ihnen und Herrn von Beust herbeizuführen. Wer weiß, ob nicht dann König Johann, entsprechend jenen 1865 von ihm an Herrn von Beust gerichteten friedliebenden Worten, sich von der kriegerischen Politik dieses letztern losgesagt und einer minder gefährlichen zugewendet hätte!

Indem dagegen diese anderen Minister die Mitverantwortlichkeit für des Herrn von Beust cavaliere Politik auf sich nahmen, bestärkten sie den Monarchen in dem Glauben, daß, was alle seine Minister riethen, zu seinem und des Landes Besten dienen müsse.

Und so ward auch das Ultimatum Preußens vom 15. Juni, welches die letzte Möglichkeit einer Umkehr bot,

zurückgewiesen, so wurden alle Brücken der Verständigung abgebrochen und die Schiffe verbrannt!

Ich lege Gewicht darauf, ausdrücklich — auf Grund einer so unwiderleglichen Quelle, wie es in dieser Sache die „Erinnerungen" des Herrn von Friesen sind — zu constatiren, wie leichtfertig damals mit den Geschicken des sächsischen Landes und Volkes umgegangen, wie selbst die wohlwollendsten Absichten des Königs in ihr Gegentheil verkehrt worden sind — ich lege Gewicht darauf, einmal, weil darin die beste Rechtfertigung der vor dem Kriege von mir und meinen Gesinnungsgenossen zur Abwendung desselben gethanen Schritte liegt, und sodann, weil ich an einer späteren Stelle dieser Aufzeichnungen Veranlassung haben werde, eben darauf zurückzukommen, um Vorwürfe zu entkräften, die mir und meiner Partei wegen unserer Stellung zu den Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen gemacht worden sind.

Am 16. Juni ward Sachsen von den Preußen besetzt. Von diesem Augenblick an hörte, nach meiner Auffassung, für einen sächsischen Publicisten die Freiheit der Meinungsäußerung auf. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. Juni erklärte ich daher:

Für Sachsen ist der Zustand des Krieges eingetreten. So lange dieser Zustand dauert, ist eine eigentliche Discussion der Tagesfragen nicht wohl möglich. Unter der Herrschaft der Waffen giebt es keine volle Freiheit der Meinungsäußerung; wo aber diese fehlt, da gebietet der Presse das Gefühl der eigenen Würde, nach beiden Seiten hin zu schweigen. Wir werden uns daher möglichst streng auf die Wiedergabe des Thatsächlichen beschränken müssen, und unsere wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe wird darin bestehen,

dieſes Thatſächliche ſo unverfälſcht und geſichtet wie möglich unſeren Leſern zu überliefern.

In der That war dieſe Aufgabe wahrheitsgetreuer Berichterſtattung keine leichte. An den Grenzen Sachſens gegen Böhmen und Schleſien hin war ein förmlich organiſirter Dienſt zur Fabrikation falſcher Nachrichten eingerichtet, welche dann ſyſtematiſch über das ganze Land verbreitet wurden — Alles, um die Bevölkerung in dem Wahne zu erhalten, Oeſterreich ſei ſiegreich, Preußen der Vernichtung nahe. Da ward von der Einnahme preußiſcher Feſtungen in Schleſien durch die Oeſterreicher, von der Gefangennahme preußiſcher Prinzen, welche Armeen commandirten, von dem Anmarſch der ſiegreichen Oeſterreicher auf Dresden und Aehnlichem gefabelt. Die öffentliche Meinung bezeichnete ziemlich beſtimmt die Perſönlichkeiten, welche bei dieſer Fabrikation und Verbreitung von Senſationsnachrichten hauptſächlich betheiligt ſein ſollten. Für das Colportiren derſelben erwies ſich (in Leipzig wenigſtens) ein großer Theil der Briefträger als beſonders eifrig. Wieder eine andere Art von Alarmnachrichten ward zu dem Zwecke in Umlauf geſetzt, um die Bevölkerung Sachſens gegen die preußiſchen Beſatzungstruppen und ſo gegen Preußen ſelbſt aufzuhetzen. Dahin gehörten die Erzählungen von der Preſſung ſächſiſcher Wehrpflichtiger zum Eintritt in preußiſche Regimenter u. dgl. m.

In der Leichtfertigkeit, womit derartige Ausſtreuungen in weiten Kreiſen geglaubt, in der Leidenſchaftlichkeit, womit ſie weitergegeben und beſprochen, in dem fanatiſchen Preußenhaſſe, zu deſſen Erzeugung ſie verwerthet wurden — in Alledem zeigten ſich recht deutlich die traurigen Wirkungen

der politischen Unreife und Einseitigkeit des Urtheils, zu welcher das sechszehnjährige Beust'sche Regiment einen großen Theil des sächsischen Volkes herabgebracht hatte.

Mit der entscheidenden Schlacht von Königgrätz durfte der kurze Krieg für beendet, das Friedenswerk für in nahe Aussicht gestellt gelten. Damit schien mir der Moment gekommen, wo die Tagespresse ihr bisheriges Schweigen brechen und sich der Aufgabe einer Erörterung der muthmaßlichen Friedensbedingungen unterziehen mußte. Ich meinestheils trat in diese Erörterungen ein, indem ich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 6. Juli) mich so aussprach:

> Preußen wird, so glauben wir nach allen Anzeichen annehmen zu dürfen, die sehr mäßigen und berechtigten Forderungen, die es noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Kriegs stellte — Forderungen, deren Erfüllung ebensowohl durch das rechtverstandene allgemeine Interesse der deutschen Nation, wie durch Preußens natürliche Machtstellung geboten erscheint — auch nach diesen so raschen und so glänzenden Erfolgen seiner Waffen nicht über das Maß dessen steigern, worauf es aus jenem doppelten Gesichtspunkte bestehen muß und was ihm eben darum von der andern Seite billigerweise schon damals nicht hätte verweigert werden sollen.

In diesen Worten war der Fortbestand des sächsischen Staates als zweifellos vorausgesetzt, war an Preußen das Verlangen gestellt, seine Forderungen nicht über das Maß des Nothwendigen hinaus zu steigern. Man sollte denken, in einer solchen Behandlung der Frage wegen der künftigen Stellung Sachsens zu Preußen hätte eher alles Andere als eine „annexionistische Tendenz" gefunden werden müssen. Aber es gab damals (und noch auf lange hin) im Lande eine Partei, welche unter „Aufrechthaltung der

Selbstständigkeit Sachsens" nichts Geringeres verstand, als: die Wiederherstellung — so zu sagen mit Stumpf und Stiel — des Zustandes, wie er vor dem Kriege gewesen, einschließlich des Herrn von Beust und seines ganzen Systems; welche keinen Unterschied gelten ließ zwischen einem bundesstaatlichen Anschluß Sachsens an Preußen (der ja allerdings gewisse Opfer an Souveränitätsrechten erheischte) und einer förmlichen Einverleibung in Preußen; in deren Augen daher jeder schon ein „Annexionist" war, der diesem Anschluß und der davon unzertrennlichen Ueberlassung z. B. der diplomatischen und militärischen Führung an die Vormacht des Norddeutschen Bundes das Wort redete. Von diesem Standpunkt aus hat noch zu einer Zeit, wo Sachsen bereits Mitglied des Norddeutschen Bundes war und wo demgemäß diejenige Unterordnung Sachsens unter eine oberste Bundesgewalt, welche in jedem Bundesstaat unerläßlich und selbstverständlich ist, rechtlich und thatsächlich bestand, ein sächsisches Gericht (unter Vorsitz desselben Mannes, der in meinem Preßproceß von 1853 als Untersuchungsrichter fungirt hatte) in einem von mir gegen die „Leipziger Zeitung" angestrengten Verleumdungsproceß gegen mich entschieden, indem es „annexionistische Tendenzen" in solchen Artikeln meiner Zeitung fand, welche nichts als ein aufrichtig bundesstaatliches Verhältniß für Sachsen forderten. Kein Wunder! Erfahren wir doch jetzt durch des Herrn von Friesen „Erinnerungen" *), daß noch nach dem Friedensschlusse (!) „ein, der Zahl seiner Mitglieder nach zwar kleiner, aber durch die bürgerliche und gesellschaftliche

*) 2 Bd., S. 236.

Stellung derselben bedeutungsvoller Theil der conservativen Partei“ die für Sachsen durch diesen Frieden geschaffenen Verhältnisse lediglich „als eine durch einen unglücklichen Krieg ihm zeitweilig (!) auferlegte Fessel (!) betrachtete, welche man suchen müsse mit der Zeit wieder los zu werden (!!)“.

Und solche Leute hatten auch noch die Stirn, sich selbst „Bundesstaatlich-Constitutionelle“ zu nennen, uns Andere aber, die wir den rückhaltlosen und ehrlichen Eintritt Sachsens in den norddeutschen Bundesstaat mit allen seinen nothwendigen Consequenzen, ohne den geheimen Vorbehalt der Wiederabschüttelung dieser „Fessel“, verlangten, als „Annexionisten“ zu verschreien!

Einer der eifrigsten damaligen sog. „Bundesstaatlich-Constitutionellen“, richtiger: Particularisten — (ich will ihn nicht nennen, er weilt nicht mehr unter den Lebenden) hatte einst auf jenem Landtage von 1849/50, auf dem es sich um das Festhalten Sachsens bei der Union mit Preußen handelte, sich über den Begriff der „Selbstständigkeit“ und über den eigentlichen Werth gewisser Hoheitsrechte (z. B. der Militärhoheit) in der Hand eines Staates, der kein Großstaat war und sein konnte, folgendermaßen ausgesprochen:

. . . Wenn von der Selbstständigkeit, die wir bei dem Anschluß an Preußen zu opfern haben, gesprochen wird, so ist vielfach schon erwähnt worden, daß diese Selbstständigkeit eigentlich in der Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist und auch seit langer Zeit nicht mehr vorhanden war. Ist denn Sachsen so selbstständig, daß es sich selbst schützen kann? Wenn man weiter fürchtet, daß man den Oberbefehl über das Militär bei dem Anschlusse an Preußen abtreten müsse, nun, so weist die Geschichte hinreichend nach, daß dies

bei jedem Kriege der Fall gewesen ist, daß Sachsens Heer stets auswärtige Oberbefehlshaber hatte. Bald ward es von einem Schweden, bald von einem Oesterreicher, bald von einem Franzosen befehligt. Es wird also dadurch gar nichts Neues geschehen.

War denn aber nicht die Nothwendigkeit eines Anschlusses Sachsens an ein größeres Ganzes und an die, so eben erst als im höchsten Maße kriegstüchtig erprobte Vormacht Preußen jetzt noch weit mehr eine unleugbare Thatsache, als 1850?

Leider zogen sich die Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen sehr in die Länge. Am 28. August war der Friede zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen worden; erst am 21. October kam der zwischen Preußen und Sachsen zu Stande.

Diese Frist von nahezu zwei Monaten (während im ganzen übrigen Deutschland der Friede hergestellt war) und der dadurch erhaltene Zustand der Ungewißheit hatte für die Bevölkerung Sachsens etwas äußerst Peinliches. Es konnte daher nicht Wunder nehmen, wenn die öffentliche Meinung und ihr Organ, die Tagespresse, eine gewisse Ungeduld verrieth, wenn sie zum Abschluß der lang ausgedehnten und scheinbar endlosen Verhandlungen drängte. Man hat Denen, die dies thaten, und so auch mir, daraus einen Vorwurf gemacht. Wir hätten, hat man gesagt, uns auf die Seite des Gegners gestellt und so den sächsischen Unterhändlern ihre Aufgabe erschwert. Nun, ich meinerseits habe die damaligen Verhandlungen zwischen Sachsen und Preußen allerdings nicht wie Abmachungen betrachtet, die zwischen zwei einander grundsätzlich feindlichen Mächten stattfinden, sondern wie eine Verständigung zweier, durch

ein gemeinsames großes Nationalinteresse auf einander angewiesenen und nur durch ein unglückliches Mißverständniß zeitweilig einander feindlich gegenübergestellten Staaten. Daher habe ich — das gestehe ich gern — nicht sowohl danach gefragt, ob die oder jene Bestimmung etwa für Preußen vortheilhaft oder für Sachsen mit einem Opfer verbunden sei, als vielmehr danach, was geschehen müsse, um die so lange ersehnte festere Einheit Deutschlands (zunächst wenigstens Norddeutschlands) zu Stande zu bringen und für die Dauer zu sichern. Und da mußte ich mir ja freilich sagen — als Sachse nicht ohne tiefes Bedauern —, daß, was bei uns 1866 vorgegangen, der verhängnißvolle Einfluß, den zu üben damals einem einzelnen Minister gelungen war trotz der ganz anderen Gesinnungen des Königs und trotz der Bedenken der übrigen Minister, daß dies Vorkehrungen gegen die Möglichkeit einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse erheische — abgesehen von dem preußischen Interesse (dessen Wahrung nicht meine Sache war), wesentlich im gesammtdeutschen Interesse und sogar im eigenen Interesse Sachsens, welche beide mich als guten Sachsen und als guten Deutschen gleichermaßen recht viel angingen.

Es kam hinzu, daß selbst noch nach dem Kriege und während der Friedensverhandlungen die verderblichen Wirkungen und Nachwirkungen der unseligen Beust'schen Politik nicht aufhörten. Unmöglich konnte es doch den Sieger zu milderen Bedingungen geneigt machen, wenn er sah, wie Herr von Beust fortwährend Alles aufbot, um auch jetzt noch den Gegensatz zwischen Sachsen und Preußen möglichst zu schärfen, wie er die friedliche Herstellung der von

Preußen geplanten neuen Ordnung der Dinge mit allen Mitteln zu hintertreiben suchte, wie er bei Napoleon III. antichambrirte, um diesen zu einer Action gegen Preußen zu bewegen, wie seine Creaturen fortwährend bemüht waren, die sächsische Bevölkerung gegen Preußen aufzuhetzen oder sie in thörichten Täuschungen zu erhalten über eine angeblich sicher zu erwartende Wiederherstellung des alten Zustandes der Dinge. Mußte es da nicht so kommen, wie ich in einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 26. August) schmerzlich beklagte daß es gekommen sei, nämlich, „daß die sächsische Regierung von Preußen als eine unversöhnliche Feindin betrachtet und behandelt ward, daß man in Berlin sich genöthigt glaubte, dieser Regierung jede Macht zu nehmen, womit sie abermals feindselig gegen Preußen und gegen die allgemeine deutsche Nationalsache auftreten könnte?" Freilich, wenn man dies aussprach, um vor solchem Treiben zu warnen, so hieß man „ein Landesverräther", „ein Preuße", „ein Annexionist"!

König Johann hatte in dankenswerthester Weise die im Lande zurückgebliebenen Minister (die sog. „Landescommission") in einem ausdrücklichen Schreiben ermahnt, im Sinne jenes „ehrlichen und aufrichtigen Anschlusses an Preußen", den er selbst wolle und erstrebe, zu handeln. Er hatte damit der preußischen Regierung eine, gewiß von dieser nach Gebühr geschätzte, Bürgschaft für sein und seiner Regierung künftiges Verhalten geben und jeden etwa noch bestehenden Argwohn in dieser Hinsicht beschwichtigen wollen. Allein Herr von Beust wußte auch diese edle Absicht des Königs, so viel an ihm war, zu vereiteln. Nachdem er schon viel länger, als für die damaligen Ver-

hältnisse Sachsens gut sein konnte, Minister geblieben und erst dann zurückgetreten war, als seine Collegen ihn förmlich dazu drängten*), wußte er den König zu bewegen, ihm beim Abschied eine Art von Leumundszeugniß auszustellen. König Johann willfahrte dieser Bitte mit einem Edelmuth, der seinem Herzen die größte Ehre machte. Er schrieb Herrn von Beust einen Brief, worin er die Verantwortlichkeit für alles Geschehene auf sich nahm und Herrn von Beust gleichsam davon entlastete. Und wie dankte ihm Herr von Beust dafür? Dadurch, daß er den Brief so rasch als möglich in die Oeffentlichkeit brachte, während er doch wissen mußte, daß er dadurch dem bei den preußischen Staatsmännern ohnehin vorhandenen Argwohn, als ob der König insgeheim noch der Beust'schen Politik anhänge, neue Nahrung gab, somit die preußische Regierung zu einer immer strengeren Haltung gegenüber Sachsen veranlaßte!

König Johann hat sich über den von ihm gethanen Schritt später (in einem Brief an Herrn von Friesen, für dessen Mittheilung**) man Letzterem nur äußerst dankbar sein kann) in einer Weise ausgesprochen, die ein schönes Zeugniß seiner hochgesinnten, wahrhaft königlichen Denkweise ist. Er schrieb:

> Wenn ich mir irgend einer Eigenthümlichkeit bewußt bin, so ist es strenge Offenheit und Wahrhaftigkeit. Gerade deshalb war es mir unmöglich, meiner Ueberzeugung entgegen meine politische Vergangenheit zu verleugnen oder die Verantwortlichkeit für meine Handlungsweise, die ich mir bewußt war nach eigener

*) „Erinnerungen", 2 Bd., S. 237 ff.
**) Ebenda, S. 184.

Prüfung beobachtet zu haben, auf einen Andern zu wälzen. Ich hoffe daher, daß man sich um so mehr auf die Wahrheit meiner Worte (in dem Schreiben an seine Minister), so weit sie sich auf die Zukunft beziehen, verlassen wird.

Um so mehr wäre es die Pflicht des Herrn von Beust gewesen, in dankbarer Anerkennung dieses edelmüthigen Verfahrens seines königlichen Herrn sorgfältig Alles zu vermeiden, was eine falsche Deutung desselben herbeiführen konnte, nicht aber um seines persönlichen Interesses willen den König einer solchen auszusetzen.

Aber auch die beiden sächsischen Bevollmächtigten zu den Friedensverhandlungen in Berlin, Minister von Friesen und Graf von Hohenthal, handelten schwerlich ganz correct und sicherlich wenig klug, als sie eine Einladung zum Diner beim französischen Gesandten, dem Grafen Benedetti, annahmen und sich mit diesem auf Gespräche über die preußischerseits an Sachsen gestellten Forderungen einließen. Herr von Friesen hat über dieses Gespräch sich in seinem Buche mit anerkennenswerther Offenheit ausgesprochen. Er erzählt*):

Durch dieses Gespräch wurde ich in meiner bereits feststehenden Ansicht, daß von dieser Seite her irgend eine Unterstützung, die über leere Worte hinausgehe, für uns nicht zu erwarten sei, nur noch mehr bestärkt. Ich war überhaupt nicht im Zweifel darüber, daß Kaiser Napoleon mit Allem, was er damals für uns that oder zu thun vorgab, nicht lediglich in unserem Interesse handle, sondern in erster Linie seine eigenen politischen Zwecke verfolgen wolle. Wir wurden dadurch, davon war ich fest überzeugt, nicht gefördert; wir konnten für Sachsen nur dann etwas erreichen, wenn wir der preußischen Regierung die Ueberzeugung beibrachten, daß der König die ernste

*) A. a. O., 2. Bd., S. 266.

und feste Absicht habe, mit seiner bisherigen Politik in der deutschen Frage zu brechen und sich dem Norddeutschen Bunde für die Zukunft fest und treu anzuschließen, daß wir, seine Bevollmächtigten, durchaus in diesem Sinne handeln wollten.

So erfreulich diese Abwendung der beiden Bevollmächtigten von der von Herrn von Beust verfolgten, ebenso trügerischen als undeutschen Politik einer Anrufung fremdländischer Hilfe zu der allein richtigen eines „ehrlichen Anschlusses“ an den Norddeutschen Bunde war, wie sie König Johann ihnen vorgezeichnet hatte, so war es doch natürlich, daß ihr Verkehr mit dem französischen Gesandten seitens der preußischen Staatsmänner als ein auch von ihnen gemachter, nur aber fehlgeschlagener Versuch, solche fremdländische Hilfe zu erlangen, gedeutet ward und daß auch dies den Erfolg ihrer diplomatischen Sendung erschwerte. Herr von Friesen selbst gesteht diese Folge des von ihm und dem Grafen Hohenthal gethanen Schrittes ein, wenn er*) die Worte anführt, die Herr von Savigny zu ihm gesprochen:

> Man möge ja nicht die fernerweite Intervention des Pariser Cabinets als einen günstigen Factor für Sachsen betrachten und ja nicht Schritte thun, beziehentlich wiederholen (!), welche eine Einmischung Frankreichs in deutsche Angelegenheiten bezweckten.

Ich würde auf diese, längst abgethanen und weit hinter aus liegenden Dinge nicht zurückgegriffen, vielmehr dieselben gern der Vergessenheit anheimgegeben haben, nachdem ja glücklicherweise schon unter König Johann, vollends unter unserem jetzigen allverehrten König Albert sich zwischen den beiden Herrscherhäusern von Sachsen und

*) A. a. O., S. 273.

Preußen ein so inniges Verhältniß ausgebildet und immer mehr befestigt hat, wie es sicherlich ebensowohl unserem Sachsen als dem ganzen Reiche zum Heile gereicht, nachdem auch im sächsischen Volke die frühere Abneigung vor einem näheren Anschluß an Preußen wohl fast bis auf die letzte Spur gewichen und an ihre Stelle die Ueberzeugung getreten ist, daß Sachsens Stellung im Deutschen Reiche eben so gut ihm wie diesem zum großen Vortheil gereicht, wenn nicht Herr von Friesen für gut befunden hätte, in seinem Buche — obschon er nicht umhin kann, die damals von sächsischen Diplomaten begangenen Fehler direct oder indirect einzugestehen — gleichwohl die Schuld der dadurch erschwerten und in die Länge gezogenen Friedensverhandlungen wesentlich meiner Partei und speciell mir aufzubürden. Versteigt er sich doch in seiner Gehässigkeit gegen uns bis zu der fast lächerlichen Unterstellung: „wir hätten nicht um die Entlassung des Herrn von Beust petitionirt, weil wir gehofft hätten, sein längeres Verbleiben auf seinem Ministerposten würde schließlich zu der von uns ersehnten Annexion führen!“ Als ob nicht die Behandlung unserer Friedensadresse vor dem Kriege uns jedes weitere Petitioniren ein= für allemal hätte verleiden müssen!

Je länger die Friedensverhandlungen sich hinzogen und je mehr es den Anschein gewann, als ob trotz des erklärten Willens des Königs (den ich und den wir Alle mit aufrichtigem Danke begrüßt hatten) dennoch ein fester und inniger Anschluß an den Norddeutschen Bund nicht zu Stande kommen werde, desto mehr regten sich — das ist nicht zu leugnen — in manchen Kreisen der Bevölkerung

annexionistische Wünsche. Aber nicht blos im Schoße der nationalen Partei. Diese Wünsche fanden bekanntlich einen öffentlichen Ausdruck in der vielberufenen „Landesversammlung vom 26. August". Wenn ich die Liste der mehr als 300 Theilnehmer dieser Versammlung durchmustere, so stoße ich darin auch auf Namen, die später in den Reihen der Conservativen glänzten. Der auf Antrag des vorberathenden Ausschusses, dessen Referent ich war, gefaßte Beschluß der Landesversammlung war übrigens ein streng im Rahmen des bundesstaatlichen Verhältnisses gehaltener. Er lautete:

Es liegt im Interesse des sächsischen Volkes, daß nicht allein in allen nothwendig gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere des Verkehrswesens, die Gesetzgebung und beziehentlich Verwaltung an die Organe des Bundes, Centralgewalt und Parlament, übertragen werde, sondern daß auch Sachsen seine Militärhoheit und seine diplomatische Vertretung völlig und bedingungslos an die Krone Preußen abtrete, dergestalt, daß nur der König von Preußen Kriegsherr, wie im ganzen Gebiete des Bundes, so auch in Sachsen sei, daß nur er das Recht habe, Gesandte an auswärtige Höfe zu schicken und solche zu empfangen. Nur unter diesen Beschränkungen erachten wir es für möglich, daß der Fortbestand der Selbständigkeit Sachsens nicht den allgemeinen und auch den eigenen sächsischen Volksinteressen nachtheilig werde.

In diesem letzten Satze verräth sich die Besorgniß, es könnte wieder einmal die Politik Sachsens auf falsche Wege gelenkt werden, wenn sie nicht fest und unauflöslich gekettet sei an die Gesammtpolitik eines deutschen Bundesstaates. Nach dem, was 1866 die Großmannssucht eines einzelnen Ministers über Sachsen gebracht hatte, wird man eine solche Besorgniß nicht auffallend und nicht unberechtigt finden.

In den heißblütigeren Mitgliedern der Versammlung wirkte eben diese Besorgniß so stark, daß sie der vermeintlichen Gefahr nur durch eine Einverleibung Sachsens in Preußen entgehen zu können meinten. Das war der Sinn jenes „Annexionsantrages", der im Laufe der Debatte aus der Versammlung selbst auftauchte und, obschon von anderer Seite bekämpft, von mir in meinem Schlußwort zurückgewiesen, gleichwohl ein großes Stimmenmehr für sich gewann.

Dr. Joseph, der ein entschiedener Annexionist war, hatte damals sofort von der Versammlung aus diesen letzten Beschluß derselben an das Präsidium des gerade versammelten preußischen Abgeordnetenhauses telegraphirt, und sich dabei meiner Mitunterschrift, ohne mein Vorwissen und meinen Willen, bedient. Gegen diesen Mißbrauch meines Namens habe ich alsbald öffentlich mich verwahrt. Ich meinerseits habe als die eigentliche, weil allein einstimmig gefaßte, Kundgebung der Versammlung vom 26. August in's Land hinaus den Beschluß wegen bundesstaatlichen Anschlusses Sachsens an Preußen versendet und habe dazu eine ganze Reihe von Anschlußerklärungen, namentlich aus den Kreisen der großen Industriellen, erhalten.

Doch, wie schon oben gesagt, in den Augen der Particularisten, der leidenschaftlichen Gegner einer jeden Annäherung Sachsens an Preußen, vollends jener Conservativen, welche sogar das durch den Frieden geschaffene Vertragsverhältniß Sachsens zu Preußen nur wie eine „Fessel" ansahen, die man so bald als möglich wieder abzuschütteln suchen müsse, in den Augen Solcher waren jene

beiden Beschlüsse, der bundesstaatliche und der annexionistische, nahezu völlig gleichbedeutend, waren wir National-Liberalen insgesammt „Annexionisten".

Diese Verdächtigungen und Beschuldigungen haben sich auch noch lange über das Jahr 1866 hinaus an unsere Fersen geheftet. Und, weil ich als der Hauptwortführer der National-Liberalen galt, so häufte sich auf meine Person aller Groll und alle Verbissenheit der vielen geheimen Gegner des „Anschlusses an Preußen". Ich ward von anonymen Zuschriften aller Art mit Beschimpfungen, Verleumdungen, ja Bedrohungen heimgesucht. Sogar in die Kreise des zarteren Geschlechts (das bekanntlich leicht politisch zu fanatisiren ist) drang die leidenschaftliche Feindschaft gegen mich. In einer größeren Provinzialstadt des untern Erzgebirges war, wie mir erzählt ward, in einem Damencafé ein feierliches Pereat auf mich ausgebracht und die (leider falsche) Nachricht, daß ich den handgreiflichen Lohn für meine „Landesverrätherei" von einer Anzahl „guter Sachsen" erhalten hätte, mit Jubel aufgenommen worden. Als ich einmal im Spätsommer 1867 in Begleitung einer Anzahl mir befreundeter junger Männer einen Ausflug mit der Eisenbahn in eine Nachbarstadt Leipzigs machte und mit ihnen harmlos plaudernd in einem öffentlichen Garten saß, streifte ein mir unbekannter Herr nahe an meinem Stuhl vorüber und flüsterte mir zu: „Gut, daß Sie Bedeckung mit haben, Herr Professor, sonst wäre es hier nicht geheuer für Sie!" Noch 1870 ward mir in der Zweiten Kammer, allerdings von einem particularistischen Heißsporn ersten Ranges, der Vorwurf in's Gesicht geschleudert: „ich hätte Briefe in's

Land versandt, in denen zu annexionistischen Kundgebungen aufgefordert worden wäre." Darauf erwiderte ich einfach: „er möge mir einen einzigen solchen Brief zeigen, oder eine einzige Person nennen, die einen solchen Brief erhalten oder bei einem Andern gesehen hätte". Natürlich blieb er diesen Beweis schuldig, allein so ehrenhaft, seine Verleumdung zu widerrufen, war er nicht.

Selbst ein Mann wie Herr von Friesen hat es nicht verschmäht, noch 1880 in seinen „Erinnerungen" Anschuldigungen solcher Art gegen mich zu erheben. Ich habe mich mit ihm erst brieflich, dann öffentlich auseinandergesetzt. Das officielle „Dresdener Journal" war so unparteiisch, mich in seinen Spalten (Nummern vom 1., 6., 9. März 1881) den Kampf mit Herrn von Friesen ausfechten zu lassen, und auch die „Dresdener Nachrichten" (die im Uebrigen zu meinen Hauptgegnern gehörten) gönnten doch (in ihrer Nr. vom 21. März 1881) einer Berichtigung von mir Raum, in der ich Folgendes constatirte:

1. Herr von Friesen habe die eine seiner gegen mich erhobenen Beschuldigungen ohne Weiteres als unbegründet widerrufen; 2. die andere habe er zwar aufrecht zu erhalten versucht, habe aber bei Wiedergabe der einschlagenden Zeitungsstelle (aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung"), die ich selbst erst in loyalster Weise ihm unterbreitet, sich Auslassungen erlaubt, obschon er mir ausdrücklich eine „vollständige" Wiedergabe dieses ganzen Materials zugesagt hatte; 3. auf meinen Vorhalt deswegen, sowie auf den, daß er zwei schwere Beschuldigungen gegen mich veröffentlicht habe, *ohne* — wie er brieflich gegen mich eingestanden — *den Thatbestand vorher zu prüfen*, habe Herr von Friesen *geschwiegen*!

Auch auf diese Berichtigung wußte Herr von Friesen nichts zu erwidern und gab dadurch zu erkennen, daß er im Unrecht sei.

Heutzutage sind, Gott sei Dank, die Anschauungen aller leidlich politisch Gebildeten in Sachsen (einige unheilbar Verbissene etwa ausgenommen) so weit geklärt, daß man nicht mehr Gefahr läuft, für einen schlechten Sachsen zu gelten, wenn man sich als guten Deutschen bekennt und bethätigt. Andererseits bin ich überzeugt, daß jene „Annexionisten“ von 1866 sich wohl insgesammt zu bundesstaatlichen Ansichten bekehrt haben, seitdem sie gesehen, wie aufrichtig die sächsische Regierung ihre bundesstaatlichen Pflichten erfüllt, wie ferner in der Verwerthung des uns verbliebenen Maßes von „Selbstständigkeit“ — nämlich in Bezug auf unser inneres Staatsleben, Industrie, Handel, Wissenschaft, Kunst, Schulwesen u. s. w. — wir unsere Stelle als dienendes Glied des großen Ganzen, des Deutschen Reichs, auf das Ehrenvollste und Erfolgreichste ausfüllen, und in welcher für jedes Sachsenherz hocherfreulichen Weise dies sowohl von der preußischen und den anderen Regierungen, als auch von der öffentlichen Meinung in ganz Deutschland anerkannt wird.

Siebzehntes Capitel.

Neue parlamentarische Thätigkeit im sächsischen Landtage (1869—1876.)

Durch den Reichstag des Norddeutschen Bundes waren einer parlamentarischen Thätigkeit im großen Stile auf's Neue die Schranken geöffnet. Es war gewissermaßen eine Wiederaufnahme und Fortsetzung des Parlaments von 1848, nur mit ungleich mehr direct praktischen Zielen und daher voraussichtlich zu größerer realer Befriedigung der Theilnehmer. Daß ich den Wunsch und die Hoffnung hegte, an den Arbeiten dieses norddeutschen Reichstags einen Antheil zu erhalten, war wohl natürlich und verzeihlich. Hatte ich doch auch nach Frankfurt niemals aufgehört, für Wacherhaltung und Wiederbelebung des nationalen Gedankens nach Kräften in der Presse und persönlich zu wirken.

Jedoch die Aussichten dafür waren nicht günstig. Meine Partei, die national-liberale, war in Sachsen noch schwach; sie ward von rechts und links angefeindet, und diese Anfeindungen spitzten sich, wie schon im vorigen Capitel erwähnt, hauptsächlich auf meine Person zu.

Meine eigenen Parteigenossen sahen mich daher von Haus aus bei den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen als „unmöglich“ an; nirgends ward ich als Candidat auch nur genannt.

Vom Parteistandpunkte aus war dies wohl kaum richtig. Eine Partei, die ihre anerkannten Führer verleugnet, stellt damit sich selbst ein Zeugniß der Muthlosigkeit aus, was in gewissem Betracht fast schlimmer ist, als ein Mißerfolg bei den Wahlen, denn einem solchen ist jede Partei und jedes Mitglied einer Partei ausgesetzt.

Natürlich habe ich, was ich jetzt hier ausspreche, damals für mich behalten. Ich habe niemals meine Person in den Vordergrund gestellt, und hätte es am wenigsten bei einer Gelegenheit thun mögen, wo ja allerdings, wie nun einmal die Stimmung im Lande war, es kaum möglich schien, andere als solche Candidaten durchzubringen, die bisher noch weniger scharf in die Oeffentlichkeit herausgetreten waren, wenn sie auch im Stillen unsere Ansichten getheilt hatten.

In der national-liberalen Fraction zu Berlin scheint man die Sache ebenso angesehen zu haben, wie ich sie hier betrachte. Dr. Stephani, den wir bei der Wahl zum ersten gesetzgebenden Reichstag (im Herbst 1867) in Leipzig mit schwacher Mehrheit durchbrachten, schrieb mir von Berlin aus:

> Wenn ich mein aufrichtiges Bedauern ausspreche, daß Sie nicht hier sind, begegne ich sehr entschiedener Zustimmung und Verwunderung.

Ein jüngerer Parteigenosse, Dr. H. Blum, der ebenfalls im Herbst 1867 gewählt ward (von demselben

Wahlkreise, der ein paar Jahre später, 1871, mich in den ersten gesammtdeutschen Reichstag entsandte) sprach die gleiche Empfindung gegen mich in folgenden Worten aus:

Welches traurige politische Sittenzeugniß stellt sich unser engeres Vaterland aus, wenn es für eine Empfehlung zum Reichstage das ansieht, was mir ohne allen Zweifel 2/3 der Stimmen meiner Wählerschaft verschafft hat, nämlich die vermeintliche politische „Integrität" der Gesinnung und des Charakters. Wie weit entfernt sind wir von den parlamentarischen Musternationen, wenn wir (oder doch die Mehrzahl unserer Mitbürger) uns scheuen, einen politisch geschulten Mann zu wählen, und lieber nach solchen greifen, die eine politische Vergangenheit noch nicht haben, wie wir vier National-Liberalen aus Sachsen sammt und sonders!

Das national-liberale Centralwahlcomité, welches im Frühjahr 1867 in Berlin zusammengetreten war, hatte auf die Liste der Candidaten, welche es von sich aus den Wählern zur Berücksichtigung empfahl, auch meinen Namen gesetzt; allein die Partei im Großen und Ganzen war noch viel zu wenig organisirt, als daß eine solche Empfehlung von fern her bei den localen Wählerschaften eine nachdrückliche Wirkung hätte äußern können. Zwar ward mir eine Art von Candidatur von außerhalb Sachsens angetragen. Ein alter Frankfurter College, Dr. Pinkert in Erfurt, gegen den ich meinen Wunsch, an den Verfassungsarbeiten des constituirenden Reichstags Theil zu nehmen, ausgesprochen hatte, schrieb mir, das Wahlcomité für den dortigen Kreis, welches vorläufig die Herren Dr. Lucius (den jetzigen Landwirthschaftsminister in Preußen) und Dr. Gustav Freytag als Candidaten in's Auge gefaßt habe, wolle sehr gern mich als dritten hinzufügen. Zugleich erhielt ich eine Einladung zu einer Versammlung in Erfurt, welche die end-

giltige Entscheidung in der Personenfrage treffen sollte. Da ich jedoch hieraus ersah, daß Freytag, mit dem ich persönlich befreundet war, dort ältere Rechte hatte, so hielt ich es nicht für anständig, ihm Concurrenz zu machen. Auch glaubte ich, in meiner Stellung als Parteiführer in Sachsen einer möglichen Wahlniederlage außerhalb Sachsens mich viel weniger aussetzen zu dürfen, als einer im Lande selbst.

So mußte ich — mit schwerem Herzen, wie ich nicht leugne — sowohl dem constituirenden als dem gesetzgebenden Reichstage des Norddeutschen Bundes fern bleiben, mußte es schon hoch anschlagen (und habe es auch mit aufrichtigem Dank erkannt), daß bei den Wahlen zum sächsischen Landtage von 1869/70 (durch ein völlig neues Wahlgesetz von 1868 war die alte „Ständekammer“ in eine wirkliche „Volksvertretung“ umgewandelt worden) eine liberale Wählerschaft, und zwar die eines Kreises der Stadt Chemnitz, mir ohne mein Zuthun ein Mandat entgegenbrachte. Hierbei wurden meine Chemnitzer Gesinnungsgenossen auch von Solchen unterstützt, die eigentlich weiter links standen, als ich. Einer derselben, ein „Alter von 1848“, der wackere Rewitzer, der namentlich in Handwerkerkreisen ein großes und verdientes Ansehen genoß, wollte sogar einer zu meinen Gunsten einberufenen Wählerversammlung präsidiren. Leider erkrankte er kurz vorher gefährlich und starb. An seiner Stelle übernahm den Vorsitz Advocat Ludwig, der Führer der Chemnitzer Fortschrittspartei. Als wir, meine politischen Freunde und ich, mit ihm den Saal betraten, fanden wir denselben zu einem großen Theile von Socialisten besetzt. Doch ward meine Wahlrede mit

größter Ruhe und ohne jegliche Unterbrechung angehört und am Schlusse mit lebhaftem Beifall begleitet. Nach derselben stellten einzelne Socialisten ein paar Anfragen an mich, die ich von meinem Standpunkte aus beantwortete, und darauf erklärten sie: „nach der von Lassalle ihnen hinterlassenen Regel, bei Wahlen, wo es sich zwischen einem Conservativen und einem Liberalen handle, immer für den letzteren zu stimmen, würden sie mir ihre Stimmen geben.“ So ward meine Candidatur einstimmig von der Versammlung acceptirt. Chemnitz hatte bis dahin lange Zeit hindurch immer conservativ gewählt. Auch diesmal hatten die Conservativen einen Candidaten aufgestellt, und zwar einen in Chemnitz selbst seßhaften, sehr angesehenen Mann. Ich siegte über diesen mit etwa hundert Stimmen. Bei einer späteren Neuwahl hatte ich keinen Gegencandidaten.

Die Wahlen im Allgemeinen fielen so aus, daß National-Liberale und Fortschritt zusammen eine, wenn auch nur kleine, und nicht in allen Fragen zuverlässige Mehrheit in der Zweiten Kammer erlangten.

Um diese Gunst der Lage nach Kräften zu nützen, betrieb ich eine vertrauliche Vorbesprechung der liberalen Abgeordneten beider Schattirungen. Es sollte womöglich ein gemeinsamer Feldzugsplan für den Landtag entworfen werden. Ein solches Zusammengehen der mehr gemäßigten und der „entschiedeneren“ Liberalen (der Fortschrittler) in den inneren Angelegenheiten Sachsens erschien nach den hier obwaltenden Verhältnissen ebenso gut thunlich und angezeigt, wie z. B. in Baiern, wo eine derartige Vereinigung lange bestanden hat und meines Wissens noch

heut besteht. In diesem Bemühen unterstützte mich auf's Kräftigste der bald darauf verstorbene, in fortschrittlichen Kreisen hochangesehene Bernhard Eisenstuck, 1848 einer der Wortführer der Linken und eine Zeit lang zweiter Vicepräsident im Parlamente zu Frankfurt.

Wirklich kam eine Besprechung in Chemnitz zu Stande, an welcher eine Anzahl von Abgeordneten beider Richtungen sich betheiligten. Es wurden verschiedene Anträge verabredet, die wir gemeinsam in der Kammer stellen wollten, und es wurden für deren nähere Vorbereitung theils einzelne Referenten, theils ganze Commissionen bestellt.

Als eines der dringendsten Bedürfnisse erschien eine Abänderung der Geschäftsordnung. Die bestehende Geschäftsordnung für beide Kammern war wie dazu gemacht, die Landtage in die Länge zu ziehen. Nach derselben mußten beispielsweise bei allen Verhandlungen über Gesetzesvorlagen sowohl die königlichen Decrete als die Deputationsberichte über den betreffenden Gegenstand Wort für Wort in der Kammer verlesen werden, obschon beide gedruckt den Mitgliedern vorlagen. Als beim Landtag 1849/50 die deutsche Frage zur Verhandlung kam, nahm das Verlesen des von mir erstatteten Berichts (auf das Verlesen ihres Decrets verzichtete die Regierung) eine ganze Sitzung von 3—4 Stunden in Anspruch. Ein anderer Uebelstand war der, daß jeder Gegenstand zur Vorberathung an eine Deputation verwiesen ward. Die Deputationen arbeiteten nun schriftliche Berichte, oft ziemlich dickleibige, aus, was allemal viele Wochen, oft Monate in Anspruch nahm. Bis diese Berichte eingingen, litt die Kammer meist so sehr

Mangel an Berathungsgegenſtänden, daß bisweilen eine ganze Reihe von Sitzungen von kaum mehr als einer, ja einer halben Stunde Dauer ſtattfand, in denen lediglich das Protokoll der vorigen Sitzung und die neuen Eingänge verleſen wurden.

Wir brachten es glücklich dahin (wenn ſchon nicht ſofort), daß an die Stelle dieſer ſchwerfälligen Geſchäftsordnung eine andere trat. Sie war das gemeinſame Werk des Profeſſors Wigard und des Dr. Schaffrath und ſchloß ſich der des Reichstags und des preußiſchen Abgeordnetenhauſes im Weſentlichen an.

Mich perſönlich intereſſirte vor Allem die Frage einer zeitgemäßen Reform unſerer Gemeindegeſetzgebung und einer Erweiterung des Syſtems der „Selbſtverwaltung“ über die Grenzen der Gemeinde hinaus, auf Bezirk und Kreis. Die ſächſiſche Städteordnung von 1832, der Stein'ſchen nachgebildet, war anerkanntermaßen vortrefflich und in der Hauptſache noch jetzt den Zeitverhältniſſen angemeſſen: nur in Bezug auf die Lebenslänglichkeit der Stadtrathsmitglieder ſowie in Bezug auf Recht und Pflicht des Bürgerwerdens (angeſichts der durch die Gewerbeordnung des Norddeutſchen Bundes gewährten Freizügigkeit) und noch einige andere Punkte erſchien eine Reviſion derſelben wünſchenswerth.

Tiefer greifender Abänderungen bedurfte die Landgemeindeordnung von 1838. Die geſetzlichen Befugniſſe der Gemeindeorgane waren hier in ſo enge Grenzen eingeſchloſſen, wie ſie weder mit dem ſeitdem fortgeſchrittenen Bildungsſtande der ländlichen Bevölkerungen, noch mit den wirthſchaftlichen Verhältniſſen der Landgemeinden, zumal

der überwiegend industriellen, deren es in Sachsen so viele giebt, vereinbar schienen.

Mit der wichtigen Frage der Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen selbstständigem Gewerbebetriebe und Erlangung des Bürgerrechts hatte ich mich zuerst in Weimar als Referent der „mitteldeutschen Volkswirthschafts-gesellschaft", dann wieder in Leipzig als Referent eines Comité für Vorbereitung einer Petition in eben dieser Sache eingehend beschäftigt.

Was die Idee einer erweiterten Selbstverwaltung des Volkes betraf, so hatte diese schon in dem Programm zu meiner Monatsschrift 1841 Platz gefunden. In Frankfurt hatte mir dann Wippermann, damals kurhessischer Minister, von einem Verwaltungsgesetze gesprochen, welches das Märzministerium dort eingeführt und welches sich in der Praxis bewährt habe. Als nun beim sächsischen Landtage von 1849/50 von einer Abänderung der Gemeindegesetzgebung die Rede war, ließ ich mir jenes Gesetz von Wippermann schicken und legte es der Gesetzgebungsdeputation, deren Mitglied ich war, vor. Der damalige Minister des Innern, Herr von Friesen, interessirte sich für die Sache und erbat sich von mir das kurhessische Gesetz zur Ansicht. Zu Weiterem ließ es die Kammerauflösung nicht kommen.

Inzwischen hatte ich, bei meinem achtjährigen Aufenthalte im Großherzogthume Weimar, vollauf Gelegenheit gehabt und diese Gelegenheit eifrig benutzt, die Wirkungen der dort eingeführten Gemeinde- und Verwaltungsgesetze genau kennen zu lernen. Herr von Watzdorf hatte oft und eingehend mit mir darüber gesprochen. Die Ver-

waltungschefs der einzelnen Bezirke („Bezirksdirectoren"), sowie die Räthe im Ministerium des Innern, bei denen ich mich des Weiteren darüber informirte, fand ich von der Güte dieser Einrichtungen ebenso lebhaft durchdrungen, wie andererseits die aus dem Volke hervorgegangenen Mitglieder der Bezirksausschüsse. Was mir selbst bei meiner langjährigen Beobachtung der öffentlichen Zustände Weimars als ein meiner Ansicht nach nicht am wenigsten wichtiges Resultat dieser Selbstverwaltung erschien, war dies, daß durch die eingehende Beschäftigung der Bezirksausschüsse mit allen möglichen, namentlich aber wirthschaftlichen Interessen des Bezirks sich bei deren Mitgliedern ein gewisser praktischer Sinn ausbildete, der sich dann auch in den Ständesaal verpflanzte und, wie ich zu bemerken glaubte, wesentlich dazu beitrug, daß einseitig doctrinäre Standpunkte auch dort nicht aufkamen, vielmehr selbst entgegengesetzte politiche Richtungen auf dem Boden einer praktischen Behandlung aller Fragen ihre friedliche Ausgleichung fanden.

Ehe ich von Weimar schied, gab ich mich daran, die von mir gesammelten Beobachtungen sammt einem werthvollen Actenmaterial (Ausschußprotokollen u. dgl.), welches mir mit größter Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt ward, zu einem Gesammtbilde der dortigen Einrichtungen zu verarbeiten. Ich schrieb darüber zwei Aufsätze unter dem Titel: „Die Verwaltungsorganisation im Großherzogthume Sachsen-Weimar" in die von meinem Schwager Regierungsrath Krug herausgegebene „Zeitschrift für Verwaltung" *) (Jahrgang 1863, 2. Band).

*) Leipzig, Roßberg'sche Verlagshandlung.

Nach Sachsen zurückgekehrt, war ich bemüht, die in Weimar gemachten Erfahrungen auch für mein sächsisches Vaterland zu verwerthen. Mehrfache Gelegenheit dazu boten mir die, damals eben in Aufnahme gekommenen, „Städte- oder Gemeindetage". Noch ganz kurz vor dem Landtag 1869/70 nahm ich Veranlassung, meine Ideen über Selbstverwaltung auf einem in Dresden abgehaltenen sächsischen Gemeindetage, dem auch der Minister des Innern von Nostitz-Wallwitz beiwohnte, zu entwickeln, und ich hatte die Genugthuung, die Zustimmung der Versammlung dafür zu gewinnen.

Im Landtage 1869/70 stellte ich (mit Andern gemeinschaftlich) den Antrag auf Erlaß einer Bezirksverfassung. Die Kammer trat dem bei, und die Regierung legte dem nächstfolgenden Landtage einen Gesetzentwurf vor, der im Wesentlichen den von mir entwickelten Ideen entsprach, zugleich neue Gemeindegesetze für Stadt und Land. Das Referat über die Reorganisation der Verwaltungsbehörden ward von der Gesetzgebungsdeputation mir übertragen. In der Zweiten Kammer ging dieselbe ohne großen Widerspruch durch; in der Ersten versuchten die Conservativen allerhand Abschwächungen des Princips der Selbstverwaltung zu Gunsten des feudalen Elementes, und es bedurfte der ganzen Beharrlichkeit der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer, um im sog. Vereinigungsverfahren diese Versuche zurückzuweisen. Der Minister hielt an den dem Gesetze zu Grunde liegenden liberalen Anschauungen mit anerkennenswerther Consequenz fest und bekämpfte mit uns vereint die conservativen Gegner des Entwurfs. Ich konnte daher mit gutem Fug, als Herr von Nostitz-Wallwitz

bei einer parlamentarischen Abendgesellschaft in seinem Hause mich seiner Gemahlin mit den scherzhaften Worten vorstellte: „Hier ist mein gefährlichster Gegner in der Kammer“, im gleichen Tone erwidern: „Excellenz sind undankbar; ich habe in diesen Tagen mich zu Ihrem allergetreuesten Adjutanten gemacht.“

Einzelnes in dem Gesetz, wie es schließlich zu Stande kam, hätte ich allerdings etwas anders gewünscht, so das Institut der „Kreishauptmannschaften“, das mir in seiner collegialen Zusammensetzung zu sehr den alten „Kreisdirectionen“ ähnlich erscheint; allein im Großen und Ganzen erachte ich die sächsische Kreis- und Bezirksverfassung für eine gesunde und lebensfähige Einrichtung. Sie ist weniger complicirt, als die badische und die preußische, was mir als ein großer Vorzug erscheint; sie wird gewiß — vorausgesetzt, daß man von oben und unten sie im rechten Geiste handhabt — allmälig (wie sich das in Weimar gezeigt hat) den Sinn der Selbstregierung im Volke wecken und nähren, das allzu viele Regieren vom grünen Tische aus auf das rechte Maß zurückführen. Freilich gehört dazu auf Seiten des Beamtenthums eine gewisse Selbstverleugnung, auf Seiten der Organe des Volkes (der Gemeindevorstände und der Mitglieder der Bezirks- und Kreisausschüsse) die Gewöhnung an ein, ihnen zuvor fremdes, größeres Maß von Selbstthätigkeit und Selbstverantwortlichkeit in Ausübung ihrer Befugnisse.

Von Mitgliedern der Bezirksausschüsse, auch ländlichen, habe ich mehrfach den Audruck der Befriedigung über die ihnen zugewiesene Wirksamkeit und über die Art, wie in den Ausschüssen die Dinge erledigt werden, ver-

nommen; ich habe auch gesehen, wie selbst Solche, die anfänglich Gegner der ganzen Einrichtung waren, sich später damit ausgesöhnt und befreundet haben. Wo über gegentheilige Erfahrungen Klagen laut wurden, da ließ sich meist nachweisen, daß dies nicht sowohl die Folge der Einrichtung selbst, als vielmehr die einer unrichtigen Handhabung derselben war.

Es sei mir gestattet, hier eine Stelle aus einem auf diesen Gegenstand bezüglichen Briefe des Ministers von Watzdorf anzuführen. In diesem Briefe (vom 14. Novbr. 1863) sprach er, der warme Freund des Systems der Selbstverwaltung, sich über deren Vortheile, aber auch über die nothwendigen Voraussetzungen ihres Gelingens in überzeugender Weise aus. Ich hatte ihm von meinen beiden früher erwähnten Aufsätzen den ersten, der das Wesen der Verwaltungseinrichtungen Weimars schilderte, zugesendet. Er fand diese Schilderung durchaus getreu und zutreffend. Mit Bezugnahme auf den noch ausstehenden zweiten, der die Wirkungen dieser Einrichtungen darstellen sollte, äußerte er sich folgendermaßen:

> Im Voraus darf ich mich auch dieses Theiles freuen, denn ich weiß ja aus ganz unparteischer, objectiver Beurtheilung, daß die Erfolge unserer Organisation in Gemeinde und Behörden im Allgemeinen befriedigende sind. Ich darf dies sagen, weil ich sogleich beifüge, daß wir, was namentlich die eigentlichen Staatsbehörden betrifft, doch auch hier erst am Anfange einer neuen, gesünderen Zeit stehen. Das bureaukratische Element ruht tief in unserem ganzen Wesen, und es wird, wie es in langer Zeit stetig gekommen, auch erst in langer Zeit stetig gehen. Was ich dazu beitragen kann, thue ich nach Kräften, weil ich überzeugt bin, daß mehr, als irgendwo sonst, auf diesem Felde die Frage der Zukunft für Fürst und Volk entschieden wird.

An der Erweiterung der den Gemeindeorganen auf dem Lande zustehenden Befugnisse sowie an einzelnen zeitgemäßen Verbesserungen der Städteordnung habe ich nach bestem Wissen sowohl in der Deputation als im Plenum der Kammer mitgearbeitet.

Eine sehr erfreuliche Aufgabe war mir die von der Gesetzgebungsdeputation mir übertragene Berichterstattung über den uns vorgelegten Preßgesetzentwurf. Die Vorlage war eine ziemlich freisinnige; es gelang mir, noch einige Erweiterungen derselben durchzusetzen, und so durfte das sächsische Preßgesetz von 1870 sich rühmen, eines der besten unter den neuen deutschen Preßgesetzen zu sein. Durch das Reichspreßgesetz von 1874 ist es außer Kraft gesetzt worden.

Nicht ganz so nach Wunsch ging es mir und meinen Gesinnungsgenossen beim neuen Volksschulgesetze. Unsere Absicht, den Gedanken der „Gemeindeschule" consequent durchzuführen, gelang nur zum Theil. Zwar sollen nach dem Gesetze da, wo nicht besondere Schulen einzelner Confessionen bestehen, alle Kinder die Gemeindeschule besuchen; wo aber solche Schulen sich vorfinden oder errichtet werden, da müssen die Angehörigen der betreffenden Confession ihre Kinder in diese, dürfen sie nicht in die Gemeindeschule schicken.

Im Uebrigen bahnte das Gesetz manche erfreuliche Fortschritte in unserem Volksschulwesen an, so durch Einsetzung fachmännischer Bezirksschulinspectoren, durch die erweiterten Befugnisse, welche es den Schulvorständen verlieh, durch Einführung des Zeichnens, der weiblichen Arbeiten, des obligatorischen Turnens in die Volksschule,

durch die Einrichtung von Fortbildungsschulen, endlich durch die Besserstellung der Volksschullehrer. In allen diesen Beziehungen konnten wir Liberale mit voller Ueberzeugung uns den Absichten der Regierung anschließen.

Bei dem Gesetz über die höheren Schulen, welches auf einem späteren Landtage zur Berathung stand, habe ich nach Kräften, wiewohl nur mit geringem Erfolg, gegen das meiner Ansicht nach theilweise zu weit gegriffene Maß des Lehrstoffs, sowie für eine möglichst ausgedehnte Freiheit der Lehrercollegien in der Behandlung der einzelnen Lehrgegenstände gekämpft. Selbst das obligatorische Lateinlernen der Seminaristen konnte ich nicht beseitigen.

Die schon früher in Sachsen eingeführte Presbyterial- und Synodalverfassung für die evangelisch-lutherische Kirche erhielt damals ihren Abschluß durch gesetzliche Bestimmungen über die Stellung der obersten Kirchenbehörde, Bestimmungen, welche, von einer Synode beschlossen, einer Bestätigung durch die politischen Gesetzgebungsfactoren, die Kammern, bedurften. Ich regte an und setzte es auch — bei bereitwilligem Entgegenkommen des Cultusministers Dr. von Gerber — glücklich durch, daß in einem „Einführungsgesetze" zu dieser Kirchenordnung die Rechte des Staats gegenüber der lutherischen Kirche (unbeschadet der ihr zu gewährenden größeren Selbstständigkeit) wirksam gewahrt wurden. Von der Fortschrittspartei ward beim Landtage 1875/76 eine Revision der älteren Gesetzesbestimmungen, welche das Verhältniß des Staates zur katholischen Kirche regelten (des sog. „Mandats von 1827") beantragt. Vielleicht war ein solcher Antrag nicht gerade dringlich, da jene Bestimmungen im Ganzen noch

jetzt als genügend erschienen, auch in der Praxis die katholische Kirche in Sachsen sich bisher gemäßigt gezeigt hatte. Die Art, wie von der Regierung dem Antrag entsprochen ward, befriedigte mich nicht ganz; nach meiner Ansicht blieb das neue Gesetz in einzelnen Punkten eher hinter dem alten zurück, als daß es dasselbe verbessert hätte, was denn doch, wenn man einmal „revidirte", geschehen mußte. Allein es gelang mir nicht, wesentliche Aenderungen daran durchzusetzen. Zum Glück ist Sachsen vom „Culturkampfe" auch seitdem verschont geblieben.

Ein Vorgang, der eine gewisse Aufregung hervorbrachte und zu stürmischen Debatten in der Kammer Anlaß zu geben drohte, ward durch das wohlmeinende persönliche Eintreten des Königs Johann unschädlich gemacht. An ein adliges Fräuleinstift in Dresden, das unter dem Protectorat der verwittweten Königin Marie stand, waren als Lehrerinnen Mitglieder eines weiblichen katholischen Ordens berufen worden, von dem es hieß, er sei eine Abzweigung des Jesuitenordens und falle daher unter das Reichsgesetz wegen Ausweisung der Jesuiten. Eine Interpellation erfolgte deshalb in der Zweiten Kammer; die Sache ward an eine Deputation gewiesen. Da übernahm es König Johann, bei seiner erlauchten Schwägerin dahin zu wirken, daß die Ordensschwestern entfernt würden. Damit war die Sache beigelegt.

Neben den Fragen des inneren Staatslebens tauchte ab und zu auch eine nationale Frage — betreffs der Stellung Sachsens erst zum Norddeutschen Bunde, dann zum Deutschen Reiche — in der Kammer auf, und es fehlte da nicht immer an kleineren und größeren Reibungen

theils mit einzelnen der Herren Minister, theils mit gewissen Elementen der Rechten, die über jedem Titelchen der „Selbstständigkeit" Sachsens eifersüchtig wachten. Die Ausfechtung solcher Conflicte fiel in der Regel mir zu. Ich gehe darauf nicht näher ein, da dieses Alles jetzt, Gott sei Dank, längst abgethane Sachen sind.

Wohl aber muß ich noch Einiges über das Verhältniß der beiden liberalen Gruppen zu einander sagen.

Beim Landtage 1869/70 wollten wir National-Liberale eigentlich gar nicht als gesonderte Fraction auftreten, vielmehr an dem Zusammengehen aller Liberalen festhalten, wie solches in Chemnitz angebahnt worden war. Da jedoch bei der am Vorabend der Landtagseröffnung veranstalteten Besprechung wegen Bildung des Bureaus die Herren vom Fortschritt den Anspruch erhoben, daß wir die von ihnen vorher in einer besonderen Fractionssitzung gefaßten Beschlüsse einfach annehmen und gutheißen sollten, so erkannten wir die Nothwendigkeit, uns ebenfalls zu organisiren. Das geschah denn auch schon am andern Tage. Aber so groß war selbst unter einem Theile meiner Parteigenossen noch die Furcht vor dem Banne, der auf dem Namen „National-Liberale" ruhte, daß man beschloß, diesen Namen zu vermeiden und sich „liberale Fraction" zu nennen. Infolge der gleichen Aengstlichkeit fand man auch für gut, an die Spitze der Fraction nominell nicht mich, sondern ein paar weniger schlecht beleumundete Mitglieder zu stellen. Letztere Fiction ward indessen schon sehr bald aufgegeben und die Leitung der Fraction auch der Form nach mir übertragen. Ich habe dieselbe vier Landtage hindurch, bis zu meinem Rücktritt vom parlamentarischen

Schauplatz, geführt. Daß dies zur Zufriedenheit meiner Parteigenossen geschehen, darf ich daraus entnehmen, daß dieselben schon am Schluß des ersten Landtags mir ein Album mit ihren sämmtlichen Photographien und der Aufschrift: „Dem treuen und kundigen Führer der liberalen Fraction", bei meinem Scheiden aus ihrer Mitte aber einen schönen silbernen, vergoldeten Tafelaufsatz mit der Inschrift: „Ihrem hochverdienten Führer Biedermann die national-liberale Partei der II. Kammer 1877", nebst kurzem herzlichen Abschiedsgruß als Andenken widmeten.

Unser Verhältniß zur Fortschrittspartei beschränkte sich beim ersten Landtage auf eine Verständigung durch Delegirte von Fall zu Fall und auf einzelne gemeinsame Versammlungen. Das hielt die Fortschrittspartei nicht ab, von Zeit zu Zeit den Versuch zu machen, im Bunde mit den Conservativen uns (um einen landläufigen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen) „an die Wand zu drücken". Zum ersten Mal geschah dies mit dem bekannten (May-Pohlenz'schen) „Abrüstungsantrage", den die Herren hinter unserem Rücken, ohne uns auch nur ein Wort davon zu sagen, in die Kammer brachten. Es war das für die fortschrittlichen Redner eine günstige Gelegenheit, über Militarismus, Steuerdruck, schlechte Erwerbsverhältnisse und andere dergleichen populäre Themata sich zu ergehen. Wir ließen uns indeß nicht einschüchtern. Wir suchten dem Antrag dadurch die Spitze abzubrechen, daß wir den Zusatzantrag (das Amendement Eule) dazu stellten: „so weit es ohne Beeinträchtigung der Wehrkraft des Bundes geschehen kann," was so viel hieß, wie, den Antrag beseitigen. Als dieser Zusatz verworfen war, gaben wir

unsere zwanzig und einige Stimmen gegen den Hauptantrag ab, der aber natürlich mit großer Mehrheit (durch die Verbrüderung von Fortschritt und Conservativen) Annahme fand. Die Minister verhielten sich auffallenderweise schweigend, obschon es sich doch offenbar um ein wichtiges Interesse des Bundes, seine militärische Sicherheit, handelte.

Eine Scene ähnlicher Art wiederholte sich bei der Theaterfrage.

Infolge einer unerhörten Fahrlässigkeit war das prachtvolle Hoftheater ganz kurz vor dem Zusammentritt des Landtags 1869/70 ein Raub der Flammen geworden. Daß das Land die Kosten des Neubaues tragen müsse, war selbstverständlich und ward von uns nicht bestritten; allein das Gutachten, welches ein fortschrittlicher Abgeordneter Namens der Majorität der Gesetzgebungsdeputation erstattete, wonach die Volksvertretung nicht blos zur Herstellung des Theaters nach dem Kostenbetrage des abgebrannten, sondern zur Bewilligung jeder beliebigen Summe, welche die Regierung fordern möchte, rechtlich verpflichtet sein sollte, erregte unseren Widerspruch: wir wollten das Recht der Kammern wahren, die Bewilligung frei, nicht zwangsweise, auszusprechen, und wir wollten nicht in's Ungemessene, sondern nur bis zu einer gewissen Grenze uns binden. Hatten doch, als es sich 1840 um den Bau des jetzt abgebrannten Theaters handelte, die alten Stände eine sehr genau bemessene Summe „ein für alle Male" bewilligt! Endlich wollten wir auch die Leitung des neuerbauten Theaters unter einen verantwortlichen Minister gestellt wissen.

Es gab eine sehr gereizte Debatte. Fortschritt und Conservative drängten sich förmlich, mit einander wetteifernd, zum bedingungslosen Bewilligen herbei, und zwar mit solcher Hast und Ungeduld, daß sie uns kaum unsere Gründe entwickeln ließen und mehreren unserer Redner durch vorzeitigen Schluß das Wort abschnitten. Später freilich, als für den Theaterbau Nachbewilligung auf Nachbewilligung gefordert wurde (obschon auch die Civilliste bedeutende Summen zuschoß), als die Kosten des endlich vollendeten, allerdings prächtigen Gebäudes sich auf mehr als das Doppelte des ursprünglichen Anschlags beliefen, da kühlte sich jener Uebereifer unserer Gegner von rechts und links etwas ab, und mancher davon, namentlich auf der Linken, gab wohl stillschweigend unserem damaligen besonnenerem Vorgehen Recht. Was die Abrüstungsfrage betraf, so erhielt unsere Abstimmung darüber noch viel schneller eine vollständige Rechtfertigung. Wenige Monate nach dem Schluß jenes Landtags brach der große französische Krieg aus. Bald nach dessen Beginn begegnete ich einem der hitzigsten „Abrüster" vom Fortschritt. „Nun," fragte ich ihn, „wie stände es jetzt wohl um uns, wenn wir nach Ihrem Antrage abgerüstet hätten?" Kleinlaut erwiderte er: „Ja, wer hätte das gedacht? Sie haben weiter gesehen, als wir." Nun, daß ein solcher Krieg kommen werde, gleichviel ob etwas früher oder später, das vorauszusehen war nicht so schwer.

Beim zweiten Landtag (1871/72) hatten wir der Fortschrittspartei (obschon wir numerisch stärker waren, als sie) die Stellen des ersten und zweiten Präsidenten widerspruchslos überlassen. Gleichwohl verfuhr dieselbe bei den

Wahlen der Vorsitzenden in den ständigen Deputationen mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen uns. Sie besetzte diese Stellen (wieder im Bunde mit der Rechten) theils mit ihren eigenen Leuten, theils mit Conservativen; uns schloß sie gänzlich aus.

Da war es denn doch mit unserer Geduld zu Ende. Es gab eine sehr stürmische gemeinsame Sitzung. Wir stellten ganz bestimmte Forderungen, wenn wir überhaupt noch mit dem Fortschritt zusammen gehen sollten. Das fanden einige Heißsporne von jener Seite unerhört und verließen in brüsker Weise, unter Protesten dagegen, die Versammlung. Andere, billiger Denkende, erkannten die Gerechtigkeit unserer Ansprüche auf Gleichstellung an. Zuletzt ging es wie bei dem bekannten chemischen Experiment, wo gewisse Stoffe nach einer heftigen Detonation zuvor sich schließlich verbinden: die eben erst so feindlichen Brüder verständigten sich über die Bildung einer gemeinsamen „freisinnigen Partei". Das Statut derselben (ich finde es noch unter meinen Papieren) lautete in § 1:

> Die freisinnigen Mitglieder des sächsischen Landtags bilden Eine Partei, um sich über die Ziele ihrer Bestrebungen zu berathen und durch Beschlüsse zu gemeinsamem Wirken zu verbinden.

Die Geschäftsführung der vereinigten liberalen Partei ward einem aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstande übertragen, zu welchem wir, der Fortschritt und eine dritte Gruppe, die sich zwischen uns ausgebildet hatte, je Ein Mitglied stellen sollten. Den Vorsitz in den Versammlungen hätten diese drei Vorstandsmitglieder abwechselnd zu führen. In den Versammlungen sollte die Mehrheit der Anwesenden entscheiden. Hiernach konnte es geschehen, daß eine vor-

nehmlich aus National-Liberalen bestehende Versammlung Beschlüsse faßte, denen dann die Mitglieder der beiden anderen Gruppen sich unterwerfen mußten, ebenso natürlich umgekehrt. Doch ist mir nicht erinnerlich, daß derartige Majorisirungen der einen Gruppe durch die andere und daraus entstehende Mißhelligkeiten vorgekommen wären. Im Gegentheil, das Verhältniß der drei Gruppen zu einander bei dieser völligen Verschmelzung war ein durchaus erfreuliches; es fand ein aufrichtiges Zusammengehen aller Liberalen in allen Fragen statt, und dies, sowie der günstige Ausfall der letzten Ergänzungswahlen, bewirkte, daß wir bei diesem Landtage über eine zweifellose liberale Mehrheit in der Kammer verfügten.

Auf die Regierung blieb dies nicht ohne Einfluß. Sowohl die Vorlagen, die sie uns machte, als auch ihr Verhalten bei den Verhandlungen bekundete (wenigstens in den meisten Fällen), daß sie auf die liberale Mehrheit Rücksicht nahm.

Im Allgemeinen konnten wir mit dem Verlaufe des Landtags von 1871/72 zufrieden sein. Die Regierung hatte im Ganzen eine Mittelstellung zwischen uns und den Conservativen eingenommen, hatte sogar in besonders wichtigen Gesetzgebungsfragen, wie denen über Gemeindewesen und Behördenorganisation, sich mehr zu uns, als zu Jenen, hingeneigt. Gewiß ist, daß lange vorher und lange nachher kaum ein Landtag so fruchtbar gewesen ist an wichtigen und zeitgemäßen Gesetzgebungsreformen, wie der Landtag 1871/72.

Leider sollte das günstige Parteienverhältniß, welches auf diesem Landtage bestanden und welches zu dessen so glücklichem Verlaufe sichtlich viel beigetragen hatte, nicht

von Dauer sein. Beinahe unmittelbar nach einem Feste, welches der „Städtische Verein“ zu Leipzig den vom Landtage zurückkehrenden Mitgliedern der „vereinigten Linken“ gab, erklärten, zu unserer größten Ueberraschung, öffentliche Blätter, daß der Fortschritt beschlossen habe, wieder eine besondere Partei zu bilden. Uns war kein Wort darüber gegönnt worden, und auf die verwunderte Frage unserer Preßorgane nach dem Grunde dieser so plötzlichen Wiedertrennung von uns ward von jenseits lediglich erwidert: „man glaube es sich schuldig zu sein, wieder eine selbstständige Stellung einzunehmen“, mit dem naiven Zusatze: „es stehe uns ja frei, in die Fortschrittspartei einzutreten“. Auch später ist niemals etwas Sicheres über die bewegenden Ursachen dieser schroffen Absage unserer bisherigen Bundesgenossen zu erfahren gewesen. Nur aus gewissen äußeren Anzeichen läßt sich vermuthen, daß die Mitglieder der Fortschrittspartei, oder doch einzelne darunter, die Meinung gefaßt hatten, ihre Partei habe beim Landtage 1871/72 nicht genug im Vordergrunde gestanden, und daß sie darüber eine gewisse Mißstimmung empfanden. So weit diese Mißstimmung sich gegen uns richtete, war sie vollkommen unberechtigt. Wir hatten — das glaube ich mit Bestimmtheit sagen zu können — nichts gethan, was die Herren vom Fortschritt irgendwie hätte kränken oder verletzen können. Wir hatten uns niemals vorgedrängt oder überhoben. Im Gegentheil, wir hatten (wie schon früher erwähnt) die Ehrenstellen der beiden Präsidenten (nur so viele gab es damals) ohne Weiteres ihne überlassen und mit den Stellen zweiten Ranges, denen der beiden Schriftführer, vorlieb genommen. Wenn in den

gemeinsamen Parteiversammlungen ich öfter, als meine beiden Herren Collegen im Vorstande, den Vorsitz geführt hatte, so war dies lediglich die Schuld dieser Letzteren, die wenn die Reihe an ihnen war, mich häufig baten, an ihrer Statt die Versammlung zu berufen und zu leiten, weil sie diese oder jene Abhaltung hätten. Und wenn bei einzelnen besonders wichtigen Vorlagen, wie der Bezirksverfassung und dem Volksschulgesetz, wir etwas entscheidender in die Debatten eingegriffen hatten, als sie, so hatte das seine sachlichen Gründe (z. B. den, daß unser Mitglied Dr. Panitz, als praktischer Schulmann, zum Referenten über das Volksschulgesetz, ich, als Antragsteller in der Frage der Behördenorganisation, zum Referenten über diese gewählt worden war); keineswegs aber war daran eine Anmaßung unsererseits schuld.

Allerdings war schon bei dem erwähnten Feste eine gewisse Verstimmung auf jener Seite sichtbar gewesen. Warum, weiß ich in der That nicht. Der Festgeber, der „Städtische Verein", stand, seiner politischen Richtung nach, dem Fortschritt näher, als uns; die Vertretung der „vereinigten Linken" beim Feste in der Form eines Dankes für die zu erwartende freundliche Begrüßung hatte ich wiederholt dem Dr. Schaffrath zugeschoben, der sie aber beharrlich ablehnte und mir zurückgab; ein scherzhaftes Tischlied enthielt kleine satirische Spitzen gegen Den und Jenen unter uns (auch ich blieb nicht verschont); aber sie waren im Ganzen harmlos, und wen es nicht juckte, brauchte sich nicht zu kratzen. Es mußte daher auffallen, daß einer der Hauptwortführer des Fortschritts sofort nach diesem Liede in demonstrativer Weise die Tafel verließ und abreiste.

Die conservative Presse benutzte alles Dieses in nicht eben schöner Weise (bedauerlicherweise in erster Linie die „Leipziger Zeitung"), um einen Keil zwischen die bisherigen Verbündeten hineinzutreiben. Sie redete der Fortschrittspartei ein, „sie sei von uns in's Schlepptau genommen, von uns in den Schatten gestellt worden", und dergl. m. Und dieses Manöver gelang ihr nur allzu gut.

Beim Landtage 1873/74 war die Haltung der Fortschrittspartei (oder doch ihrer einflußreichsten Stimmführer) uns gegenüber eine so schroffe, daß, obschon mehrere ihrer einsichtigeren Mitglieder an einer Wiederannäherung der beiden liberalen Gruppen aufrichtig arbeiteten und obschon wir unsererseits auch jetzt wieder den fortschrittlichen Candidaten unsere Stimmen zum ersten und zweiten Präsidenten gaben, die Partei als solche jede Verbindung mit uns abbrach. Sie ging in Personenfragen stets, in sachlichen Fragen nicht selten weit mehr mit den Conservativen, als mit uns. Der beim Landtage 1873/74 von uns mitgewählte fortschrittliche Präsident verfuhr dermaßen parteiisch gegen uns und für die Rechte, daß endlich wir uns genöthigt sahen, beim Landtage 1875/76 einmüthig unsere Mitwirkung zu seiner Wiederwahl zu versagen.

Eine weitere bedauerliche Folge dieser feindseligen Gegenstellung der beiden liberalen Gruppen war die, daß bei den Landtagswahlen ein aufrichtiges Zusammengehen beider ebenfalls immer seltener ward. Zwar wurde noch in jüngster Zeit einmal von einem der versöhnlichsten und einsichtigsten Führer der Fortschrittspartei, Herrn Starke-Mittweida, die Anregung zu einem Wahlcompromiß zwischen National-Liberalen und Fortschrittlern gegeben; der Vor-

stand der national-liberalen Partei bot auch bereitwillig dazu die Hand; allein die jahrelange gegenseitige Entfremdung vereitelte vielfach diese gute Absicht: trotz der Mahnungen der Parteivorstände stimmten einzelne Wählerschaften (auch national-liberale) lieber für einen conservativen, als für den Candidaten der andern liberalen Gruppe. Und so ist der Schwerpunkt der Zweiten sächsischen Kammer, der 1871/72 entschieden in der vereinigten liberalen Partei lag, je länger je mehr in die Rechte hinüber gerückt, so ist die conservative Mehrheit immer größer, die Zahl der liberalen Stimmen immer kleiner geworden.

Ich selbst entsagte 1876 der weiteren Landtagsthätigkeit, da mein Beruf sowohl als akademischer Lehrer wie als Redacteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" doch zu sehr darunter litt. Das Gleiche hatte ich schon 1874 rücksichtlich meiner Thätigkeit im Reichstage gethan. Von meiner Wählerschaft hier wie dort erhielt ich sehr freundliche Zuschriften, worin sie meinen Rücktritt beklagten und mir für meine Vertretung ihrer Ansichten und Gesinnungen warme Anerkennung aussprachen.

Achtzehntes Capitel.

Der Reichstag 1871—1873.

Hatte ich den Reichstagen und Zollparlamenten im Norddeutschen Bunde fernbleiben müssen, so war mir wenigstens vergönnt, sogleich in den ersten Reichstag Gesammtdeutschlands 1871 einzutreten. Ein erzgebirgischer Wahlkreis, Mittweida-Frankenberg, trug mir eine Candidatur an, die ich gern und mit Dank annahm. National-Liberale und Fortschritt hatten sich auf mich geeinigt. Zu Gegnern hatte ich einen Conservativen und einen Socialdemokraten. Im ersten Wahlgange erlangte ich zwar die höchste Stimmenzahl unter den drei Bewerbern, jedoch nicht die absolute Mehrheit; es mußte eine Stichwahl zwischen mir und dem Socialdemokraten stattfinden. Letzterer war eine dem Wahlkreise völlig fremde Persönlichkeit, ein Lehrer aus dem Braunschweigischen; derselbe hatte auch, weil er gerade eine Strafhaft absaß, sich den Wählern nicht persönlich vorstellen können; allein von der Parteileitung aus war es befohlen, und so stimmten sie wie Ein Mann für ihn.

Um nicht mit ungleichen Waffen wider meinen Gegner zu kämpfen, versagte ich mir ebenfalls das Auftreten in

öffentlichen Wählerversammlungen; nur in den engeren Kreisen der für mich gebildeten Wahlcomités in Mittweida und Frankenberg erschien ich auf deren Wunsch und sprach einige Worte.

Es gab einen hitzigen Kampf bei der Stichwahl, und, wie sehr auch meine politischen Freunde sich anstrengten, doch wäre der Sieg vielleicht zweifelhaft gewesen, wenn nicht (wie ich wenigstens vermuthe) eine Anzahl conservativer Wähler diesmal (um den Socialdemokraten nicht durchzudringen zu lassen) für mich gestimmt hätte. So ging ich mit einer Mehrheit von etwa 1000 Stimmen aus der Stichwahl hervor.

Die national-liberale Fraction des Reichstages, der ich mich anschloß, stand damals auf ihrem Höhepunkte; sie zählte etwa 150 Mitglieder, also mehr als ein Drittheil der Gesammtzahl. Der Gegensatz eines rechten und eines linken Flügels war allerdings schon vorhanden, jedoch noch wenig merkbar. Was mir dagegen als ein bedenklicher Uebelstand erschien, war Folgendes. Die Fractionsberathungen über die Vorlagen der Regierungen fanden oft erst zu spät statt oder dehnten sich zu lange aus, als daß man rechtzeitig zu einem endgiltigen Resultat hätte gelangen können. So kam es, daß nicht selten der Reichstag in die erste Lesung eines Gesetzes eintrat, bevor noch die Fraction einen festen Beschluß über ihre Stellung dazu gefaßt hatte. Da nun aber gerade bei der ersten Lesung über das Princip des Gesetzes gesprochen wird, so geschah es wohl, daß ein besonders redeeifriger Fractionsgenosse auf eigene Hand, ohne einen bestimmten Auftrag oder auch nur eine sichere Directive seitens der Partei, Stellung zu der

Vorlage nahm, damit aber doch mehr oder weniger die Partei selbst band. Besonders häufig that dies der verstorbene Lasker, der ja überhaupt der beinahe regelmäßige Wortführer der Fraction in allen möglichen Fragen war. Da nun Lasker mehr links, als rechts stand, so kam es vor, daß derselbe sich etwas weit nach dieser Seite vorwagte, während die Fraction bei ruhiger Abwägung aller Umstände es räthlicher fand, nicht so weit zu gehen. Dadurch lud sie aber den Schein einer Inconsequenz und speciell den eines Zurückweichens vor kühneren Anläufen auf sich, was natürlich ihrem Ansehen wenig günstig war. Auch kam es auf diese Weise bisweilen zu Differenzen mit dem leitenden Staatsmann, die zwar glücklicherweise immer bald wieder beigelegt wurden, aber doch nur um den Preis eines Rückzuges der Partei.

Gegen solche Uebelstände anzukämpfen, wäre ein schwieriges und wahrscheinlich vergebliches Unterfangen gewesen, denn — wie es bei so großen Parteien, die schwer zusammenzuhalten und zu regieren sind, in der Regel geht — die Parteileitung war eine ziemlich autokratische, und Lasker insbesondere vertrug nicht leicht Widerspruch. Für mich speciell wäre es doppelt schwierig gewesen, einmal, weil ich als ein neu Eingetretener Solchen gegenüberstand, die schon Jahre lang in Reichstag und Zollparlament gesessen und die Geschäfte der Fraction betrieben hatten, daher den Vorzug größerer Erfahrung für sich anführen konnten, sodann aber, weil ich, durch meine Berufspflichten daheim öfters genöthigt, Urlaub zu nehmen und auf einige Zeit mich vom Reichstage zu entfernen, es zu jener Stetigkeit parlamentarischer Arbeit nicht bringen konnte,

welche durchaus nothwendig für den ist, der einen maßgebenden Einfluß im Hause und in der Fraction gewinnen will.

Auch an Commissionsarbeiten konnte ich eben deshalb mich wenig betheiligen. In zwei besonderen Fällen fühlte ich mich indeß gedrungen, in die Verhandlungen sowohl im Schooße einer Commission als im Plenum thätig einzugreifen.

Das erste Mal handelte es sich um das sog. „Haftpflichtgesetz". Zu diesem Gesetze war die erste Anregung 1868 von Leipzig ausgegangen, und zwar durch eine Petition an Bundesrath und Reichstag, welche ich in einer national-liberalen Parteiversammlung veranlaßt hatte. Vor Stellung des Antrages hatte ich für nöthig befunden, über die einschlagende Gesetzgebung Frankreichs und Englands mich möglichst genau zu unterrichten. Ich wandte mich zu dem Zwecke brieflich an Garnier-Pagès in Paris (den ich beim volkswirthschaftlichen Congreß in Weimar kennen gelernt und der mich damals auch besucht hatte) und an John Bright in London. Ersterer theilte mir in liebenswürdigster Weise Alles mit, was mir zu wissen von Nöthen war. Letzterer schien von einer eigentlichen Haftpflichtgesetzgebung wenig zu halten (bekanntlich ist eine solche in England wirklich erst 1880, lange nach dem deutschen Haftpflichtgesetz, zu Stande gekommen), legte dagegen alles Gewicht auf das Institut der Fabrikinspectoren und auf deren wirksame Controle wegen Herstellung der nöthigen Sicherungsmaßregeln für die Arbeiter.

Die Ausarbeitung der Petition übernahm der Rechtsanwalt Dr. H. Blum auf Grund theils des von mir beschafften, theils des ihm selbst zugänglichen Materials.

Es traf sich glücklich, daß Blum, der 1867 in den Reichstag eingetreten war, als Mitglied und sogar als Berichterstatter der Petitionscommission sein eigenes und unser Werk im Reichstag vertreten konnte. Ohne Widerspruch ward die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Jetzt nun, im Reichstag von 1871, hatte ich meinerseits die Freude, an der Zustandebringung eines Gesetzes mitarbeiten zu können, zu dem ich den ersten Anstoß gegeben. Zu dessen Vorberathung bildete sich, wie das damals öfter geschah, eine sog. „freie“ (d. h. nicht förmlich durch die Abtheilungen gewählte, sondern lediglich von den einzelnen Fractionen aus beschickte) Commission. Die beiden Bundesrathscommissarien, mit denen wir verhandelten, waren die späteren Minister Falk und Achenbach.

Mein Bemühen sowohl in dieser Commission als im Plenum des Reichstages war vorzugsweise darauf gerichtet, die Haftbarkeit des Unternehmers für einen Unglücksfall nicht von einem Nachweis seiner Schuld, den der Beschädigte zu führen hätte, vielmehr von einem von ihm selbst zu erbringenden Entlastungsbeweise abhängig zu machen. Dadurch allein schien mir für den Beschädigten, beziehentlich dessen Familie, die Füglichkeit, zu ihrem Rechte zu gelangen, einigermaßen gesichert. Ich traf in diesem Bestreben zusammen mit mehreren Abgeordneten von der Fortschrittspartei, wie Schulze-Delitzsch, Klotz-Berlin, Schaffrath-Dresden, auch mit einem vom Centrum, Ullrich, während meine eigenen Parteigenossen, die National-Liberalen, und besonders die Juristen darunter, gegenüber dem Gesetze eine gewisse Zurückhaltung beobachteten. Sie waren der

Ansicht, das Gesetz, als ein bloßes Noth- oder Ausnahmegesetz, müsse sich auf das Dringlichste beschränken, um weder der künftigen Reichsproceßordnung noch dem künftigen bürgerlichen Gesetzbuch für Deutschland vorzugreifen.

Der Antrag, den ich stellte und auch im Plenum vertrat, lautete:

Wenn in einem Bergwerke, einer Fabrik u. s. w. ein Arbeiter beschädigt oder getödtet wird, so haftet der Unternehmer für den dadurch verursachten Schaden, wofern er nicht beweist, entweder, daß der Verunglückte selbst an dem Unglück schuld war, oder daß von ihm (dem Unternehmer), seinen Beamten, Repräsentanten, Bevollmächtigten und zur Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes und der Arbeit angenommenen Personen sowohl bei der Anlage, als beim Betriebe des Unternehmens zur Verhütung derartiger Unfälle diejenige Vorsicht aufgewendet war, welche die gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften, sowie Wissenschaft und Erfahrung ihm zur Pflicht machten.

Derselbe blieb, wie auch die Anträge von Schulze, Klotz u. s. w., in der Minderheit.

Die Erfahrung hat gelehrt, wie schwer, ja in vielen Fällen fast unmöglich es für den Beschädigten war, eine Schuld des Unternehmers oder seiner Vertreter nachzuweisen, wie daher ein solcher nur in den allerseltensten Fällen dazu gelangte, die gesetzliche Entschädigung von Gerichtswegen zugesprochen zu erhalten. Fast drei Viertheile aller haftpflichtigen Fälle (d. h. derer, wo voraussetzlich irgend ein Vergehen des Arbeitgebers oder seiner Bevollmächtigten das Unglück veranlaßt hatte) mußten von den Gerichten abgewiesen werden, weil es dem Beschädigten nicht glückte, den Schuldbeweis zu führen.

Wiederholte Versuche bei späteren Reichstagen, das 1871 Versäumte nachzuholen und den Punkt wegen der Beweislast für den Arbeiter günstiger zu gestalten, haben

zu nichts geführt, und endlich ist man, wesentlich mit aus dem Grunde, um die vielen, meist von Haus aus für den Beschädigten wenig aussichtsvollen Processe zu vermeiden, darauf gekommen, an die Stelle einer speciellen Haftpflicht für einzelne Unglücksfälle eine allgemeine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Entschädigung ihrer Arbeiter in allen solchen Fällen, an die Stelle des „Haftpflichtgesetzes" ein „Unfallversicherungsgesetz" zu setzen.

Als es sich zuerst um diesen Wechsel der social-politischen Gesetzgebung handelte (1881), konnte ich mich nicht damit befreunden. Es geschah das nicht aus einer falschen Vorliebe für das von mir mit geschaffene Haftpflichtgesetz, sondern hauptsächlich wegen des meiner Ansicht nach zu centralistischen, zu staatssocialistischen Charakters des damaligen Entwurfes. In diesem Sinne habe ich mich sowohl in mehreren Artikeln in der Tagespresse, als auch in Briefen, die ich darüber mit einem der Urheber jenes Entwurfes, Herrn Commerzienrath Baare in Bochum, wechselte, offen ausgesprochen. Ich betonte dabei die Vorzüge einer genossenschaftlichen Einrichtung des Unfallversicherungswesens und berief mich auf die mit derartigen Genossenschaften (im Elsaß, in Schlesien und anderwärts) bereits gemachten günstigen Erfahrungen, namentlich auch in Betreff der Verhütung von Unglücksfällen. Die späteren Entwürfe (zumal der letzte), die sich auf den Boden des Genossenschaftswesens stellten, erschienen mir eben darum grundsätzlich nicht unannehmbar. Allerdings gewährt die Unfallversicherung dem Beschädigten nicht wie das Haftpflichtgesetz den vollen Ersatz der durch den Unglücksfall ihm entzogenen Erwerbsfähigkeit; allein, da die haftpflichtigen

Fälle von sämmtlichen Unglücksfällen erfahrungsmäßig nur 12 oder höchstens 20 Procent betragen, und da wiederum von diesen 12 oder 20 Procent nur etwa 25 Procent Aussicht auf wirklichen Ersatz haben, also von sämmtlichen Unglücksfällen kaum mehr als 3, höchstens 5 Procent, so konnte ich mir nicht verhehlen, daß für die Arbeiter im Großen und Ganzen das Unfallversicherungsgesetz günstiger sei, als das Haftpflichtgesetz — auch abgesehen davon, daß selbst bei einem glücklichen Ausgange eines Haftpflichtprocesses der beschädigte Arbeiter vielleicht ein Jahr oder länger auf die Entschädigung warten, inzwischen aber darben mußte, während die nach dem Unfallversicherungsgesetz ihm zufallende Entschädigung sofort ausgezahlt wird.

Für die infolge des Haftpflichtgesetzes vieler Orten entstandenen Privatunfallversicherungsgesellschaften habe ich mich nie erwärmen können; was sie dem beschädigten Arbeiter boten (und was dieser, um einen langwierigen und unsicheren Proceß zu vermeiden, wohl oder übel in der Regel nahm), war doch gar zu wenig, meist viel weniger, als was das jetzige Gesetz ihm sichert.

Wohl hätte ich gewünscht, daß jener Grundsatz des früheren Gesetzes beibehalten worden wäre, wonach bei nachgewiesener schwerer Fahrlässigkeit des Unternehmers oder seiner Vertreter dem beschädigten Arbeiter der volle Ersatz zu Theil werden mußte, wie ich andererseits es bedenklich finde, daß auch bei erwiesener Schuld des Beschädigten (Leichtsinn oder Ungehorsam gegen ausdrückliche Mahnungen zur Vorsicht) diesem dennoch die gesetzliche Entschädigung unverkürzt zu Theil wird, zumal oftmals der Leichtsinn eines Einzelnen (z. B. in Bergwerken

oder in Fabriken von Explosivstoffen) die Gefährdung des Lebens einer ganzen Zahl von Mitarbeitern verschulden kann. Indeß, Alles in Allem genommen, erkenne ich an, daß durch die Unfallversicherung ein erfreulicher Fortschritt für die Arbeiter gewonnen ist, ein Fortschritt, zu dem aber immerhin das Haftpflichtgesetz die nothwendige Vorstufe und Einleitung gebildet hat.

Was mir zum zweiten Male (auf dem Reichstage von 1873) Veranlassung gab, persönlich hervorzutreten, war eine Frage, die mir in meiner Eigenschaft als Publicist ebensowohl nahe lag als vertraut war: die Frage eines Reichspreßgesetzes.

Die Reichsregierung hatte die Vorlegung eines solchen wiederholt in Aussicht gestellt, allein es war von einem Reichstag zum anderen vergeblich erwartet worden. So vereinigte man sich endlich von mehreren Seiten dahin, aus der Mitte des Reichstages selbst ein solches Gesetz hervorgehen zu lassen. Die Fortschrittspartei suchte uns zuvorzukommen und sich der Initiative zu bemächtigen; doch brachte ich es dahin, daß der Antrag noch rechtzeitig von Einigen von uns mit unterzeichnet ward. Als Grundlage diente diesem Antrag ein Gesetzentwurf, der auf dem Journalistentage zu Breslau im Jahre vorher, auf mein Referat hin, zu Stande gekommen und der an die Mitglieder des Reichstages wie des Bundesrathes vertheilt worden war.

Unser Antrag ward vom Reichstag an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Diese bestellte mich zum Berichterstatter. Correferent war ein Conservativer, Herr von Helldorf. Er zeigte sich bei den Verhandlungen in

der Commission sehr entgegenkommend und versöhnlich. Ueberhaupt begegnete der Entwurf, der, wie man bald sehen wird, von den allerfreiesten Grundsätzen ausging, im Schooße der Commisssion, die doch auch eine Anzahl conservativer Mitglieder enthielt, einer überraschend günstigen Aufnahme.

Daß ein Reichspreßgesetz lediglich auf das sog. „Repressivsystem“ gegründet, jede Art polizeilicher Prävention davon ausgeschlossen bleiben müsse, dafür erklärte sich in der Commission (wie der Bericht besagt) „eine ganz überwiegende Mehrheit“. Mit dem Wegfall der Cautionen, Concessionen, des Zeitungsstempels, der Entziehung des buchhändlerischen Gewerbebetriebes war man „allseits“ einverstanden. Für die Errichtung von Buchdruckereien, Buchhandlungen, Leihbibliotheken, für die Herausgabe und den Vertrieb von Schriften und Bildwerken, auch für den Verkauf solcher auf öffentlichen Straßen und das Anschlagen von Plakaten sollten keine anderen als die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung maßgebend sein. Sogar die Entziehung des Gewerbebetriebes von Buchhändlern und Buchdruckern durch Richterspruch, welche beizubehalten die Reichsgewerbeordnung den Einzelstaaten freigelassen hatte, ward für unstatthaft erklärt. Die durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen sollten keinen anderen als den allgemeinen Strafgesetzen unterliegen, auch sollten die ersteren sämmtlich, von den letzteren die von Amtswegen verfolgten ausschließlich vor Geschworenengerichte verwiesen werden. Vertriebsverbote von Zeitungen und Zeitschriften sollten in keinem Falle stattfinden, der Postdebit lediglich ausländischen Blättern entzogen werden

dürfen. Die durch die Gerichte ausgesprochene Vernichtung eines Schrift= oder Bildwerkes sollte, wo ein solches Werk, aus mehreren Theilen bestände, immer nur den einzelnen für strafbar erkannten Theil treffen. Preßvergehen sollten binnen sechs Monaten verjähren. Eine Beschlagnahme sollte nur von einer richterlichen Behörde verfügt und nur auf Grund eines von dieser ausgestellten, die strafbare Stelle genau bezeichnenden schriftlichen Befehls vollzogen werden dürfen. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der bei Herstellung eines Schrift= oder Bildwerkes Betheiligten ward in der Weise abgestuft, daß, von unten angefangen, zunächst der Verbreiter, dann der Verleger, dann der Herausgeber, zuletzt der Verfasser haftbar wäre, daß jede dieser Personen die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, solchenfalls aber nicht genöthigt werden könnte, ihren Vordermann zu nennen, umgekehrt aber auch jede straf= los bliebe, sobald sie rechtzeitig ihren Vordermann angäbe, vorausgesetzt, daß dieser sich im Bereich der Reichsgerichts= barkeit befände. Ausgenommen war der einzige Fall, wo entweder die Natur des verbreiteten Schrift= oder Bild= werkes (z. B. wenn ersteres schon durch seinen Titel, letzteres durch die zur Schau gestellten Bilder sich als un= sittlich oder sonstwie strafbar kennzeichnete), oder die Art der Ankündigung eines solchen (z. B. die Hindeutung auf lüsterne Schilderungen) die Möglichkeit, daß der Verbreiter, der Verleger, der Drucker keine Kenntniß vom Inhalt gehabt hätten, ausschlösse. In solchen Fällen sollten auch diese anderen Personen neben dem Verfasser straffällig sein. Das in den bisherigen deutschen Preßgesetzen überall fest= gehaltene System der sog. „außerordentlichen“ oder „Fahr=

lässigkeitsstrafen“ (welches den Zweck und häufig auch den Erfolg hatte, den Verleger oder Drucker einzuschüchtern, so daß sie sich weigerten, eine freimüthige Schrift zu verlegen oder zu drucken), dieses System fand in der Commission „keinen einzigen Vertreter“.

Im letzten Paragraphen des Gesetzes (es hatte deren nur zwölf) wurden alle Gesetze und Verordnungen der Einzelstaaten über die Presse, welche diesem Reichspreßgesetz widersprächen, aufgehoben, alle der Presse auferlegten Lasten und Leistungen (mit Ausnahme der allgemeinen Gewerbesteuer), auch die sog. Pflichtexemplare, in Wegfall gebracht.

So günstig dieser Verlauf der Verhandlungen in der Commission war, so wenig hoffnungsreich war gleichwohl das weitere Schicksal des Entwurfes. Die verbündeten Regierungen hatten zwar einen Commissar in die Commission entsendet, allein dieser hatte sich an den sachlichen Berathungen in keiner Weise betheiligt, vielmehr nur einmal eine formale Erklärung über die Stellung der Regierungen zu dem Entwurf abgegeben, aus der zu entnehmen war, daß letztere auf denselben schwerlich eingehen würden.

In der That erklärte, als der Bericht der Commission in's Plenum gelangte, nach kaum eröffneter Debatte der Reichskanzler Namens der verbündeten Regierungen: dieselben seien ihrerseits mit einem Preßgesetzentwurf beschäftigt, den sie unfehlbar dem nächsten Reichstage vorlegen würden, und sie beantragten daher Aussetzung der Debatte über den Commissionsbericht.

Die Stimmung im Plenum, so weit man sie beobachten konnte, war dem Werke der Commission nicht

eben günstig. Selbst in unserer Fraction waren gerade solche Punkte des Entwurfes, auf welche ich ein besonderes Gewicht legte (wie die abgestufte Haftbarkeit der an einem Preßerzeugniß Betheiligten), bei manchen juristischen Mitgliedern, wie z. B. Lasker, auf starke Bedenken gestoßen, und es stand zu befürchten, daß von dieser Seite der ganze Entwurf, wenn nicht bekämpft, doch auch schwerlich besonders warm vertheidigt werden möchte. Die Regierungen würden ihm grundsätzlich feindselig gegenüberstehen; die Conservativen, trotz der von ihren Delegirten in der Commission gemachten Zugeständnisse, würden das Gleiche thun. Und so war vorauszusehen, daß unser Entwurf entweder schlechtweg abgelehnt oder in bedauerlicher Weise verstümmelt werden würde. Das Eine wie das Andere erschien aber für die Sache der Preßfreiheit bedenklicher, als wenn der Entwurf gar nicht berathen würde, denn im letzteren Falle blieb wenigstens das Werk der Commission unangetastet und mochte immerhin Zeugniß dafür ablegen, welch großes Maß von Freiheit für die Presse eine Körperschaft für zulässig und zeitgemäß erachtet hatte, in welcher sich eine Anzahl conservativer, zum Theil ziemlich streng conservativer Mitglieder befand.

Aus diesen Gründen widersetzte ich mich dem Antrage des Reichskanzlers nicht, was mir ohnehin schwerlich viel geholfen hätte.

Dem Reichstag von 1874 ward in der That ein Reichspreßgesetzentwurf von den Regierungen vorgelegt, und der Reichstag nahm denselben mit wenigen Aenderungen an. Er war freilich nach Geist und Inhalt von dem Entwurf, welchen 1873 die Reichstagscommission zum Theil ein-

stimmig, zum Theil mit überwiegenden Mehrheiten gut geheißen hatte, wesentlich — zum Nachtheil der Presse — verschieden.

Während der Reichstagssessionen von 1871—73 begann bereits der sog. „Culturkampf". Von den Gesetzgebungsmaßregeln, welche man gegenüber der katholischen Kirche und ihrer, seit Verkündigung des Syllabus und des Unfehlbarkeitsdogmas immer mehr hervortretenden Angriffspolitik für nothwendig erachtete, fielen dem Reichstage zwei zu, der sog. „Kanzelparagraph" und das Gesetz wegen Ausweisung der Jesuiten. Daß der Mißbrauch des geistlichen Wortes (in der Predigt oder bei sonstigen Amtsverrichtungen) unter strengere Strafen gestellt werde, als der des Wortes eines gewöhnlichen Redners, z. B. in einer Volksversammlung, schien mir nicht mehr als billig, da der Staat dem Geistlichen als solchem eine bevorzugte autoritative Stellung einräumt. Ich habe daher mit voller Ueberzeugung für den „Kanzelparagraphen", welcher eine solche Verschärfung des gewöhnlichen Strafmaßes enthielt, gestimmt. Dagegen konnte ich mich nicht entschließen, dafür zu stimmen, daß eine Maßregel wie die Landesverweisung, die selbst in unserem Strafrecht keinen Platz mehr findet, im blos polizeilichen Wege, ohne vorausgegangenen Richterspruch, ja ohne Bezugnahme auf ein bestimmtes Vergehen, lediglich wegen der Zubehörigkeit eines Individuums zu einem gewissen Orden, sollte verhängt werden können — abgesehen davon, daß mir dieselbe wenig praktisch erschien, da es in den meisten Fällen schwer sein dürfte, Jemandem nachzuweisen, daß er ein Jesuit sei.

Die Culturkampfdebatten waren damals an der Tagesordnung. Es gab Redner, welche einen förmlichen

Genuß darin fanden, immer und bei jeder Gelegenheit auf dieses Thema zurückzukommen. Mir würde es richtiger erschienen sein, wenn man das Nothwendige gethan, aber so wenig als möglich darüber gesprochen hätte. Diese ewigen Wortkämpfe mußten die Leidenschaften hüben und drüben nur immer mehr erhitzen und den confessionellen Gegensatz (der ohnehin innerhalb einer und derselben Nation etwas Bedauerliches ist) bis zur Unversöhnlichkeit verschärfen. Dabei konnte ich mich der Besorgniß nicht erwehren, ob denn wohl Reichsregierung und Reichstagsmehrheit immerfort denselben Kampfesmuth bewahren würden, auch dann, wenn der Kampf sich in's Unabsehbare ausdehnte und keine Aussicht auf Sieg böte? Und daß die katholische Kirche schwerlich nachgeben, vielmehr bis auf's Aeußerste kämpfen werde, das glaubte ich aus der Geschichte, speciell der deutschen, sattsam gelernt zu haben. Leider hat sich diese Besorgniß als nur zu begründet erwiesen. Von allen Denen, welche damals mit so großer Wärme die „Rechte des Staates" gegenüber der Curie vertraten, ist heutzutage fast nur noch das kleine Häuflein der National-Liberalen übrig. Die Reichsregierung selbst hat das Signal zum Rückzug gegeben. Von ihr will ich gern annehmen, daß lediglich „höhere Rücksichten" ganz besonderer Art sie zu dieser Umkehr vermocht haben; von den Parteien, welche erst für, neuerlich gegen die Maigesetze stimmten, ist leider fast zweifellos, daß wesentlich Gründe der „Parteitaktik" sie dabei geleitet haben.

Neunzehntes Capitel.

Das Parteiwesen in Sachsen seit 1866 und mein Antheil daran.

Seit 1866 war ich wieder vielfach genöthigt, neben meiner publicistischen und, später, meiner parlamentarischen Thätigkeit auch persönlich mit Angelegenheiten des öffentlichen Lebens mich zu beschäftigen.

Zunächst fiel mir ein Haupttheil an der Leitung der, 1866 entstandenen, „national-liberalen Partei“ in Leipzig und im übrigen Lande zu.

In Leipzig ging diese Partei aus den sog. „Centralhallenversammlungen“ hervor, zeitweiligen Zusammenkünften Gleichgesinnter vor und nach dem Kriege. Sie behielt lange den Charakter einer losen Verbindung ohne straffere Organisation bei. Ein Ausschuß, der von Zeit zu Zeit neu gewählt ward, berief, so oft es ihm nöthig schien, die Parteigenossen zu einer Versammlung und konnte sicher sein, daß sich dabei jederzeit eine große Anzahl solcher (gewöhnlich mehrere Hunderte) zusammenfand. Eine Liste

eingeschriebener Mitglieder, regelmäßige Mitgliederbeiträge ꝛc. gab es dagegen nicht.

Da auch ein Theil der Leipziger Demokratie zu uns hielt, so nahm deren erklärter Wortführer, Dr. Joseph, anfangs eine hervorragende Stellung in unserem Ausschuß ein, und ich theilte mich mit ihm in den Vorsitz. Bei den Neuwahlen zum Ausschuß (schon im Frühjahr 1867) fielen aber so wenig Stimmen auf ihn, daß er ausschied. Seitdem lagen die Geschäfte des Vorsitzenden mir allein ob.

Eine ähnliche lockere Parteibildung der National-Liberalen bestand in Dresden unter Leitung eines Herrn Delbrück, eines Verwandten des preußischen Ministers; doch war die Zahl der Parteigenossen dort ungleich geringer, als in Leipzig.

Bei den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes im Herbst 1867 (bei denen im Frühjahr war in Leipzig ein „Bundesstaatlich-Constitutioneller“ gewählt worden) richteten wir unser Absehen auf den Vicebürgermeister Dr. Stephani, der politisch noch wenig oder gar nicht hervorgetreten, dagegen wegen seiner verdienstlichen Wirksamkeit im städtischen Wesen in weiteren Kreisen bekannt und beliebt war. Als dieser aus Rücksichten auf sein Amt ablehnte, wandte sich der Ausschuß an einen Mann, der in verhängnißvoller Zeit, in den Märztagen 1848, sich durch sein Verhalten wesentliche Verdienste um Leipzig, ja um ganz Sachsen erworben hatte, den ehemaligen königlich sächsischen Staatsminister von Carlowitz. Derselbe hatte — aus Unmuth über die Wendung, welche die sächsische Politik unter Herrn von Beust nahm — seinen Grundbesitz in Sachsen verkauft und war nach Preußen übergesiedelt.

Dort war er schon 1852 in das Abgeordnetenhaus gewählt worden, wo er sich der Fraction Bockum-Dolffs, die den heutigen Freiconservativen ähnelte, anschloß, war dann Mitglied des constituirenden Reichstags gewesen und hatte bei Berathung der Verfassung sehr freisinnige Ansichten entwickelt.

Im Namen des Ausschusses schrieb ich an ihn, erhielt jedoch zu meinem und unser Aller Bedauern folgende ablehnende Antwort:

> Ew. Wohlgeboren bin ich für das mir bewahrte freundliche Andenken aufrichtig verbunden. Ich habe zwar an demselben niemals gezweifelt, denn, wie ich selbst die Schicksale eines so ausgezeichneten Vorkämpfers für die nationale und freiheitliche Entwickelung Deutschlands mit reger Theilnahme unausgesetzt verfolgt habe, so durfte ich wohl, ohne mich zu überheben, auch auf die Fortdauer Ihres schätzbaren Wohlwollens rechnen.
>
> Immer aber ist es ein wohlthuendes Gefühl, auch dann noch in freundlicher Erinnerung von Gesinnungsgenossen zu leben, wenn die Kräfte allmälig erlahmen und die Zeit gekommen ist, jüngeren Männern Platz zu machen. In dieser Andeutung bitte ich Sie bereits eine Antwort auf Ihr gefälliges Schreiben zu erkennen, inhalts dessen Sie mich auffordern, eine Candidatur zum Reichstage für Leipzig anzunehmen.
>
> Daß es mir, dessen früheres Wirken allerdings zu Leipzig in inniger Beziehung gestanden, und da ich die Schicksale meines Geburtslandes mit dem regsten Antheil noch immer verfolge, eine ganz besondere Ehre sein würde, Leipzigs so intelligenten Wahlkreis zu vertreten, bedarf wohl nicht erst der Versicherung. Allein ich habe mir sagen müssen, daß meine, besonders durch ein hartnäckiges Hals- und Nervenleiden angegriffene Gesundheit dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen ist, und daß für mich die Zeit gekommen ist, mich von der politischen Schaubühne mit dem Bewußtsein zurückzuziehen, das Beste gewollt, freilich nur wenig erreicht zu haben. Es kommt dazu, daß der Reichstag in eine

Jahreszeit fällt, die ich nach ärztlichem Rathe vorzugsweise auf dem Lande zuzubringen wünsche.

Diese ablehnende Antwort habe ich bereits meinem, mir seit 15 Jahren mit seltener Anhänglichkeit zugethanen Wahlkreise Görlitz=Lauban gegeben; sollte es indeß wider Erwarten dort nicht gelingen, eine geeignete Persönlichkeit meiner politischen Richtung zur Annahme eines Mandats zu bestimmen, und ich dem moralischen Zwange, Görlitz abermals zu vertreten, doch noch nachgeben, so werden Sie es gewiß für gerechtfertigt halten, daß ich meinem alten Wahlkreise aus Dankbarkeit treu bleibe und die Wahl für Görlitz jeder andern vorziehe.

Immer aber bitte ich, allen Ihren Gesinnungsgenossen in Leipzig, die sich für meine Candidatur interessirt haben, meinen wärmsten Dank zu sagen, für Sie selbst aber den Ausdruck vollkommener Hochachtung zu genehmigen, mit der ich bin Ew. Wohlgeboren ganz ergebener

Carlowitz.

Während wir so wegen eines Candidaten für Leipzig in Verlegenheit waren, bereiteten die Freunde des Dr. Joseph uns eine peinliche Ueberraschung. In einer im Ganzen schwach, vorwiegend aber von Mitgliedern dieser Richtung besuchten Versammlung schlugen sie denselben als Candidaten vor und gewannen für diesen Vorschlag eine, wenn auch nicht große, Majorität. Nun gehörte Dr. Joseph, der 1866 als entschiedener Annexionist aufgetreten war, zu den prononcirtesten politischen Persönlichkeiten. Nach dem von der Partei aufgestellten Grundsatze konnte daher seine Candidatur eben so wenig in Frage kommen wie die meinige, ja insofern noch weniger, als Joseph nach Ausweis der neueren Ausschußwahlen eine eigentlich führende Stellung in der Gesammtpartei nicht einnahm.

Aus dieser Verlegenheit wußte der Ausschuß sich nicht anders zu helfen, als dadurch, daß bei der nächsten, sehr

zahlreich besuchten Versammlung seine Mitglieder einstimmig erklärten: „sie fänden sich, ihrer wohlerwogenen Ueberzeugung nach, außer Stande, den Beschluß der vorigen Versammlung auszuführen, weshalb sie insgesammt ihre Stellen niederlegten.“ Dies hatte die Wirkung, daß jener Beschluß wieder aufgehoben, der Ausschuß aber gebeten wurde, auf seinem Posten zu bleiben.

Nun ließ auf nochmaliges Andringen Dr. Stephani geschehen, daß man ihn als Candidaten aufstellte, und ward denn auch gewählt.

Für die Parteigruppirung in Leipzig hatte dieser Zwischenfall weitere Folgen, und darum mußte ich denselben erwähnen. Die Freunde Josephs waren sofort nach dem ihnen ungünstigen Beschlusse aus der Versammlung geschieden. Sie traten zu einer besonderen Partei zusammen, der sie den Namen „Städtischer Verein“ gaben.

Auf die nationale Bewegung in Leipzig übte diese „Secession“ glücklicherweise keinen nachhaltig störenden Einfluß. Der „Städtische Verein“ hielt sich wesentlich in den Grenzen des von ihm selbst gewählten Titels: er beschäftigte sich vorwiegend, ja fast ausschließlich mit städtischen Angelegenheiten, in denen er eine fortschrittliche Richtung vertrat; wo dagegen größere Interessen — des engeren oder weiteren Vaterlandes — in Frage kamen, insbesondere bei Landtags- und Reichstagswahlen, schloß er sich doch wieder allmälig uns an. Man hätte vielleicht sagen können, der „Städtische Verein“ vertrete den linken, wir Andern den rechten Flügel der national-liberalen Partei; allein auch das traf nicht immer zu, wie folgende Scene beweist, die mir noch in lebhafter Erinnerung ist. Beim Reichstag 1874 stand

bekanntlich die Frage zur Entscheidung, ob der Reichstag das, verfassungsmäßig ihm zustehende, Recht ausüben solle, den Friedenspräsenzstand des Reichsheeres alljährlich festzustellen. Aus einem Bericht, den Dr. Stephani während der Osterferien des Reichstags in einer sehr zahlreich besuchten Schützenhausversammlung mit gewohnter Klarheit erstattete, schien hervorzugehen, daß in der national-liberalen Fraction zu Berlin die Ansichten darüber noch einigermaßen getheilt seien. Von den Mitgliedern des „Städtischen Vereins" waren ziemlich viele in der Versammlung gegenwärtig; sie hatten an besonderen Tafeln Platz genommen. Ich trat an sie heran und fragte: „Nun, meine Herren vom Städtischen Verein, was meinen Sie dazu?" Darauf erwiderte mir ohne Besinnen einer ihrer Hauptwortführer: „Wir müssen eben dazu helfen, daß unsere Abgeordneten etwas mehr rechts gehen." Und so ward einstimmig, unter allseitiger Zustimmung auch der Mitglieder des „Städtischen Vereins", eine von mir und Andern vorgeschlagene Resolution angenommen, welche den Wunsch aussprach, daß in dieser hochwichtigen Frage die Reichstagsmehrheit sich nicht von der Reichsregierung trennen möge.

Das Hervortreten des „Städtischen Vereins" als geschlossene und organisirte Partei hatte indeß doch die Wirkung, daß auch wir, die wir einer festen Organisation noch immer entbehrten, für nöthig fanden, uns eine solche zu geben. So entstand (am 9. October 1871) die „Gemeinnützige Gesellschaft". Eine grundsätzlich feindliche Stellung zum „Städtischen Verein" nahm dieselbe nicht ein, wie schon daraus zu ersehen, daß hervorragende Mitglieder dieses letzteren zugleich Mitglieder jener ersteren wurden.

In ihrer Zusammensetzung unterschied sie sich von demselben insofern, als sie vorzugsweise aus den Kreisen der Universität, des Reichsoberhandelsgerichts (später des Reichsgerichts), des Groß- und Buchhandels u. s. w. sich rekrutirte, während im „Städtischen Verein" das eigentliche Bürgerthum überwog. Doch blieb Letzteres auch in der „Gemeinnützigen Gesellschaft" und in deren Vorstand nicht unvertreten. In Fragen des städtischen Wesens, insbesondere bei den Stadtverordnetenwahlen, standen sich allerdings die beiden Vereine bisweilen feindlich gegenüber, während sie aber andere Male auch dabei Hand in Hand gingen. Schon vor mehreren Jahren hat der „Städtische Verein" sich aufgelöst und der „Gemeinnützigen Gesellschaft" allein das Feld überlassen.

Letztere trug eine Zeit lang einen vorwiegend — wie soll ich sagen? — theoretischen Charakter. Durch regelmäßige wissenschaftliche Vorträge in jedem Winter, mit zuweilen, doch selten, daran sich knüpfenden Discussionen, sorgte sie für die geistige Anregung und Fortbildung ihrer Mitglieder. Später trat sie auf einen mehr praktischen Boden hinüber, indem sie vorzugsweise solche Fragen in den Bereich ihrer Erörterungen zog, welche in das wirthschaftliche oder sociale Leben eingriffen, indem sie ferner, direct oder indirect, allerhand gemeinnützige Einrichtungen in's Werk setzte. An dieser Wendung darf ich mir einigen Antheil beimessen. Schon bei der Gründung der Gesellschaft hatte ich die Aufnahme des Wortes „gemeinnützig" in den Titel derselben beantragt und durchgesetzt; später regte ich hier und da beim Gesellschaftsvorstande die Inangriffnahme einer Frage von gemeinnützigem Charakter

an, und ich hatte die Freude, daß die Gesellschaft je länger je mehr der durch ihren Namen gewissermaßen übernommenen Verpflichtung gerecht wurde.

Zu den schon bisher von der Gesellschaft theils direct in's Leben gerufenen, theils wenigstens angeregten wohlthätigen Einrichtungen gehören: ein Verein gegen Hausbettelei, ein Verein für Unterstützung talentvoller Knaben, ein Asyl für Obdachlose, die Einrichtung von Feriencolonien sowie von Spielplätzen für größere Knaben, die Einbürgerung des Handfertigkeitsunterrichts in Leipzig durch Errichtung einer Schülerwerkstatt, die Förderung der gegen die Trunksucht gerichteten Bestrebungen, ein Verein für Beschaffung von Kleidungsstücken für ärmere Confirmanden, die Begründung eines, bereits sehr reichhaltigen, Kunstgewerbemuseums und die Veranstaltung einer äußerst gelungenen Kunstgewerbeausstellung im Jahre 1879 — gewiß Zeugniß genug für den wirklich gemeinnützigen und zugleich praktischen Geist, der die Gesellschaft beseelt.

Auch da, wo sie nicht unmittelbar werkthätig eingreifen kann, sucht die Gesellschaft wenigstens durch Aufklärung der öffentlichen Meinung sich nützlich zu machen. Als in Leipzig eine verbesserte Organisation der Armenpflege (nach dem Elberfelder System) in's Leben trat, half die Gesellschaft durch zwei von ihr veranlaßte sachkundige Vorträge des Geheimen Hofraths Professor Dr. Wach und durch die daran sich knüpfenden Discussionen, derselben die Wege bahnen. Für eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes that die Gesellschaft Schritte, indem sie auf Grund zweier Vorträge darüber (vom Rechtsanwalt beim Reichsgericht Dr. Sachs und von mir) eine

Eingabe in diesem Sinne an Bundesrath und Reichstag richtete, und als an die Stelle des Haftpflichtgesetzes das Unfallversicherungsgesetz trat, ward auch dieses zum Gegenstande eingehender Erörterungen im Schooße der Gesellschaft gemacht. Und so ließe sich noch Manches anführen.

Um den nationalen Sinn der Bürgerschaft Leipzigs immerfort lebendig zu erhalten, begeht die Gesellschaft alljährlich den 18. Januar, den Tag der Verkündigung des erblichen Kaiserthums der Hohenzollern und der Aufrichtung des neuen Deutschen Reichs, durch ein Festmahl, betheiligt sich ebenso regelmäßig (wie das früher auch der „Städtische Verein" that) an der volksthümlichen Feier des 2. September, des Tages von Sedan.

Die Leitung der Gesellschaft lag immerfort in den besten Händen, erst in der des Dr. Georgi, dann, nach dessen Erhebung zum Bürgermeister, seit nun schon mehr als zehn Jahren, in der des so vielseitig gemeinnützig thätigen Dr. Gensel.

Habe ich im Obigen vorzugsweise von den Parteibildungen in Leipzig gesprochen, so muß ich nun noch auf die Verbreitung der national-liberalen Partei im übrigen Lande einen Blick werfen.

In der „Landesversammlung vom 26. August 1866" war beschlossen worden: „es möchten Schritte geschehen zur festeren Organisation der national-liberalen (oder, wie es damals häufiger hieß, „liberal-nationalen" oder auch „freisinnig-deutschen") Partei im ganzen Lande."

Bei den Wahlen zum constituirenden Reichstag des Norddeutschen Bundes kam es dazu noch nicht. Auf einer Versammlung zu Chemnitz, welcher Bernhard Eisenstuck

präsidirte, wogten die verschiedensten Schattirungen des Liberalismus in ziemlich trüber Mischung durch einander: entschiedene Anhänger der neuen Ordnung der Dinge, „alte Demokraten von 1848", die „an der Reichsverfassung festhielten", ja auch Solche, die sich eigentlich zu mehr großdeutschen Ansichten bekannten. Erst vor den Herbstwahlen gelang es, eine selbstständige national-liberale Versammlung in Dresden zu Stande zu bringen. Diese setzte eine Art von Landesausschuß ein — zunächst zur Betreibung der Wahlen, gleichzeitig aber zur Organisation der Partei im ganzen Lande. Zum Vorort ward Dresden gewählt. Allein wiederum verschoben und verwischten sich (auf einer Versammlung in Chemnitz) die Parteigrenzen zwischen nationalen und anderen Liberalen, und es mußte noch als ein besonderes Glück angesehen werden, daß — mehr trotz, als wegen jener Versammlung — doch vier National-Liberale in den Reichstag gelangten.

Der Schwerpunkt der Partei ward nun nach Leipzig verlegt und ist seitdem hier verblieben. Ein Centralcomité ward an die Spitze gestellt, welches durch Vertrauensmänner mit den einzelnen Wahlkreisen in Verbindung treten und von Zeit zu Zeit Versammlungen der Parteigenossen aus dem ganzen Lande veranstalten sollte.

Wie es bei derartigen Organisationen in der Regel geht — die Hauptarbeit fällt immer Einem zu —, so ging es auch hier, und dieser Eine war ich. Die mir aufliegende Arbeit war aber hier eine um so schwierigere, als ein selbstthätiges Entgegenkommen von den einzelnen Wahlkreisen aus auf die von Leipzig ausgehenden Anregungen nur zu häufig vermißt wurde. Eine dauernde Organisation

der Partei, ein rühriges Zusammenhalten der Parteigenossen war überhaupt nur in wenigen Landestheilen zu erreichen; in den meisten beschränkte sich in der Regel die Parteithätigkeit auf die Bildung von Wahlausschüssen unmittelbar vor den Wahlen und die Betreibung dieser letztern selbst; waren die Wahlen vorüber, so hörte sie wieder auf oder gab doch nur schwache Lebenszeichen von sich.

Eine besondere Schwierigkeit für die Entwickelung eines recht regen Parteilebens liegt für uns, die National-Liberalen Sachsens, darin, daß unsere Partei sich vorzugsweise (mehr, als die conservative und die fortschrittliche) aus den größeren Industriellen (Kaufleuten, Fabrikanten 2c.) rekrutirt. Diese haben mit ihren eigenen Angelegenheiten so viel zu thun, daß sie nur schwer und selten dazu kommen, Zeit und Kraft dem Allgemeinen zu widmen. Eben dieser Umstand erschwert auch die Gewinnung von nicht blos geeigneten, sondern auch zur Uebernahme eines solchen Amtes geneigten Candidaten für Land- und Reichstag und macht, daß die mühsam gewonnenen und glücklich durchgebrachten selten lange auf ihrem Posten ausharren.

Zehn ganze Jahre habe ich unter so ungünstigen Verhältnissen und daher mit nicht geringen Opfern an Zeit und Kraft die Leitung der national-liberalen Partei Sachsens geführt. Da es an einem festangestellten Geschäftsführer der Partei (wie er späteren Vorsitzenden zur Verfügung stand) damals noch fehlte, der vom Vorstand aus seiner Mitte gewählte Schriftführer aber, ein sehr beschäftigter Advokat, kategorisch erklärte, daß er eine andere Thätigkeit, als die des Protokollirens in den Sitzungen,

uns schlechterdings nicht widmen könne, so mußte ich wohl oder übel alle laufenden Geschäfte allein besorgen, eine umfängliche Correspondenz führen, Wahlaufrufe und sonstige Schriftstücke in die verschiedenen Wahlkreise versenden u. s. w. Um den Mangel einer lithographirten Correspondenz (wozu die nöthigen finanziellen Mittel fehlten) einigermaßen zu ersetzen, schrieb ich Artikel zur Verständigung und Anregung der Parteigenossen draußen im Lande, gab diese zunächst in die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und versandte sie sodann in Abzügen an eine Anzahl von Localblättern zum Wiederabdruck. Auch das war keine geringe Mühewaltung.

Im Jahre 1874 trat in der äußeren Gestaltung der national-liberalen Partei Sachsens eine wichtige Aenderung ein. Angesichts der immer höher anschwellenden socialdemokratischen Bewegung schien es angezeigt, Alles aufzubieten, um nach dieser Seite hin Front zu machen. Auf Anregung der „Gemeinnützigen Gesellschaft" entstand der „Reichsverein für Sachsen", dessen ausgesprochener Zweck war, mit Absehen von allen sonstigen Parteiunterschieden nur die grundsätzlichen Feinde des Reichs und der bestehenden Gesellschaftsordnung zu bekämpfen. Die national-liberale Partei ging in dieser neuen Organisation völlig auf. Sie entsagte ihrer Existenz und Wirksamkeit als Sonderpartei, betrachtete sich nur noch als Glied einer größeren „Ordnungspartei", unterstützte daher bei den Wahlen, so oft es die Bekämpfung eines Socialdemokraten galt, mit demselben Eifer einen fortschrittlichen oder conservativen Candidaten, wie einen ihres eigenen Mittels, je nachdem der eine oder andere mehr Aussicht auf einen Wahlsieg zu bieten schien. Sie hatte sich dabei einer Gegenseitigkeit von den anderen

Parteien, insbesondere der conservativen, keineswegs immer zu erfreuen; sie mußte auch erleben, daß der Minister-präsident von Friesen in der Zweiten Kammer den „Reichs-verein“ als ein „Unglück für Sachsen“ bezeichnete, weil derselbe angeblich ein „Monopol der Reichstreue“ für sich in Anspruch nehme — ein gänzlich haltloser Vorwurf, denn wir nahmen für uns nicht mehr in Anspruch, als was wir durch unser grundsätzliches Verhalten bekräftigten: die Selbstlosigkeit der Unterordnung unseres Parteiinteresses unter das höhere Interesse des Reichs, und wir gönnten jeder andern Partei gern denselben Anspruch auf „Reichs-treue“, sobald sie nur diesen Anspruch gleich uns in Thaten, nicht blos in Worten bekunden würde.

Der „Reichsverein“ hat sich durch alles Dieses nicht anfechten lassen, sondern hat unbeirrt und unermüdet seine Schuldigkeit gethan und damit, wie ich wohl sagen darf, manchen Sieg der Socialdemokratie und manche Niederlage der Ordnungspartei verhindert. Erst als die wenigen Elemente von rechts und links, die sich ihm angeschlossen hatten, wieder abgebröckelt waren, so daß der Verein fast nur noch aus National-Liberalen bestand, hat derselbe, entsprechend diesem Sachverhalt, den Namen „national-libe-raler Verein für Sachsen“ angenommen, hat jedoch auch unter dieser neuen Firma nach wie vor den Grundsatz befolgt, immer in erster Linie sich als „Ordnungspartei“ zu betrachten und diesem höheren Interesse sein specielles Parteiinteresse unterzuordnen. In Dresden hatte sich ein besonderer „Reichsverein“ gebildet. Derselbe hat, obwohl er nur aus National-Liberalen besteht, diesen Namen immerfort beibehalten.

Die oberste Leitung des „Reichsvereins für Sachsen“ war wiederum (als ob es gar nicht anders sein könnte) mir zugefallen. Mich diesem Rufe zu versagen, ging nicht wohl an, und als ich, der langen Last endlich herzlich müde, dieselbe auf andere Schultern abwälzen wollte, fand ich Niemand, der sie hätte übernehmen mögen. Erst 1876, als Dr. Stephani aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Vicebürgermeister niedergelegt und somit Muße für eine anderweite Thätigkeit im Gemeininteresse gewonnen hatte, gelang es mir, den Vorsitz an diesen abzugeben, mich selbst aber in die bescheidenere Stellung eines einfachen Vorstandsmitgliedes zurückzuziehen.

Seitdem bin ich nur bei ganz besonderen Veranlassungen aus dieser meiner Zurückgezogenheit wieder herausgetreten.

Nach der Verwerfung des ersten Socialistengesetzes im Reichstag von 1878 bildete sich in Leipzig eine Vereinigung aus national-liberalen und etwas weiter rechts stehenden Elementen zum Zwecke einer Kundgebung für Annahme des Gesetzes. Ich nahm an dieser Vereinigung Theil, sprach mich aber gleichzeitig dahin aus, daß neben dem negativen Vorgehen in Bekämpfung der Socialdemokratie auch etwas Positives in derselben Richtung geschehen müsse. Als zunächst geeignetes Mittel dafür erachtete ich die Gründung eines Vereins, in welchem die noch nicht vom socialistischen Gift angesteckten Elemente des Arbeiterstandes zusammengefaßt und durch Darbietung von Gelegenheit theils zu einer soliden Fortbildung (durch Vorträge für die Erwachsenen, regelmäßige Unterrichtsstunden für den jüngeren Nachwuchs u. dgl.), theils zu

geselliger Erheiterung und Erholung, ferner durch Berührung mit den bürgerlichen Kreisen, in ihrer gesunden Entwickelung gefördert würden. Diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, erschien mir recht eigentlich als Aufgabe des „Reichsvereins“. Auf mein Andringen bestellte denn auch der Vorstand desselben eine Commission zur näheren Erwägung meines Vorschlages. Bald zeigte sich, daß die gleiche Idee auch von anderer, ja auch von dritter Seite in's Auge gefaßt worden war — auf der „Kirchenconferenz“ in Meißen und von Seiten des Vorstandes des sächsischen Zweigvereins der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“. So kam ein gemischtes Comité zu Stande, und dieses rief den „Volksverein für Leipzig und Umgegend“ in's Leben. Als Mitglied erst des Vorstandes, dann des Ausschusses, als Vorsitzender der Bibliothekscommission, durch das Halten von Vorträgen, u. A. einer Gedächtnißrede auf den verstorbenen Schulze-Delitzsch), Leitung der Discussionsabende u. s. w. habe ich dem Vereine eine Zeit lang meine Thätigkeit, so viel ich konnte, gewidmet. Durch Verschmelzung mit dem „Volksbildungsverein“ verwandelte sich der Verein später in den „Verein für Volkswohl zu Leipzig“, ohne aber seine Richtung zu ändern. In dieser Gestalt besteht er noch heut und entfaltet eine, wenn auch in bescheidenen Grenzen sich bewegende (die Zahl seiner Mitglieder aus dem Arbeiterstande schwankt zwischen 600 und 700, wovon 400—500 die Unterrichtskurse in Buchführung, Geschäftsaufsätzen, gewerblichem Rechnen, Zeichnen, Englisch, Französisch, Stenographie u. s. w. besuchen), doch immerhin wohlthätige Wirksamkeit.

Einem andern gemeinnützigen Vereine, dem „Fröbel-verein“, wurde ich ohne mein Zuthun nahegestellt, indem der Vorstand desselben im Jahre 1884 mich zum Vorsitzenden wählte. Bei meinen schon früher bethätigten, gerade um diese Zeit (wie später zu berichten) auf's Neue angeregten Bestrebungen für eine praktische Erziehung der Jugend fühlte ich mich den Zwecken dieses Vereins vertraut und wahlverwandt.

Und, da ich einmal von meiner neueren Antheilnahme an Vereinen spreche, so sei gleich hier noch erwähnt, daß ich als Vorstandsmitglied der Leipziger Zweig-Schillerstiftung diese Stiftung zweimal auf Generalversammlungen vertreten habe, das eine Mal 1868 in Wien, ein zweites Mal 1879 in Dresden, daß ich ferner Mitglied und eine Zeit lang Vorsitzender des Vorstandes eines Vereins war, der sich in Leipzig 1882 zur Versorgung der aus Rußland vertriebenen Israeliten bildete.

Ich kehre zu meiner politischen Thätigkeit zurück.

Bei der Spaltung der national-liberalen Fraction durch die „Secession“ des linken Flügels (1882) übernahm ich, auf Wunsch des Vorstandes, in einer von diesem berufenen Vertrauensmännerversammlung unserer sächsischen Parteigenossen die Vertretung des zurückgebliebenen Stammes der Fraction gegen die Secessionisten. Ich hatte dabei die Genugthuung, daß die große Mehrheit der Versammlung mir beipflichtete, wennschon unter Denen, die zur Secession übertraten, Mehrere waren, deren Scheiden von uns ich aufrichtig beklagen mußte.

Nach dem Erscheinen des „Heidelberger Programms“ vom 23. März 1884 fand wiederum eine Vertrauens-

männerversammlung der national = liberalen Partei in Leipzig statt. Die Ansichten waren hier noch getheilt. Dr. Stephani selbst äußerte Zweifel, ob die „national=liberale Fraction" im Reichstage sich jenes Programm werde aneignen wollen. Ich mußte mich deshalb damit begnügen, einen Antrag zu stellen, der den Wunsch enthielt, daß eine Verständigung der National=Liberalen Norddeutschlands mit denen Süddeutschlands (von welchen letzteren das Heidelberger Programm ausgegangen) zu Stande kommen möge. Dieser Antrag fand den Beifall der Versammlung. Bekanntlich erfolgte eine solche Verständigung auf der großen Parteiversammlung zu Berlin vom 18. Mai 1884. Als Vertreter der sächsischen National=Liberalen in dieser Versammlung erklärte Dr. Gensel, dermaliger Vorsitzender des „national=liberalen Vereins für Sachsen", unsere freudige Zustimmung zu diesem Acte.

Auf einer am 6. Juli 1884 zu Döbeln abgehaltenen national=liberalen Landesversammlung sprach ich, wiederum im Auftrage des Vorstandes, über die Aufgabe unserer Partei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen. Ich faßte diese Aufgabe in den folgenden Worten zusammen:

Durch die neuesten Schritte unserer ehemaligen Parteigenossen, der sogenannten „Secessionisten" — erst ihren Uebergang in's fortschrittliche Lager und damit ihre Beugung unter die Führerschaft des Herrn Eugen Richter, dann ihre Betheiligung an der von Letzterem betriebenen grundsätzlichen Opposition gegen die gesammte innere Politik des Reichskanzlers, zuletzt gar noch ihre Verbrüderung mit den Ultramontanen behufs Bildung einer reichsregierungsfeindlichen Mehrheit — durch alles Dieses ist das Band zwischen uns und ihnen („zu meinem aufrichtigen Bedauern", wie ich hinzusetzte) gelöst, sind wir in die Nothwendigkeit versetzt, die deutsch=freisinnige

Partei grundsätzlich zu bekämpfen, zu dem Ende auch ein Bündniß mit den Gemäßigten unter den Conservativen nicht zu scheuen.

Diese Worte wurden mit allseitigem lauten Beifall aufgenommen und begegneten von keiner Seite einem Widerspruch.

Einige Zeit darauf brachte die deutschfreisinnige Dresdener Zeitung (Nr. vom 12. September 1884) einen Artikel, worin sie, unter schweren Vorwürfen gegen die „Führer der national-liberalen Partei", als ob sie aufgehört hätten, liberal zu sein, an die „liberalen Männer" innerhalb der Partei die Aufforderung richtete, sich von derselben zu trennen und zu den Deutschfreisinnigen überzutreten. Da sie unter Denen, welchen sie einen solchen Schritt ansinnen zu können meinte, auch mich nannte, so fand ich mich gedrungen, in einem Artikel des „Leipziger Tageblattes" (Nr. vom 16. September 1884) unter dem Titel „Die Aufgabe der National-Liberalen bei den nächsten Reichstagswahlen" meine Ansichten über diese Aufgabe und über die ganze Stellung der Partei, sowie über meine eigene, ausführlicher zu entwickeln. Der Vorstand des national-liberalen Vereins für Sachsen hat diesen meinen Aufsatz in einer großen Zahl von Abzügen an die Parteigenossen im Lande versandt und damit bekundet, daß die Parteileitung selbst sich zu den darin entwickelten Ansichten bekennt. Aus diesem Grunde möge es mir vergönnt sein, die Hauptstellen daraus hier wiederzugeben.

Zuvörderst bemerkte ich, gewissermaßen zu meiner Legitimation betreffs dieser öffentlichen Aussprache:

Durch die Bezugnahme auf meine unzweideutigen Aeußerungen in Döbeln könnte ich die Sache, was mich betrifft, für erledigt halten;

allein die Stellung, die ich Jahrzehnte lang als ein Wortführer erst der sog. „gemäßigt-liberalen", dann der daraus hervorgegangenen national-liberalen Partei eingenommen habe, und das Vertrauen, welches mir in dieser Eigenschaft von meinen Parteigenossen lange entgegengebracht worden ist, ja noch jetzt, wie ich auf dem Döbeln'schen Tage mit Freuden wahrnahm, entgegengebracht wird, lassen mir es als eine Pflicht erscheinen, auf die von jener Seite her angeregte Frage wegen des Verhältnisses zwischen uns und den weiter links stehenden Liberalen auch noch directer und eingehender zu antworten.

Dies that ich sodann, indem ich fortfuhr:

Schon in Döbeln sprach ich aus, und ich wiederhole es hier: ich halte es für die oberste Aufgabe, wie jeder reichstreuen Partei, so ganz besonders der unseren, welche sich die „nationale" nennt, bei den Reichstagswahlen nicht sowohl ihr besonderes Parteiinteresse, als das allgemeine Interesse des Reichs und der Nation in den Vordergrund zu stellen.

Nun hat die national-liberale Partei sich es von ihrer Entstehung an zur Aufgabe gemacht, nicht blos den Bestand des neu gegründeten Deutschen Reichs gegen Solche, welche denselben in einer oder der andern Weise anzutasten geneigt wären, zu vertheidigen sondern auch dessen Ausbau nach allen Richtungen hin fördern zu helfen. Sie hat sich dieser Aufgabe nach besten Kräften unterzogen, hat sich dabei eine Zeit lang des Hand in Hand Gehens mit der Reichsregierung, sowie der Bundesgenossenschaft eines Theils der conservativen Partei zu erfreuen gehabt.

Dann trat eine Zeit ein, wo das Verhältniß der National-Liberalen zur Reichsregierung sich lockerte, wo letztere sich infolge dessen den Conservativen zuwendete und endlich, um eine Mehrheit im Reichstage zu gewinnen, auch dem Centrum sich näherte. Die Gegner der bisherigen, wesentlich reformatorischen Reichspolitik benutzten dies und arbeiteten darauf hin — unterstützt durch den Umstand, daß Einzelnes in den neuen Gesetzen wirklich verbesserungsbedürftig war, sowie durch die in verschiedenen Interessenkreisen sich kundgebende starke Gegenströmung —, an Stelle der vorwärtsschreitenden eine rückläufige Richtung der Reichsgesetzgebung zur Geltung zu bringen. So entstand ein allgemeines Unbehagen, zu-

gleich eine höchst bedenkliche Verschiebung der Parteien, indem die Extreme rechts und links gestärkt, die gemäßigten Elemente in der Mitte geschwächt wurden.

Neuerdings hat aber unser großer leitender Staatsmann wieder eine aufbauende, schöpferische Politik in's Werk zu setzen begonnen, und zwar auf Gebieten, auf denen eine solche zwar schwierig, aber auch, wenn sie gelingt, für hochwichtige Interessen theils der ganzen Nation, theils ihres schutzbedürftigsten Theils, der Arbeiter, vielversprechend ist. Er hat auf dem Gebiete der Socialpolitik, zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes, ein gewaltiges Unternehmen angebahnt, welches auf durchaus gesunden Grundlagen, der Selbstverwaltung und dem Genossenschaftswesen, ruht. Er hat auf dem Gebiete der Colonialpolitik und der Ausdehnung des deutschen Handels nach fremden Welttheilen Ansichten entwickelt, die, ebenso kühn als andererseits besonnen und vorsichtig, in ihrer Verwirklichung für Deutschland eine neue Epoche commerziellen Aufschwunges, eine viel activere Rolle im großen Weltverkehr, als die es bisher zu behaupten vermochte, in Aussicht stellen.

Auf diesen Bahnen einer activen und productiven Politik dem großen leitenden Staatsmanne zu folgen, für Ausführung solcher und ähnlicher Pläne ihm ihre Unterstützung zu bieten, dazu hat die national-liberale Partei in den Heidelberger und den Berliner Erklärungen (vom 23. März und 18. Mai) und in zahlreichen Zustimmungskundgebungen dazu aus allen Theilen Deutschlands sich verpflichtet. Dadurch ist ihr für die bevorstehenden Reichstagswahlen ihre Stellung und Aufgabe scharf und klar vorgezeichnet. Sie muß nach allen ihren Kräften darauf hinwirken, daß für die, nach ihrer Ueberzeugung der Nation heilsamen, socialpolitischen und wirthschaftlichen Pläne des Reichskanzlers eine möglichst sichere Mehrheit geschaffen werde, und zwar aus solchen Elementen, welche nicht, wie das Centrum und die extrem Conservativen, ihre der Regierung zu gewährende Unterstützung nach anderen Seiten hin zu allerhand rückschrittlichen oder sonst der Nation und dem Reiche nachtheiligen Zwecken auszunutzen suchen, und sie muß selbstverständlich zu verhüten suchen, daß eine andere Majorität, als die eben bezeichnete, wirklich nur den großen nationalen Interessen huldigende, zu Stande

komme, sei es eine klerikal=conservative, welche der Freiheit und dem nothwendigen Fortschritt gefährlich ist, sei es eine klerikal=deutsch=freisinnige, welche (nach den beim Socialistengesetz und der Dampfervorlage gemachten Erfahrungen) die Ausführung der schöpferischen Pläne des Reichskanzlers zu hemmen und den Gang der Reichsmaschine in's Stocken zu bringen droht.

Die national=liberale Partei bleibt, indem sie so handelt, durchaus ihren eigenen geschichtlichen Ueberlieferungen treu, denn sie hat sich seiner Zeit aus der Fortschrittspartei herausgelöst, weil sie die zu sehr blos verneinende Haltung dieser letzteren für unersprießlich hielt, weil sie das Bedürfniß und die Pflicht fühlte, eine mehr positive Politik zu ergreifen und werkthätig an dem Auf= und Ausbau des Reichs mitzuarbeiten.

Ueber das Verhältniß des gemäßigten und insbesondere des nationalen Liberalismus zu dem Radicalismus bemerkte ich noch ausdrücklich:

Bis etwa zum Jahre 1848 gab es in unserem politischen Leben nur den Einen Gegensatz: „liberal oder conservativ". Schon damals indeß bestand ein Unterschied zwischen „gemäßigten Liberalen" und sogenannten „entschiedenen Liberalen" oder „Radicalen". Ich habe vom Anbeginn meiner öffentlichen Wirksamkeit an, also seit etwa 43 Jahren, immerfort zu den „gemäßigten Liberalen" gehört ich habe deshalb schon damals und später noch öfter von Seiten der Radicalen den Vorwurf hören müssen: ich sei ein „Abtrünniger", wohl gar ein „Volksverräther". Dieser Vorwurf hat mich niemals unruhig oder in meinem Vorgehen irre gemacht, und er wird es am allerwenigsten jetzt, nachdem ich eine mehr als 40jährige, ich denke wohl makellose, politische Vergangenheit hinter mir habe.

Mit dem Jahre 1848 (zum Theil auch schon früher) trat ein neuer Zielpunkt politischer Bestrebungen in den Vordergrund, der nationale. Es gab nun im liberalen Lager zwei Parteien, die eine, welche diesem nationalen Gesichtspunkte äußersten Falls (wenn es nicht anders ging) den liberalen unterordnete, und eine andere, welche selbst von einem einigen Deutschland nichts wissen wollte, wenn dasselbe nicht genau nach ihrer Schablone zugeschnitten wäre.

Damals wurden wir, die wir (in Frankfurt) einen monarchisch-constitutionellen Bundesstaat, ganz ähnlich dem jetzigen Reiche, anstrebten, als „Reactionäre“ dem Volke denuncirt; 1866, bei der Berathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, stimmte die Fortschrittspartei gegen diese Verfassung und verlangte statt ihrer die Wiederherstellung eben jener, seiner Zeit von der gleichen Seite her als „reactionär“ verschrieenen, „Reichsverfassung von 1849!“

Schon aus diesen geschichtlichen Andeutungen ergiebt sich, wie vieldeutig und schwankend der Begriff des „Liberalismus“ ist, wie wenig berechtigt der Anspruch einer einzelnen Partei, sich als die alleinige Vertreterin und Hüterin desselben darzustellen und Alle als „illiberal“ zu verketzern, die nicht genau ihre Wege gehen.

Allerdings giebt es gewisse Grenzen, die ein liberaler Politiker nicht überschreiten kann, ohne daß er aufhörte, ein Liberaler zu sein. Wenn die national-liberale Partei zur Verkümmerung wesentlicher, unveräußerlicher Rechte des Volkes oder der Volksvertretung, wenn sie zur Beschränkung des Budgetrechs des Reichstags, zur Beseitigung der nothwendigen Garantien für die Unabhängigkeit des Wählens, zur Wiederherstellung der alten, feudalen Zustände im Gewerbewesen, in der Landwirthschaft, in den Arbeiterverhältnissen ꝛc. die Hand bieten wollte, dann würde man sie mit Fug des Abfalls vom Liberalismus beschuldigen, dann wäre der Moment gekommen, die, dermalen sehr übel angebrachte, Zumuthung des Austritts aus der national-liberalen Partei an mich und die mir Gleichgesinnten zu richten. Aber dahin wird es sicherlich nicht kommen. Ja, ich vertraue, daß auch die durch die Verhältnisse uns zugewiesenen neuen Bundesgenossen, die Freiconservativen, zu einer solchen Politik der Reaction weder sich selbst hergeben, noch uns werden verleiten wollen.

Wenn dagegen die National-Liberalen in solchen Fällen, wo es galt, einen nach vielen Seiten bedeutenden Fortschritt zu erreichen, gewisse Unvollkommenheiten eines Gesetzes mit in den Kauf nahmen und nicht darauf bestanden, daß jede, auch die äußerste „liberale“ Forderung erfüllt würde, wie beispielsweise bei der Verfassung des Reichs und den großen Justizgesetzen, so ist es lächerlich, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, wie die Fortschrittspartei dies

gethan hat. Oder wenn aus höheren Rücksichten auf die Wehrhaftigkeit und Sicherheit Deutschlands, sowie auf den ungestörten Verkehr, sie für das sogenannte Militärseptennat stimmten, d h. für eine Bewilligung der Friedensstärke auf 7 Jahre, statt, wie der „Fortschritt“ will, auf 3 oder auf 1 Jahr (weil eine so häufige Militärdebatte nach allen Seiten Nachtheile hat), so war dieser zeitweilige Verzicht auf die allerstrengste Ausübung des parlamentarischen Zustimmungsrechts vollkommen gerechtfertigt durch eben jene patriotische Rücksicht. Bestände der „Liberalismus“ darin, daß man auch die höchsten Interessen des Reichs und der Nation einer bloßen Principienreiterei opfern müßte, so wäre damit dem Liberalismus das Urtheil gesprochen!

Wie man sieht, sind diese politischen Anschauungen dieselben, zu denen ich schon im Anfange meiner politischen Laufbahn, vor nun mehr als vierzig Jahren, mich bekannte. Wie ich damals in dem Programme zu meiner „Deutschen Monatsschrift“ und in dieser selbst einen möglichst praktischen, positive Verbesserungen des Staats- und Culturlebens erstrebenden, vor Allem aber große nationale Ideen verfolgenden Liberalismus vertrat, so ist dies noch heut mein politisches Glaubensbekenntniß, und ich freue mich, sagen zu können, daß auf diesem Wege die allergrößte Mehrzahl der National-Liberalen Sachsens, insbesondere in Leipzig und Dresden, aber auch im übrigen Lande, mir gefolgt und treu geblieben ist. Gegen die Verwandlung unserer Partei in eine sog. „Partei Bismarck“ (wie einzelne Heißsporne dies wollten) habe ich mich jederzeit erklärt. Bei aller aufrichtigen Bewunderung des großen Staatsmannes steht mir doch die Unabhängigkeit der eigenen Ueberzeugung für mich und meine Partei zu hoch, um sie selbst einem Bismarck zu verschreiben.

Zwanzigstes Capitel.

Das Eingehen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.

Mit Ende des Jahres 1879 hörte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf zu erscheinen. Die Verleger hatten schon in den letzten Jahren immer wachsende Einbußen dabei erlitten; sie glaubten ihrem Geschäft nicht länger ein solches Opfer ansinnen zu können, und entschlossen sich daher, wenn auch mit schwerem Herzen, zur Aufgabe der Zeitung. Dieselbe hatte über vierzig Jahre bestanden; ich selbst hatte fast ein Menschenalter lang meine Kraft und mein ganzes Interesse ihr gewidmet; ich brauche nicht zu sagen, wie schmerzlich mir dieser Ausgang war, den ich gleichwohl nicht abzuwenden vermochte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte niemals — die ersten Jahre etwa ausgenommen, wo sie unter besonders günstigen Verhältnissen erschien, auch mit sehr reichen Mitteln nachdrücklich unterstützt ward — einen sehr großen Absatz gehabt. Ein wie günstiger Boden auch für ein solches Blatt Leipzig zu sein schien, so waren doch in Wirklichkeit die Schwierigkeiten, mit denen dasselbe vom

Anfange an zu kämpfen hatte, sehr große. Es ist eine bekannte Thatsache, daß das materielle Gedeihen einer Zeitung nicht blos durch die Zahl der Abonnenten bedingt ist, sondern ebenso sehr, ja noch mehr, durch die Menge der ihr zufließenden Anzeigen. Abgesehen von dem finanziellen Ertrage dieser letzteren, welcher wesentlich dazu helfen muß, die Mittel für eine reiche geistige Ausstattung des Blattes zu gewähren, besteht auch zwischen diesen Anzeigen, zumal den localen, und dem Anreiz zum Lesen und Halten eines Blattes eine natürliche Wechselwirkung. Nun waren gerade die localen Anzeigen in Leipzig bereits so gut wie gänzlich in Beschlag genommen durch das „Leipziger Tageblatt", welches dadurch und durch seinen billigen Preis Leipzig und Umgegend beherrschte. Für das übrige Land zog wieder ein anderes Blatt, die „Leipziger Zeitung", sowohl die Abonnenten als die Anzeigen dadurch an sich, daß sie, als officielles Organ, alle amtlichen Bekanntmachungen erhielt, folglich von Staats- und Gemeindebehörden, Advocaten, Geschäftsleuten u. s. w. gehalten und gelesen werden mußte.

Ein anderer Umstand, der in Sachsen dem Aufkommen und Gedeihen einer großen Zeitung ein fast unüberwindliches Hinderniß in den Weg legt, und der wohl wesentlich daran schuld ist, daß es bisher keiner einzigen Partei, weder der conservativen, noch der liberalen, noch der radicalen, gelungen ist, längere Zeit hindurch, selbst mit Opfern, ein solches größeres Organ am Leben zu erhalten, ist der Ueberfluß an Localblättern, der kaum irgendwo so groß sein möchte, als hier. Zunächst kommt hier die Unmasse sog. „Amtsblätter" in Betracht, womit das Beust'sche

Regiment Sachsen beglückt hat. Sodann giebt es in Sachsen verhältnißmäßig mehr große, volk- und gewerbereiche Provinzialstädte, als in irgend einem anderen deutschen Lande. Von diesen aber will jede ihr Localblatt haben, und zwar ein möglichst umfängliches. Viele dieser Localblätter erscheinen täglich. Sie sind ebenfalls im Besitz der Localanzeigen ihres Erscheinungsortes und seiner Umgegend und üben dadurch in weitem Umkreise ein thatsächliches Monopol aus. Ihren politischen Inhalt entnehmen sie meist den größeren Zeitungen (wie denn namentlich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von ihnen viel ausgebeutet ward); manche davon haben aber auch, durch ihre günstige finanzielle Lage dazu in den Stand gesetzt, sich telegraphische Depeschen beigelegt. So kommt es, daß das tägliche Lesebedürfniß wenigstens jenes Theiles des Publikums, welcher nicht gerade ein höheres politisches Bildungsstreben hat (und das ist immer ein ziemlich großer), durch die ihm solchergestalt gebotene Nahrung sich gesättigt findet. Ihm verschlägt es wenig, wenn er auch seine politischen Belehrungen erst aus zweiter Hand erhält; er findet es daher nicht für nöthig, ein großes Blatt zu lesen oder gar zu halten. Ohnehin verwenden von unseren Geschäftsleuten so manche nicht gern viel Zeit auf's Lesen, sind daher vollauf zufrieden, wenn ihnen der tägliche politische Stoff in möglichst kleinen Portionen zugemessen wird.

Zu alledem kam nun bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" noch etwas, was ihr gerade im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens viel Abbruch that. Das war die Concurrenz der großen Berliner und Wiener Blätter. Früher, bei noch weniger entwickelten Preßverhältnissen in Preußen

und Oesterreich, war ein sächsisches Blatt, welches sich mit Freimuth und verständnißvoll auch über dortige Zustände ausließ, in den beiden großen Nachbarländern, zumal in Oesterreich, gern gelesen worden. Jetzt ward nicht blos der dortige Markt von der heimischen Presse mehr als genügend versorgt, sondern die, mit reichsten Mitteln ausgestatteten, Blätter Wiens und Berlins drangen auch immer häufiger nach Mitteldeutschland herüber, zumal die Berlins. War es doch nur natürlich, daß der deutsche Reichsbürger (und, je deutscher gesinnt er war, um so mehr) am liebsten aus erster Quelle vernahm, was im Centrum des Reiches vorgehe, was dort gesprochen, geplant, gedacht werde. Die Berliner Zeitungen konnten Dieses nach Dresden, Chemnitz, dem Voigtlande, desgleichen nach Thüringen, ebenso rasch und rascher verkünden, als ein in Leipzig erscheinendes Blatt, mochte letzteres sich noch so viel Mühe geben, durch Correspondenzen und Telegramme das Wichtigste von dort schnell zu berichten.

Nun darf man sich keine Täuschung darüber machen, daß heutzutage das Durchschnittspublikum, d. h. vielleicht neun Zehntel aller Derer, die überhaupt Zeitungen lesen, dies nicht wegen der politischen Belehrungen thut, welche ein Blatt regelmäßig bringt, sondern wegen der Neuigkeiten, die darin zu finden sind. Sein Interesse ist ein vorzugsweise stoffliches. Gute Leitartikel können einer Zeitung Ansehen, vielleicht auch Einfluß verleihen, aber Leser in größerer Menge gewinnt sie in der Regel nur in dem Verhältniß, in welchem sie mehr und mannigfaltigeren Stoff zu bieten vermag, als ihre Concurrentinnen. Dazu aber gehören reiche Mittel, und solche, ich wiederhole es, gewinnt

eine Zeitung nur entweder durch ein sehr starkes Abonnement oder durch viele gutbezahlte Anzeigen, und ganz vorzugsweise durch letztere.

Ich darf, ohne anmaßlich zu sein, mich rühmen, daß unter meiner Redactionsführung die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine angesehene Stellung in der deutschen Tagespresse einnahm, eine angesehenere, als die Zahl ihrer Abonnenten eigentlich bedingte; daß Freunde und Feinde ihr Gewicht beilegten, was daraus hervorging, daß jene sich gern auf sie beriefen, diese sie ihrer Polemik werth fanden. Wie geachtet sie im Kreise ihrer journalistischen Collegen war, zeigte sich darin, daß auf den Journalistentagen sie regelmäßig in den Ausschuß gewählt ward und daß ihre Stimme sowohl in diesem als bei den großen Versammlungen immer Beachtung fand.

Daß sie auch eine fest zu ihr haltende und treu bei ihr ausharrende (wenngleich nicht große) Gemeinde Solcher gewonnen hatte, welche sich gern ihren Belehrungen und ihrer gemäßigten, aber sicheren Haltung verpflichtet bekannten, konnte ich aus den schriftlichen und mündlichen Kundgebungen aufrichtigsten Bedauerns über ihr Eingehen, die mir von vielen und hochachtbaren Seiten zugingen, mit wehmüthiger Genugthuung entnehmen. Noch jetzt höre ich oft schmerzliche Klagen darüber, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ durch ihr Verschwinden eine nicht wieder ausgefüllte Lücke hinterlassen habe, desgleichen (namentlich von Nichtsachsen) Aeußerungen des Erstaunens darüber, daß ein Land wie Sachsen, mit einer so zahlreichen, gebildeten und im Ganzen doch nicht armen Bevölkerung, keine einzige große Zeitung besitze. Aber damit ist jene

Lücke nicht ausgefüllt, diese Thatsache nicht aus der Welt geschafft.

Leider kann ich der national- oder gemäßigt-liberalen Partei den Vorwurf nicht ersparen, den ich ihr schon einmal, beim Eingehen meines „Herold“, machen mußte, den Vorwurf, daß sie zu wenig für ihre Parteipresse thut. Ja, dieser Vorwurf ist jetzt noch berechtigter, als damals, weil die Partei, die 1847 kaum in ihren Anfängen sich befand, 1879 an Zahl wie an Bewußtsein ihrer Zwecke erstarkt, einheitlich organisirt, also weit mehr in der Lage und darauf angewiesen war, sich ihrer Presse anzunehmen, weil ferner die Wichtigkeit der kräftigen Vertretung einer Partei in der Tagespresse gegen früher wesentlich zugenommen hat.

Es ist mir selbst damals, als ich meinen „Herold“ (nach dem preußischen Verbote) auf eigene Kosten und mit schweren Opfern fortführen mußte, niemals auch nur entfernt eingefallen, eine directe materielle Unterstützung seitens der Parteigenossen zu beanspruchen; um wie viel weniger hätte mir dies beifallen können, wo es sich um die Fortexistenz eines Blattes handelte, dessen Verleger wahrscheinlich das Anerbieten einer solchen Unterstützung zurückgewiesen haben würden? Allein es giebt andere Mittel, um einer Zeitung die Wege zu ebnen und die Opfer zu vergüten, die sie der Partei bringt, indem sie nicht blos unermüdlich deren Sache führt, sondern indem sie auch allen den Haß mit auf sich ladet, der die Partei als solche trifft. Wenn allerwärts je zwei, drei Parteigenossen sich dazu vereinigten, ein solches Blatt zu halten (angenommen, daß es dem Einzelnen zu theuer wäre), wenn jeder Geschäftsmann

innerhalb der Partei es sich zur Regel machte, so oft er Anzeigen in öffentlichen Blättern erlassen muß, die geringen Kosten nicht zu scheuen und auch dem Parteiorgan eine solche Anzeige zuzuwenden, wenn jeder Parteigenosse sich es angelegen sein ließe, für die Verbreitung des Parteiorgans an öffentlichen Orten, in Lesecabinetten u. s. w. zu wirken — wenn Solches und Aehnliches beharrlich und planmäßig geschähe, so müßte doch wohl eine Partei wie die national-liberale in Sachsen, die unter ihren vielen Tausend Mitgliedern nicht wenige recht wohlhabende, andere immerhin in guten Verhältnissen lebende zählt, ein großes Blatt lebensfähig erhalten können.

Ich spreche dies ganz offen aus, nicht blos, weil ich persönlich gar nicht mehr dabei betheiligt bin, sondern auch, weil möglicherweise, was ich hier gesagt habe, noch auf andere Zweige der großen national-liberalen Partei Deutschlands Anwendung leiden könnte.

Einundzwanzigstes Capitel.

Die Bewegung für den „Arbeitsunterricht“ und eine neue Auflage meiner „Erziehung zur Arbeit“.

Fast ein Vierteljahrhundert war vergangen seit dem Erscheinen meiner „Erziehung zur Arbeit“. Die Bewegung, welche diese Schrift in der pädagogischen Welt hervorgebracht, war längst wieder verklungen, und es schien nicht, als sollte die darin angeregte Idee zu praktischer Verwirklichung gelangen. Da auf einmal kam ein Anstoß in ganz gleicher Richtung von anderer Seite, vom Auslande her. Im fernen Finnland hatte ein angesehener Schulmann, Uno Cygnäus in Helsingfors, die Anregungen, die er auf einer Reise durch Deutschland in den fünfziger Jahren, namentlich durch die Schriften von Pestalozzi und Fröbel, empfangen, alsbald in die Praxis übertragen; es war ihm gelungen, schon zu Anfang der sechsziger Jahre den „Handfertigkeits=oder Arbeitsunterricht“ nicht blos in den Seminarien Finnlands einzubürgern, sondern ihm die Geltung eines obligatorischen Unterrichtszweiges in den Volksschulen zu verschaffen. Von dort war die Bewegung nach Schweden und Dänemark verpflanzt worden. In Schweden waren

erst einzelne Arbeitsschulen (in Nääs, Upsala, Claestrop), dann auch ein Seminar für Lehrer dieses Unterrichtsfachs (in Nääs) entstanden, letzteres durch die großartige Freigebigkeit eines reichen Privatmannes, des Herrn Abrahamson, und durch den unermüdlichen Eifer seines Neffen, des Dr. Salomon. In Dänemark stand der Rittmeister a. D. Clauson von Kaas an der Spitze der Bewegung. Nachdem er in Kopenhagen eine Werkstatt für den Arbeitsunterricht errichtet hatte, stiftete er — behufs Verwerthung dieses Unterrichts für Arbeiten im Hause, zumal auf dem Lande — eine dänische „Hausfleißgesellschaft".

Im Jahre 1875 kam Herr Clauson von Kaas nach Deutschland herüber. Durch Vorträge, die er in Berlin und Dresden hielt, sowie durch Schriften, wirkte er für seine Ideen und gewann Anhänger. Einer von diesen, der für alles Gute so unermüdlich thätige Dr. A. Lammers in Bremen, erschien als Apostel der Clauson von Kaas'schen Bestrebungen im Winter von 1880 auf 1881 in Leipzig und hielt einen Vortrag darüber in der „Gemeinnützigen Gesellschaft". Ich war leider verhindert, demselben beizuwohnen, wurde aber in das von der „Gemeinnützigen Gesellschaft" zu weiterer Erörterung der Frage bestellte Comité cooptirt. Aus den Berathungen dieses Comité ging die „Leipziger Schülerwerkstatt" hervor. Die „Gemeinnützige Gesellschaft" sorgte zugleich für weitere Ausbreitung der Idee des Arbeitsunterrichtes, indem sie ein Mitglied ihres Vorstandes, den Oberlehrer Dr. Götze (einen der eifrigsten Förderer der Bewegung) zur Abfassung einer belehrenden Schrift „Die Ergänzung des Schulunterrichts durch praktische Beschäftigungen" veranlaßte und diese,

ihrem Zwecke im höchsten Grade entsprechende Schrift veröffentlichte. In der Pfingstwoche 1881 versammelten sich etwa dreißig Anhänger der Idee des Arbeitsunterrichtes zu einer vertraulichen Besprechung in Berlin. Die Frucht derselben war die Niedersetzung eines „Deutschen Centralcomité für den Handfertigkeitsunterricht", dessen Mitglieder aus verschiedenen Theilen Deutschlands genommen wurden. Die laufenden Geschäfte sollte ein Vollziehungsausschuß in Bremen besorgen, an dessen Spitze Lammers gestellt ward. Zum Preßorgan des Comité bot sich von selbst die von diesem herausgegebene Zeitschrift „Nordwest" dar.

Schon im folgenden Jahre (1882) konnte ein öffentlicher „Congreß für den Handfertigkeitsunterricht" nach Leipzig ausgeschrieben werden. Er war zahlreich besucht und mit einer reichhaltigen Ausstellung von Arbeiten aus den verschiedenen bereits in Gang gesetzten Schülerwerkstätten verbunden. Solche Congresse haben seitdem regelmäßig stattgefunden: 1883 abermals in Leipzig, 1884 in Osnabrück, 1885 in Görlitz. Ebenso sind an verschiedenen Orten (in Emden, Dresden, Leipzig) Curse eingerichtet worden, in denen Lehrer von Volks- und anderen Schulen durch geschickte und intelligente Handwerker und Künstler mit den erforderlichen technischen Fertigkeiten vertraut gemacht wurden, deren es zur Ertheilung von Arbeitsunterricht bedarf.

Wie Deutschland, so sind auch andere Länder von der Bewegung erfaßt worden. In Oesterreich ward die Frage des Arbeitsunterrichtes schon 1875 durch aufgeklärte Schulmänner und Techniker (wie Schwab und Eitelberger) angeregt. In Frankreich ist der neue Unterrichtszweig bereits

durch Gesetz in den Schulen eingeführt. In Belgien, in Holland, in Rußland, in Nordamerika hat er ebenfalls Wurzel geschlagen. Sogar die Regierung von Neuseeland hat sich ohnlängst über die Fortschritte des Arbeitsunterrichtes in Deutschland durch Dr. Götze in Leipzig berichten lassen, und dieser Bericht ist ausführlich in den Acten des dortigen Parlaments abgedruckt worden.

Innerhalb des Deutschen Reiches ist zur Zeit Sachsen entschieden derjenige Staat, wo die Bewegung für den Arbeitsunterricht die weiteste Verbreitung in der Bevölkerung, zugleich die kräftigste Förderung von oben her gefunden hat. Es bestehen hier bereits einige fünfzig Arbeitswerkstätten. Im Jahre 1885 hat sich ein „Sächsischer Landesverband" zur gemeinsamen Förderung dieser Bestrebungen gebildet. Lehrercurse sind in Dresden, Leipzig, Stollberg abgehalten worden. Von den Vorständen und Lehrern der Leipziger Schülerwerkstatt ist ein „Vorlagewerk" für den Arbeitsunterricht ausgegangen, gezeichnete Modelle für Papparbeiten, Tischlerei, Holzschnitzerei, Metallarbeiten und Modelliren in Gyps. Die Regierung hat vom Anbeginn an der Bewegung nicht blos ihr ermunterndes Interesse, sondern auch vielseitig fördernde werkthätige Hilfe zugewendet. Beim Landtage 1885 haben beide Kammern die Summe von 10 000 Mk. auf zwei Jahre für Zwecke des Arbeitsunterrichtes bewilligt.

Mit welcher Freude ich eine Bewegung begrüßte, die so ganz meinen eigenen früheren Bestrebungen entsprach, brauche ich wohl nicht zu sagen. Wenn die Vertreter und Leiter dieser Bewegung mir die Ehre anthaten, mich als

den „Nestor“ derselben zu feiern, wenn sie aus diesem Grunde bei jeder ihrer Versammlungen, der ich beiwohnte, mich mit dem Vorsitz betrauten, so konnte ich eine solche Freundlichkeit wohl ungescheut annehmen; nur mußte ich immer und immer betonen, daß mein Verdienst der blos theoretischen Anregung ein sehr bescheidenes, ja ein nur zweifelhaftes so lange gewesen sei, bis Andere gekommen, die das mir fehlende Talent, die Sache praktisch in Angriff zu nehmen, besessen und erst dadurch vollendet hätten, was ich unvollendet gelassen. Zur Förderung der jetzt auf praktischem Gebiete in Fluß gekommenen Bewegung thue ich, was ich kann. Ich habe den Versammlungen in Berlin 1881, in Leipzig 1882 und 1883, in Görlitz und Chemnitz 1885 präsidirt, habe bei Veranstaltung und Einrichtung der Lehrercurse in Leipzig 1884 und 1885 mit Rath und That geholfen, wirke für mein bescheidenes Theil mit an der allgemeinen Bewegung als Mitglied des „Deutschen Centralcomité“, wie als Mitglied des Vorstandes der Leipziger Schülerwerkstatt.

Daß auch meine wissenschaftliche Thätigkeit für eben diese Sache in Anspruch genommen, daß ich mehrseitig, zumal aus Lehrerkreisen, aufgefordert wurde, meine vor dreißig Jahren erschienene, seitdem so ziemlich vergriffene, „Erziehung zur Arbeit“ neu aufzulegen und als ein theoretisches Hilfsmittel in den Dienst der jetzigen Bewegung zu stellen, war wohl nicht unnatürlich. Obschon ich voraussah, daß ich die Schrift zu einem großen Theile vollständig würde umarbeiten müssen, gab ich doch diesen so ehrenvollen Aufforderungen nach, und so erschien 1882 eine „zweite, völlig umgearbeitete Auflage“ der „Erziehung zur

Arbeit“ *). Sie enthält, nebst manchen Erweiterungen und Umänderungen im Einzelnen, mehrere ganz neue Capitel; dennoch ist es mir gelungen, durch Kürzungen, wie sie bei der jetzigen Sachlage möglich und nöthig erschienen, die ganze Schrift auf nahezu drei Bogen weniger, als die frühere, zusammenzudrängen. Sie umfaßt in dieser neuen Gestalt folgende Abschnitte:

Die Frage der „Erziehung zur Arbeit“ in ihrer geschichtlichen Entwickelung bis etwa 1850 (neu); Mängel und Nachtheile des blos theoretischen Unterrichts; die Ueberbürdungsfrage (neu); die Schule und das Leben; die Anleitung der Jugend zu schaffender Thätigkeit eine Forderung der menschlichen und insbesondere der kindlichen Natur; eine mehr praktische Erziehung der Jugend speciell für Deutschland ein nationales Bedürfniß; pädagogische Vorzüge der praktischen Methode; Beleuchtung der Einwürfe gegen den Arbeitsunterricht (neu); ist es möglich, in unseren Schulen Raum zu schaffen für Einfügung von Arbeitsstunden und wie? (neu); die Organisation des Arbeitsunterrichts nach pädagogischen Grundsätzen (neu); die neueste Bewegung für Einführung des Arbeitsunterrichts (neu).

Aus dem zuletzt angeführten Abschnitte der Schrift sei mir gestattet, dasjenige hier wiederzugeben, was den Stand dieser neuesten Bewegung für die „Erziehung zur Arbeit“ charakterisirt. Ich sagte dort:

Man ist in Deutschland bereits emsig daran, sich eigene Wege für Einführung und Gliederung des Arbeitsunterrichts zu bahnen. Allerdings gehen diese Bestrebungen zur Zeit noch in ihren Richtungen theilweise auseinander. Einverstanden ist man allgemein in den Kreisen der Anhänger dieser Reform theils über die gesundheitlichen Vortheile des Arbeitsunterrichts, theils darüber, daß mittels desselben eine mehr harmonische Ausbildung von Geist und Körper anzustreben und zu erzielen sei. Dagegen spalten sich die Ansichten und die dadurch beeinflußten praktischen Versuche in Bezug auf die näheren

*) Leipzig, Verlag von Heinrich Matthes.

oder entfernteren, directen oder indirecten Zwecke, die der Arbeitsunterricht verfolgen solle. Die Einen stellen den Nützlichkeitsstandpunkt voran; sie erstreben daher vorzugsweise solche Arbeitserzeugnisse, die leicht eine Verwerthung finden; sie wollen durch Anlernung des nachwachsenden Geschlechts zur Betreibung gewisser Erwerbszweige einer heruntergekommenen Bevölkerung aufhelfen und so indirect zur Heilung wirthschaftlicher und socialer Mißstände beitragen. Dieser Gesichtspunkt herrscht z. B. in den schlesischen Schulwerkstätten vor. Andere erachten es für einen ausreichenden Gewinn, wenn nur überhaupt die Jugend zu größerer technischer Geschicklichkeit erzogen werde; sie haben dabei die Hebung des Handwerks und speciell auch des Kunstgewerbes im Auge. Diese Richtung vertritt, besonders nach Seiten der Ausbildung des Geschmackes und des Schönheitssinnes, vorzugsweise die unter des Herrn von Schenkendorff tüchtiger Führung stehende Arbeitsschule zu Görlitz. Wieder Andere weisen alle Rücksichten wirthschaftlicher Nützlichkeit entweder gänzlich zurück, oder stellen sie doch nur in die zweite Linie; ihnen ist der Arbeitsunterricht eine Ergänzung des herkömmlichen Lernunterrichts — nicht blos in der Hinsicht, daß er eine von diesem vernachlässigte Seite der Bildung, die körperlich-technische, zu Ehren bringen solle, sondern gleichzeitig auch so, daß er dem Lernunterricht selbst Hilfsmittel biete (wissenschaftliche Apparate und Anschauungsmittel für Geometrie, Physik, Chemie, Geographie u. s. w.) und sich so gewissermaßen in dessen Dienst stelle. In diesem Sinne arbeitet schon lange die Schulwerkstatt von Beust in Hottingen bei Zürich; in diesem Sinne sind mit bemerkenswerther Uebereinstimmung die verschiedenen Leipziger Anstalten thätig (das Barth'sche Institut, das Blindeninstitut, die Schülerwerkstatt, die sozusagen freiwillige Arbeitsschule der Zöglinge des Realgymnasiums). Eine Art von Combination des ökonomischen und des wissenschaftlichen Zweckes strebt die Dresdener Schulwerkstatt an.

Indessen wäre es jedenfalls voreilig, aus dieser dermaligen Verschiedenheit der Ansichten und der Methoden auf bleibende trennende Gegensätze unter den Freunden und Förderern des Arbeitsunterrichts in Deutschland schließen zu wollen. Dazu ist die ganze Bewegung noch zu neu, zu sehr noch gleichsam im Flusse.

Es steht zu erwarten, daß, bei längerem Fortgang der Bewegung, theils durch die Presse, theils und vor Allem durch den persönlichen Ideenaustausch, zu welchem die jährlichen Congresse Anlaß bieten, die verschiedenartigen Ansichten sich allmälig mehr abklären und dadurch wohl auch einander mehr nähern oder in großen gemeinsamen Mittelpunkten sich zusammenfinden werden.

In einem wichtigen Punkte besteht schon jetzt unter den Pflegern des Arbeitsunterrichts kaum noch eine Meinungsverschiedenheit, darin nämlich, daß dieser Unterricht, um wahrhaft fruchtbar, namentlich nach der pädagogischen Seite hin, zu wirken, nicht von bloßen Technikern (Handwerkern oder auch Künstlern), sondern von pädagogisch gebildeten Lehrern ertheilt und geleitet werden muß. Höchstens das mag noch zweifelhaft sein, ob und wieweit in einzelnen Fällen, nach besonderen localen Verhältnissen, etwa neben den Lehrern auch Handwerker vorübergehend zugezogen werden müssen. Als der richtigste Weg ist allseits anerkannt, auch bereits mit sichtlichem Eifer und mit bestem Erfolge in Angriff genommen worden die planmäßige Vorbildung der zur Ertheilung des Arbeitsunterrichts bestimmten Lehrer mit Hilfe geschickter und intelligenter Handwerker.

Die diesmalige Bewegung für Einführung des Arbeitsunterrichts hat einen von allen früheren wesentlich abweichenden Verlauf genommen. Früher hatte jede solche Bewegung fast immer einen vorzugsweise theoretischen und sozusagen idealen Charakter; man stellte Grundsätze auf, man sprach Wünsche aus, man machte Vorschläge; aber man gelangte selten dazu, diese Grundsätze, Wünsche, Vorschläge in die Praxis zu übertragen und so nach ihrer Ausführbarkeit zu prüfen. Diesmal hat man den umgekehrten Weg beschritten: man hat mit der Praxis, mit der Einrichtung von Arbeitsschulen, mit der Veranstaltung von Lehrcursen begonnen, und erst nachdem dies geschehen, und mit Zugrundelegung der dabei gemachten Erfahrungen, geht man nun daran, eine gemeinsame Theorie und Methode der neuen Unterrichtsweise zu finden.

Daß die ganze Bewegung sich abermals, wie freilich früher schon mehrmals geschehen, im Sande verlaufen sollte, ist diesmal wohl kaum zu befürchten. Dafür hat sie schon in kurzer Zeit in

der öffentlichen Meinung Deutschlands zu breiten Raum gewonnen und zu tiefe Wurzeln geschlagen. Auch erfreut sie sich bereits der Beachtung und der Gunst von Seiten hochstehender und maßgebender Personen. Dazu kommt, daß auch die Nachbarländer rings um Deutschland sich lebhaft an der Bewegung betheiligen — im Norden Skandinavien, im Süden Oesterreich, im Westen Frankreich — und daß ein gewisser Wettstreit unter diesen Nationen erwacht ist, in welchem Deutschland nicht wird zurückbleiben wollen, schon deshalb nicht, weil in manchen der genannten Länder, namentlich in Oesterreich und Frankreich, man offenbar darauf ausgeht, die bessere praktische Vorbildung der Jugend wesentlich auch mit als Hebel für die Belebung und Vervollkommnung der Industrie, insbesondere der Kunstindustrie, zu benutzen.

Schon dieses hochwichtige wirthschaftliche und sociale Interesse nicht minder aber auch das ebenso wichtige pädagogische und humane für eine harmonischere Ausbildung und für die Gesundheit des nachwachsenden Geschlechts, wird hoffentlich ein genügender Sporn für Regierungen, Gemeinden, Vereine und Private sein, dieser brennenden Frage einer gründlichen Reform unseres Unterrichtswesens eine mehr als blos vorübergehende Aufmerksamkeit und Theilnahme zuzuwenden.

Zweiundzwanzigstes Capitel.

Meine neuesten Schriften (1880—1885):

„Geschichte der Leipziger Krämerinnung"; „Kleistbriefe"; „Dreißig Jahre deutscher Geschichte"; „Deutsche Volks- und Culturgeschichte".

Es ward mir doch recht leicht um's Herz, als endlich zu Ostern 1880 mein großes Culturgeschichtswerk „Deutschland im 18. Jahrhundert" mit dem Schluß des vierten und letzten Bandes (der allein 800 Seiten enthielt) vollendet vor mir lag. Bei den vielen Geschäften anderer Art, die mich nur selten zu der für eine solche Arbeit nöthigen Ruhe und Sammlung kommen ließen, und bei den großen Schwierigkeiten dieser Arbeit selbst hatte ich bisweilen fast gezweifelt, ob es mir noch beschieden sein werde, dieselbe glücklich zu Ende zu bringen.

Eine neue Auflage der ersten beiden Bände von „Deutschland im 18. Jahrhundert", ebenso eine meines „Frauenbrevier" (s. oben 7. Capitel) ward noch im Laufe des Jahres 1880 in's Werk gesetzt. Dann aber fand ich Muße, an die Ausführung anderweiter literarischer Pläne zu gehen, die ich schon lange mit mir herumgetragen, an die ich aber bisher nicht hatte Hand anlegen können.

Bevor ich zu diesen komme, muß ich zweier kürzerer Arbeiten gedenken, welche sich vor und zwischen dieselben hineinschoben.

Im Sommer 1880 gelangte an mich von dem Vorstande der Kramerinnung zu Leipzig der ehrenvolle Auftrag, zu dem für den 23. Januar 1881 bevorstehenden fünfzigjährigen Jubiläum der von der Innung begründeten und unterhaltenen Handelsschule und dem damit zu verbindenden 400jährigen Jubiläum der Innung selbst als Festschrift eine „Geschichte der Leipziger Kramerinnung" zu verfassen. Die Geschichte einer für den Handel, nicht blos Leipzigs, sondern auch Sachsens, so wichtigen Körperschaft zu schreiben, war eine Aufgabe, welche mein Interesse erweckte. Nachdem ich durch eine vorläufige Einsicht in das Archiv der Kramerinnung mich überzeugt hatte, daß dasselbe für eine solche Geschichte hinreichend ausgiebiges Material böte, und nachdem ich für die Behandlung meines Themas mir vollkommenste Freiheit ausbedungen hatte (was mir bereitwilligst zugestanden ward), ging ich mit Eifer und Lust an die Arbeit, die denn auch rechtzeitig vollendet ward.

Das Kramerarchiv umfaßt etwa 700 Actenstücke, zum Theil von ziemlichem Umfange. Davon mußte ich für meinen Zweck etwa 150 genauer durchstudiren (die übrigen enthielten Specialitäten, die hier höchstens beiläufig in Betracht kamen), und mußte deren Inhalt (was das Schwierigste war) auf den mir angewiesenen Raum von etwa 12 Druckbogen zusammendrängen. Die Denkschrift ward als Manuscript in höchst splendider Ausstattung für die Mitglieder und die Gönner der Krammerinnung

gedruckt*). Da einzelne Abschnitte derselben ein allgemeineres Interesse boten, so habe ich, im Einvernehmen mit dem Vorstande der Kramerinnung, diese Abschnitte, etwas weiter ausgeführt, durch Abdruck in der „Vierteljahrsschrift für Volkswirthschaft und Culturgeschichte", herausgegeben von Dr. Eduard Wiß**), auch einem größeren Publikum zugänglich gemacht, so den über Leipzigs Stapelrecht, den über die Zollkriege Sachsens mit Preußen und Oesterreich im vorigen Jahrhundert, den über die sächsische Accise.

Zur Herausgabe der „Kleistbriefe" gab mir ein glücklicher Zufall Stoff und Anregung. Bekanntlich war die Braut des Dichters Heinrich von Kleist die älteste Tochter des Generals von Zenge in Frankfurt a. O., Namens Wilhelmine. Nachdem sich das Verhältniß durch Kleists Schuld gelöst hatte, ward Wilhelmine von Zenge die Gattin des Philosophen Krug, der erst in Frankfurt a. O., dann in Königsberg (als Kants Nachfolger), zuletzt in Leipzig Professor an der Universität war. Ich habe sie hier als ältere Matrone gekannt; sie hatte in ihrem Wesen etwas äußerst Feines, Liebenswürdiges, Mildes, in ihren Zügen Spuren ehemaliger Schönheit. Einer der Söhne des Ehepaares Krug heirathete eine Schwester meiner Frau, und dieser Umstand verhalf mir zur glücklichen Entdeckung der Kleistbriefe. Die Töchter meines Schwagers (der als Geheimer Regierungsrath in Zwickau 1870 starb) theilten mir einmal beiläufig mit, daß sie aus ihres Vaters Nachlaß

*) Unter dem Titel: „Geschichte der Leipziger Kramerinnung 1477—1880. Ein urkundlicher Beitrag zur Handelsgeschichte Leipzigs und Sachsens." Leipzig, Oscar Leiner.

**) Berlin, F. A. Herbig.

allerlei Briefschaften und andere Papiere besäßen, die von dessen Eltern herrührten. Darunter war u. A. ein Tagebuch, welches der spätere Professor Krug als Schüler in Pforta geführt hatte. Wichtiger erschien mir ein Packet Briefschaften, die sich bei näherer Besichtigung als Briefe Kleists an seine Braut erwiesen. Sie staken noch in den Originalcouverts und waren von der Hand der Braut sorgfältig numerirt und mit Ort und Tag der Absendung versehen. Bisher kannte man nur die sechszehn Briefe Kleists an seine Braut, die Eduard von Bülow in seiner Kleistbiographie mitgetheilt hatte. Auch von diesen fanden sich hier die Originalhandschriften. Ein Brief der Braut (aus späterer Zeit) an eine Freundin ergab, daß dieselbe Abschriften von einigen der Briefe Kleists der Freundin gesandt hatte, es „ihrem Zartgefühl überlassend", was sie davon an L. Tieck (der darum gebeten hatte) geben wolle. Diese Abschriften sind es jedenfalls, die, von Tieck an Bülow weitergegeben, von letzterem zum Abdruck gebracht worden sind. Der Abdruck ist kein ganz correcter und vollständiger, sei es, daß die Abschriften selbst lückenhaft waren, sei es, daß, Bülow Einzelnes theils weggelassen, theils geändert hat. Auch bemerkte ich, daß die bis dahin noch nicht veröffentlichten Briefe des Dichters an seine Braut gerade die interessanteren waren, daß sie namentlich mehr, als die schon veröffentlichten, dazu beitrugen, das Verhältniß Kleists zu seiner Braut und umgekehrt in das rechte Licht zu stellen.

So erbat ich mir von meinen Nichten die Ermächtigung, diese sämmtlichen Briefe herauszugeben. Zuerst theilte ich die von Bülow noch nicht veröffentlichten acht-

zehn Briefe in „Nord und Süd“ mit*); dann veranstaltete ich eine Ausgabe sämmtlicher Briefe mit einer Einleitung, worin ich namentlich das Verhältniß Kleists zu seiner Braut näher beleuchtete und gewisse falsche Ansichten darüber, die sich (zum Theil auf Grund des bisher unvollständig bekannten Briefwechsels) gebildet hatten, zu berichtigen suchte**). In dem Besitze der Tochter der Professorin Krug fand sich ein Porträt dieser aus ihrer Jugend; dasselbe ward mir zum Abdruck (neben dem bekannten Bildniß Kleists) freundlichst überlassen. Es zeigt die Braut als eine ebenso zarte wie geistig belebte Schönheit.

Ich komme jetzt zu meinen beiden größeren schriftstellerischen Arbeiten aus jüngster Zeit, den „Dreißig Jahren deutscher Geschichte“ und der „Deutschen Volks- und Culturgeschichte“. Beide Stoffe hatten mich, wie schon erwähnt, lange beschäftigt; jetzt endlich gelangte ich dazu, sie zu bearbeiten.

Im Herbst 1881 erschien der erste, zu Ostern 1882 der zweite Band meiner „Dreißig Jahre deutscher Geschichte vom Thronwechsel in Preußen bis zur Aufrichtung des neuen deutschen Kaiserthums, 1840—1870, nebst einem Rückblick auf die Zeit von 1815 bis 1840“***). Eine zweite Auflage folgte zu Ostern 1883.

Ich hatte bei dieser Geschichtsdarstellung den großen

---

*) Octoberheft von 1881 und September- und Octoberheft 1882.

**) „Heinrich von Kleists Briefe an seine Braut. Zum ersten Male vollständig nach den Originalhandschriften herausgegeben. Mit den Bildnissen Kleists und seiner Braut.“ Breslau, S. Schottlaender, 1884.

***) Breslau, S. Schottlaender.

Vortheil, die ganze Periode, welche ich schilderte, selbst miterlebt, an manchen hochwichtigen Ereignissen derselben, z. B. der Märzbewegung von 1848, dem Frankfurter Parlament, der Versammlung zu Gotha, dem Kampf um die Union u. s. w., mehr oder weniger unmittelbar thätigen Antheil genommen, einer Menge der hervorragendsten Personen dieser Zeit nahe gestanden zu haben. Allerdings lag darin die Gefahr, daß meine Geschichtsauffassung von der Parteistellung, die ich selbst dabei eingenommen, nicht unbeeinflußt bleiben möchte. Ich habe mich sorgsam bemüht, diese Gefahr zu vermeiden, den Politiker über dem Historiker zu vergessen, mir ein möglichst unbefangenes Urtheil nach allen Seiten zu wahren, natürlich ohne meinen Standpunkt zu verleugnen. Daß mir dies gelungen, ersah ich zu meiner Freude aus den Stimmen der öffentlichen Kritik über mein Buch. Es mag nicht häufig vorkommen, daß einem Geschichtswerk, welches es wesentlich auch mit der Schilderung von Parteien und Parteikämpfen zu thun hat, und zwar solchen, die zum Theil noch in die Gegenwart hereinragen, welches daher, bei aller Objectivität, doch nicht vermeiden kann und vermeiden will, bestimmte Stellung zu diesen Parteikämpfen zu nehmen, daß einem solchen Geschichtswerk in den Preßorganen der allerverschiedensten politischen Richtungen die rückhaltlose Anerkennung zu Theil wird: „es habe, ohne farblos zu sein, doch nach allen Seiten hin gerecht und unparteiisch Licht und Schatten vertheilt", wie das meinen „Dreißig Jahren" widerfuhr. Es sei mir vergönnt, von den vielen außerordentlich günstigen Urtheilen über mein Buch (ein eigentlich ungünstiges ist mir nicht zu Gesicht gekommen) einige der

in dieser Beziehung besonders charakteristischen hier anzuführen.

Zuerst von conservativer Seite! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagte:

Bei der Beurtheilung des Biedermann'schen Buches wird man nicht außer Acht lassen dürfen, daß es kein „gelehrtes“ Werk sein will, sondern sich, unbeschadet der bei seiner Abfassung bethätigten Gründlichkeit, nicht blos an die engeren Kreise der Fachgenossen, sondern an Alle wendet, denen es um geschichtliche Bildung, um eine deutliche und vorurtheilslose Erkenntniß vaterländischer Zustände ernstlich zu thun ist. Es ist, um es kurz zu sagen, ein Volksbuch, was dem Autor der „Dreißig Jahre deutscher Geschichte“ vorschwebt.

Der „Deutsche Reichsanzeiger und königlich preußische Staatsanzeiger“ äußerte:

Die klare, flüssige Darstellung kommt dem Werk sehr zu Statten, und so dürfte es seinen Zweck, ein gern gelesenes Volksbuch zu sein, wohl erfüllen.

Aehnlich der „Staatsanzeiger für Württemberg“:

Der Name des Verfassers ist der eines unserer bekanntesten Politiker und Culturhistoriker und bürgt dafür, daß in dem Werke Gediegenes geboten wird. Das Gebotene zeichnet sich durchweg durch große Klarheit und jene Art der Darstellung aus, welche, ohne oberflächlich zu sein, doch dem Leser das Lesen nicht zu einer Arbeit, sondern zu einer angenehmen Beschäftigung macht.

Die „Schleswiger Nachrichten“ betonten ausdrücklich ihre politische Gegenstellung zu dem Verfasser des Buches, um so erfreulicher war mir ihr Ausspruch:

Biedermann ist liberal, national-liberal: wir stehen auf anderem, conservativem Standpunkte. Selbstredend urtheilen wir über sehr Vieles anders. Von doppeltem Gewicht muß deshalb auch unser Zeugniß sein, daß wir mit lebhaftem Interesse das Buch gelesen haben und es für einen sehr werthvollen Beitrag zu der Geschichte jener Zeit erklären müssen, der wohl verdient, daß er viel gelesen

und von den künftigen Darstellern späterer Zeit, die den Thatsachen ferner stehen werden, sorgfältig benutzt wird.

Sogar die „Dresdener Nachrichten", welche mehr als irgend ein anderes Blatt mich wegen meiner politischen Stellung fort und fort angefeindet, ließen sich zu der Aeußerung herbei:

Das Werk sollte in keinem Hause fehlen!

Auch die freiconservative „Schlesische Zeitung" stimmte in dieses Lob ein, indem sie sagte:

Die Darstellung ist ruhig, klar und einfach, der Stoff mit gesundem Sinn und oft erprobter Geschicklichkeit ausgewählt und gruppirt; der Geist, von dem das Ganze getragen wird, ist national-patriotisch. Das Buch hat, neben seinen unleugbaren Vorzügen als populäre Darstellung, besonders den Werth eines lebhaft empfundenen und warmen Stimmungsbildes.

Ebenso der „Hamburger Correspondent":

Wir empfehlen das Biedermann'sche Geschichtswerk gern als ein gediegenes Volksbuch, als werthvolle Quelle für spätere Historiker, als Denkmal echt patriotischer Gesinnung.

Nicht weniger günstig lauteten aber auch die Urtheile der fortschrittlichen Presse. Die „Vossische Zeitung" sagte:

In diesem Werke sind nicht blos die politischen, sondern auch die religiösen, wissenschaftlichen, literarischen, wirthschaftlichen und socialen Vorgänge berücksichtigt, so daß uns ein Gesammtbild des geschichtlichen Lebens unseres Volkes im weitesten Sinne entrollt wird. Biedermanns Haltung ist die freisinnige und unparteiische, die aus seinen früheren Geschichtswerken bereits bekannt ist.

Die „Kieler Zeitung" bemerkte:

Geschrieben ist das Werk klar und gut aus liberaler Gesinnung heraus, welche sich nirgends übernimmt und auch den Gegnern volle Aufmerksamkeit gewährt.

Was mich nicht am Wenigsten erfreute, war, daß auch die Zeitungen Deutsch-Oesterreichs — „Presse", „Neue Freie

Presse", „Prager Politik", „Grazer Tagespost" — sich mit meiner Darstellung einverstanden bezeigten, obgleich ich doch, der Natur der Sache nach, vielfach den national-deutschen Standpunkt gegenüber dem specifisch österreichischen hatte vertreten müssen.

Ein viel größeres Wagniß, als die „Dreißig Jahre", war die „Deutsche Volks- und Culturgeschichte für Schule und Haus", welche ich in den Jahren 1882 ff. ausarbeitete und im Jahre 1885 veröffentlichte*). Denn bei dieser handelte es sich darum, eine neue Methode der Geschichtsdarstellung zur Geltung zu bringen, insbesondere auch, einer solchen Eingang in den Geschichtsunterricht auf Schulen zu verschaffen.

Schon 1860 hatte ich ein Schriftchen veröffentlicht: „Der Geschichtsunterricht auf Schulen, seine Mängel und ein Vorschlag zu seiner Reform"**). Darin empfahl ich für Schulen, namentlich höhere, eine solche Methode des Geschichtsunterrichts, welche überall möglichst von fertigen Zuständen, von einem Gewordenen, ausgehe, die einzelnen geschichtlichen Begebenheiten und Personen aber, als ebenso viele Factoren des Werdens, diesem Zuständlichen und Gewordenen ein- und unterordne. Dadurch werde der Schüler abgerundete, anschauliche Bilder erhalten, die sich der Seele leichter einprägten und darin fester hafteten, während die herkömmliche chronologische, erzählende, vorzugsweise auch biographische Methode lediglich eine Reihe einzelner Thaten und Persönlichkeiten, einzelner Jahr-

*) Wiesbaden, J. Fr. Bergmann.
**) Braunschweig, G. Westermann.

zahlen u. s. w. dem Schüler überliefere, die von ihm nur äußerlich in's Gedächtniß aufgenommen würden und eben darum bald wieder daraus verschwänden.

Das Schriftchen fand, wie das bei solchen Reformvorschlägen zu gehen pflegt, hier lebhaften Widerspruch, dort warme Zustimmung. Von besonderer Wichtigkeit war mir der Ausspruch eines hochangesehenen Pädagogen, des berühmten Verfassers der „Briefe über englische Erziehung", des Geheimen Raths Dr. Wiese. Er war damals Decernent für das höhere Schulwesen im königlich preußischen Cultus- und Unterrichtsministerium. Ich hatte ihm mein Schriftchen gesendet, und er schrieb mir darauf:

> Sehr erwünscht würde mir für unsere Realschulen ein Lehrbuch der Geschichte sein, welches nach der von Ihnen gegebenen trefflichen Probe ausgearbeitet wäre. Bei den Gymnasien würde es jedenfalls zum Privatstudium, dem in der Geschichte Vieles überlassen werden muß, zu empfehlen sein.

Der Plan eines solchen Lehrbuchs hatte mir seitdem immer vor der Seele geschwebt; erst jetzt aber — nach mehr als zwanzig Jahren — kam ich dazu, ihn auszuführen.

Inzwischen hatte die Culturgeschichte, also die Darstellung des Zuständlichen, neben der politischen Geschichte, der Darstellung einzelner Begebenheiten, mehr und mehr bereits im Schulunterricht Eingang gefunden. In Preußen war dieselbe schon 1859 durch eine Verordnung des Cultusministers von Bethmann-Hollweg als Lehrgegenstand empfohlen worden, indem es darin hieß:

> In den beiden oberen Klassen der Gymnasien und Realschulen tritt eine Erweiterung des Geschichtsunterrichts ein durch Aufnahme des Culturgeschichtlichen, der Literatur, der Kunst und solcher Mittheilungen aus den Gebieten der Wissenschaft, Religion, der Erfin-

dungen, des Verkehrs, der Sitten und Einrichtungen, die geeignet sind, ein anschauliches Bild von der Individualität des Volkes und den Fortschritten der gesammten Menschheit zu erzeugen.

In den Lehr- und Prüfungsordnungen für Realschulen und Seminarien im Königreich Sachsen vom Jahre 1877 war gesagt:

Lehrziel ist: Kenntniß und Verständniß der wichtigsten, insbesondere der culturgeschichtlichen, Begebenheiten und Personen.

Noch entschiedener war dies in einer neuer Verordnung (von 1884) ausgesprochen.

In der Lehrerwelt selbst war ferner auch die Erkenntniß immer allgemeiner durchgedrungen, daß eine Beschränkung des ungeheuren Geschichtsstoffs auf das Wesentlichste und Wichtigste durchaus unumgänglich sei, wenn eine Ueberfüllung der Schüler mit unverdautem Material vermieden, eine wirkliche geistige Durchdringung und Aneignung des Dargebotenen erzielt werden solle.

So fand ich den Boden jetzt schon bedeutend mehr vorbereitet für eine Geschichtsbehandlung, wie ich sie mir als zweckmäßig dachte für den Geschichtsunterricht in Schulen, ebenso aber auch für Aneignung der Geschichte, insbesondere der vaterländischen, seitens der breiteren Schichten des Publikums.

Als die von mir in der „Deutschen Volks- und Culturgeschichte“ angestrebten Ziele bezeichnete ich im Vorwort dazu:

1) eine stärkere Hervorhebung des culturgeschichtlichen Elements; 2) eine solche Anordnung des Stoffes, mittelst deren die großen geschichtlichen Begebenheiten und Personen nicht vereinzelt, nach der Zeitfolge, sondern in ihrem inneren, organischen Zusammenhang vorgeführt würden,

so daß die Geschichte nicht ein bloßes Gedächtnißwerk, sondern ein Gegenstand wirklichen, selbsteignen Verständnisses für den Schüler oder Leser sei; 3) eine sorgfältige Auswahl des Wichtigsten, um Schule und Haus vor Ueberbürdung zu bewahren und ein leicht faß- und behaltbares Bild der vaterländischen Geschichte zu geben.

Was dies letzte betrifft, so ging ich von dem Grundsatz aus, daß in den Geschichtsunterricht auf Schulen (im Unterschiede von dem auf Universitäten) und ebenso in ein Geschichtsbuch für den zwar gebildeten und nach Bildung strebenden, aber nicht „gelehrten" Theil des Lesepublikum nur Dasjenige gehöre, was sich dadurch als „wichtig erweise, daß es „nachhaltige Wirkungen auf das Volks- und Culturleben geäußert habe". Unter strenger Befolgung dieses Grundsatzes gelang es mir, die ganze deutsche Geschichte von der Urzeit bis zur Errichtung des neuen Kaiserthums 1871, und zwar politische und Culturgeschichte, auf etwa 35 Bogen eines großen Octav nicht zu engen Drucks zusammenzudrängen.

Der erste Theil des Buchs (Urzeit und Frankenreich) erschien zu Ostern, der zweite (843—1519) im Sommer, der dritte (1519—1871) im Herbst 1885.

Ich war auf Widerspruch, vielleicht heftigen Widerspruch, seitens der, wie ich meinte, in Lehrerkreisen noch zahlreichen Anhänger der alten, erzählenden Methode und der Gegner der Culturgeschichte, auf eine im besten Falle kühl ablehnende Haltung der Schulb hörden gegenüber einem solchen Neuerungsversuche gefaßt. Wie angenehm ward ich daher überrascht, als nicht allein die pädagogische Presse sich äußerst günstig über mein Buch aussprach,

sondern auch hochgestellte oder sonst hervorragende Schulmänner aus verschiedenen deutschen Staaten demselben eine überaus freundliche Theilnahme zuwendeten.

Von ganz besonderem Werthe war mir natürlich das Urtheil des Mannes, dessen ermunternde Worte vor einem Vierteljahrhundert eigentlich mit zuerst mir Muth und Trieb zu der Arbeit, die ich jetzt endlich vorgenommen, eingeflößt hatten, des Geheimen Raths Dr. Wiese. Ich war gespannt, ob er die gute Meinung, die er, nach der von mir 1860 gegebenen Probe, von einer von mir zu fertigenden Arbeit, wie die jetzt vorliegende, gehegt hatte, durch diese selbst gerechtfertigt finden würde. Zu meiner großen Freude war dies der Fall. Geheimer Rath Dr. Wiese schrieb mir von Potsdam aus, wo er ein otium cum dignitate genießt, unterm 4. November 1885:

Ich halte eine verstärkte Berücksichtigung des Culturgeschichtlichen in den oberen Klassen für nothwendig, wenn sie auch bei der Kürze der gegebenen Zeit eine nicht leichte Aufgabe der Lehrkunst ist. Ihre Arbeit ist dafür in hohem Grade instructiv, und ich meine, jeder Lehrer der Geschichte auf den höheren Stufen unserer Gymnasien und Realschulen müßte Ihr Buch als Ergänzung der mehr nach außen hervortretenden thatsächlichen und persönlichen Seite der Geschichte willkommen heißen. Es scheint mir auch sehr geeignet, den Schülern für Privatstudien besondere Aufgaben daraus zu stellen.

Er berührte sodann Einiges, was er in dem Buche noch vermisse, indem er sagte:

So reich das von Ihnen verarbeitete Material ist, hätte ich meinerseits doch gehörigen Orts noch eingehendere Angaben über Religion, Sitten und Sittlichkeit gewünscht, ebenso eine zusammenfassende Charakteristik des deutschen Mittelalters und der Eigenschaften des deutschen Geistes, die mit Nothwendigkeit Deutschland

zur Stätte der kirchlichen Reformation, dann freilich auch der innerlichen wie äußerlichen Verwüstungen des 30jährigen Krieges machten. Auch will ich nicht verhehlen, daß meines Erachtens die Darstellung an mancher Stelle durch Aufnahme einzelner charakteristischer Züge aus der Wirklichkeit des Lebens hätte belebter und so, neben der Schule, auch für „das Haus" geeigneter gemacht werden können.

Doch fügte er hinzu:

> Das mögen subjective Desiderien sein, und meiner hochschätzenden Würdigung des Werkes thun sie keinerlei Eintrag.

Die von dem verehrten Manne hier gegebenen Winke werden bei einer zweiten Auflage, sobald mir eine solche beschieden ist, gewiß nicht unberücksichtigt bleiben. Wie möchte ich mir einbilden, sogleich auf den ersten Wurf ein Werk geliefert zu haben, das nicht mancher Verbesserungen fähig und bedürftig wäre? Aber es gereicht mir schon zu großer Befriedigung, daß ein so erfahrener Schulmann mein Buch nach seiner ganzen Anlage und nach dem allergrößten Theile seines Inhalts für geeignet erklärt, Lehrern und Schülern als Leitfaden beim Geschichtsunterricht zu dienen.

Der Wiese'sche Brief schloß mit den freundlichen Worten:

> Mit theilnehmenden Wünschen für eine seinen Werth anerkennende Verbreitung Ihres Werkes bin ich u. s. w.

In ähnlich freundlicher Weise äußerten sich die beiden Referenten über das Schulwesen im königlich württembergischen Cultusministerium, die Herren Oberstudienräthe Günzler und von Henzler. Der Erstere schrieb mir:

> Ich fühle mich verpflichtet, Euer Hochwohlgeboren meinen freudigsten Dank dafür auszudrücken, daß Sie bei Ihren ausgedehnten Arbeiten, welche Ihnen die Anerkennung der Männer

vom Fach in vollstem Maße erworben, es nicht verschmäht haben, den Lehrern und der reiferen Jugend unserer Mittelschulen ein Buch an die Hand zu geben, das in hervorragender Weise geeignet ist, in diesen Kreisen ein volleres, tieferes Verständniß der Geschichte unseres Volkes und der Entwickelung seines Culturlebens anzubahnen und zu fördern. Euer Hochwohlgeboren haben mit diesem Werke, das in seiner maßvollen Beschränkung des Stoffes den Lehrern und dem besseren Theile der Schüler es ermöglicht, sich mit dem Inhalt gründlich vertraut zu machen, unseren Mittelschulen einen hochwichtigen Dienst geleistet; mit voller Ueberzeugung und recht gern werden es sich die Referenten unserer Cultusministerialabtheilung angelegen sein lassen, bei den mannigfach sich ihnen darbietenden Anläßen Ihre „Deutsche Volks- und Culturgeschichte“ der Lehrer- und Schülerwelt zu fleißiger Benutzung anzuempfehlen.

Oberstudienrath von Henzler äußerte sich folgendermaßen:

Ich habe mich davon überzeugt, daß die Auswahl und Anordnung der Geschichtsbilder, welche in dem neuen Lehrbuch vorgeführt werden, eine höchst zweckmäßige ist und daß die hierbei angestrebte Hervorhebung des culturhistorischen Elements dazu beiträgt, das Buch nicht blos für den Geschichtsunterricht bei reiferen Schülern, sondern auch für jeden denkenden Lehrer besonders werthvoll zu machen. Ich zweifle daher nicht daran, daß das neue Werk in den betreffenden Kreisen die wohlverdiente Anerkennung finden wird und daß demselben im Interesse der Hebung des Geschichtsunterrichts auch von Seiten der mit der Schulleitung betrauten Organe die wünschenswerthe Förderung und Verbreitung zu Theil werden wird. So weit ich in meinem Wirkungskreis hierzu beitragen kann, wird dies mit dem wärmsten Interesse und mit voller Ueberzeugung geschehen.

Ebenso günstig lauteten die Urtheile der drei Referenten im königlich sächsischen Cultusministerium. Der Referent für das Gymnasialwesen, Geheimer Schulrath Dr. Vogel, schrieb:

Ich beglückwünsche Sie zu dem Abschlusse des Werkes und knüpfe daran den Wunsch, daß recht viele Lehrer für ihren Unterricht aus demselben Nutzen ziehen mögen. Erfreulicherweise findet das culturhistorische Moment schon jetzt im Unterricht viel mehr Berücksichtigung, als früher, aber doch noch immer zu wenig, so daß ein Werk wie das Ihrige sicher zur rechten Zeit erscheint.

Geheimer Schulrath Dr. Bornemann, Referent für die Realgymnasien und Seminarien, sprach sich so aus:

Ihre Sendung habe ich mit wirklichem Interesse gelesen. Die gebotene Gelegenheit, das Werk zu empfehlen, habe ich benutzt und werde sie ferner nicht vorübergehen lassen.

Der Referent für das Volksschulwesen endlich, Geheimer Schulrath Kockel, äußerte:

Es wird mir zum Vergnügen gereichen, gelegentlich auf das nun vollendete Werk aufmerksam zu machen, das, wenn es auch zunächst nicht für die Volksschule bestimmt ist, den Lehrern derselben doch Anschauungen vermittelt, welche bei dem Schulunterrichte nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Zu ganz besonderer Freude gereichte es mir, daß das königlich sächsische Cultusministerium die Gewogenheit hatte, in einer zu dem Zwecke erlassenen Verordnung die Directionen der Gymnasien, Realgymnasien und Seminarien ausdrücklich auf mein Buch aufmerksam zu machen und ihnen dessen Anschaffung für die Lehrer- und Schülerbibliotheken anzuempfehlen.

Aehnliche zustimmende Zuschriften wie die obigen erhielt ich auch von hochgestellten Schulmännern in anderen deutschen Ländern, insbesondere von mehreren preußischen Provinzialschulräthen. Der eine davon, Dr. Lahmeyer in Kassel, schrieb:

Jetzt, da das Schuljahr seinem Ende entgegengeht und Geschäfte aller Art drängen, habe ich nur einzelne Partien des

Buches lesen können. Aber ich habe dies mit großem Interesse gethan und zweifle schon nach derjenigen Kenntniß, welche ich bis jetzt gewonnen habe, nicht daran, daß Sie, hochgeehrter Herr Professor, sich durch Ihr Werk um Schule und Haus ein namhaftes Verdienst erworben haben. Es wird mir eine Freude sein, bei geeigneter Gelegenheit auf das anregende Buch aufmerksam zu machen.

Dr. Rein, bisher Seminardirector in Eisenach, seit Kurzem Professor der Pädagogik in Jena, schrieb mir noch von Eisenach aus:

> Mit großer Freude habe ich Ihre „Deutsche Culturgeschichte" begrüßt. Von der Einführung derselben in unsere Schulen verspreche ich mir eine neue Epoche des Geschichtsunterrichts. Ich habe auch bereits Schritte gethan zur Einführung des Buches in unsere Seminare zu Weimar und Eisenach.

Der Leipziger Lehrerverein, der nahe an 600 Mitglieder zählt, hatte mir bei Gelegenheit meines 50jährigen Doctorjubiläums (auf das ich im nächsten Capitel kommen werde) durch eines seiner Vorstandsmitglieder Gruß und Glückwunsch entboten. Ich fühlte mich dadurch veranlaßt, demselben mein Buch, sobald es vollendet war, als Gegengabe zu senden. Darauf erhielt ich folgendes Schreiben:

> Sie haben dem Leipziger Lehrerverein durch Uebersendung Ihres neuesten Geisteswerkes eine so hohe Ehre erwiesen und sein Rüstzeug in so bedeutender Weise vermehrt, daß ich beauftragt bin, in seinem Namen Ihnen den innigsten Dank dafür auszusprechen. Wie Sie einst der Methodik des Geschichtsunterrichts durch einen der fruchtbarsten Gedanken eine neue Richtung gaben, so verpflichten Sie sich jetzt den Geschichtslehrer zu lebhaftestem Danke durch den Reichthum und die Klarheit des dargebotenen Stoffes. Die Lehrerwelt, und in dieser ganz besonders der unterzeichnete Verein, wird nicht vergessen, was die Pädagogik Ihnen schuldet. Im Namen des Leipziger Lehrervereins dessen erster Vorsteher: Lehrer Rocke.

Namens des Halle'schen Lehrervereins ersuchte mich Director Dr. Wohlrabe, demselben die Grundzüge der in meinem Buche befolgten Methode in einem mündlichen Vortrage zu entwickeln. Ich that dies in einer, wohl von 200 Lehrern Halles und der Umgegend besuchten Versammlung und begegnete auch dort vielseitiger Zustimmung und keinerlei grundsätzlichem Widerspruch.

Eigentlich abfällige Urtheile über mein Buch sind mir in der pädagogischen Presse (ein paar katholische Blätter ausgenommen) nicht zu Gesicht gekommen. Nur einige ganz vereinzelte Stimmen, offenbar von Vertretern der sog. „erzählenden Methode", bezweifelten die Anwendbarkeit meiner Ideen auf den Geschichtsunterricht, während sie dem Buch seinen Werth für „das Haus" nicht bestritten. Einzelne „Desiderien", ähnlich den von Wiese geäußerten, wurden hier und da angeregt; im Ganzen und Großen aber darf ich, ohne mich einer falschen Selbsttäuschung hinzugeben, den von mir gemachten Versuch der praktischen Durchführung einer neuen Methode im Geschichtsunterricht auf Schulen wohl für gelungen erachten.

Seine zweite Bestimmung — „für's Haus" — hat mein Buch ebenfalls (nach den darauf bezüglichen Urtheilen der Tagespresse) nicht verfehlt. Nur einige dieser Urtheile seien hier mitgetheilt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt:

In gedrängter Kürze, dabei aber in lebendiger, nicht trockener Schilderung ist die Geschichte des Volkes wie ein organisches Ganzes behandelt, in welchem Alles in engster Wechselwirkung zu einander steht, Fürsten und Volk, Erfindungen und Handel, Literatur, Ideen und nationale Thaten. Biedermanns Geschichte unseres Volkes hält sich frei von Ueberschwänglichkeiten, ist aber durchglüht von Liebe

für deutsches Wesen und deutsche Art und bringt allen Regungen der Volksseele volles Verständniß entgegen. Möge mit diesem Buche auch mehr Verständniß für die Geschichte der neuesten Zeit in das Haus, in die Familie wandern! Wir haben hier nicht die Ursache zu untersuchen, weshalb unsere jungen Männer und jungen Mädchen mit ihren Geschichtskenntnissen bei den Befreiungskriegen (besten Falls!) hängen bleiben. Thatsache ist, daß nur durch späteres Nachstudiren diesem, für das Verständniß unserer Tage wichtigsten Theile der deutschen Geschichte Interesse abgewonnen werden kann. Da ist denn mit Biedermanns „Volks- und Culturgeschichte“ gewiß Manchem und Mancher eine Weihnachtsfreude bereitet, die gern ihre Zeit begreifen möchten, aber vergebens ihre auswendig gelernten Geschichtszahlen aus der römischen Kaiserzeit zu Rathe ziehen.

In dem Blatte „Haus und Herd“ heißt es:

Wenn unseren Gelehrten oft mit Recht der Vorwurf gemacht wird, daß sie nur für Gelehrte schreiben, so bildet Professor Karl Biedermann hiervon eine rühmliche Ausnahme. „Deutsche Volks- und Culturgeschichte für Schule und Haus“ nennt sich dies wahrhaft nationale Werk. Vorzugsweise ist Alles das betont, was volksthümlich ist. Es ist nicht eine bloße Geschichte der Höfe und Cabinete, der Kriege, Schlachten, Verträge u. s. w., obgleich selbstredend auch davon das Wesentliche sorgfältig mitgetheilt wird, sondern vor Allem eine Geschichte der Denk- und Lebensweise, der Sitten und Gewohnheiten, der Rechte wie der Lasten unseres Volkes, eine Geschichte der einzelnen Stände: Bauern, Bürger, Adel, und ihres Verhältnisses zu einander, eine Geschichte der geistigen und materiellen Zustände in jeder Zeitperiode, der deutschen Städte und des Bürgerthums, Landwirthschaft, Gewerbe, Handel, Erfindungen, Wissenschaft und Künste, nicht in letzter Linie der Religion und des Familienlebens, genug, ein Gesammtbild von dem Leben unseres Volkes von seinen ältesten bis herab auf die neuesten Zeiten.

Die „Straßburger Post“ äußerte sich so:

Ein warmer nationaler Ton durchzieht das ganze Werk und führt es so den Herzen seiner Volksgenossen näher, als es das

gelehrteſte Werk thun könnte. Was nur in den verſchiedenen Jahrhunderten die deutſche Volksſeele bewegt hat, zieht Biedermann in den Kreis ſeiner Betrachtungen, ſchildert er kurz und knapp mit dem gereiften Urtheil eines greiſen Volksführers. Für Schule und Haus hat er ſein Werk geſchrieben; möchten alle Vaterlandsfreunde dafür ſorgen, daß es dort überall zu finden ſei, daß die in ihm enthaltenen guten Samenkörner auf fruchtbaren Boden fallen!

Auch auf dieſem Gebiete — dem des „Hauſes“ — hatte ich mich der Billigung und Empfehlung meines Buches von autoritativer Seite zu erfreuen. Die „Geſellſchaft für Verbreitung von Volksbildung“ lenkte in ihrem Vereinsorgane die Aufmerkſamkeit der Vorſtände von Volksbibliotheken darauf hin, und der Vorſtand des ſächſiſchen Landesverbandes dieſer Geſellſchaft empfahl es ausdrücklich in einem Circular den in ſeinem Bereiche beſtehenden Bibliotheken dieſer Art.

Dreiundzwanzigstes Capitel.

Mein goldenes Doctor- und Docenten-jubiläum (1885).

In das Jahr 1885 fiel die fünfzigste Wiederkehr des Tages, an dem ich einst die philosophische Doctorwürde erlangt, zugleich an der Universität Leipzig mich als Docent habilitirt hatte. Welches dieser Tag selbst gewesen sei, wußte ich nicht mehr genau und war auch mit Sicherheit nicht zu ermitteln, da in den Facultätsacten jener Zeit bestimmte Vermerke über derartige Vorgänge sich nicht finden. Alles, was sich vorfand, war — entsprechend dem damaligen Brauch, wonach das Diplom über eine Doctorpromotion am nächsten Sonntag an der Kirchenthür von St. Pauli angeschlagen ward — die Angabe dieses Sonntags auf dem Diplome. Es war der Sonntag Exaudi. Im Jahre 1885 fiel dieser Sonntag auf den 31. Mai; für diesen Tag ward daher die Begehung des Jubiläums seitens der Universität anberaumt.

Schon einige Zeit vorher merkte ich, daß, abgesehen von der officiellen Feier, noch etwas Anderes im Werke

sei. Werthe Freunde kamen verstohlen in meine Wohnung, hatten geheime Besprechungen mit den Meinen und verschwanden wieder, ohne mich aufzusuchen. Von Frau und Töchtern ward ich um Dieses und Jenes geheimnißvoll befragt, ohne daß ich errathen konnte, zu welchem Zwecke. Endlich, etwa acht Tage vor dem 31. Mai, erhielt ich eines Morgens ein feierliches Schreiben, bei dessen Lesung ich auf das höchste überrascht, aber auch freudig bewegt war.

Das Schreiben lautete:

Aus Anlaß Ihres bevorstehenden Doctorjubiläums haben wir, um Ihren Collegen, Freunden und Verehrern Gelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Feier zu geben, uns vereinigt, am Vorabend, den 30. d., Abends 8 Uhr, ein Abendessen in dem Ihnen wohlbekannten Saale des Kaufmännischen Vereins zu veranstalten. Indem wir uns beehren, Sie hierdurch dazu einzuladen, geben wir uns der Zuversicht hin, daß Sie unser Vorhaben freundlich aufnehmen werden.

Das Schreiben war unterzeichnet:

Dr. Gensel (Handelskammersekretär, ehemal. Reichstagsabgeordneter Vorsitzender des nationalliberalen Vereins für Sachsen u. s. w.)

für sich und im Auftrage der Nachbenannten:

Heinrich Brümmer (Glasermeister); Prof. Dr. Fricker (Decan der philos. Facultät); Dr. Georgi (Oberbürgermeister, ehemal. Reichstagsabgeordneter); Gust. Goetz (Eisengießereibesitzer, Mitglied der Handelskammer); Dr. W. Goetze (Oberlehrer am Realgymnasium); Dr. Friedrich Hofmann (Redacteur der „Gartenlaube“); Richard Lindner (erster Vorsteher des Kaufmännischen Vereins); Moritz Pohlentz (Stadtrath); Dr. Schill (Vorsteher der Stadtverordneten und Landtagsabgeordneter); Herm. Schnoor (Mitglied der Handelskammer); Dr. Simson (Reichsgerichtspräsident, ehemal. Präsident des Frankfurter Parlaments); Dr. Tröndlin (Bürgermeister und Reichstagsabgeordneter); Uhse (Redacteur des „Leipziger Tageblatt“); Dr. Wachsmuth (Vorsitzender der Handelskammer); C. Aug. Werner

(Tischlerobermeister); Dr. Wiener (Reichsgerichtsrath); Dr. Windscheid (Rector magnificus der Universität); Zur Straßen (Professor an der Akademie der bildenden Künste und der Kunstgewerbeschule).

In diesen Namen waren Universität, Stadt, Bürgerschaft, Frankfurter Parlament, Deutscher Reichstag, sächsischer Landtag, national-liberaler Verein für Sachsen, Gemeinnützige Gesellschaft, Schülerwerkstatt, Lehrerstand, Kaufmännischer Verein, Verein für Volkswohl, Presse — genug, alle Seiten meiner Wirksamkeit und meiner Lebensstellung vertreten. In liebenswürdigster Weise hatten die Veranstalter des Festes zur Betheiligung daran Collegen, Parteigenossen, Freunde, Verwandte, alte Schüler von mir von hier und auswärts eingeladen.

Der Saal des Kaufmännischen Vereins, in welchem die Festlichkeit stattfand, war ebenso reich als sinnig ausgeschmückt. Gegenüber der mittleren Tafel und meinem Sitze an dieser stand auf einem Postamente eine getreue Nachbildung der Frankfurter Paulskirche in Baumkuchen; auf der Tafel selbst lag ein großer Doctorhut aus feinem Gebäck — beides von der kunstreichen Hand des Hofconditors Herrn Felsche.

Ueber den Verlauf des Abends hat das „Leipziger Tageblatt“ ausführlich berichtet. Der so dankenswerthen Freundlichkeit der Veranstalter des schönen Festes ebensowie der Theilnehmer daran glaube ich es schuldig zu sein, diesen Bericht hier wiederzugeben. Er lautet:

Der Saal des Kaufmännischen Vereins, in welchem nach 8 Uhr das Festmahl begann, war geschmackvoll mit Lorbeerbäumen und Draperien in den Reichsfarben geschmückt, während unter den Fahnen natürlich auch diejenige der philosophischen Facultät unserer Universität nicht fehlte. Am Mahl nahmen etwa siebzig Personen

Theil, und es mußte für den Jubilar ein besonders freudiges Gefühl sein, an seinem Ehrentage nicht nur die Vertreter der städtischen Behörden, der Universität, des Reichsgerichtes, sondern auch des Lehrerstandes, Kaufmannsstandes, wie der Gewerbetreibenden um sich zu erblicken, die sich alle einmüthig zu seinen Gesinnungsgenossen rechneten. Die Begrüßungsrede hielt Handelskammersecretär, ehemal. Reichstagsabgeordneter, Dr. Genfel; zwischen diesem und dem Rector Magnificus, Professor Dr. Windscheid, hatte der gefeierte Jubilar auf blumengeschmücktem Stuhle Platz genommen. Dr. Genfel führte Folgendes aus:

„Verehrte Festgenossen! Wenn ich im Namen Derer, welche Sie zur Theilnahme an dieser Vorfeier für das 50jährige Doctor-Jubelfest unseres Professors Biedermann aufgefordert haben, zuerst das Wort ergreife und Sie willkommen heiße, so bitte ich doch, mich nicht als eigentlichen Festredner zu betrachten, sondern nur als den Herold, welcher den durch ihr Alter, ihr Amt oder ihr Verhältniß zum Jubilar besser dazu Berufenen die Bahn öffnet.

Meine Herren! Nicht groß ist die Zahl Derjenigen, welche es erreichen, den 50jährigen Gedenktag der Erlangung einer Würde, eines Amtes, einer selbstständigen Stellung zu feiern — wie Wenigen aber ist es vergönnt, solchen Tag in so jugendlicher Frische des Körpers und des Geistes, mit so ungebeugter Kraft des Arbeitens und des Genießens zu begehen, wie unserem Jubilar!

Alt zu werden ist Gottes Gunst,
Jung zu bleiben ist Menschen-Kunst.

Doppelt zu bewundern ist diese Kunst, wenn sie sich bewährt in einem Leben voll harter Arbeit und schwerer Kämpfe, einem Leben, welchem herbe Enttäuschungen und Kränkungen so wenig fremd geblieben sind, wie die bittere Sorge um das tägliche Brot für Weib und Kinder.

Durch die Tagesblätter lief neulich eine aus ähnlichem Anlaß wie heute gefertigte Zusammenstellung, welche zeigte, daß gerade den Lehrern der Geschichte ein hohes und gesegnetes Alter öfter beschieden zu sein scheint, als anderen Sterblichen. Aber wohl keiner von Denen, die dort genannt wurden, hat an dem sausenden Webstuhle der Zeit, dessen Wirken er uns schildert, selber in dem Maße

mit Hand angelegt wie unser Freund, dem schon in jugendlichem Alter der Drang innewohnte, seine Kraft im öffentlichen Leben zu bethätigen und nutzbar zu machen.

Als junger Docent, unter dem allezeit drohenden Schwerte der Censur, Begründer und Leiter freimüthiger Zeitschriften; in dem für Leipzig verhängnißvollen Jahre 1845 gegen eine radicale Partei zum Stadtverordneten gewählt; in demselben Jahre Vorsitzender der allgemeinen deutschen Schriftstellerversammlung; im Frühlingsrausche des Jahres 1848 einmal — es klingt uns jetzt fast wunderbar — Vertreter der königlich sächsischen Regierung bei den Berliner Conferenzen über die deutsche Frage; darauf Mitglied des Vorparlaments und Mitglied, eine Zeit lang auch Vicepräsident der Nationalversammlung in Frankfurt in der Paulskirche, deren Abbild wir hier vor uns sehen; 1849 noch Theilnehmer der Versammlung in Gotha; dann Abgeordneter zur II. Kammer des sächsischen Landtags, der bald aufgelöst wurde, um den alten, anderthalb Jahre zuvor feierlich aufgehobenen Ständen wieder Platz zu machen; 1852, nach dem Staatsstreich in Paris, wegen eines von ihm aufgenommenen Artikels gegen Louis Napoleon verurtheilt und seines Lehramtes entsetzt; einige Jahre darauf, in halb unfreiwilliger Verbannung aus der Heimath, Redacteur des freisinnigen weimarischen Regierungsblattes — wahrlich, er durfte, als er in jener Zeit einmal veranlaßt war, einen Abriß seines Lebens zu geben, mit Recht sagen, daß dieser sich unwillkürlich zu einem Ausschnitt der allgemeinen Geschichte unseres Volkes gestalte.

In unser Aller Gedächtniß, verehrte Festgenossen, lebt sein späteres Wirken als Führer der kleinen, aber wie Ein Mann zusammenstehenden national-liberalen Fraction in der sächsischen II. Kammer und als Mitglied des deutschen Reichstags. Ebenso liegt vor unseren Augen seine mannigfaltige Thätigkeit auf dem Gebiete des für unsere Zeit so charakteristischen gemeinnützigen Vereinslebens. Erst dieser Tage noch hat er in Görlitz bei dem Handfertigkeits-Congresse, der ihn zu seinen geistigen Vätern zählt, den Vorsitz geführt. Aber nur Einzelne von Ihnen, meine Herren, wissen wohl, daß unser Jubilar schon vor 42 Jahren den hiesigen Gesellenverein, der nach kurzem, aber segensreichem Bestehen in der

Reactionszeit aufgelöst wurde, und bald darauf den Leipziger Turnverein hat begründen helfen.

Unter einem früheren Bilde unseres Freundes finde ich den Wahlspruch:

‚Sich selbst getreu!‘

Meine Herren, wenn wir heute, wo wir sein Wirken während eines halben Jahrhunderts an uns vorüberziehen lassen, ein kurzes Wort finden sollten, das sein Wesen treffend kennzeichnete, wir könnten kein besseres finden als dieses so schlichte und doch so vornehme ‚Sich selbst getreu!‘ Und hiermit, verehrte Festgenossen, enthülle ich, wie ich glaube, auch das Geheimniß seiner ewigen Jugend. Sich selbst getreu sein, bringt nicht immer Anerkennung und äußere Erfolge, aber es bringt, was mehr ist, den Frieden der Seele.

In den Kämpfen des öffentlichen Lebens wird mit gutem Grunde der Mitkämpfer besonders hoch geschätzt, auf den man sich unter allen Umständen verlassen kann — das brauche ich von unserem Jubilar nicht erst zu rühmen. Schwerer ist es, sich selbst getreu zu bleiben, und ein höheres Maß von echtem Mannesmuth wird erfordert, wo es gilt, im Kreise der Partei in Stunden hocherregter Leidenschaft dem Andrängen heißblütiger Genossen Stand zu halten. Wie oft hat Biedermann als allezeit besonnener Warner lieber den Vorwurf der Halbheit und Lauheit auf sich genommen, als auch nur einen Finger breit vom Wege des Rechts und der Vernunft abzuweichen! So namentlich 1866 — ich will das hier ausdrücklich bezeugen, da man ihn so hartnäckig fälschlich des Gegentheils bezichtigt hat.

Unser Freund gehört nicht zu Denen, welche nichts lernen und nichts vergessen. Aber seine Grundanschauungen, seine Ideale hat er in allem Wechsel der Zeiten festgehalten. Am 17. Januar 1849, als in der Paulskirche um das Schicksal Deutschlands heiß gekämpft wurde, hielt Biedermann eine Rede für das Erbkaiserthum der Hohenzollern, die Sie noch heute nicht ohne tiefe Bewegung lesen können. ‚Also, meine Herren,‘ — so schloß er unter dem rauschenden Beifall der Mehrheit — ‚wenn wir als erbliches Oberhaupt den Monarchen des mächtigsten Einzelstaates hinstellen, so

haben wir die Einheit schnell und sicher begründet, wir haben die Macht Deutschlands nach außen befestigt, wir haben alle Garantien gegeben für das Wiederaufleben des Vertrauens, des Verkehrs und des Wohlstandes, nach dem das Volk so dringend verlangt. Ja, meine Herren, wir haben damit die Einheit gewonnen und — ich bin davon fest überzeugt — der Freiheit nichts vergeben.' Ein Jahr später galt das den Meisten als ein leerer Traum. Er aber hielt das Vertrauen unerschütterlich fest, und nach 22 langen Jahren, ‚als die Zeit erfüllt war', sah er, und sahen wir mit ihm, das Kaiserthum in neuer Herrlichkeit erstehen. Mit wie berechtigtem Selbstgefühl durften am 1. April d. J. jene dreißig alten Frankfurter dem Fürsten Bismarck, dessen Thatkraft erreicht hat, wofür sie damals gekämpft und gelitten, ihren besonderen Glückwunsch senden!

Und damit lassen Sie mich schließen! Möchte unserem Jubilar ein Lebensabend beschieden sein, dessen sonniger Glanz noch rückwärts den ganzen Tag verklärt! Möge er noch manche Frucht reifen sehen von Dem, was er ausgesä't, gepflanzt und treu gepflegt hat! Und möge ihm bis an's Ende erhalten bleiben der klare Blick und die Freude am Schaffen und das warme Herz für unser Volk!"

In das von dem Redner auf den Jubilar ausgebrachte Hoch stimmte die Versammlung begeistert ein.

Nachdem Herr Dr. Gensel eine Reihe eingelaufener Glückwunschschreiben, darunter diejenigen der Herren Reichsgerichtspräsidenten Simson (der verreist war), Prof. Dr. Fricker (der wegen Unwohlseins dem Feste hatte fern bleiben müssen), Justizrath Schaffrath-Dresden, Dr. Löwe-Calbe, Georg Beseler, Max Duncker (Berlin), Justizrath Pinckert (Erfurt), von denen Letzterer mit einem kurzen begeisterten Gedicht vertreten war, verlesen hatte, ergriff Seine Magnificenz der Rector der Universität, Prof. Dr. Windscheid, das Wort. Er führte in geistvollen Worten aus, wie man die Menschen im Allgemeinen in Idealisten und Realisten einzutheilen pflege, und wie bei der Beurtheilung derselben die Idealisten, denen man nachsage, daß sie haltlos in luftigen Regionen schwebten, während der Realist die Welt nehme wie sie sei, leider oft schlecht wegkämen. Aber beim Idealismus wie Realismus seien nur die Extreme von Uebel, die

Mitte zwischen Beiden sei allein das Rechte. Werde einmal in dieser Hinsicht gesündigt, nun, so wünsche er um der Menschheit willen, daß immer nach der Seite des Idealismus hin gesündigt werde. Die Idee sei das heilige Feuer, das im Menschen nie erlöschen dürfe; sie sei das Bewußtsein, daß es über diesen Erscheinungen noch ein Höheres gebe, nach dem alles Sein hinaufstrebe. Die Ideen beherrschten die Welt, sie seien die Pionniere des Fortschritts in der Welt, und es sei etwas Großes und Ruhmvolles, daß der Jubilar in seinem thatreichen Leben die Ideen stets hochgehalten habe. Keine tiefere und höhere Idee aber sei im Leben gedacht worden, als die Idee der Ehe, der vollen Hingabe einer Person an die andere, und da der Jubilar auch den Segen der Ehe reichlich an sich erfahren, so sei dies Jubelfest zugleich auch ein Fest, an dem seine Familie mitjubiliren könne. Redner brachte zum Schluß ein Hoch auf den Jubilar und seine Familie aus. Der nächstfolgende Redner war Prof. Dr. Maurenbrecher, Lehrer der Geschichte an unserer Hochschule, der den Jubilar als Mann der Wissenschaft feierte. Die historischen Schriften desselben seien in zwei Klassen zu theilen, in historische Quellenschriften und in Schriften, die eine Darstellung der Vergangenheit in größerem Zusammenhang gewährten. Zu den ersteren gehörten seine werthvollen Werke über die Ereignisse der vierziger Jahre, deren Grundzüge wohl kein einziger gleichzeitiger Autor mit so historischer Treue geschildert habe, wie der Jubilar, und die auf ihn stets einen tiefen Eindruck gemacht hätten. Zu den Werken der zweiten Gattung gehörten seine culturgeschichtlichen Arbeiten, in denen er biete, was leider so Wenige böten, wirkliche Culturgeschichte, das heißt, eine Geschichte des gesammten Zustandes der Menschheit auf politischem, kirchlichem und socialem Gebiet. Biedermann sei ein wirklicher Culturgeschichtsschreiber, das sei die charakteristischste Bezeichnung für ihn. Das Hoch des Redners galt dem Culturhistoriker Biedermann. Im Namen des Leipziger Lehrervereins sprach der Oberlehrer Kirchhoff, der die Verdienste des Jubilars um die Volksschule, seine Arbeiten beim Zustandekommen unseres Volksschulgesetzes, seine Schrift über die Grundzüge des Geschichtsunterrichts in den Schulen, sowie seine Bestrebungen um den Handfertigkeitsunterricht schilderte und sein Glas auf das Wohl

des Jubilars Namens der deutschen Volksschule leerte. Nachdem durch Herrn Dr. Gensel einige weitere, inzwischen eingetroffene Glückwünsche von den national-liberalen Vereinen in Grimma und in Burgstädt (letzteres im früheren Reichstagswahlkreis des Jubilars), vom Dichter Ernst Scherenberg in Elberfeld 2c. zur Kenntniß der Versammlung gebracht waren, derselbe auch einen mündlichen Gruß von Seiten des Vicebürgermeisters a. D. Dr. Stephani kundgegeben hatte, sprach der Privatdocent Dr. Carl Walcker, der die großen Verdienste des Jubilars um die Geschichte, Theorie und Praxis der Volkswirthschaft pries. Er schilderte die Thätigkeit Biedermanns bei der Berathung des Haftpflicht- und Unfallversicherungsgesetzes und seine Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterfrage. Sein Hoch galt dem Nationalökonomen Biedermann. Nach Verlesung eines Telegramms des Centralcomité der national-liberalen Partei, von den Herren von Benda, Gneist 2c. unterzeichnet, entwarf Herr Schnoor ein farbiges Bild von der Thätigkeit des Jubilars im Landtage an der Spitze der, damals „bestgehaßten", national-liberalen Partei und brachte mit einem Hoch auf den Jubilar diesem den Dank für sein Wirken im Dienste unseres engeren Vaterlandes dar. Reichsgerichtsrath Dr. Wiener nahm Bezug auf die Bestrebungen des Jubilars für Begründung eines einigen deutschen Kaiserreiches und des Reichsgerichts und bezeichnete sich demnach als einen Homunculus aus der Retorte, an welcher der Jubilar so überaus thätig gewesen sei. Ein Fest, wie dasjenige, welches heute gefeiert werde, sei immer eine Vivisection, welche man mit dem Jubilar ausübe; er werde gewöhnlich erst als Ganzes gefaßt und dann bis in's Einzelne zergliedert. Er wolle von der Zergliederung absehen und den Jubilar wieder als ein Ganzes betrachten. Da erscheine er denn vor ihm als eine echte, schöne Menschenblüthe, als ein Producent und ein Product der heutigen Cultur. Wenn die bis-herigen Redner die Vergangenheit Biedermanns gewissermaßen mit Beschlag belegt hätten, so wolle er jetzt die Zukunft desselben in gleicher Weise für unser deutsches Vaterland mit Beschlag belegen. Das vom Redner ausgebrachte Hoch galt „Biedermann dem Zukünftigen". Der Professor Dr. Woldemar Wenck brachte hierauf einen poetischen Trinkspruch aus, der den Jubilar in humoristischen,

fließenden Versen feierte und den wir, da er sich allseitigen Beifalls erfreute, hier vollständig zum Abdruck gelangen lassen wollen. Derselbe lautete:

Mein ganzes Gemüth, ja der animus totus
War bei jedem Wunsch für den Jubel=promotus,
Den Mann, den man einstmals, mit gutem Bedachte,
Promovebat — nach vorwärts bewegte und brachte.
Doch, daß recht man ihn preist, pflegt man Das zu erlesen,
Worin er ein promovens selber gewesen:
Was er vorwärts gebracht, was er vorwärts bewegt,
Darauf sei auch von mir der Accentus gelegt.
Und da bring' ich vor Allem zu ernstem Betrachte,
Wie am Gründerwesen er theilhaft sich machte.
Am Gründerwesen? Wer hielt' da im Nu
Vor 'nem Dutzend von Jahren das Ohr sich nicht zu?
Der Gefühlvolle dachte mit starrenden Haaren
An Die, die durch Gründer zu Grunde gefahren,
Und, dem Gründer die Wege bereitet zu haben,
Den Grund zu der Gründung des Gründers zu graben,
Des Gründers Genoß und Gehilfe zu sein,
Das Lob auch, es galt nicht für bieder und fein!
Unser Biedermann aber, vor Jungen und Alten
Muß zu solchem Lob er fein stille uns halten;
Denn, was darin die Menschheit von Biedermann spricht,
Seine besten Freunde vertuschen es nicht.
Und hält er denn selber damit hinter'm Busch?
Vertuscht man doch nur, wo die Wahrheit ein Tusch!
Mich aber bedünkt, daß ein Schatten auf alle
Die Gründungen jener Vergangenheit falle,
Nur damit in so hell'rer, gesammelter Glorie
Ein Gründer heraustret' in deutscher Historie;
Wer den Gründer erst sucht, ei, ich denk', der verschlief
Jüngst den ersten Aprilis recht gründlich und tief.
Nun, und gilt's, bei der Gründung des Manns zu erfahren,
Wer die wack'ren Bereiter des Grundes ihm waren,
Wen als Vorarbeiter und Helfer man preist,

Ja so weiß ich, daß Einer Karl Biedermann heißt.
Fast hätt' ich, des Jubel=Doctors von heute
Einen Jubel=Freund mich zu nennen, die Freude;
Denn, kaum schmückte des Doctorhuts Herrlichkeit ihn,
So begann ich vor ihm schon die Mütze zu ziehn.
Und so möcht' ich wohl gern als Primärquelle gelten,
Um von Dem, was er schuf, was er wirkte, zu melden:
Wie in Hoffnung schon lange nach Solchem er rang,
Was dann zauberisch schnell in die Wirklichkeit sprang;
Wie für deutschen Volkes= und Landes=Int'ressen
Seinen Mann er gestanden und theilweis gesessen.
Doch, was hier ich vernommen, bringt schon mir zu Sinn:
Die Primärquelle flöss' hier als Ueberfluß hin!
Und so bring' ich als Freund nur kurz, bündig und wahr
Ihm, dem gründungsbetheiligten Freund=Jubilar
Und all' Denen, die, wie der Promotus, sich rührten,
Daß die Gründung, die deutsche, sie mit promovirten,
ein Hoch!

Oberbürgermeister Dr. Georgi betonte, daß der Jubilar, zu dessen Schülern er einst gehört und dem er dann auch als Anwalt in seinen politischen Processen eine Zeit lang gedient habe, nicht allein in seiner wissenschaftlichen Thätigkeit sich eine hervorragende Bedeutung erworben habe, sondern auch in seiner Stellung zum Leipziger Bürgerthum. Redner schilderte das Eingreifen Biedermanns in die sächsische Verfassungsgeschichte und hob seine unwandelbare Liebe zu unserem Vaterlande und die Freisinnigkeit seiner Gesinnung hervor. Dem Dank, den er dem Jubilar im Namen der Stadt Leipzig darbringe, müsse er aber auch einen warmen Gruß als politischer Freund desselben hinzufügen. Auch in dem Reichstagscollegen Biedermann habe er stets die Wahrhaftigkeit und Lauterkeit seines Wesens schätzen gelernt. Redner schloß mit den Worten: „Es lebe Biedermann, der deutsche und Leipziger Bürger!“

Der Jubilar dankte hierauf in bewegten Worten:

„Als er die Einladung zu der heutigen Feier erhalten, unterzeichnet von einer Reihe hochangesehener und von ihm hochverehrter Männer, da habe ihn fast ein Gefühl des Erschreckens befallen. Er

habe sich gefragt: womit er so viel Freundlichkeit verdient? Endlich habe er sich zu seiner Beruhigung gesagt, daß Wohlwollen und Liebe freie Gaben seien. Von diesem aufrichtigen Wohlwollen habe er sogleich beim Eintritt in diesen Saal und dann während des ganzen Abends die allseitigsten, wohlthuendsten Beweise erhalten. Auch das habe ihm sein durch so viele Kundgebungen der Sympathie fast bedrücktes Gewissen erleichtert, daß er darin eine gewisse Ausgleichung finde für so manche Vorgänge entgegengesetzter Art, für so manche Anfeindungen, Verunglimpfungen, Verleumdungen, denen er in seinem Vorleben oftmals ausgesetzt gewesen sei. Ein Vorredner habe das Dichterwort citirt: „Wer den Besten seiner Zeit genug gethan" 2c. Das sei auch für ihn immer das schönste und höchste Ziel gewesen. Daß er dieses Ziel erreicht habe, das maße er sich nicht an; aber mit Freuden bekenne er, daß von den Besten unserer Zeit ihn nicht wenige ihres Wohlwollens, manche ihrer näheren Freundschaft werth gehalten. Das sei ein Schatz köstlicher Erinnerung für die Tage des Alters, und zu diesem Schatze liefere der heutige Abend einen werthvollen Beitrag. Eines noch sei in der Zusammensetzung sowohl des Einladungscomité als der heutigen Versammlung selbst, was ihm zu besonderer Genugthuung gereiche. Es sei ihm bisweilen der Vorwurf gemacht worden, und er selbst habe wohl das Bedenken gehegt, daß er seine Thätigkeit nicht genug auf Einen Punkt concentrirt, sie auf zu Vieles ausgedehnt habe. Durch die Gegenwart und die Ansprachen von Männern so verschiedener Berufs- und Lebenskreise sei ihm die Beruhigung geworden, daß die mancherlei Bestrebungen, durch die er, einem inneren Drange folgend, in das praktische und öffentliche Leben eingegriffen habe, doch nicht ganz ohne Frucht geblieben, daß sie als wohlgesinnte erkannt und empfunden worden seien. Selbst als Mann der Wissenschaft dürfe er jene seine Wirksamkeit im praktischen Leben nicht für verloren halten, denn sie allein habe ihn befähigt, gerade den Wissenszweig, dem er seine Thätigkeit besonders gewidmet, die Culturgeschichte — und zwar die „ächte" Culturgeschichte, wie sie sein verehrter College Prof. Maurenbrecher zu seiner aufrichtigen Freude so anerkennend geschildert, d. h. die organische und allseitige Erfassung des Culturlebens einer Zeit — mit Erfolg zu pflegen. Der Jubilar dankte hierauf speciell

dem Rector magnificus, Geh. Rath Dr. Windscheid, dafür, daß derselbe der Seinen und insbesondere seiner Gattin so freundlich gedacht. In der That habe er hier, im Schooß der Familie, jederzeit die Stärkung und die Ermuthigung zum Ausharren gefunden, deren er bei den mancherlei Widerwärtigkeiten des äußeren Lebens oftmals recht dringend bedurft habe."

Der Toast des Jubilars galt den Männern der Wissenschaft und Praxis, den Vertretern seiner Heimathstadt Leipzig und seinen zahlreichen Schülern und politischen Gesinnungsgenossen. Im Namen der Schüler des Jubilars sprach zum Schluß noch in herzlichen Worten der Oberlehrer Döhler aus Mittweida. Damit hatten die Festgrüße und Ovationen für den Jubilar ihr Ende erreicht. Die Theilnehmer des Festes blieben jedoch noch längere Zeit in zwanglosen Gruppen beisammen, und es war bereits früher Morgen, als die letzten Gäste von dem wohlausgerüsteten Mahle sich auf den Heimweg begaben. Die Stimmung war während des ganzen Abends eine ungetrübte, festliche, und Jeder konnte die Ueberzeugung gewinnen, daß auf den Jubilar das Schiller'sche Wort in der That mit vollem Rechte Anwendung finden kann: „Wer den Besten seiner Zeit genug gethan, der hat gelebt für alle Zeiten".

An dem eigentlichen Jubeltage, dem 31. Mai, erweckte mich früh ein, von dem Besitzer des großen Gartengrundstücks, in welchem ich wohne, Herrn Prell, freundlichst veranstaltetes Musikständchen, während gleichzeitig mehrere in der Nähe ausgehängte Fahnen in den deutschen Farben mir einen festlichen Morgengruß zuwehten. Gegen Mittag erschienen dann im Namen des Senats der Universität Rector und Prorector, Geh. Rath Dr. Windscheid und Geh. Rath Dr. Zarncke, im Namen der philosophischen Facultät an Stelle des erkrankten Decans Prof. Dr. Fricker dessen Vorgänger im Amte, Prof. Dr. Leskien, begleitet von den Herren Professoren Geh. Hofrath Dr. Overbeck und Dr. Maurenbrecher. Der Rector magnificus beglück-

wünschte mich in einer überaus warmen und herzlichen Ansprache, an deren Schluß er sagte:

So haben Sie allezeit gewirkt — dem Vaterland zu Nutz und Frommen, der Universität zur Ehre, der Jugend zum Segen.

Professor Leskien überreichte mir, ebenfalls mit freundlicher Anrede, das „goldene" Diplom, durch welches die philosophische Facultät mir ihre Glückwünsche darbrachte. Dasselbe (entworfen von dem Professor der klassischen Philologie, Geh. Rath Dr. Ribbeck) lautet in elegantem Latein:

Q. B. F. F. F. Q. S.
Viro venerabili
Friderico Carolo Biedermann
philosophiae doctori et artium liberalium
magistro professori philosophiae
honoris causa ordinario,
philosopho eidem et historico et politico
qui per saeculi dimidium
philosophiae face nostrae potissimum nationis in omni cultur
humano progressus
indagans atque illustrans
cum publicae vitae rationes institutaque
tum morum litterarumque historiam recentiorem
et scholarum salubri disciplina et librorum disertissimorum
copia
docte, facunde, eleganter enarravit
quique civem propositi tenacem patriae amantissimum
strenuum sanae sanctaeque libertatis militem
instaurandae qualis nunc floret Germaniae acriter in-
tentum
non intra doctorum tantum coetus se praestitit
honores summos suos
ante decem lustra
rite impetratos et
die XXXI mensis maji anni MDCCCXXXV

in solemni doctorum philosophiae et magistrorum
artium creatione renuntiatos
gratulatur
ordo philosophorum universitatis litterariae Lipsiensis
eique placidam cum integra valetudine senectutem
exoptat*).

Zu ganz besonderer Freude gereichte es mir an dieser Widmung, daß meine hochverehrten Herren Collegen von der Facultät auch mein „außerhalb der gelehrten Kreise“ sich bewegendes Wirken nicht, wie ja bisweilen geschieht, als etwas meinem eigentlichen Berufe Fremdartiges und Fernliegendes ansahen, vielmehr als etwas mit dieser Berufsthätigkeit wohl Bestehendes und ihr Ebenbürtiges freundlich anerkannten.

Das königliche Ministerium des Cultus und öffent-

---

*) Auf deutsch:

„Dem ehrwürdigen Manne Friedrich Karl Biedermann, Doctor der Philosophie, Magister der freien Künste und ord. Hon.-Professor der Philosophie, welcher, gleichzeitig Philosoph, Historiker und Politiker, ein halbes Jahrhundert lang mit der Fackel der Philosophie hauptsächlich unserer Nation Fortschritte in jeder Art menschlicher Cultur erforscht und beleuchtet, welcher die Gestaltungen und Einrichtungen des öffentlichen, sowie die Fortschritte des sittlichen und geistigen Lebens theils in fruchtbaren Vorlesungen, theils in einer Menge höchst eingehender Schriften gründlich, beredt und in gefälliger Form geschildert, welcher sich als überzeugungstreuen Bürger und warmen Patrioten, als tapferen Vorkämpfer einer gesunden und edlen Freiheit, als eifrig bemüht um die Herstellung eines solchen Deutschland, wie es jetzt blühend dasteht, auch außerhalb der gelehrten Kreise bewährt hat, beglückwünscht die philosophische Facultät der Leipziger Universität zu der vor 50 Jahren erlangten Würde eines Doctors der Philosophie und Magisters der freien Künste, und wünscht ihm ein friedliches Alter und eine ungetrübte Gesundheit.“

tchen Unterrichts beehrte mich hochgeneigteſt mit einem Glückwunſchſchreiben. Das Gleiche geſchah von Seiten des Raths der Stadt Leipzig. In der Zuſchrift des letzteren war geſagt:

Auch den Intereſſen unſerer Stadt, deren Bürgerſchaft Ihnen durch wiederholte Wahl in's Stadtverordnetencollegium ehrende Beweiſe ihres Vertrauens gegeben hat, haben Sie rege Theilnahme erwieſen.

Unwillkürlich mußte ich dabei an jenen höchſten Beweis ehrenden Vertrauens denken, den mir die Bürgerſchaft Leipzigs in den verhängnißvollen Tagen des März 1848 gab, da ſie, an ihrer Spitze Stadtrath und Stadtverordnete, einmüthig mit mir den Weg betrat, auf dem es gelang, die hochgehende Bewegung der Gemüther in ein ruhiges und ſicheres Geleiſe zu leiten. In der Erinnerung an jene mir unvergeßliche Zeit durfte ich den Glückwunſch, den jetzt der Rath mir bot, als eine nicht unverdiente Anerkennung meines damals bethätigten Intereſſes an dem Wohl meiner theuren Vaterſtadt ohne Bedenken annehmen.

An ſonſtigen ſchriftlichen Glückwünſchen in der Form von Zuſchriften, Telegrammen, Karten gingen an und nach dem Feſttage eine große Zahl, wohl an 300, von nah und fern ein — von älteren und jüngeren Freunden, von ehemaligen Schülern (darunter ſogar ein Kabeltelegramm von einem ſolchen aus Nordamerika, ebenſo ein Telegramm aus Italien), von akademiſchen Collegen, hieſigen und auswärtigen, von ehemaligen parlamentariſchen Parteigenoſſen, u. A. von 20 „alten Frankfurtern“, von Zeitungsredactionen, von Verlegern, von Dichtern, Schriftſtellern und Schrift-

stellervereinen und von einer Anzahl mir sonstwie mehr oder weniger nahestehender hochangesehener Männer.

Aus Berlin erhielt ich von den Herren von Benda, von Cuny, Franke, Gneist, Hammacher, Hobrecht, Jerusalem, F. Weber und M. Weber telegraphisch folgenden, mich hoch=erfreuenden Gruß:

Dem langjährigen Kämpfer für die freiheitlichen und nationalen Güter unseres Volkes, dem treubewährten Parteigenossen sendet die herzlichsten Glückwünsche zur heutigen Feier das Centralcomité der national=liberalen Partei.

In Dresden fand gerade am 31. Mai die Landes=versammlung des national=liberalen Vereins für Sachsen statt. Dieselbe telegraphirte an mich:

Ihrem wackeren Vorkämpfer bringen die hier versammelten National=Liberalen herzlichen Glückwunsch zum heutigen Jubel= und Ehrentage.

Aehnliche Glückwünsche sandten die national=liberalen Vereine zu Burgstädt und Grimma, der freisinnige Verein zu Zwickau, der Reichsverein zu Dresden, letzterer in den Worten:

Sie haben in der vordersten Reihe gekämpft, als es galt, der nationalen Sache den Boden zu erobern. Ihr opfermuthiges Wirken hat Ihnen die dankbare Zuneigung der Vaterlandsfreunde eingetragen. Wenn auch dem thätigen Eingreifen in die Politik entrückt, werden Sie immer als das geistige Haupt der national=liberal gesinnten Männer unseres Landes verehrt werden.

Hocherfreulich war es mir, daß auch mehrere der hervorragendsten Mitglieder der sächsischen Fortschritts=partei, die Herren Justizrath Dr. Schaffrath, Oberbürgermeister Streit, Curt Starke, mich freundlich beglückwünschten, wie ich andererseits mit eben solcher Freude bei meinem Festmahl einzelne Conservative bemerkte.

Mein Nachfolger in der Zweiten Kammer, der sich zu meinem Bedauern 1882 von uns getrennt und der „Secession“ angeschlossen hatte, telegraphirte mir:

Einst Ihr Nachfolger, jetzt von Ihnen politisch getrennt, aber für immer unverändert Ihr Verehrer, sendet seinen herzlichen Glückwunsch zum Jubelfeste C. Roth.

Auch noch andere ehemalige Parteigenossen und Mitstreiter, die seitdem sich weiter links hin gewendet, bezeugten mir doch ihre fortdauernde freundliche Gesinnung.

Von sonstigen Telegrammen sei mir noch vergönnt nachfolgende speciell zu erwähnen:

Vom Präsidenten Simson aus Wilhelmshöhe:

Herzliche Glückwünsche dem theuren, hochverehrten Freunde zu seinem heutigen Jubelfeste!

Von dem alten Frankfurter Collegen Pinckert aus Erfurt, zugleich im Namen von Max Duncker und Georg Beseler in Berlin:

Schon glänzet das Haar Dir bald silberweiß;
Doch im Herzen, da lodert die Glut noch so heiß
In Liebe zum Vaterlande.
Das Banner, um das in St. Paul wir geschaart,
Du schütztest es kräftig nach Mannes Art,
Ob der Kampf noch so heftig entbrannte.

Heut tönet herab aus verklärtem Gefild
Der Chor der geschied'nen Genossen so mild
Zum Preis für den wackeren Streiter.
Und wir, die Gleiches mit Dir erstrebt,
Die des Kampfes siegreichen Ausgang erlebt,
Wir rufen: „Gott schütze Dich weiter!“

Von Löwe-Calbe:

Meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrem Doctorjubiläum, den ich zugleich dem freisinnigen Schriftsteller, dem muthigen Uni-

versitätslehrer, besonders dem reichbegabten und wackeren Volksvertreter darbringe. Möge Ihnen noch manches Jahr die geistige Frische und die rüstige Arbeitskraft erhalten bleiben, von der Ihre Freunde und die ganze Nation noch manche schöne Gabe erwarten!

Von Gustav Freytag:

Dem gelehrten Geschichtsforscher und Journalisten, welcher Zustände deutscher Vergangenheit so wahrhaft und liebevoll dargestellt hat, wie die Verhältnisse der Gegenwart, dem tapferen Manne, der durch ein Menschenalter für die Einheit des nationalen Staates kämpfte und duldete, dem werthen Parteigenossen, der Andern ein Vorbild treuer Hingabe geworden ist, an seinem Ehrentage Dank und innigen Glückwunsch!

Von Ernst Scherenberg:

Dem ehrwürdigen, hochverdienten Vorkämpfer für deutsche Reichseinheit, Cultur und Geistesfreiheit sende ich zur heutigen Jubelfeier den Gruß treuester Freundschaft.

Von einer Anzahl meiner gegenwärtigen akademischen Hörer und Schüler (die große Mehrheit derselben war, ebenso wie viele meiner Herren Collegen, wegen der Pfingstferien abwesend von Leipzig) erhielt ich eine Glückwunschadresse zugestellt, von einem studentischen Verein, der mich schon früher zu seinem Ehrenmitgliede ernannt hatte, der „Freien wissenschaftlichen Vereinigung", eine silberne Festgabe. Einen von demselben geplanten Festcommers hatte ich dankend abgelehnt. Eine zweite solche Gabe widmete mir der Fröbelverein. Durch ein schönes Kunstwerk, eine Büste der Königin Luise von Preußen, erfreute mich ein lieber jüngerer akademischer College, durch eine goldne Schreibfeder eine meinem Hause befreundete junge Dame, durch das äußerst wohlgetroffene Portraitmedaillon des berühmten Meisters Friedrich Preller dessen Sohn, Sanitätsrath Preller, durch ein gelehrtes Schriftwerk, „Verfassungsgeschichte Dresdens",

der Archivar Dr. Richter in Dresden. Von ganz besonderem Werthe war mir — sowohl an sich als durch die Namen der Geber — eine kostbare Lachmann-Ausgabe Lessings, welche ich von einem Kreise hochachtbarer Männer Leipzigs schon am Vorabend des Festes empfing — mit der Aufschrift: „Dem hochverdienten Arbeiter auf dem Gebiete der Literatur- und Culturgeschichte als freundschaftliches Andenken.“ Durch sinnigen und reichen Blumenschmuck ward ich von vielen Seiten erfreut.

Es waren schöne, mir unvergeßliche Tage, deren Nachklang noch lange wohlthuend in meiner Seele fortzitterte, die mich für manches Trübe und Schwere früherer Zeiten entschädigten, die einen hellen Glanz weithin auf meinen ganzen Lebensabend werfen!

Vierundzwanzigstes Capitel.

Eine letzte Rückschau.

Am Schlusse dieser Selbstbiographie angelangt, fühle ich das Bedürfniß, noch einmal die Summe meines Lebens zu ziehen, auch Manches nachzutragen, was sich auf meine Person und mein Privatleben bezieht und was bisher, wo ich vorzugsweise meine Stellung und Thätigkeit nach außen in's Auge faßte, entweder gar nicht oder nur flüchtig berührt werden konnte.

Damit hoffe ich zugleich den freundlichen Wunsch eines Recensenten des ersten Bandes dieses Buchs (in der „Weser-Zeitung") zu erfüllen, welcher gern mehr „Persönliches", mehr „subjective Plauderei" von mir hören möchte. Er mag es verantworten, wenn ich nun vielleicht allzu sehr in's Plaudern über persönliche Dinge verfalle.

So oft ich meinen langen Lebenslauf überblicke, befällt mich immer von Neuem der Zweifel, ob der Gang, den ich eingeschlagen, auch wohl der richtige gewesen sei, und selbst die mancherlei wohlthuenden Kundgebungen der Sympathie und Werthschätzung, durch welche ich noch zuletzt

bei meinem Jubiläum und auch sonst vielfach erfreut und ermuthigt worden bin, helfen mir nicht völlig darüber hinweg.

Ich habe immer Diejenigen besonders glücklich gepriesen, die ihre Thätigkeit dergestalt auf Einen Gegenstand concentrirten, daß ihr ganzes Leben gleichsam damit verschmolz und ihr Name selbst untrennbar davon auf die Nachwelt überging.

Mir war es nicht gegeben, mit einer solchen glücklichen Einseitigkeit mich zu begnügen; mich trieb ein Drang, dem ich vielleicht zu sehr nachgab, nach verschiedenen Richtungen hin und ließ mich so zwar in Dem und Jenem Manches erreichen, aber mehr nur anstoßgebend und bahnbrechend, als ein Ganzes schaffend und das Begonnene an's letzte Ziel hinausführend.

Ich darf von Glück sagen, daß wenigstens viele der Anregungen, die ich gegeben, nicht ohne Folgen geblieben sind, daß der von mir ausgestreute Same, wenn schon zum Theil von anderer Hand weiter gepflegt und befruchtet, aufgegangen und gereift ist.

Wenn ich in meiner Jugend mich von der strengeren Wissenschaft ab- und dem äußeren, insbesondere dem öffentlichen Leben zugewendet habe, so bin ich später zu der Wissenschaft zurückgekehrt und habe die in der frischen Beschäftigung mit dem Leben gewonnenen Einblicke in dessen mannigfache Beziehungen für die Wissenschaft fruchtbar zu machen gesucht. Auf diesem Gebiete wenigstens — dem der Culturgeschichte — glaube ich etwas, zwar nicht Vollendetes, aber doch in sich Abgerundetes und einen gewissen Abschluß Bietendes geleistet zu haben.

Zwar habe ich auch hier insofern nur Pionierdienste gethan, als die Culturgeschichte selbst sich noch in den Anfängen befindet, auch keineswegs schon als ebenbürtiger Sproß in die Familie der Wissenschaften aufgenommen ist. Indeß auch das wird kommen. Der jetzige Zustand, wo man von oben her den Lehrern an höheren Schulen vorschreibt, Culturgeschichte, speciell deutsche, vorzutragen, gleichwohl aber — bei dem Mangel besonderer Lehrstühle für diese Wissenschaft auf den Universitäten — es dem Zufall überlassen bleibt, ob für die studirenden künftigen Lehrer sich Jemand findet, der sie mit Stoff und Methode der Culturgeschichte bekannt macht, — dieser Zustand ist auf die Länge unhaltbar, und so wird man der Culturgeschichte die ihr bis jetzt versagte Gleichberechtigung mit der politischen Geschichte auch auf den Universitäten über kurz oder lang doch einräumen müssen. Dazu wenigstens in etwas mitgeholfen zu haben, wenn ich selbst es auch nicht mehr erleben sollte, ist mir immerhin einiger Lohn für die Arbeit eines halben Lebens, die ich dieser Wissenschaft gewidmet habe. Das Sic vos non vobis ist mir nichts Ungewohntes.

Für mein äußeres Fortkommen freilich hätte ich besser gesorgt, wenn ich in den hergebrachten und geebneten Bahnen gewandelt wäre, entweder an Philologie oder Philosophie festgehalten oder aber mich der politischen Geschichtswissenschaft zugewendet hätte. Allein mich lockte es, gerade einer jungen, aufstrebenden Wissenschaft, deren hohe Bedeutung für die allgemeine Bildung der Nation ich zu erkennen glaubte, Vorkämpfer und Bahnbrecher zu werden; auf den äußeren Erfolg achtete ich dabei nicht.

So ist allerdings mein Leben seinem größten Theile nach ein „Kampf um's Dasein", bisweilen ein recht harter Kampf, gewesen. Jene Sorge um meine und der Meinen tägliche Existenz und um der Letzteren möglichst gesicherte Zukunft, von welcher der mir befreundete Festredner bei meinem Jubiläum sprach, ist mir in der That bis heut beinahe niemals gänzlich erspart geblieben. Dem Himmel Dank, es hat mir weder an dem nöthigen Muthe, diesen Kampf zu bestehen, noch an der nöthigen Arbeitskraft, um ihn mit Ehren zu bestehen, gemangelt! Möge nur Beides bis an mein Ende mir erhalten bleiben!

Stimmen in der Presse haben bei eben jener Gelegenheit sich verwundert darüber geäußert, daß mir es nicht gelungen sei, eine mich völlig sichernde Stellung an der Universität zu gewinnen. Damit Niemandem Unrecht geschehe, weder Andern, noch mir, möchte ich constatiren, daß seit 1865 sowohl der vorige Cultusminister, Dr. von Falckenstein, als der gegenwärtige, Dr. von Gerber, mir ein von mir stets dankbarst anerkanntes Wohlwollen gezeigt und meine politische Stellung mich in keiner Weise haben entgelten lassen. Auch im Schooße der philosophischen Facultät ward gegen meine Person, so viel ich weiß, keinerlei Widerspruch erhoben. Die freundliche Absicht des Herrn Cultusministers Dr. von Gerber, mir eine ordentliche Professur zu verleihen, scheiterte lediglich an der Abneigung der Facultät (oder einer kleinen Mehrheit derselben) gegen eine Vermehrung der ordentlichen Professuren überhaupt. Dies glaubte ich zur Steuer der Wahrheit anführen zu sollen!

Was ich zur Pflege der mir von Gott verliehenen

Arbeitskraft thun konnte, habe ich redlich gethan. Ich habe mich gehütet, dieselbe durch Ueberspannung vorzeitig zu erschöpfen, und habe andererseits durch Maßhalten in allen Lebensgenüssen dafür Sorge getragen, daß der Körper kein Hemmniß, vielmehr ein bereites Werkzeug des Geistes sei.

Ich hatte auf der Schule die üble Gewohnheit angenommen, oft bis ziemlich tief in die Nacht hinein zu arbeiten. Von dieser Gewohnheit bin ich gründlich zurückgekommen, so gründlich, daß ich bereits seit längster Zeit schon nach dem Abendessen nur in allerseltensten Fällen zur Arbeit zurückkehre. Thue ich es dennoch einmal, so kann ich sicher sein, daß meine Familie einstimmig lauten Protest dagegen erhebt, und ich bin dann fast immer, ich weiß nicht, soll ich sagen, so schwach oder so vernünftig, nachzugeben. Auch am Morgen verkürze ich nicht gern allzu sehr meine Nachtruhe. Ich brauche und gönne mir reichlichen Schlaf. Um so angestrengter und ausgiebiger arbeite ich während der 8 bis 9 Stunden, die ich täglich auf productive geistige Thätigkeit verwende, und ich glaube die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß ich damit eben so viel, ja mehr erreiche, als so mancher von Denen, welche anders verfahren. Wenn ich die Reihe meiner selbstständigen Schriften (abgesehen von den zahllosen Artikeln für Zeitungen und Zeitschriften) zusammenzähle und dazu noch die viele Zeit berechne, die ich in praktischen Beschäftigungen aller Art — in Parlamenten, Vereinen, Versammlungen u. s. w. — aufgewendet habe, so kann ich mir zu meiner Beruhigung sagen, daß ich wenigstens nicht müssig gegangen bin.

Nicht so sicher bin ich darüber, ob eine andere An-

gewöhnung beim Arbeiten, die mir anhaftet, lobenswerth sei oder nicht. Das ist die, daß ich bei größeren Arbeiten fast niemals etwas in der Form niederschreibe, in der ich es endgiltig belassen möchte, vielmehr das zuerst rasch Hingeworfene regelmäßig zwei-, dreimal, auch wohl öfter, über- und umarbeite. Indeß finde ich, daß dadurch die Klarheit der Gedanken und die Leichtigkeit des Stils nicht wenig gewinnt.

Sehr nützlich ist es mir gewesen, daß ich schon früh gelernt habe, gegen äußere Störungen beim Arbeiten mich nicht sowohl abzuschließen, als abzuhärten. Dazu waren mir vornehmlich auch meine Kinder behilflich, in deren Mitte ich ganze Tage lesend oder schreibend zubrachte, während ich sie um mich herum unbeengt spielen und schwatzen ließ. So bin ich gegen derartige äußere Eindrücke dermaßen gefeit, daß ich selbst dann arbeiten kann, wenn über oder unter mir jene Menschenquälerei musikalischer Uebungen getrieben wird, der man, dem Himmel sei's geklagt, heutzutage nirgends entgehen kann.

Ich habe oben von meinem „Maßhalten in Lebensgenüssen" gesprochen. Daraus mache ich mir kein besonderes Verdienst. Zu leidenschaftlichen Ausschreitungen war, glaube ich, von Haus aus meine Natur wenig angelegt. Auch ward mir gegen Versuchungen dieser Art schon früh ein wirksamer Talisman zu Theil in den von meiner Mutter und meinem Pflegevater Sturz gleichermaßen meiner Seele fest eingeprägten Grundsätzen der Gewissenhaftigkeit und der Wahrhaftigkeit. Als besten Schutz in dieser Hinsicht gab meine theure Mutter, als sie mich aus ihrer unmittelbaren Aufsicht und Fürsorge entließ, die herzliche

Mahnung mit: „nie etwas zu thun, wovon ich nicht ihr offen Rechenschaft ablegen könne“.

Dieser mütterlichen Mahnung bin ich stets eingedenk gewesen, und so haben weder sinnliche Lockungen noch schlechte Beispiele Macht über mich gewonnen.

Ein Duckmäuser oder „Spielverderber“ bin ich bei Alledem nie gewesen. Ich habe mich gern mit den Fröhlichen gefreut, habe harmlosen Genüssen mich ungescheut hingegeben und selbst das Horazische desipere in loco im rechten Maße nie verschmäht.

Auch von den schädlichen Einflüssen jener anderen Leidenschaften, die zwar feiner, als die mehr sinnlichen, aber oft eben so heftig, ja heftiger sind — ich meine die, deren gemeinsame Quelle ein ungemessener Ehrgeiz ist — bin ich so ziemlich frei geblieben. Zwar müßte ich heucheln, wenn ich sagen wollte, ich hätte keinen Ehrgeiz (wer hätte diesen nicht?); allein es ist mir immer geglückt, desselben so weit Herr zu werden, daß er weder meine Gemüthsruhe allzu sehr stören, noch vollends meinen Grundsätzen Eintrag thun konnte.

Zu einem „Streber“ in jenem schlimmen Sinne, welchen das an sich so edle Wort neuerdings erhalten hat, hatte ich nie das Zeug — das bekundet wohl genugsam so mancher in diesem Buche verzeichnete Vorgang aus meinem Leben. Auch von einer Ansteckung durch die so weit verbreitete Ordens- und Titelsucht konnte bei mir (selbst wenn ich ihr nicht ohnehin abgeneigt gewesen wäre) nach meiner ganzen Stellung und Haltung im öffentlichen Leben nicht wohl die Rede sein. Dagegen bin ich (wie ich gar

nicht leugne) für Kundgebungen der Werthschätzung und Sympathie seitens meiner Mitbürger, wenn sie ungesucht mir entgegengebracht wurden (und das ist zu meiner Freude oft genug geschehen), niemals unempfindlich gewesen; doch habe ich auch solche niemals gesucht, noch weniger etwa künstlich veranlaßt. Beispiele des Undankes aus solchen Kreisen oder der Versagung einer Anerkennung, die ich verdient zu haben glaubte (was ja wohl im öffentlichen Leben vorkommt und auch mir nicht immer erspart geblieben ist), haben mich zwar schmerzlich berührt, aber meinen Eifer im Dienst der guten Sache nicht geschwächt.

So ist es mir gelungen, inmitten der heftigsten Kämpfe und der größten Schicksalswechsel im politischen Leben doch im Ganzen und Großen den nöthigen Gleichmuth mir zu bewahren und damit zugleich Kraft und Lust zu unbeirrtem Weiterstreben nach dem mir vorgesteckten Ziele.

In Bezug auf die positiven Mittel zur Pflege und Erhaltung körperlich-geistiger Frische (die zweckmäßige Ausarbeitung und Kräftigung des Körpers) habe ich in der Jugend sehr verschiedenartige Phasen durchgemacht. Im Elternhause ward ich (wie früher erwähnt) ziemlich hart gehalten, hatte auch volle Freiheit und viel Gelegenheit, auf Höhen und in Wäldern mich tüchtig umherzutummeln. An freier Bewegung fehlte es auch im Freimaurerinstitute nicht gänzlich, wohl aber an der rechten frischen Luft, denn die hohen Anstaltsmauern gestatteten dieser nur beschränkten Zutritt zu unserem Spielplatze. Beim Pastor Sturz, der im Punkte unserer Gesundheit überängstlich war, ward ich fast verzärtelt, auch zu einer

regelmäßigen Uebung des Körpers nicht angehalten. Auf der Schule führte ich — mehr aus eigener Neigung und im Uebereifer des Lernens, als infolge einer „Ueberbürdung“ mit Hausarbeiten — eine vorwiegend sitzende Lebensweise. Erst auf der Universität holte ich das Versäumte so weit als möglich nach, in Leipzig durch fleißiges Fechten, Schwimmen, Schlittschuhlaufen, Reiten (das Turnen war damals weniger gebräuchlich), in Heidelberg durch häufige kleinere und größere Fußreisen.

Jedenfalls habe ich es als eine große Segnung anzusehen, daß mein Körper trotz der Hemmungen, die er in seiner Entwickelung erfahren, es zwar in seinem Wachsthum nur bis zu einer anständigen Mittelgröße gebracht hat, allein in seinem innern Organismus offenbar durchaus normal und kräftig gebildet ist, infolge dessen ich noch jetzt, im höheren Alter, mich einer ungestörteren Gesundheit und einer ausgiebigeren Geistesthätigkeit erfreue, als selbst mancher weit Jüngere. Auch bin ich bis jetzt mit regelmäßigen Bade- oder anderen Kuren verschont geblieben; zu meiner Erholung und Auffrischung hat mir immer ein jährlicher mehrwöchentlicher Aufenthalt in kräftigender Luft, bald an der See, bald im Hoch- oder Waldgebirge, vollauf genügt.

Zu weiteren Reisen, wie sie so wünschenswerth sind, um auch dem Geist durch neue Eindrücke eine erhöhte Schwungkraft zu geben, habe ich es leider im Ganzen nur wenig bringen können. Seit jener ersten Reise, die ich als Heidelberger Student nach Holland und Belgien unternahm und von der ich im 1. Bande erzählt habe, vergingen volle zehn Jahre, bevor ich wieder einmal über die Grenzen Deutschlands hinausgelangte. Erst 1844 reiste

ich (zusammen mit G. Wigand und einigen anderen sächsischen Landsleuten) nach Paris. Bei nur etwa drei=wöchentlichem Aufenthalte daselbst konnte ich natürlich nur das Wichtigste sehen und von der Gesammtphysiognomie der „Weltstadt“ (es war das „alte Paris“ lange vor den Napoleon=Haußmann'schen Umgestaltungen) und ihres viel=bewegten Lebens nur einen flüchtigen Eindruck mit hinweg=nehmen; doch wurde mir schon dadurch Manches in dem Wesen und dem Charakter des französischen Volkes klar, und außerdem machte ich mehrere mir sehr werth=volle Bekanntschaften namhafter Gelehrten und Politiker, wie Cousin, Carnot, Mignet, Michel Chevalier, Lerminier, Duveyrier, zu denen ich Zutritt erhielt.

Erst nach abermals 22 Jahren (1866) gelangte ich dazu, die Hauptstädte Oesterreichs und Ungarns zu besuchen. In Wien fand ich eine Anzahl Collegen von Frankfurt wieder; in Pest hatte ich die Freude, mit den Hauptführern der Landtagsmehrheit, Deák, Eötvös u. A., zu verkehren. Ich fand dieselben unseren nationalen Bestrebungen günstig gesinnt. Ein zweites Mal, wo ich kurze Zeit in Wien verweilte (bei der Generalversammlung der Schillerstiftung 1868), bewegte ich mich vorzugsweise in den Kreisen dortiger Schriftsteller und Dichter; am interessantesten war mir die persönliche Bekanntschaft des liebenswürdigen Frei=herrn Münch von Bellinghausen (Fr. Halm).

Meine langgehegten Wünsche, einerseits das öffent=liche Leben Englands aus eigener Anschauung kennen zu lernen, andererseits an Italiens Natur= und Kunstschätzen mich zu erfreuen, blieben stets „fromme Wünsche“ (nur ein flüchtiger Blick in letzteres Land war mir gestattet bei

einer Tour an den Gardasee und nach Verona), und ebenso wenig konnte ich bis jetzt den wiederholten freundlichen Einladungen der Herren Abrahamson und Salomon auf ihren schöngelegenen Landsitz Nääs in Schweden, noch viel weniger natürlich den zahlreichen Aufforderungen amerikanischer Freunde zu einem Besuche der großen transatlantischen Republik folgen. Ich werde mich wohl damit zufrieden geben müssen, neben den meisten Theilen von Deutschland Einiges von den angrenzenden Ländern kennen gelernt zu haben.

Des Deutschen liebste Aufenthaltsstätte ist und bleibt doch immer das eigene Haus und der eigene Herd. Auch mir ist er dies stets gewesen. Im Schooß der Familie habe ich jederzeit Glück und Zufriedenheit in reicher Fülle gefunden. Ungetrübter wäre dieses Glück gewesen, wenn nicht unser ältester Sohn Richard wegen seiner Kränklichkeit schon früh uns Sorge gemacht hätte. Durch sein liebevolles Wesen und sein, selbst im Kampfe mit seinem wachsenden Leiden niemals ermattendes, tüchtiges Streben hat er uns gleichwohl viel Freude bereitet, und wir danken Gott dafür, daß er ihn uns wenigstens bis in sein 37. Altersjahr gelassen hat. Ich habe ihm oben (1. Bd. S. 77) ein Denkmal väterlicher Liebe gestiftet, und man wird mir dies zugute halten. Mein jüngerer Sohn Karl, der gleich dem älteren einen praktischen Beruf (als Ingenieur) erwählte, hat eine ihn befriedigende Stellung im kaiserlichen Patentamte gefunden und ist glücklich verheirathet. Zwei Töchter, Anna und Therese, verschönern und erheitern unser Alter durch ihre treue Pflege. Drei andere Kinder, zwei Mädchen und ein Knabe, wurden uns schon im zartesten

Alter durch den Tod wieder entrissen. Meiner Gattin als getreuer und tapferer Lebensgefährtin in Freud und Leid, als intereſſe= und verſtändnißvoller Theilnehmerin meiner Beſtrebungen (was übrigens in vollem Maße auch alle meine Kinder ſind) dankbar zu gedenken, habe ich im Verlaufe dieſer Aufzeichnungen mehrfach Gelegenheit gehabt.

Für Eines bekenne ich mich den Meinen zu ganz beſonderem Danke verpflichtet. Sie haben eine mir anhaftende unerfreuliche Anlage, wenn nicht völlig geheilt, doch weſentlich gebeſſert: die hypochondriſche Neigung, Vorkommniſſe des äußeren Lebens allzuſchwer zu nehmen, wegen des Zukünftigen mich über Gebühr zu ſorgen, betreffs des Vergangenen mich mit allerhand ſelbſtquäleriſchen Gedanken zu tragen, ob nicht Dies und Jenes hätte vermieden oder anders geſtaltet werden können. Sonderbar iſt es dabei, daß, im vollen Gegenſatz zu dieſer unglücklichen Stimmung im Privatleben, ich in der Politik eher zu einem gewiſſen Optimismus neige, indem ich hier auch in den ſchlimmſten Zeiten niemals den Muth verlor, vielmehr immer eine Wendung zum Beſſern erhoffte und auf eine ſolche hinzuwirken ſuchte.

Endlich noch ein Wort über das Capitel der Freundſchaften, das ja im Leben jedes Deutſchen mit Recht eine große Rolle ſpielt! In meiner Jugend hatte ich eine Anzahl von Schul= und Univerſitätsfreunden, darunter manche, mit denen ich auf's Innigſte verbunden war und auch, nach echt deutſcher Art, ſattſam ſchwärmte. Von dieſen Freundſchaften ſind mir bedauerlicher Weiſe viele dadurch verloren gegangen daß meine ehemaligen Freunde

entweder durch ihre Berufs- und Lebensstellung (mehrere davon traten in den höheren Staatsdienst), oder durch ihre sonstige politische Parteistellung in einen Gegensatz zu mir geriethen, der bei den meisten (nicht bei allen) stärker war, als die Erinnerung an unsere frühere Gemeinschaft. Zum Ersatz dafür hat mir andererseits die Politik eine große Anzahl neuer Freunde zugeführt (wie schon die Erwähnung solcher in diesen Blättern und der mitgetheilte Briefwechsel mit ihnen bezeugt), und diese neuen Freundschaften, erwachsen aus einer innigen Gemeinsamkeit der höchsten Interessen und der ernstesten Bestrebungen, haben sich als dauerhafter und unzerstörbarer, denn jene, bewährt. Die wohlthuende Erinnerung an diese Freundschaften haftet zu meiner Freude tiefer in meiner Seele, als die minder erfreuliche an die vielen politischen Gegnerschaften, an denen es mir ja auch nicht gefehlt hat. Es ist mir bisweilen fast zum Vorwurf gemacht worden, daß ich erfahrene Unbill zu leicht vergäße. Das gilt indeß nur, so weit eine solche mich persönlich betrifft; den Gegner einer von mir hochgehaltenen Sache werde ich stets so lange, als er dies ist, unerbittlich bekämpfen. Allerdings aber bin ich von Natur jedem Conflicte abgeneigt, so sehr zwar, daß im gewöhnlichen Leben es mich fast beängstigen kann, wenn ich einen solchen voraussehe. Es ist mir daher selbst oft wunderbar erschienen, daß ich bei meiner Thätigkeit im öffentlichen Leben durch meine Ueberzeugungen so häufig zur Bestehung von Kämpfen, selbst heftigen Kämpfen, genöthigt worden bin. Das Zeugniß aber ist mir selbst von Gegnern fast immer ausgestellt worden, daß ich durch meine Art der Kampfesführung vorhandene

Gegensätze nicht unnöthigerweise verschärft, eher nach Möglichkeit gemildert habe.

Doch — da bin ich unwillkürlich aus meinem Privatleben wieder in die Politik hinüber gerathen! Und so möge denn am Ende dieser Aufzeichnungen auch noch ein politisches Wort stehen!

Als ich vor nun fast 25 Jahren einen kurzen Abriß meines Lebens gab, schloß ich denselben mit folgenden Betrachtungen:

Von meinen Zeit- und Strebegenossen dürften doch wohl manche nicht ohne alles Interesse Erlebnisse lesen, an denen sie selbst näher oder ferner Theil genommen. Das jüngere Geschlecht aber möge an den Schilderungen der äußeren und inneren Kämpfe, die wir Aelteren zu bestehen gehabt, nicht vornehm gleichgiltig vorübergehen, vielmehr daraus lernen, daß wir es uns haben redlich sauer werden lassen, und daß ihm, welches auf unsern Schultern steht, die Pflicht obliegt, das von uns Begonnene weiter und, so Gott will, an ein glückliches Ende zu führen.

Von den „Zeit- und Strebegenossen" des Verfassers sind seitdem viele, viele dahingegangen, und nur ein kleiner Rest davon mag noch vorhanden sein, der überhaupt diesen Mittheilungen sein Ohr leihen kann. Was das jüngere Geschlecht anbetrifft, so ist mit diesem und für dieses eine hochwichtige Veränderung vorgegangen. Damals (1862) galt es noch die mühsame Erreichung desselben hohen Zieles — der Einheit Deutschlands — an welches wir Aelteren alle unsere Kräfte gesetzt hatten. Dieses hohe Ziel ist jetzt längst erreicht, und das „jüngere Geschlecht" ist in der glücklichen Lage, in die große Zeit, die mit der Begründung des neuen Deutschen Reichs und des erblichen Kaiserthums der Hohenzollern angebrochen, entweder schon

hinein geboren, oder doch hinein gewachsen zu sein. Die Aufgabe dieser unserer Nachfolger ist damit eine leichtere und dankbarere, ihre Pflicht und Verantwortung dagegen eine nur um so ernstere geworden. Sie müssen das, was wir Aelteren mit redlichen Mühen, aber vergeblich, erstrebt, was ihnen, den Jüngeren, als ein glückliches Loos zugefallen, um so sorgsamer hegen und pflegen, erhalten und ausbauen helfen. Sie mögen aus diesen Aufzeichnungen vor allen Dingen das lernen, daß es sehr undankbar und sehr thöricht von ihnen sein würde, wenn sie, weil an der neuen Ordnung der Dinge ihnen vielleicht dies und jenes nicht gefällt, die ungeheuren Fortschritte verkennen und mißachten wollten, die unsere Nation mit und seit 1871 gemacht hat. Wenn die hier gebotenen Erinnerungen an unsere, der Aelteren, Kämpfe und Opfer den Erfolg haben, die Jüngeren Mäßigung und Geduld in ihren Wünschen, Ausdauer, aber auch Selbstlosigkeit in der Verfolgung politischer Ideale zu lehren, so werden sie nicht vergeblich geschrieben sein!

Inhalt.

Seite

Erstes Capitel. Der Sommer 1849: die Versammlung zu Gotha; meine „Erinnerungen aus der Paulskirche". 1

Zweites Capitel. Der sächsische Landtag von 1849/50 und der Staatsstreich vom 3. Juni 1850. 13

Drittes Capitel. Publicistische Thätigkeit in Sachen Schleswig-Holsteins und Kurhessens. — Die Sammelschrift „Germania" (1851 und 1852). 31

Viertes Capitel. Zerfall der Gagern'schen Partei. 54

Fünftes Capitel. Die „Deutschen Annalen", ein Preßproceß und meine Entsetzung von der Professur. 63

Sechstes Capitel. Was nun? — Meine Berufung nach Weimar. 75

Siebentes Capitel. Schriftstellerische Thätigkeit von 1850—1855. 88

Achtes Capitel. Stillleben in Weimar. Ein glückliches Ländchen. 113

Neuntes Capitel. Neue Regungen des nationalen Geistes in Deutschland und meine Betheiligung daran (1859—1860). 135

Zehntes Capitel. Dramatische Anläufe. 164

Eilftes Capitel. Berufungen nach auswärts. Mein Weggang von Weimar 1863. 186

Zwölftes Capitel. Wie ich Sachsen wiederfand. Der „sächsische Fortschrittsverein". Der „Arbeiterbildungsverein". — Der „Journalistentag". — Das „Veteranenfest" in Leipzig 208

Seite

Dreizehntes Capitel. Nochmaliges Auftauchen und endliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. 220

Vierzehntes Capitel. „Die Repräsentativverfassungen mit Volkswahlen." — Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in Preußen. — Meine Wiederanstellung als Professor in Leipzig (1864 und 1865). 231

Fünfzehntes Capitel. Die innere Krisis Deutschlands im Jahre 1865. 248

Sechzehntes Capitel. Das Jahr 1866. 260

Siebzehntes Capitel. Neue parlamentarische Thätigkeit im sächsischen Landtage (1869—1876.) 292

Achtzehntes Capitel. Der Reichstag 1871—1873. 317

Neunzehntes Capitel. Das Parteiwesen in Sachsen seit 1866 und mein Antheil daran. 332

Zwanzigstes Capitel. Das Eingehen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". 355

Einundzwanzigstes Capitel. Die Bewegung für den „Arbeitsunterricht" und eine neue Auflage meiner „Erziehung zur Arbeit" 362

Zweiundzwanzigstes Capitel. Meine neuesten Schriften (1880—1885): „Geschichte der Leipziger Kramerinnung"; „Kleistbriefe"; „Dreißig Jahre deutscher Geschichte"; „Deutsche Volks- und Culturgeschichte". 371

Dreiundzwanzigstes Capitel. Mein goldenes Doctor- und Docenten-jubiläum (1885). 391

Vierundzwanzigstes Capitel. Eine letzte Rückschau. 410

Bayerische

Verlag von **S. Schottlaender** in Breslau.

Heinrich von Kleists Briefe an seine Braut.

Zum ersten Male
vollständig nach den Originalhandschriften herausgegeben
von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität Leipzig.

Mit den Bildnissen Kleists und seiner Braut.

Elegant broschirt M. 4.—; fein gebunden M. 5.—.

Professor Biedermann war so glücklich, sämmtliche Briefe Kleists an seine Braut, Wilhelmine von Zenge, im Original zu entdecken, und so erscheinen dieselben nun vollständig, unverkürzt, wortgetreu, ganz so, wie Kleist sie geschrieben. Beigegeben ist, nebst dem Portrait Kleists selbst, ein anmuthiges Jugendbild der Braut.

Diese erste vollständige Veröffentlichung der Briefe Kleists an seine Braut ist entschieden ein äußerst werthvoller Beitrag zur Kleist-Literatur. Bisher hatte man nur ein dürftiges Bruchstück dieses Briefwechsels aus Ed. von Bülows Kleist-Biographie gekannt. Daraufhin hatten sich ganz falsche Ansichten über Kleists Verhältniß zu seiner Braut und über diese selbst gebildet. Der vollständige Abdruck der Briefe hat solche falsche Ansichten berichtigt; auch hat der Herausgeber, der als gründlicher und unbefangener Historiker und Literarhistoriker sattsam bekannt ist, in einem längeren Vorwort alles Nöthige beigebracht, was zur Klarstellung jenes Verhältnisses und zur Aufhellung so mancher dunklen Stellen in Kleists eigenem Leben dienen kann. Bei dem großen und verdienten Interesse, welches sich neuerdings sowohl den Werken als auch der Persönlichkeit des unglücklichen Dichters (der so früh so tragisch endete) immer mehr zuwendet, werden diese Briefe Kleists an seine Braut allen Kennern und Freunden unserer vaterländischen Literatur um so willkommener sein.

Neuer Verlag von **J. F. Bergmann** in Wiesbaden.

Deutsche Volks- und Kulturgeschichte

von den frühesten Zeiten bis 1871.

Von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität Leipzig.

34 Bogen. M. 6.—, elegant geb. M. 7.50.

„Soeben ist ein Buch zum Abschluß gediehen, welches wir der Aufmerksamkeit unserer Leser dringend empfehlen möchten. Es ist die „Deutsche Volks- und Kulturgeschichte für Schule und Haus" von Karl Biedermann. In einem einzigen Bande wird hier die ganze Geschichte unseres Volkes von den ältesten bis auf die neuesten Zeiten (bis 1871) geboten, und zwar nicht blos die äußere, sogenannte politische, sondern auch die Geschichte des inneren oder Kulturlebens, der Sitten, Gewohnheiten, der materiellen, geistigen, sittlichen und religiösen Zustände der verschiedenen Zeiten, der Rechtseinrichtungen, der Fortschritte in Gewerbe, Kunst, Wissenschaft 2c.

Gartenlaube 1885, Nr. 52.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Verlag von **S. Schottlaender** in Breslau.

1840—1870

Dreißig Jahre deutscher Geschichte

von

Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität in Leipzig.

2 Bände. Dritte Auflage, mit einer Vorrede des Verfassers.

Eleg. broschirt 10 Mk.; fein in Halbfranz gebunden 13 Mk.

Bei der Beurtheilung des Biedermann'schen Buches wird man nicht außer Acht lassen dürfen, daß es kein „gelehrtes Werk" sein will, sondern sich, unbeschadet der bei seiner Abfassung bethätigten Gründlichkeit, nicht blos an die engeren Kreise der Fachgenossen, sondern an Alle wendet, deren es um geschichtliche Bildung, um eine deutliche und vorurtheilslose Erkenntniß vaterländischer Zustände ernstlich zu thun ist. Es ist, um es kurz zu sagen, ein Volksbuch, was dem Autor der „Dreißig Jahre deutscher Geschichte" vorschwebt. Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Biedermann ist liberal, nationalliberal: wir stehen auf anderem, conservativem Standpunkt. Selbstredend urtheilen wir über sehr Vieles anders. Von doppeltem Gewicht muß deshalb auch unser Zeugniß sein, daß wir mit lebhaftem Interesse das Buch gelesen und es für einen sehr werthvollen Beitrag zu der Geschichte jener Zeit erklären müssen, der wohl verdient, daß er viel gelesen und von den künftigen Darstellern späterer Zeit, die den Thatsachen ferner stehen werden, sorgfältig benutzt wird.
Schleswiger Nachrichten.

In diesem Werke sind nicht blos die politischen, sondern auch die religiösen, wissenschaftlichen, literarischen, wirthschaf lichen und socialen Vorgänge berücksichtigt, so daß uns ein Gesammtbild des geschichtlichen Lebens unseres Volkes im weitesten Sinne entrollt wird. Biedermanns Haltung ist die freisinnige und unparteiische, die aus seinen früheren Geschichtswerken bereits bekannt ist. Vossische Zeitung.

. . . . . Der Liberalismus kämpft auf seiner ganzen Linie um die seit dem Jahre 1848 mühsam errungenen Freiheiten, zugleich leider um die Grundlagen der verfassungsmäßig gewonnenen Reichseinheit gegen Pfaffen und Junker. In solchen Tagen sollte es jedem deutschen Manne und jeder deutschen Frau nicht blos als Pflicht, sondern als Bedürfniß erscheinen, sich durch den Besitz der „Deutschen Geschichte" von Karl Biedermann zu waffnen mit dem Besten, was der in vierzig Jahren erprobte Vorkämpfer der liberalen und nationalen Partei Deutschlands seinem Volke in dem gegenwärtigen harten Kampfe zum Rüstzeug zu bieten vermochte.
Magdeburger Zeitung.

Biedermanns „Dreißig Jahre" eignen sich besonders zu einer patriotischen Festgabe aus Vatershand für den heranwachsenden Sohn, aus der Hand der Frau für ihren im Kampfe der Zeit stehenden Gatten. Gartenlaube.

. . . . . Zu diesen Wenigen zählt der Besten Einer, Karl Biedermann. Was er erzählt, das ist Selbsterlebtes; seit dem Jahre 1842 steht Biedermann auf dem politischen Kampfplatze. In dem „deutschen Professor" steckt — und mag das Niemand verachten — der Glaube, die Kraft, die Zuversicht und Zukunft des deutschen Volkes: Gruß Dir, Biedermann, Du deutscher Professor! Das Loblied, das Du in der hannoverischen Frage im Jahre 1837 Deinen Collegen gesungen, es mag als Dein Loblied den freundlichen Leser erquicken! Presse, Wien.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

W. PARSCH
Buchbinderei
PEITING/Obb

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Biedermann, Karl

Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte Eine Ergänzung zu des Verfassers "30 Jahren dt. Geschichte"

Bd.: 2

Breslau 1886

Biogr. 102 tw-2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb00082165-7